universität wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Der Sprachgebrauch der Parteien FPÖ und Grüne im Flüchtlingsdiskurs – eine vergleichende, linguistische Diskursanalyse“

verfasst von / submitted by

Lisa Neustifter

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 190 333 313
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Lehramtsstudium UF Deutsch/ UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst

DIE FRAGE: *WO KOMMST DU HER?* WIRD ERST DANN UNVERDÄCHTIG SEIN, WENN ÄHNLICH OFT GEFRAGT WIRD: *WO GEHST DU HIN?*

ILIJA TROJANOW, NACH DER FLUCHT

Danksagung

Da ich während meines Schreibprozesses gelernt habe, wie viel wert Unterstützung und Begleitung ist, liegt mir viel daran, einigen Menschen meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Zuallererst gebührt mein Dank meinen Eltern und meiner Familie. Nicht nur, weil sie es mir ermöglicht haben, mein Studium zu absolvieren und mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, sondern auch, weil sie nie müde wurden mich zu ermutigen und mich zu erinnern, dass auch die längste Arbeit irgendwann ein Ende findet.
Besonders möchte ich auch meinem Vater danken, der viele Stunden in die Korrektur meiner Diplomarbeit investiert hat und mit wertvollen Anmerkungen maßgeblich zu ihrer Vollendung beigetragen hat.

Ein großes Dankeschön möchte ich auch an meinen Diplomarbeitsbetreuer Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Ernst richten, der stets ein offenes Ohr für meine Anliegen hatte und mir immer das Gefühl gab, auf dem richtigen Weg zu sein.

Außerdem möchte ich all meinen Freunden danken, die viel dazu beigetragen haben, meine Schreibmotivation aufrechtzuerhalten.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung ... 6
1.1 Begründung der Themenwahl ... 6
1.2 Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes ... 7
1.2.1 Der Flüchtlingsdiskurs ... 7
1.2.2 Die FPÖ ... 10
1.2.3 Die Grünen ... 11
1.3 Forschungsfragen und -Ziele ... 12
1.4 Das Textkorpus ... 14
1.5 Forschungsfeld und Forschungsstand ... 15

2 Theoretischer Rahmen ... 17
2.1 Linguistische Diskursanalyse ... 17
2.1.1 Der Begriff *Diskurs* ... 17
2.1.2. Ursprünge der Diskursanalyse ... 19
2.1.3 Diskursanalyse in der Linguistik ... 21
2.2 Politik als sprachliches Handlungsfeld ... 23
2.2.1 Politische Sprache und Kommunikation ... 23
2.2.2 Charakteristika politischer Kommunikation ... 25
2.2.2.1 Interdisziplinarität und Prozessualität ... 26
2.2.2.2 Massenmedialität und Öffentlichkeit ... 27
2.2.2.3 Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit ... 28
2.2.2.4 Gruppenbezogenheit ... 28
2.2.2.5 Konsens-/ Dissensorientiertheit und Repräsentationalität ... 29
2.2.3 Handlungsfelder des politischen Kommunikationsbereiches ... 31
2.2.4 Funktionen politischen Sprechens ... 32
2.2.4.1 Die regulative Sprachfunktion ... 34
2.2.4.2 Die instrumentale Sprachfunktion ... 34
2.2.4.3 Die integrative Sprachfunktion ... 35
2.2.4.4 Die informativ-persuasive Sprachfunktion ... 35

3 Methodik ... 37
3.1 Analyse der Lexik ... 38
3.1.1 Das politische Lexikon ... 38
3.1.2 Referenz und Nomination ... 40
3.1.3 Schlagwörter ... 42
3.1.3.1 Merkmale ... 44
3.1.3.2 Gliederung der Schlagwörter ... 48
3.1.3.3 Beschreibungskategorien ... 50

3.1.4 Methodische Vorgehensweise ... 53
3.2 Analyse der Metaphorik ... 54
3.2.1 Definition und Funktion von Metaphern ... 54
3.2.2 Metaphern im Diskurs ... 55
3.2.2.1 Metapherntyp und konkrete metaphorische Äußerung ... 56
3.2.2.2 Lexemmetapher ... 56
3.2.2.3 Metaphernbereich und Metaphernkonzept ... 57
3.2.2.4 Vernetzung im Diskurs ... 57
3.2.3 Metaphern im Kontext von Argumentation ... 58
3.2.4 Methodische Vorgehensweise ... 59
3.3 Analyse der Argumentation ... 59
3.3.1 Argumentationsstruktur ... 59
3.3.2 Analyse prototypischer Argumente ... 61
3.3.3 Methodische Vorgehensweise ... 62
4 Darstellung der Analyseergebnisse ... 64
4.1 Ergebnisse der Schlagwortanalyse ... 65
4.1.1 FPÖ ... 66
4.1.2 Grüne ... 80
4.1.3 Flüchtling und Asylwerber ... 88
4.2 Ergebnisse der Metaphernanalyse ... 90
4.2.1 FPÖ ... 90
4.2.2 Grüne ... 95
4.3 Ergebnisse der Argumentationsanalyse ... 97
4.3.1 Prototypische Argumente der FPÖ ... 97
4.3.2 Prototypische Argumente der Grünen ... 100
5 Resümee ... 102
5.1 Schlagwortanalyse ... 102
5.1.1 Durch Schlagwörter wird polarisiert ... 102
5.1.2 Es herrscht „Verwirrung“ über Bezeichnungen ... 104
5.1.3 Durch Schlagwörter wird aus- und eingegrenzt ... 106
5.1.4 Der Schutz liegt allen am Herzen ... 107
5.2 Metaphernanalyse ... 108
5.2.1 Quantitätsunterschiede ... 108
5.2.2 Metaphorisierte Bereiche ... 110
5.2.3 Diskursweit verwendete Metaphernbereiche ... 112
5.2.3.1 Wasser ... 113
5.2.3.2 Gebäude ... 114

5.2.3.3 Schifffahrt ... 115
5.3 Argumentationsanalyse ... 115
5.3.1 Einander entsprechende Argumente ... 116
5.3.2 Einzelargumente ... 118
5.3.2.1 FPÖ ... 118
5.3.2.2 Grüne ... 121
5.4 Zusammenfassung ... 122
6 Literaturverzeichnis ... 126
6.1 Selbstständige Werke ... 126
6.2 Unselbstständige Werke ... 128
6.3 Wörterbücher ... 131
6.4 Diplomarbeiten ... 131
6.5 Internetquellen ... 132
7 Abstract ... 135
8 Anhang ... 136

1 Einleitung

1.1 Begründung der Themenwahl

„Sie "erstürmen" Europa, "überschwemmen" Österreich und sorgen für "unkontrollierbares Chaos" im Land.“[1]

„"Flut": Wie Sprache unsere Einstellung zum Thema Asyl lenkt“[2]

„Warum "Asylant" ein Killwort ist“[3]

„Wenn Menschen zur „Flut“ werden“[4]

Kaum ein Thema hat in den letzten Jahren so viel Aufmerksamkeit gefordert, wie der so genannte Flüchtlingsdiskurs. Sei es in der medialen Öffentlichkeit, der Politik oder in der alltäglichen zwischenmenschlichen Kommunikation – alle sprachen beziehungsweise sprechen darüber. Was hat es jedoch damit auf sich, dass von „Flut“ und „Wellen“ gesprochen wird? Und sitzen wir wirklich alle im selben, „vollen Boot“? Kommt nun ein „Flüchtling“ oder ein „Asylant“ in unsere „Heimat“?
Wie aus diesen Fragen und auch aus den Zitaten hervorgeht, lohnt sich eine Reflexion über die Art und Weise, wie im Diskurs gesprochen wird. Vor allem, weil dadurch auch die Einstellung zur Thematik maßgeblich geprägt wird.
Heiko Girnth und Constanze Spieß bezeichnen diese Entwicklung folgendermaßen: „Sprache konstituiert gesellschaftliche Wirklichkeit und gesellschaftliche Wirklichkeit wird durch Sprache bestimmt“.[5] Das scheint vor allem für das Feld der Politik interessant, geht es dort laut Lübbe doch hauptsächlich darum, „im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen.“[6]

---

[1] Klatzer, Jürgen: Die „Asylantenflut“ in unseren Köpfen. In: https://kurier.at/politik/inland/macht-der-sprache-die-asylantenflut-in-unseren-koepfen/151.956.717 [15.09.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.
[2] Kessler-Wirth, Karoline: "Flut": Wie Sprache unsere Einstellung zum Thema Asyl lenkt. In: http://www.infranken.de/ueberregional/Flut-Wie-Sprache-unsere-Einstellung-zum-Thema-Asyl-lenkt;art55462,1220162#no_accepted [09.09.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.
[3] Gierke, Sebastian: Warum "Asylant" ein Killwort ist. In: http://www.sueddeutsche.de/politik/sprache-im-migrationsdiskurs-warum-asylant-ein-killwort-ist-1.2262201#redirectedFromLandingpage [11.12.2014], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.
[4] Tiefenthaler, David: Wenn Menschen zur „Flut“ werden. In: http://orf.at/stories/2292457/2292454/ [05.08.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.
[5] Siehe Girnth/Spieß (2006), S. 7.
[6] Siehe Lübbe (1975), S. 107.
Der Autorin ist bewusst, dass sich eine Beschreibung des Terminus „Politik“ keineswegs in dieser Definition erschöpfen kann. Für die in dieser Arbeit behandelten Aspekte erscheint sie jedoch ausreichend.

> Politiker appellieren an die Emotionen ihres Publikums, sie buhlen um seine Zustimmung und sie werben für ihre Überzeugungen. Dies geschieht im Wesentlichen in und durch Sprache. Sprache ist nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit.[7]

Das Forschungsinteresse konzentriert sich also auf die politische Sprachverwendung im Flüchtlingsdiskurs, da diese, wie eben kurz angedeutet, wiederum auf die Einstellungen der breiten Öffentlichkeit zurückwirkt. Aufgrund des vorgegebenen Umfangs der Arbeit erfolgt eine Fokussierung auf zwei österreichische Parteien, nämlich die Freiheitliche Partei Österreichs[8] und die Grünen, deren Sprachverwendung vergleichend untersucht werden soll. Die Auswahl dieser Parteien erklärt sich aus deren relativ großer Gegensätzlichkeit, aufgrund derer fruchtbare Ergebnisse erwartet werden.
In Bezug auf die Methodik soll an dieser Stelle nur kurz angedeutet werden, dass sich die Analyse eines Diskurses aufgrund dessen Vielfältigkeit nicht in Einzeltexten erschöpfen kann. Es bietet sich daher an, eine qualitative linguistische Diskursanalyse durchzuführen, welche laut Thomas Niehr „insofern eine Erweiterung der Textlinguistik darstellt, als sie über Textgrenzen hinweggeht und stets ein Ensemble von Texten (ein sogenanntes Textkorpus) in den Blick nimmt."[9] Detaillierte Ausführungen zur Methodik und zur Zusammensetzung des Korpus erfolgen in eigenen Kapiteln.

1.2 Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes

Da sich die vorliegende Diplomarbeit sowohl mit der Flüchtlingsthematik als auch mit Teilen der politischen Landschaft Österreichs beschäftigt, erscheint es sinnvoll, den Flüchtlingsdiskurs einerseits und die beiden zur Analyse herangezogenen Parteien andererseits kurz zu umreißen.

1.2.1 Der Flüchtlingsdiskurs

Vorweg muss festgehalten werden, dass dieser Abriss nur den Versuch einer groben Kontextualisierung darstellt und sich vorwiegend mit den Flüchtlingsbewegungen nach Zentraleuropa befasst. Phänomene, wie Binnenmigration oder Flucht in außereuropäische Staaten müssen leider ausgeklammert werden. Die Darstellung erhebt daher keinerlei Anspruch, die aktuelle Flüchtlingssituation in ihrer Gesamtheit und Komplexität vollständig abzubilden.

[7] Siehe Girnth (2002), S. 1.
[8] Im Folgenden wird diese mit ihrer Kurzform FPÖ bezeichnet.
[9] Siehe Niehr (2014), S. 29.

Gemeinhin wird der Diskurs um aktuelle Flüchtlingsbewegungen und deren Auswirkungen auf internationale und nationale Entwicklungen gerne als Flüchtlingskrise bezeichnet. In dieser Arbeit soll darauf jedoch zugunsten des Begriffes Flüchtlingsdiskurs verzichtet werden, da dieser weniger wertend konnotiert zu sein scheint.

Stefan Luft hält fest, dass es

> „Entwicklungen, die als Flüchtlingskrisen verstanden wurden, […] in Europa nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs mehrfach gegeben [hat]: die Wanderungsbewegungen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre, die dazu beigetragen haben, den Zugang zu Asyl stark einzuschränken, sowie die Fluchtbewegungen als Reaktion auf den Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo-Krieg."[10]

Aktuelle Fluchtbewegungen, die seit 2014 stetig ansteigen, habe es jedoch laut Luft „in diesem Ausmaß seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben."[11] Die Ursachen für die Fluchtbewegungen sind vielfältig und variieren teilweise nach den Herkunftsländern. Für 2014 ließen sich für Europa folgende Hauptherkunftsländer ausmachen: „Syrien, Afghanistan, Eritrea und der Kosovo sowie Serbien."[12] Ein ähnliches Bild zeigt sich für Österreich, wo in den Jahren 2014, 2015 und 2016 Syrien und Afghanistan die Hauptherkunftsländer von Asylantragstellern waren.[13]
In Bezug auf Syrien kann als Hauptmotiv von Flüchtenden ohne Zweifel der seit 2011 herrschende Bürgerkrieg ausgemacht werden, der neben erheblichen Verstößen gegen das Völkerrecht unter anderem durch massive Verbrechen an der Zivilbevölkerung gekennzeichnet ist. Hinzu kommt eine immer prekärer werdende Versorgungssituation.[14]
Ähnlich verhält sich die Situation in Afghanistan, wo ebenfalls langanhaltende kriegerische Auseinandersetzungen und Anschläge auf die Zivilbevölkerung die Hauptmotive für die Flucht darstellen.
In Bezug auf Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten hält Stefan Luft fest, dass „die meisten afrikanischen Migranten […] sich innerhalb des Kontinents [bewegen]."[15] Auch hier lassen sich Ressourcenknappheit, bewaffnete Konflikte zwischen unterschiedlichen Gruppierungen sowie schwere Menschenrechtsverletzungen als hauptsächliche Ursachen, die Menschen zur Flucht bewegen, ausmachen.

[10] Siehe Luft (2016), S. 8-9.
[11] Siehe Luft (2016), S. 9.
[12] Siehe Luft (2016), S. 24.
[13] Die Zahlen, auf die sich diese Äußerung stützt, wurden den Statistiken zum Asylwesen des Bundesministeriums für Inneres entnommen. Die genaue Quellenangabe findet sich im Anhang.
[14] Für die folgenden Absätze vgl. Luft (2016), S. 26-35.
[15] Siehe Luft (2016), S. 33.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich in den Westbalkan-Staaten, wo sich Menschen hauptsächlich aufgrund von wirtschaftlichen Faktoren, wie hoher Arbeitslosigkeit oder Armut, zum Verlassen ihrer Heimatländer entscheiden.[16]
Um nach Europa zu gelangen, werden hauptsächlich drei Fluchtrouten genützt: „die östliche Mittelmeer- und Westbalkanroute, die zentrale Mittelmeeroute und die westliche Mittelmeerroute."[17] Darauf wird an dieser Stelle jedoch nicht näher eingegangen. Es soll lediglich erwähnt werden, dass die flüchtenden Menschen auf diesen Routen erheblichen Gefahren ausgesetzt sind und dass die Transitstaaten, wie beispielsweise Griechenland oder Italien, immer stärker mit der Unterbringung und Versorgung der Ankommenden zu kämpfen haben.
Warum ein gewisser Staat von flüchtenden Menschen als Zielland ausgewählt wird, hat vielfältige Ursachen, die oftmals auch unterschiedlich gewichtet werden. Es lassen sich laut Stefan Luft jedoch einige Faktoren feststellen, die einen hohen Stellenwert für alle Migranten haben. Dazu zählt er „die politische und wirtschaftliche Stabilität (Arbeitsmarkt) und […] [den] Ruf des Ziellandes."[18] Außerdem spielen speziell für Flüchtlinge folgende Punkte eine wesentliche Rolle:

> „[…] die geographische Lage (die Erreichbarkeit), der Einfluss von Schleusern, die Aufnahmestandards (Unterbringung, Zugang zu Gesundheitsversorgung), wahrgenommene Anerkennungswahrscheinlichkeiten sowie die staatliche Unterstützung während des Verfahrens."[19]

Daraus erklärt sich die Tatsache, dass „seit den 1990er Jahren die meisten Anträge auf Asyl in den reichen europäischen Kernstaaten gestellt [wurden] und nicht in den Staaten mit Außengrenzen".[20]
Wie dem „Statistischen Jahrbuch 2016" des Österreichischen Integrationsfonds entnommen werden kann, war Österreich 2015 nach Deutschland, Ungarn und Schweden eines jener EU-Mitgliedsstaaten, in welchem die meisten Asylanträge gestellt wurden.[21] Diese Entwicklung bringt auf internationaler sowie nationaler Ebene erhebliche Veränderungen mit sich, welchen auf höchst unterschiedliche Weise begegnet wird. Auch Österreich stellen die aktuellen Wanderungsbewegungen zum einen vor große Herausforderungen. Zum anderen bergen sie laut Franz Wolf, Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds ÖIF, auch große Chancen:

[16] Für die folgenden Absätze vgl. Luft (2016), S. 36-40.
[17] Siehe Luft (2016), S. 37.
[18] Siehe Luft (2016), S. 44.
[19] Siehe Luft (2016), S. 44.
[20] Siehe Luft (2016), S. 23.
[21] Vgl. Statistik Austria (2016), S. 36.

„[…] die Ausschöpfung des Potenzials von Zuwanderer/innen ist ökonomisch betrachtet, wie zur Sicherung der Sozialsysteme, als auch aus allgemeinen Überlegungen heraus unerlässlich. Gleichzeitig dürfen wir die Vielzahl an Herausforderungen nicht vergessen, die Migration nach Österreich mit sich bringt."[22]

Als Beispiele für diese Herausforderungen können etwa das möglichst rasche Erlernen der deutschen Sprache, die Eingliederung in den österreichischen Arbeitsmarkt oder der Bezug von Leistungen des Sozialsystems genannt werden.[23]
Vereinfacht gesagt also stellt die in diesem Kapitel kurz dargestellte internationale, beziehungsweise die auf Österreich bezogene nationale Entwicklung den Kern des so genannten Flüchtlingsdiskurses dar. Natürlich werden die damit einhergehenden Chancen und Herausforderungen von den verschiedenen Akteuren, zu denen Stefan Luft unter anderem staatliche Akteure, wie Parteien, Medien, aber auch gesellschaftliche Akteure, wie Wohlfahrtsverbände zählt, bezüglich ihrer Interessen ganz unterschiedlich inszeniert.[24]

„Linksorientierte Parteien treten meist für die Gewährung von Bleiberechten und politischen Rechten von Zuwanderern ein […]. Rechte Parteien nutzen Zuwanderung häufig dazu, skeptische oder ablehnende Haltungen in der Bevölkerung aufzugreifen und zu verstärken und damit Zustimmung zu generieren."[25]

1.2.2 Die FPÖ

Um die FPÖ in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit begreifen zu können, ist es notwendig, kurz auf die historische Entwicklung der Partei einzugehen. Wie Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger feststellen,

„[reicht] die organisatorische und thematische Entwicklung der drei weltanschaulichen Lagerparteien – SPÖ […], ÖVP […] und FPÖ (Vorläufer: Deutschnationale Partei und Verband der Unabhängigen, VdU) – […] ins 19. Jahrhundert zurück. […]
Historisch parteiformierende Konfliktlinien waren Klasse (SPÖ), Religion und Region (ÖVP) und Nation (FPÖ)."[26]

Bei der Formierung der Deutschnationalen Partei im 19. Jahrhundert dominierten Positionen, die sich vor allem gegen den Klerus und sozialistische Tendenzen wandten und

[22] Siehe Wolf (2016), S. 69.
[23] Vgl. Wolf (2016), S. 73-74.
[24] Vgl. Luft (2016), S. 86-87.
[25] Siehe Luft (2016), S. 86.
[26] Siehe Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 152.

deutschnationales Gedankengut vertraten.[27] Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Verband der Unabhängigen (VdU) gegründet und wurde aufgrund des Beschlusses, „den im Zuge der Entnazifizierung „Minderbelasteten" das Wahlrecht zu erteilen, […] zu einem Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten und der Anhänger der „deutschen" Frage."[28]
1955 wurde die FPÖ ins Leben gerufen, die fortan als Nachfolgepartei des VdU fungierte. Seit 2005 ist Heinz-Christian Strache ihr Parteivorsitzender.[29]
Laut Anton Pelinka lässt sich die FPÖ als rechtspopulistische Partei bezeichnen, wobei er Rechtspopulismus wie folgt definiert:

> „Der Rechtspopulismus ergänzt den (antielitären) vertikalen Affekt des allgemeinen Populismus durch einen (xenophoben) horizontalen Affekt. Dieser horizontale Affekt beruht auf der Eindeutigkeit eines „Wir"-Gefühls: Das „eigene" Volk, die „eigene" Nation wird als klar abgrenzbar gegenüber den „anderen" empfunden. Grenzüberschreitende Mobilität, also Migration, bedroht die Eindeutigkeit dieses Gefühls. Migration wird daher zum zentralen Thema des Rechtspopulismus."[30]

Neben dem Thema Migration hat sich die FPÖ auf die Fahnen geschrieben, das einfache Volk gegen das politische Establishment und die Eliten zu vertreten. Mit diesen Themen wurden bestimmte Wählergruppen angesprochen, die der FPÖ über die Jahre großen politischen Aufschwung gaben.[31] Als weitere gegenwärtige Konfliktlinie nennen Pelinka und Rosenberger eine von der FPÖ vertretene „EU-Skepsis".[32]
Natürlich lässt sich eine über 60-jährige Parteigeschichte nicht einfach in wenige Sätze fassen. Da dieser kurze Abriss jedoch nur eine grobe Charakterisierung der gegenwärtigen FPÖ darstellen soll, scheint der Umfang der Ausführungen als für den Zweck ausreichend.

1.2.3 Die Grünen

In den 1970er- Jahren rückte das Thema Umweltschutz zunehmend in das Interesse der österreichischen Bevölkerung und es entwickelten sich einige kleinere Gruppierungen, welche sich „gegen Atomkraftwerke, Straßenbauten, Aufrüstung und Gewalt" wandten.[33]

[27] Für die folgenden Absätze vgl. Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 154-158.
[28] Siehe Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 154.
[29] Vgl. Mittnik (2010), S. 26.
[30] Siehe Pelinka (2002), S. 284-285.
[31] Vgl. Pelinka (2002), S. 286.
[32] Siehe Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 152.
[33] Siehe Pruckner (2005), S. 11.

In weiterer Folge existierten mehrere „grüne und grünalternative Parteien bzw. Gruppierungen“ nebeneinander, welche sich schlussendlich „1986 auf eine gemeinsame Kandidatur zum Nationalrat („Grüne Alternative“) [einigten].“[34] 1987 erfolgte der Gründungskongress der neuen Partei.[35] Im Juni 1993 kam es zur Änderung des Namens in „Die Grünen“.[36] In der Zeit von 2009 bis 2017 war Eva Glawischnig-Piesczek Parteivorsitzende der Grünen. Seit Oktober 2017 fungiert Werner Kogler als interimistischer Bundessprecher der Grünen.[37]

> Die Grünen verstanden sich anfangs als parlamentarischer Arm der Umwelt-, aber auch Friedens- und Frauenbewegung sowie von Bürger/inneninitiativen, stellten sich in der Frühphase auch das Ziel, eine basisdemokratische Partei ohne langfristig amtierende Berufspolitiker/innen zu schaffen, entwickelten sich in der Folge aber eher zu einer linksliberalen Partei mit starken Mitentscheidungsmöglichkeiten der Funktionär/innenbasis.[38]

„Neben dem politischen Engagement für die *Umwelt* haben BürgerInnenrechte, Frauenpolitik und Menschenrechte als „issues“ Bedeutung gewonnen.“[39]

1.3 Forschungsfragen und -Ziele

Diese Diplomarbeit verfolgt das Ziel, die von den Parteien FPÖ und Grüne im Flüchtlingsdiskurs gebrauchte Sprache zu analysieren und zu vergleichen. Genauer geht es darum, zu untersuchen, welche spezifischen Schlagwörter, Metaphern und prototypischen Argumente von den jeweiligen Parteien verwendet werden und ob bzw. inwiefern sich in Bezug darauf ein Unterschied zwischen den beiden Gruppierungen feststellen lässt. Kann ein solcher Unterschied festgestellt werden, wovon auszugehen ist, ist ferner danach zu fragen, ob bestimmte Funktionen hinter der spezifischen Sprachverwendung zu erkennen sind.

Das Korpus setzt sich sowohl aus schriftlichen als auch aus mündlichen Beiträgen zusammen.

Um der Methode einer vergleichenden, linguistischen Diskursanalyse Rechnung zu tragen, erfolgt die Analyse des Korpus auf drei Ebenen, „die sich bei der Erforschung von Diskursen aus linguistischer Perspektive als zentral erwiesen haben.“[40] Die Untersuchung der Bereiche der Lexik, der Metaphorik und der Argumentation „stellt […] eine erprobte

[34] Siehe Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 155.
[35] Vgl. Pruckner (2010), S. 40.
[36] Vgl. Pruckner (2010), S. 48.
[37] Vgl. https://www.gruene.at/partei/organisation/bundespartei, [zuletzt eingesehen am 26.11.2017].
[38] Siehe Fachdidaktikzentrum für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung der Universität Wien. In: http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/hpb4.pdf, S. 14, [zuletzt eingesehen am 10.04.2017].
[39] Siehe Pelinka/ Rosenberger (2007), S. 155.
[40] Siehe Niehr (2014), S. 70.

Strategie dar, linguistisch zentrale Eigenheiten der untersuchten Diskurse in den Blick zu bekommen."[41]
Constanze Spieß konstatiert in ihrer Abhandlung zur Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse zwei große Ziele, welche auch für die vorliegende Arbeit wichtig erscheinen und somit stets mitgedacht werden sollen:

> „Anhand des vorhandenen Sprachmaterials, also der zum Diskurs gehörenden Texte, verfolgt eine linguistische Diskursanalyse die Beschreibung sprachlicher Manifestationen bestimmter Wissens- und Denkstrukturen einer Gesellschaft. Als erkenntnisleitende Ziele können grob zwei unterschieden werden: Zum einen geht es darum, anhand des Sprachmaterials die sprachliche Konstruktion der Wirklichkeit analytisch zu beschreiben. Hier spielt das in den Texten Geäußerte eine zentrale Rolle. Zum anderen geht es um die Offenlegung semantischer Tiefenstrukturen, d. h. um selbstverständliche aber nicht explizierte Voraussetzungen des in den Texten Gesagten."[42]

Im Hinblick auf die Erfüllung dieser Zielsetzung stellen sich folgende Forschungsfragen:

Welche Unterschiede lassen sich, bezogen auf den Flüchtlingsdiskurs, in den sprachlichen Beiträgen der beiden Parteien FPÖ und Grüne hinsichtlich der drei Analyseebenen Lexik, Metaphorik und Argumentation feststellen?

- Welche Schlagwörter werden von den jeweiligen Parteien im Flüchtlingsdiskurs gebraucht? Welche denotativen und konnotativen Bedeutungen haben diese? Wenn ein Schlagwort von beiden Parteien beansprucht wird, ändert sich, und wenn ja, wie ändert sich dessen Bedeutung hinsichtlich ihres Gebrauchs durch eine der beiden Parteien?
- Welche Metaphern verwenden die Parteien im Diskurs? Wie unterscheidet sich der Metapherngebrauch der beiden Parteien? Welche Funktion erfüllt der Gebrauch von bestimmten Metaphern?
- Welche prototypischen Argumente werden von den Parteien im Diskurs verwendet? Ergeben sich unterschiedliche Verwendungsweisen gleicher Argumente?

Welche Funktionen verbergen sich hinter der Sprachverwendung der Parteien?

[41] Siehe Niehr (2014), S. 70.
[42] Siehe Spieß (2011), S. 180.

1.4 Das Textkorpus

Dem Textkorpus kommt bei der linguistischen Diskursanalyse eine zentrale Rolle zu, da sich „ein Diskurs […] immer nur über die Zusammenstellung mehrerer (möglicherweise sogar vieler) Texte „materialisieren“ [lässt]“.[43] Welche Texte, beziehungsweise wie diese Texte zusammengestellt werden, ergibt sich aus dem Forschungsinteresse des Diskursanalytikers. „Insofern sind die zu analysierenden Diskurse also keine – wie auch immer zu denkenden – „realen Objekte“, die unabhängig von den Interessen der Diskursanalytiker in der Welt existieren.“[44] Demnach ist es notwendig, dass der Forschende Kriterien überlegt, welche die Auswahl der Texte bestimmen.

Im Falle der vorliegenden Diplomarbeit erfolgt diese Eingrenzung einerseits thematisch, indem die Texte auf unterschiedliche Weise Bezug zum Flüchtlingsdiskurs nehmen, und andererseits zeitlich, indem vorwiegend Texte aus den Jahren 2015 und 2016 zur Analyse herangezogen werden. Die einzige Ausnahme dieser zeitlichen Einschränkung bilden die Parteiprogramme und Teilprogramme der beiden Parteien. Im Falle der Grünen stammt das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2001 und die ebenfalls in das Textkorpus aufgenommenen „Integrationsleitlinien“ aus dem Jahr 2003.[45] Das Parteiprogramm der FPÖ wurde im Jahr 2011 beschlossen, das „Handbuch freiheitlicher Politik“, aus welchem einige Passagen in die Analyse einbezogen werden, stammt aus dem Jahr 2013.[46] Trotz dieses Herausfallens aus dem zeitlichen Rahmen kann in der Untersuchung keineswegs auf die Parteiprogramme verzichtet werden, da sie die Basis jeglicher Parteipolitik und somit auch der Positionierung im Diskurs bilden.

Neben den bereits erwähnten Grundsatz- und Teilprogrammen der beiden Parteien werden als schriftliche Texte außerdem Beiträge zur Flüchtlingsthematik in das Korpus mit aufgenommen, die auf den Websites der jeweiligen Parteien veröffentlicht wurden.

Bezüglich der mündlichen Texte erfolgt insofern eine Einschränkung, als nur Beiträge der beiden Parteivorsitzenden bzw. damaligen Parteivorsitzenden Eva Glawischnig-Piesczek und Heinz-Christian Strache in das Korpus aufgenommen werden. Dies soll einen möglichst hohen Grad der Vergleichbarkeit ermöglichen.

In Bezug auf geplante mündliche Äußerungen werden jeweils die Reden von Heinz-Christian Strache und Eva Glawischnig-Piesczek bei der Sitzung des Nationalrates am

[43] Siehe Niehr (2014), S. 31.
[44] Siehe Niehr (2014), S. 31.
[45] Vgl. https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm, https://www.gruene.at/partei/programm/gruene-teilprogramme, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].
[46] Vgl. https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/, https://www.fpoe.at/themen/handbuch-freiheitlicher-politik/, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].

16. März 2016[47] sowie die Reden der beiden Parteivorsitzenden bei der Sondersitzung des Nationalrates am 1. September 2015[48] zur Analyse herangezogen.
Spontane Beiträge werden einerseits aus der ORF-Sendung „Bürgerforum" mit dem Thema „Flüchtlinge – kein Ende in Sicht?" vom 24. November 2015[49], bei welcher beide Parteivorsitzende mitgewirkt haben, entnommen. Andererseits werden auch Teile aus der ORF-Sendung „Sommergespräche" analysiert, bei welcher Eva Glawischnig-Piesczek am 8. August 2016[50] und Heinz-Christian Strache am 22. August 2016[51] zu Gast waren.

1.5 Forschungsfeld und Forschungsstand

Die vorliegende Diplomarbeit lässt sich in das Feld der so genannten Politolinguistik einordnen. Wie auch Thomas Niehr in seiner „Einführung in die Politolinguistik" konstatiert, liegt es nahe, als Forschungsgegenstand dieser Disziplin lediglich „das Sprechen (und Schreiben) von Politikern" anzunehmen.[52] „Dies scheint jedoch bei genauerem Hinsehen wenig plausibel, weil man damit von vornherein weite Teile des öffentlichen Sprachgebrauchs, die man mit guten Gründen als politisch bezeichnen kann, aus dem Untersuchungsbereich ausklammern würde."[53] Beispielsweise seien die Massenmedien zu beachten, die erheblich zur politischen Meinungsbildung beitragen.[54] Niehr schlägt demnach also folgende Definition des Gegenstandsbereiches der Politolinguistik vor:

> „In dieser Einführung wird der Terminus *politische Sprache* bevorzugt. Er soll verstanden werden als Sprachgebrauch *in* der Politik und bezieht das Sprechen *über* Politik (z. B. […] bei privaten oder öffentlichen Diskussionen), die politische Mediensprache (z. B. in Talkshows oder Zeitungskommentaren) und die Politiksprache mit ein. Unter Letztere lassen sich die Sprache der Politiker (z. B. im Parlament) und die Sprache in der Politik (z. B. innerhalb einer Partei oder Fraktion) subsumieren."[55]

Verstanden als deskriptive Wissenschaft gilt dieser Teilbereich der Linguistik als relativ junge Disziplin, „die sich v.a. in Deutschland seit der Nachkriegszeit entwickelt hat."[56]

---

[47] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=ncFVMHucnEs, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017]; https://www.youtube.com/watch?v=qu85tjsID18, [zuletzt eingesehen am 4.9.2017].
[48] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=glFL153x3XM, https://www.youtube.com/watch?v=Polwks-RrJao, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].
[49] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=k_Tuzry_Nuk, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].
[50] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=3gxwJ1-F2nk, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].
[51] Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=YqmpNi0gKx8, [zuletzt eingesehen am 20.04.2017].
[52] Siehe Niehr (2014 a), S. 15.
[53] Siehe Niehr (2014 a), S. 15.
[54] Vgl. Niehr (2014 a), S. 15.
[55] Siehe Niehr (2014 a), S. 16-17.
[56] Siehe Niehr (2014 a), S. 18.

Prominente und stark beforschte Felder sind unter anderem „die Sprache im Nationalsozialismus“, „die Sprache in der DDR“ oder „die Sprache der Wende“.[57]
Was aktuelle Forschungsrichtungen in der Politolinguistik betrifft, so können diese laut Girnth in zwei Strömungen eingeteilt werden, nämlich die „*lexikonorientierte* und *text-/ diskursorientierte* Richtung“.[58] Aufgrund der Fragestellungen und Zielsetzungen der vorliegenden Arbeit wird die erste der beiden Richtungen im Folgenden weitgehend vernachlässigt.
Zum Forschungsstand der text-/ diskursorientierten Richtung lässt sich sagen, dass die so genannte „kommunikativ-pragmatische Wende in der Sprachwissenschaft anfangs der 70er-Jahre“ ihr einen entscheidenden Aufschwung gegeben hat. Von da an wurde „Sprache […] als Form sozialen Handelns verstanden, die in konkreten Kommunikationssituationen stattfindet.“[59]
Zum zentralen Gegenstand der diskursorientierten Politolinguistik wurden Diskurse, die hier nach Niehr vorerst folgendermaßen definiert werden sollen: „Diskurs ist ein Geflecht von thematisch zusammengehörigen Aussagen, die über Textkorpora zu erschließen sind.“[60] Auf die Schwierigkeit der Abgrenzung des Diskursbegriffes wird im späteren Kapitel zur Methodik genauer eingegangen.
Heiko Girnth nennt als wichtige diskurslinguistische Arbeiten im Feld der Politolinguistik beispielsweise Werke von Siegfried Jäger, der sich mit rassistischen Diskursen beschäftigt hat, oder Beiträge von Ruth Wodak, welche sich mit dem Diskurs um die Konstruktion nationaler Identitäten befasst hat.[61]
Bezüglich der konkreten Fragestellung nach dem Sprachgebrauch österreichischer Parteien kann insbesondere in Bezug auf die FPÖ bereits auf einige Arbeiten zurückgegriffen werden. Zu nennen wäre hier etwa das Werk „Blausprech“ von Benedikt Narodoslawsky, das sich mit der politischen Kommunikation der FPÖ beschäftigt.[62] Auch einige Diplomandinnen und Diplomanden haben sich bereits mit dieser Thematik befasst. So etwa Iliana Natchevska, welche Untersuchungen der politischen Sprache der „Grünen“ und „Freiheitlichen“ anstellte oder Tanja Großalber, welche sich spezifisch mit der Sprache des Parteivorsitzenden H.C. Strache beschäftigte.[63]

[57] Siehe Girnth (2002), S. 9.
[58] Siehe Girnth (2002), S. 9.
[59] Siehe Girnth (2002), S. 10.
[60] Siehe Niehr (2014 a), S. 127.
[61] Vgl. Girnth (2002), S. 10.
[62] Narodoslawsky, Benedikt: Blausprech. Wie die FPÖ ihre Wähler fängt. Graz: Leykam 2010.
[63] Natchevska, Iliana: Originalität und Variation in Wahlreden. Untersuchungen zur politischen Sprache der "Grünen" und der "Freiheitlichen" in den Nationalratswahlkämpfen 1994 und 1995. Diplomarbeit. Univ. Wien 1996.
Großalber, Tanja: Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache. Diplomarbeit. Univ. Wien 2012.

2 Theoretischer Rahmen

Nachdem bereits in der Einleitung mehrfach von der linguistischen Diskursanalyse die Rede war, wird in diesem Kapitel genauer geklärt, worum es sich bei dieser Form der Analyse handelt und warum diese sich für die vorliegende Arbeit anbietet.
Wie aus dem Aufsatz von Andreas Gardt hervorgeht, herrscht in der Wissenschaft keine Einigkeit über die Frage, ob man unter Diskursanalyse eine Theorie, eine Methode oder gar eine Haltung verstehen soll. Auch Gardt gibt keine eindeutige Antwort, vielmehr versucht er zu beschreiben, was, bezogen auf den jeweiligen Kontext (Theorie, Methode, Haltung), unter Diskursanalyse zu verstehen ist.[64] Eine ausführliche Diskussion der eben beschriebenen begrifflichen Unsicherheit muss an dieser Stelle unterbleiben. Es ist jedoch wichtig, zu reflektieren, was in der vorliegenden Arbeit unter Diskursanalyse verstanden wird.
Da sich, wie auch Gardt konstatiert, „die Diskursanalyse […] unterschiedlicher Methoden [bedient]", wird sie dadurch „auf eine den einzelnen Methoden übergeordnete Ebene" gestellt. Demzufolge wird die Diskursanalyse in der vorliegenden Diplomarbeit als Theorie verstanden, wenngleich es sich nach Gardt „in gewisser Weise [um] Theorie und Methode zugleich […] [handelt]." Die einzelnen Methoden, die zur Analyse der relevanten Kategorien herangezogen werden, werden somit als „die dieser Theorie angemessenen Methoden" betrachtet.[65] Zur besseren Überschaubarkeit werden diese in einem eigenen Kapitel näher ausgeführt.
Außerdem erfolgen einige theoretische Überlegungen zum politischen Kommunikationsbereich und dessen Besonderheiten.

2.1 Linguistische Diskursanalyse

2.1.1 Der Begriff *Diskurs*

Möchte man sich mit Diskursen auseinandersetzen, scheint es sinnvoll, vorweg zu klären, was überhaupt unter dem Begriff *Diskurs* zu verstehen ist. So einfach die Aufgabe klingt, so schnell wird man sich bewusst, vor welche Herausforderung man mit diesem Ziel gestellt ist.
Der Begriff stellt eine Entlehnung des frühen 16. Jahrhunderts aus dem Französischen dar, wobei das Substantiv so viel wie „Verkehr, Umgang, Gespräch" bedeutete.[66] Erst wurde es nur in einem wissenschaftlichen Kontext verwendet, im 17. Jahrhundert jedoch weitete sich die Bedeutung aus und es „wurden […] damit Gespräche im Allgemeinen

[64] Vgl. Gardt (2007), S. 27-52.
[65] Siehe Gardt (2007), S. 35-36.
[66] Siehe Warnke (2007), S. 3.

bezeichnet."[67] Seit dieser Zeit unterlag der Terminus extremen Bedeutungsänderungen, weshalb seine Verwendung, zumindest in einem wissenschaftlichen Sinn, einer gewissen Reflexion bedarf.[68]
Jürgen Spitzmüller und Ingo Warnke sprechen in ihrem einführenden Werk von „Begriffsskepsis".[69] Gemeint ist damit der Umstand, dass der Terminus *Diskurs* mittlerweile nicht mehr nur in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, sondern auch in der Alltagssprache verwendet wird, und das jeweils mit höchst unterschiedlichem Inhalt:

> „Mit der Verbreitung des Diskursbegriffs in weiten Teilen der Geistes- und Sozialwissenschaften ab den 1970er-Jahren ist damit auch eine gewisse Bedeutungskonkurrenz entstanden, die durch die jeweils spezifische Perspektive bedingt ist, aus der heraus so unterschiedliche Fächer wie bspw. die Philosophie, die Soziologie, die Geschichtswissenschaft, die Literaturwissenschaft und die Linguistik ›Diskurse‹ konzeptionalisieren."[70]

Es ergeben sich also zahlreiche Varianten der Bedeutung von *Diskurs*, weshalb es umso wichtiger ist, „zu klären, welche Lesart von ›Diskurs‹ in einem wissenschaftlichen Text gemeint ist […]."[71]
In der vorliegenden Diplomarbeit wird nach Dietrich Busse und Wolfgang Teubert von folgender Diskursdefinition ausgegangen:

> „Unter Diskursen verstehen wir im forschungspraktischen Sinn virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird. Zu einem Diskurs gehören alle Texte, die
> - sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen, untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussagen-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang stehen,
> - den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen in Hinblick auf Zeitraum/ Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen,
> - und durch explizite oder implizite (text- oder kontextsemantisch erschließbare) Verweisungen aufeinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden."[72]

[67] Siehe Spieß (2011), S. 74.
[68] Vgl. Warnke (2007), S. 3.
[69] Siehe Spitzmüller/Warnke (2011), S. 5.
[70] Siehe Spitzmüller/Warnke (2011), S. 5.
[71] Siehe Spitzmüller/Warnke (2011), S. 7.
[72] Siehe Busse/ Teubert (1994), S. 14.

2.1.2. Ursprünge der Diskursanalyse

Wer sich mit Diskursen und deren Analyse beschäftigt, wird schnell feststellen, dass kein Werk der Sekundärliteratur ohne den Namen Michel Foucault auskommt. Sylvia Bendel Larcher zählt den Philosophen sogar „[z]u den wichtigsten Wegbereitern einer linguistischen Diskursanalyse."[73] Auch, wenn an dieser Stelle nicht im Detail auf sein Werk und sein Wirken eingegangen werden kann, so käme es doch einem unverzeihlichen Versäumnis gleich, Ausführungen zur Diskursanalyse zu schreiben, ohne sich zumindest kurz mit Foucault zu beschäftigen.
Vorweg sei gesagt, dass Michel Foucault seine Vorstellung von Diskurs im Laufe seines Lebens immer wieder hinterfragt und verändert hat.[74] „So lassen sich innerhalb seines Werkes Veränderungen und Diskontinuitäten in Hinblick auf seine Konzeption des Diskurses und damit des Denkens feststellen."[75]
Philipp Sarasin sieht die „Geburt" der Diskursanalyse bereits in Foucaults literaturkritischer Studie *Raymond Roussel* angelegt, welche er 1963 veröffentlichte.[76] Darin beschäftigte er sich mit der Sprache des Schriftstellers, der „die meisten seiner Texte auf der Analyse von zwei entgegengesetzten Sätzen aufgebaut [hat], wovon der eine unausgesprochen bleibt und dennoch die Logik der Geschichte bestimmt."[77] In Bezug auf diese Systematik stellte sich Foucault die für die Entwicklung seiner Diskursanalyse entscheidenden Fragen:

> „Warum diese Ordnung und keine andere? […] Warum wird das gesagt und nicht jenes? Warum gibt es diese Ordnung der Aussagen und nicht eine andere? Warum wurde nur das gesagt und nicht noch so viel anderes, was das endlose Spiel der Zeichen zu sagen ermöglichte?"[78]

Der Beantwortung dieser Fragen wendet er sich jedoch erst später in seinem Werk *Archäologie des Wissens* zu.[79] Laut Constanze Spieß ist dieses Foucaults „frühe[r] Schaffensphase zuzurechnen", in welcher er „Ordnungen des Denkens, gesellschaftliche Wissenssysteme oder Denkstrukturen einzelner Epochen, die Teil eines gesellschaftlichen Wissens sind, welches nach bestimmten Regeln in einem übergreifenden System funktioniert [, untersucht]."[80]

[73] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 19.
[74] Vgl. Bendel Larcher (2015), S. 19.
[75] Siehe Spieß (2011), S. 78.
[76] Vgl. Sarasin (2005), S. 41.
[77] Siehe Sarasin (2005), S. 64-65.
[78] Siehe Sarasin (2005), S. 65.
[79] Vgl. Sarasin (2005), S. 65.
[80] Siehe Spieß (2011), S. 79.

Ein ebenso bedeutendes Werk im Hinblick auf die Diskursanalyse ist die *Ordnung des Diskurses*, Foucaults „Antrittsvorlesung am Collège de France".[81] Spieß zählt dieses Werk zur mittleren Phase von Foucaults Schaffen, welche vorwiegend durch seine Beschäftigung mit dem Zusammenhang zwischen Diskurs und Macht gekennzeichnet ist.[82] Die letzte Phase seines Schaffens ist geprägt von der Auseinandersetzung mit dem Subjekt „im Hinblick auf Macht und Diskurs".[83]
Foucault definiert Diskurs vorwiegend über deren „zentralen Untersuchungsgegenstand" der *Aussagen*. Aussagen sind Michel Foucault zufolge in einen bestimmten Kontext eingebunden und „folgen einem bestimmten Formationssystem, sie selbst wiederum werden durch andere Aussagen bestimmt". Eine nähere Bestimmung der Aussagen lässt er jedoch offen. Fest steht nur, dass sich sein Konzept von Aussagen nicht mit „linguistischen Kategorien", wie beispielsweise „Propositionen oder Sätze[n]" gleichsetzen lässt.[84]
Sylvia Bendel Larcher fasst Foucaults Diskursbegriff wie folgt zusammen:

> „Ein Diskurs ist ein *Geflecht von Aussagen* zu einem Thema, die in einer Gesellschaft zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt nach Maßgabe bestimmter „Ordnungsstrukturen" […] gemacht werden. Diese Ordnungsstrukturen sind eine Art Instanz, die – oft unsichtbar, implizit – vorgibt, auf welche Art man in einer bestimmten Epoche in den Wissenschaften und in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens über „die Dinge in der Welt" redet, reden kann oder reden darf bzw. *nicht* reden darf."[85]

Durch diese „Limitierung des Sagbaren" ergibt sich auch eine gewisse Ordnung, die „diskursiv-historisch zustande [kommt] und […] damit eine […] sich immer wieder verändernde Größe [ist] […]." Für Foucault ist in diesem Zusammenhang vor allem die Frage wichtig, „wer über ein bestimmtes Thema die Diskursmacht hat und damit quasi über das zum entsprechenden Zeitpunkt gerade erlaubte Wissen verfügen darf."[86]
Nach dieser kurzen Skizzierung von Michel Foucaults Diskurstheorie scheint es abschließend noch sinnvoll, nach dem Stellenwert zu fragen, welchen er darin der Sprache einräumt. Constanze Spieß erläutert, dass „die Untersuchung der sprachlichen Manifestationen innerhalb eines Diskurses […] für Foucault eine nur marginale Rolle [spielt]". Das hängt für sie wiederum damit zusammen, dass Foucault von einem strukturalistischen Sprachbegriff ausgeht und nicht von einem pragmatischen. Demnach wird Sprache nicht als „Praxis bzw. […] Handeln" verstanden, sondern „als System".[87]

[81] Siehe Spieß (2011), S. 80.
[82] Vgl. Spieß (2011), S. 80.
[83] Siehe Spieß (2011), S. 80.
[84] Siehe Spieß (2011), S. 81.
[85] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 19.
[86] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 19-20.
[87] Siehe Spieß (2011), S. 96.

Trotzdem hält Sylvia Bendel Larcher fest, dass „Sprache […] für Foucault zumindest der *Ausgangspunkt* der Diskursanalyse [war].“[88]

> „Foucault interessierte sich dafür, welches Regelwerk, welche diskursiven Kräfte es möglich machen, dass eine bestimmte Äußerung in einem bestimmten Kontext genau so und nicht anders formuliert wird. Gemäß einer solchen Fragestellung sind Aussagen keine „Zufallsprodukte“, sondern sie gehorchen „der Ordnung des Diskurses […].“[89]

2.1.3 Diskursanalyse in der Linguistik

Diskursanalytische Untersuchungen im Feld der germanistischen Linguistik stießen lange Zeit auf Kritik und Skepsis. Bereits „das Hinausgehen über Satzgrenzen [war] nicht unumstritten“, ganz zu schweigen vom Überschreiten der Textgrenzen, welches die Analyse eines Diskurses erst ermöglicht.[90] Dietrich Busse und Wolfgang Teubert beklagen in ihrem Aufsatz *Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt?* aus dem Jahr 1994, dass die Diskursanalyse „noch immer nicht in der deutschen […] Sprachwissenschaft angekommen zu sein [scheint] […].“[91] Sie fassen die Kritik, die dem Feld der Diskursanalyse entgegengebracht wurde, wie folgt zusammen:

> „Abgelehnt wurde (und wird) – ob explizit oder aus einem untergründigen Gefühl heraus – jede Erweiterung der Sprachwissenschaft, welche die Semantik, d.h. die Bedeutungsanalyse sprachlicher Einheiten, über die Wort- oder Satzgrenze hinaus ausdehnt. Die Grenzen der traditionellen Linguistik sind daher v.a. solche Grenzen, die sie von der semantischen Analyse sprachlicher Einheiten auf der Ebene von Satzaussagen und Aussagenverknüpfungen abschotten sollen.“[92]

Mittlerweile haben sich die Widerstände gegen eine linguistische Diskursanalyse weitgehend gelegt, was laut Niehr auch daran liegt, dass „das Potential diskursanalytischer Arbeiten in vielfältiger Weise deutlich geworden ist.“[93]
Worin aber liegt nun das genaue Erkenntnisinteresse einer linguistischen Diskursforschung? Obwohl sich die Diskursanalyse in der Linguistik zumeist text- und gesprächslinguistischer Methoden bedient, liegt das primäre Interesse nicht darin, Fragen nach dem

[88] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 20.
[89] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 20.
[90] Siehe Niehr (2014), S. 29.
[91] Siehe Busse/ Teubert (1994), S. 10.
[92] Siehe Busse/ Teubert (1994), S. 12.
[93] Siehe Niehr (2014), S. 30.

Funktionsprinzip von Sprache zu beantworten.[94] Vielmehr geht es um den Kontext, in welchem sprachliche Äußerungen und Texte entstehen und um „die Gesellschaft, die diese Texte hervorbringt und gleichzeitig von ihnen geformt wird. […] Wie die Menschen ihre Welt gestalten und mit welchen sprachlichen Mitteln sie das tun, das ist das Erkenntnisinteresse der Diskursanalyse."[95]

Es lässt sich daher nicht schwer erahnen, dass die Diskursanalyse ihren Ausgang nicht in den Texten nimmt, sondern in einer gesellschaftlich relevanten Frage. Um sich dieser Frage jedoch annähern zu können, bedarf es konkreter Textkorpora, da „Diskurse nur über […] [diese] zugänglich sind".[96] Wichtig ist dabei, dass von einem Textbegriff ausgegangen wird, der Texte nicht als „isolierte Einheiten, sondern *Fragmente eines größeren Diskurses*, einer Gesamtheit von Äußerungen, mit denen sie inhaltlich und formal verbunden sind" begreift.[97]

Die verwendeten linguistischen Methoden dienen der Erschließung des jeweiligen Gesellschaftsdiskurses, indem sie es ermöglichen, „Aussagen […] [darüber] machen zu können, zu erkennen, worum sich die Debatte dreht, wer sich mit welchen Argumenten durchsetzt und was die konkreten Folgen für die Betroffenen sind."[98]

Constanze Spieß konkretisiert die Ziele einer linguistischen Diskursanalyse folgendermaßen:

> „Anhand des vorhandenen Sprachmaterials, also der zum Diskurs gehörenden Texte, verfolgt eine linguistische Diskursanalyse die Beschreibung sprachlicher Manifestationen bestimmter Wissens- und Denkstrukturen einer Gesellschaft. Als erkenntnisleitende Ziele können grob zwei Formen unterschieden werden: Zum einen geht es darum, anhand des Sprachmaterials die sprachliche Konstruktion der Wirklichkeit analytisch zu beschreiben. Hier spielt das in den Texten Geäußerte eine zentrale Rolle. Zum anderen geht es um die Offenlegung semantischer Tiefenstrukturen, d. h. um selbstverständliche aber nicht explizierte Voraussetzungen des in den Texten Gesagten."[99]

Als besonders bedeutsame „Indikatoren für die Wissensformation und -distribution im Diskurs" nennt Spieß „sprachliche Phänomene wie Schlüsselwörter und Bedeutungskonzepte sowie Metaphern und Argumentationsmuster".[100] Denn, was in einem Diskurs thematisiert wird und was nicht und welche Begriffe, Argumentationsmuster oder Metaphern verwendet werden oder als fraglich gelten, lässt auf Machtverteilungen innerhalb

[94] Vgl. Bendel Larcher (2015), S. 11.
[95] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 11.
[96] Siehe Niehr (2014), S. 30.
[97] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 49.
[98] Siehe Bendel Larcher (2015), S. 11.
[99] Siehe Spieß (2011), S. 180.
[100] Siehe Spieß (2011), S. 180.

des Diskurses bzw. auf vorherrschende Denkstrukturen schließen. Diese können ihrerseits wieder Einfluss auf die Produktion weiterer Aussagen nehmen.[101]

2.2 Politik als sprachliches Handlungsfeld

Da mit dem Flüchtlingsdiskurs ein stark im politischen Feld verorteter Diskurs im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht, ist es notwendig, sich mit dem politischen Kommunikationsbereich und seinen Besonderheiten zu beschäftigen.

2.2.1 Politische Sprache und Kommunikation

Wie bereits in der Einleitung festgehalten wurde, führte das Interesse der Linguistik an der politischen Sprache zur Etablierung einer eigenen Teildisziplin, der so genannten Politolinguistik bzw. Sprache-und-Politik-Forschung.[102] Im Zentrum der Forschung steht dabei die Annahme, „dass Sprachhandeln einen zentralen und konstitutiven Aspekt politischen Handelns darstellt, wenngleich politisches Handeln nicht im Sprachhandeln aufgeht."[103] Die neuere Forschung vertritt somit weitgehend einen pragmatischen Ansatz. „Sprache ist demnach kein Selbstzweck, sondern findet immer in bestimmten Situationen statt, richtet sich an ein Gegenüber und ist zielorientiert." Das zentrale Forschungsinteresse gilt also „der Sprachverwendung in konkreten politischen Kommunikationssituationen."[104]
Politik und Sprache sind unabdingbar miteinander verbunden und bedingen sich gegenseitig:

> „Politik wird durch (mit) Sprache entworfen, vorbereitet, ausgelöst, von Sprache begleitet, beeinflußt, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt. Politik, politisches Handeln ist mit sprachlichem Handeln, ist mit Kommunikationsprozessen verbunden. Politik geht nicht auf in Sprache, aber sie ist grundsätzlich angewiesen auf die Produktion, den Austausch, die Rezeption von Signalen, Zeichen, Symbolen, Texten."[105]

Bevor nun aber weiter auf den Stellenwert der Sprache für die Politik eingegangen wird, muss geklärt werden, was überhaupt unter dem Begriff *Politik* zu verstehen ist, bzw. auf welchem Politikbegriff die vorliegende Arbeit aufbaut.

---

[101] Vgl. Spieß (2011), S. 180-181.
[102] Vgl. Spieß (2011), S. 155.
[103] Siehe Spieß (2011), S. 155.
[104] Siehe Girnth (2002); S. 31.
[105] Siehe Grünert (1983), S. 43.

Natürlich gibt es eine Fülle unterschiedlicher Begriffsdefinitionen und es kann nicht auf *eine* allgemeingültige Beschreibung zurückgegriffen werden. Diese Definitionsheterogenität wird aufgrund der Zielsetzung dieser Diplomarbeit jedoch weitgehend außer Acht gelassen. Es wird von einem relativ weit gefassten Politikbegriff ausgegangen, welcher sich vor allem in der jüngeren Politikwissenschaft zunehmend etabliert hat. Dieser begreift Politik als dreidimensionalen Bereich, welcher sich aufgliedern lässt in *polity*, *politics* und *policy*. Unter *polity* wird der politische Handlungsrahmen verstanden, der vorwiegend durch Institutionen und Normen bestimmt ist.[106] *Politics* meint die prozessuale Dimension von Politik. „Im Vordergrund stehen hier Prozesse der Konfliktaustragung, der Meinungsfindung, der Frage nach der Durchsetzung von Zielen und Interessen."[107] Mit *policy* ist schließlich „die inhaltliche Dimension von Politik" gemeint, welche „die Art und Weise der Verarbeitung konkreter Probleme in politischen Konfliktfeldern" umfasst.[108] Die drei Dimensionen sind eng mit einander verknüpft und lassen sich nicht immer strikt voneinander trennen.
Geht man von einem so breiten Politikverständnis aus, liegt es auf der Hand, dass auch der Gegenstandsbereich der politischen Sprache und Kommunikation sehr vielfältig und heterogen sein kann.[109] Armin Burkhardt schlägt folgende Bestimmung von *politischer Sprache* vor, welcher dieser Vielfalt und Heterogenität Rechnung trägt. Sie soll demnach als Oberbegriff verwendet werden,

> „der alle Arten öffentlichen, institutionellen und privaten Sprechens über politische Fragen, alle politiktypischen Textsorten sowie jede für das Sprechen über politische Zusammenhänge charakteristische Weise der Verwendung lexikalischer und stilistischer Sprachmittel umfassen soll."[110]

In einem späteren Aufsatz gibt er folgende Definition *politischer Sprache*:

> „Politische Sprache ist entweder das politikbezogene Sprechen der Bürger bzw. die politische Mediensprache der Journalisten, oder sie ist Politiksprache, die – je nach Adressatenbezug – in die politikinterne Sprache in der Politik und die nach außen ans Staatsvolk gerichtete Politikersprache unterschieden werden kann."[111]

Auf die Frage, wo sich politisches Sprachhandeln nun finden und untersuchen lässt, geben Girnth und Spieß folgende Antwort:

---

[106] Vgl. Spieß (2011), S. 156.
[107] Siehe Spieß (2011), S. 156.
[108] Siehe Spieß (2011), S. 156.
[109] Vgl. Girnth/Spieß (2006), S. 8.
[110] Siehe Burkhardt (1996), S. 79.
[111] Siehe Burkhardt (1998), S. 98-99.

> „[…] vielfältig sind die Dimensionen, in denen sich politisches Sprachhandeln entfaltet: in Institutionen, in öffentlich-politischen Meinungsbildungsprozessen, in politischen Prozessen der Zustimmungswerbung und Meinungsdurchsetzung und in den jeweiligen weiteren politisch zu gestaltenden Bereichen menschlichen Zusammenlebens.“[112]

Es lässt sich also feststellen, dass sich die Analyse politischer Sprachhandlungen nicht auf Politiker beschränken muss, „sondern alle möglichen Akteure und Kommunikationsformen umfassen kann“[113]
Ein weiterer Aspekt, der durch den sehr breit gefassten Politikbegriff zum Tragen kommt, ist, „dass das, was politisch ist, nicht von vornherein festgelegt ist.“[114] Joachim Herrgen bemerkt dazu, „daß Politik nicht auf bestimmte Inhalte oder Gegenstände eingeschränkt ist, sondern daß selbst politikferne Lebensbereiche politisch werden können, wenn sie in einer bestimmten Konstellation die Ebene gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen berühren.“[115]
Nachdem nun der politische Kommunikationsbereich kurz umrissen wurde, wird im folgenden Kapitel eine genauere Beschreibung jenes Bereiches vorgenommen. Zuerst erfolgt eine Beschreibung der Charakteristika politischer Kommunikation. Des Weiteren wird der Bereich Politik in verschiedene Handlungsfelder differenziert. Dabei wird auch auf typische Funktionen politischen Sprechens eingegangen.

2.2.2 Charakteristika politischer Kommunikation

Laut Heiko Girnth und Constanze Spieß lassen sich keine Kriterien festmachen, die sich „ausschließlich auf öffentlich-politische Kommunikation [beziehen] […] [und] die diesen Kommunikationsbereich strikt von anderen Bereichen abgrenzbar machen.“[116] Trotzdem gibt es Merkmale, die in der Forschung als typisch für die politische Sprachverwendung angesehen werden. Dazu zählen „Interdisziplinarität, Prozessualität, Massenmedialität, Öffentlichkeit, Mehrfachadressiertheit, Inszeniertheit, Gruppenbezogenheit, Konsens- und Dissensorientiertheit sowie Repräsentationalität.“[117]

[112] Siehe Girnth/ Spieß (2006), S. 8.
[113] Siehe Spieß (2011), S. 157.
[114] Siehe Spieß (2011), S. 157.
[115] Siehe Herrgen (2000), S. 41.
[116] Siehe Girnth/Spieß (2006), S. 8-9.
[117] Siehe Spieß (2011), S. 158.

Diese Darstellung folgt weitgehend jener von Constanze Spieß, welche die genannten Charakteristika vor allem als konstitutiv für den „Kommunikationsbereich Politik in demokratischen Gesellschaften“ begreift.[118] Im Folgenden sollen die einzelnen Merkmale kurz erläutert werden.

2.2.2.1 Interdisziplinarität und Prozessualität

Das Merkmal der Interdisziplinarität ergibt sich aus dem weiter oben bereits beschriebenen breiten Politikverständnis und der Weite des Gegenstandsbereiches. Jeder Bereich, der das Kriterium der gesellschaftlichen Relevanz erfüllt, kann auch politisch relevant werden und somit auch für die Politolinguistik interessant sein.[119]

> „Die inhaltlichen Gegenstände, welche Politik verhandelt und behandelt, stammen immer aus einem bestimmten Fachgebiet. […] Im öffentlich-politischen Diskurs können je nach inhaltlichem Gegenstand zudem unterschiedliche Wissenskomplexe verschiedener Fachgebiete aufeinander treffen.“[120]

Constanze Spieß veranschaulicht ihre Ausführungen am Beispiel des von ihr untersuchten „Diskurs[es] um humane embryonale Stammzellforschung“, an welchem viele unterschiedliche Fachbereiche, wie beispielsweise die Medizin, die Philosophie oder die Ethik, Anteil haben.[121]
Das Merkmal der Prozessualität moderner politischer Kommunikation lässt sich am anschaulichsten in Abgrenzung zur klassischen Rhetorik darstellen. Josef Klein stellt diese beiden Paradigmen gegenüber und beschreibt die klassische Beratungsrede mit dem Merkmal der Punktualität. Diese ergebe sich aus „vormodernen Formen direkter Demokratie“, in welchen eine gehaltene politische Rede unmittelbar die Abstimmung „der Bürger […] über Sachfragen und Personen“ beeinflusste. Die vormoderne politische Rede war also gekennzeichnet durch „die Einheit der Zeit […], die sequentielle Einheit von Information, Argumentation, Publikumsresonanz und Entscheidung […], die Einheit des Raumes […], die Einheit des Publikums, […] die Einheit des Themas und […] die Einheit des Redeziels.“[122] Diese Einheiten könnten aufgrund ihres Systems in modernen parlamentarischen Demokratien nicht eingehalten werden:

[118] Siehe Spieß (2011), S. 158.
[119] Vgl. Spieß (2011), S. 158-159.
[120] Siehe Spieß (2011), S. 159.
[121] Siehe Spieß (2011), S. 159.
[122] Siehe Klein (1995), S. 72.

> „[…] in diesem Systemkontext stehen politische Entscheidungen nicht am Ende einer punktuellen rednerischen Auseinandersetzung, sondern am Ende von *Verfahren* – wobei die Verfahren oft im Kontext gesellschaftlich und massenmedial weit distribuierter, manchmal jahrzehntelanger Diskurse […] stehen."[123]

Politische Kommunikation ist also als Prozess zu sehen und nicht als punktuelle einzelne Sprachhandlung. Constanze Spieß fasst dies nochmals folgendermaßen zusammen:

> „Durch das Merkmal der *Prozessualität* wird nochmals deutlich, dass politisches Sprechen bzw. politische Kommunikation in größere Zusammenhänge eingebettet und interaktional ausgerichtet ist […], hier wird der Begriff des Diskurses und der Diskursivität einzelner Aussagen und Ereignisse zentral."

2.2.2.2 Massenmedialität und Öffentlichkeit

Massenmedialität und Öffentlichkeit gelten ebenfalls als „zentrale[…] Merkmal[e] moderner demokratischer Gesellschaften", welche das Merkmal der Prozessualität erst bedingen.[124] Sie stehen in starker Abhängigkeit voneinander und bedingen sich gegenseitig. Dies wird bereits in der Definition von Öffentlichkeit deutlich: Unter Öffentlichkeit wird „der soziale Raum [verstanden], in dem die Akteure vor einem prinzipiell unabgeschlossenen Publikum mittels Massenmedien agieren."[125]
Wie Constanze Spieß feststellt, wurde der politische Kommunikationsbereich durch die Entwicklung einer Öffentlichkeit und der damit zusammenhängenden Herausbildung der Massenmedien enorm beeinflusst: „so muss politische Kommunikation sich den Mechanismen massenmedialer Öffentlichkeit anpassen, um Gehör zu finden, das Mediensystem wiederum ist auf Neuigkeiten aus dem politischen Bereich angewiesen, um die Frequenz steigern zu können."[126]
Das hat auf die politische Kommunikation insofern Einfluss, als dass diese sich den spezifischen Anforderungen der Massenmedien beugen muss, wenn sie diese Kanäle nutzen will, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Konkret geht es dabei zumeist um „die Erzeugung von Aufmerksamkeit", die für eine möglichst große Zuschauerzahl sorgen soll. Das Kriterium der Aufmerksamkeit lässt sich weiter in drei verschiedene Dimensionen aufgliedern: „Zeitdimension, Sozialdimension und Sachdimension."[127]

[123] Siehe Klein (1995), S. 72.
[124] Siehe Spieß (2011), S. 160.
[125] Siehe Spieß (2011), S. 128-129.
[126] Siehe Spieß (2011), S. 161.
[127] Siehe Spieße (2011), S. 162.

„Die Zeitdimension umfasst dabei den Aspekt der Neuigkeit und Aktualität von Nachrichten, mit dem die Verknappung von Nachrichten einhergeht, die Sozialdimension zielt auf das Konfliktpotenzial ab und die Sachdimension fokussiert quantitative Aspekte mit aufmerksamkeitssteigernder Funktion […].“[128]

2.2.2.3 Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit

Auch die Merkmale Mehrfachadressiertheit und Inszeniertheit hängen mit Öffentlichkeit bzw. Massenmedialität zusammen. Unter Mehrfachadressiertheit versteht man die Tatsache, dass „Politiker […] sich mit ihren sprachlichen Handlungen oft an mehrere Adressaten gleichzeitig [richten], wobei die Wirkung jeweils unterschiedlich ausfallen kann.“[129] Besonders die Massenmedien bedingen eine mehrfache Adressierung, indem durch sie politische Sprachhandlungen für ein breites Publikum zugänglich gemacht werden.[130]
„Der *Inszenierungscharakter* […] politischer Kommunikation kommt insbesondere vor dem Hintergrund der Mehrfachadressierung und der Selektionskriterien der Massenmedien zur Geltung.“ Es ist ein wichtiges Ziel politischer Kommunikation, den unterschiedlichen adressierten Gruppen zu entsprechen. „Die entsprechenden Handlungen und Texte müssen [also] so inszeniert sein, dass sie die unterschiedlichen Adressatenkreise gleichermaßen ansprechen, was durch Polyfunktionalität der Texte erreicht werden kann.“[131]
Laut Werner Holly wird unter Polyfunktionalität von Sprache verstanden, „daß gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen verschiedene Bedeutungen im Spiel sein können.“[132] Er beschreibt Inszenierung folgendermaßen: „Als „inszeniert“ soll ein Muster gelten […], wenn es die Funktion hat, gegenüber einem Publikum auf einer anderen Realitätsebene einen bestimmen Effekt zu erzielen, der diesem Muster im unmittelbaren Handlungszusammenhang noch nicht zukommt.“[133] Vereinfacht gesagt geht es also um das Wirksamwerden unterschiedlicher Interpretationsebenen einer politischen Äußerung, die möglichst vielen unterschiedlichen Adressatengruppen gerecht werden sollen.

2.2.2.4 Gruppenbezogenheit

Ein weiteres Charakteristikum politischer Kommunikation ist Gruppenbezogenheit, da die „einzelnen Akteure […] zumeist Repräsentanten einer bestimmten (sozialen) Gruppe

[128] Siehe Spieß (2011), S. 162.
[129] Siehe Girnth (2002), S. 34.
[130] Vgl. Girnth (2002), S. 34.
[131] Siehe Spieß (2011), S. 163.
[132] Siehe Holly (1990), S. 55.
[133] Siehe Holly (1990), S. 57.

[sind].“[134] Primär wird dabei zwischen Eigen- und Fremdgruppe unterschieden. Dabei wird die Eigengruppe in den meisten Fällen positiv und die Fremdgruppe negativ beurteilt.[135]
Durch die Festlegung „auf gemeinsame Werte, Handlungen und Ziele […] [sowie] gruppenspezifische Deutungs- und Interpretationsmuster“, wird innerhalb der Gruppe Identität gestiftet. Besonders in „öffentlich-politischen Diskursen“ entfaltet sich diese identitätsstiftende Wirkung zum großen Teil über die Massenmedien.[136]
Ein weiterer wichtiger Punkt für die Eigengruppenidentität ist die Abgrenzung von der Fremdgruppe und deren Haltungen und Zielen.[137]

> „Es bedarf also einerseits einer Bindung nach innen und einer Abgrenzung nach außen durch die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Bezugsgruppen. Referenzpunkt bilden dabei die Selbstbilder einer Gruppe. Ein Abgleich zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung stellt somit eine Notwendigkeit für die Konstitution der Gruppenidentität dar. Der Kern eines solchen Abgleichs ist die Unterscheidung in ein kollektives *Wir* und in die Gruppe der *Anderen* bzw. des *Sie*. Die kollektive Größe ist prinzipiell dynamisch und substanziell (durch Aushandlungsprozesse) veränderbar.“[138]

2.2.2.5 Konsens-/ Dissensorientiertheit und Repräsentationalität

Laut Heiko Girnth ist ein „wichtiges Ziel von Sprachverwendung in der Politik […] die kommunikative Verständigung, die Erreichung eines Konsenses.“[139] Er merkt jedoch an, dass politische Kommunikation durchaus auch auf die Erzeugung eines Dissenses abzielen kann.[140]
Diese Konsens-bzw. Dissensorientiertheit politischer Kommunikation steht in engem Zusammenhang mit der Gruppenbezogenheit. Bezüglich der Konsensorientiertheit ist jedoch zu sagen, dass diese „hinsichtlich zentraler Faktoren und Bedingungen des Zusammenlebens oftmals über die Konsensbildung in der Eigengruppe hinausreicht und gruppenübergreifend zu beschreiben ist.“[141] Als Beispiel eines solchen gruppenübergreifen-

[134] Siehe Spieß (2011), S. 164.
[135] Vgl. Girnth (2002), S. 33.
[136] Siehe Spieß (2011), S. 165.
[137] Vgl. Spieß (2011), S. 165.
[138] Siehe Spieß (2011), S. 165.
[139] Siehe Girnth (2002), S. 35.
[140] Vgl. Girnth (2002), S. 35.
[141] Siehe Spieß (2011), S. 166.

den Konsenses nennt Constanze Spieß die weitgehende Einigkeit über „gewisse[…] demokratische Grundkonstanten“, wie beispielsweise Meinungs- oder Pressefreiheit, „in demokratisch verfassten Gesellschaften.“[142]

> „Um Dissensorientiertheit geht es vor allem dann, wenn das Profil der Eigengruppe hinsichtlich der Abgrenzung von der Fremdgruppe im Vordergrund steht. Dementsprechend wird häufig gleichzeitig Dissens nach außen, im Hinblick auf das adressierte, heterogene und disperse Publikum, inszeniert und Konsens nach innen, hinsichtlich der eigenen zu stabilisierenden Gruppe, fokussiert. […]. Die Dissensorientierung nach außen soll auf die Geschlossenheit und Festigkeit der Eigengruppe schließen lassen und zugleich zustimmungswerbend (beim heterogenen Adressatenkreis) eingesetzt werden.“[143]

Dissensorientiertheit kann jedoch auch zur Lenkung politischer Diskurse in eine entgegengesetzte Richtung eingesetzt werden. „Hier geht es weniger um das explizite Aufzeigen von Gruppenbezogenheit, als um gezielte thematische Verschiebungen innerhalb von Diskursen […].“[144]
Zum Merkmal der Repräsentativität ist vorweg zu sagen, dass „sich Politiker [in der modernen politischen Kommunikation] vornehmlich als Repräsentanten der Parteien und/oder des Staates [äußern].“[145] Es hängt ebenfalls mit Konsens-/ Dissensorientiertheit sowie Gruppenbezogenheit zusammen, weil „der Politiker einen deutlichen Gruppenbezug zu seiner Partei zu erkennen gibt, die durch eine Konsensorientierung nach innen und eine Dissensorientierung nach außen manifest wird.“ Die individuelle Meinung wird zu Gunsten der Gruppenmeinung in den Hintergrund gestellt, was sich wiederum auf den Sprachgebrauch auswirkt: „Es wird sich einer spezifischen Parteien- bzw. Gruppenbegrifflichkeit bedient, dabei wird auf vage Formulierungen zurückgegriffen, wenn die Partei/Gruppe sich noch nicht auf eine Linie festgelegt hat […].“[146]
Auch laut Josef Klein hat die Repräsentativität erheblichen Einfluss auf die Form politischer Äußerungen, was er an folgenden Merkmalen festmacht:

> „- Vorrang für parteiinternen Konsens und gegnerbezogenen Dissens mit der Folge einer schematischen kommunikativen Handhabung der Freund-Gegner-Polarität nach dem Raster der Parteizugehörigkeit, so daß z.B. mit leicht distanzierenden Bemerkungen gegenüber an-

[142] Siehe Spieß (2011), S. 166.
[143] Siehe Spieß (2011), S. 166.
[144] Siehe Spieß (2011), S. 166.
[145] Siehe Klein (1995), S. 77.
[146] Siehe Spieß (2011), S. 167.

deren Repräsentanten der eigenen Partei meist stärkere Belastungen auf der Beziehungsebene verbunden sind als mit vehementen Angriffen gegen den ‚offiziellen' politischen Gegner;
- Tendenz zur Vagheit bei Äußerungen, zu denen die Parteilinie noch nicht abgestimmt worden ist, und Ausweichtendenzen bei Themen, die für die Partei unangenehm sind;
- sprachliche Orientierung an der parteispezifischen Begrifflichkeit."[147]

2.2.3 Handlungsfelder des politischen Kommunikationsbereiches

Der weit gefasste politische Kommunikationsbereich lässt sich in weitere Einzelbereiche differenzieren. In der Forschung wurden unterschiedliche Unterteilungen vorgenommen, auf welche an dieser Stelle jedoch nicht weiter eingegangen werden soll.[148]
Die hier beschriebene Differenzierung folgt im Wesentlichen Gerhard Strauß, welcher die unterschiedlichen Teilbereiche politischer Kommunikation als Sprachspiele bezeichnet, wobei er unter Sprachspiel kurz gesagt eine „konkrete Aufgaben-, Problemlösungs- und Interaktionskonstellation" versteht.[149] Er unterscheidet demnach folgende Sprachspiele: „'öffentlich-politische Meinungsbildung', 'politische Werbung', 'gruppenbezogene/ parteiinterne politische Meinungsbildung', 'politische Bildung'."[150] Girnth erläutert Strauß Konzeption folgendermaßen:

> „Die von Strauß aufgestellten Sprachspiele sind funktional-institutionell geprägt. Sie sind Kombinationen von spezifischen Problemsituationen, Handlungsbeteiligten mit bestimmten Beziehungen und Rollen, gemeinsamen Situationswissen, bestimmten Aufgabenstellungen und Handlungszielen, kommunikativen Strategien und eben den genannten institutionellen Rahmenbedingungen. Insofern lässt sich zusammenfassend auch von spezifischen *Sach-* und *Handlungsbereichen* sprechen, die den Kommunikationsbereich Politik konstituieren."[151]

Da der Terminus Sprachspiel laut Girnth jedoch sehr vage ist, schlägt er vor, den Begriff „Handlungsfelder" für die Teilbereiche des politischen Kommunikationsbereiches zu verwenden. Darunter versteht er

[147] Siehe Klein (1995), S. 78.
[148] Für eine genauere Ausführung zu den unterschiedlichen Klassifikationen siehe Spieß (2011), S. 167 und Girnth (2002), S. 36.
[149] Siehe Strauß (1986), S. 6.
[150] Siehe Strauß (1986), S. 44-47.
[151] Siehe Girnth (2002), S. 37.

„Ausschnitte der jeweiligen politischen Wirklichkeit […], [die] den äußeren Handlungsrahmen bzw. die kommunikativ-institutionellen Voraussetzungen für die politische Sprachverwendung [bilden] und […] sich als Kombination aus Sach- und Handlungsbereich beschreiben [lassen].“[152]

Es ergeben sich für Heiko Girnth demnach vier Handlungsfelder: 1) das Handlungsfeld der öffentlich-politischen Meinungsbildung, 2) das Handlungsfeld der innerparteilichen Willensbildung, 3) das Handlungsfeld der politischen Werbung, 4) das Handlungsfeld der Gesetzgebungsverfahren. Wichtig ist, dass die einzelnen Handlungsfelder nicht als isoliert nebeneinanderstehend, sondern als miteinander verknüpft gedacht werden.[153]
Für die konkrete politische Sprachverwendung spielen die Handlungsfelder auch insofern eine Rolle, als dass ihnen „bestimmte Textsorten zugeordnet werden [können], deren Gebrauch durch den Politiker eng an das jeweilige Handlungsfeld geknüpft ist.“[154] Manche Textsorten können sogar als prototypisch für das jeweilige Feld angesehen werden. Ein Beispiel für eine solche Textsorte ist etwa das Parteiprogramm, welches einen Prototyp für das Handlungsfeld der innerparteilichen Willensbildung darstellt.[155] Die folgende Abbildung 1 fasst die eben genannte Verbindung zwischen Handlungsfeldern und Textsorten nochmals zusammen:

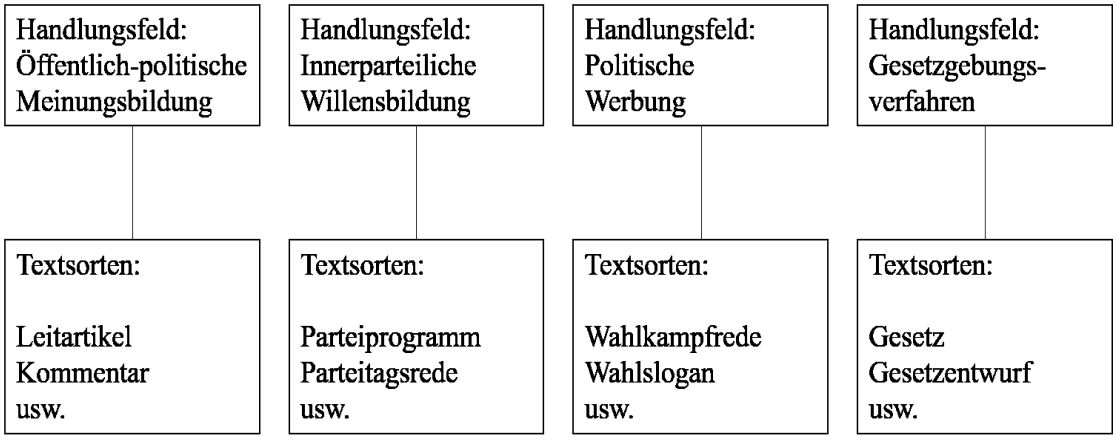


Abbildung 1: modifiziert nach Girnth (2002), S. 38.

2.2.4 Funktionen politischen Sprechens

Eine besondere Rolle für die Sprachverwendung in der Politik spielen neben den Handlungsfeldern auch die „Funktionen von Sprache“.[156] Unter einer Sprachfunktion ist im

[152] Siehe Girnth (2002), S. 37.
[153] Vgl. Girnth (2002), S. 37-38.
[154] Siehe Girnth (2002), S. 37.
[155] Vgl. Girnth (2002), S. 37.
[156] Siehe Girnth (2002), S. 38.

Falle politischer Sprachverwendung „die in einer sprachlichen Handlung encodierte Intention des Politikers zu verstehen […]“. In der Linguistik gibt es mehrere Klassifizierungen von Sprachfunktionen. Da diese jedoch laut Heiko Girnth jedoch zumeist auf Karl Bühler und sein „Organonmodell der Sprache“ zurückgehen, bietet es sich an, dieses Modell auch als Grundlage für die Beschreibung politischer Sprachfunktionen heranzuziehen.[157] Bühler begreift Sprache als Mittel, „um einer dem andern etwas mitzuteilen über die Dinge.“[158] Laut ihm hat das sprachliche Zeichen drei semantische Funktionen:

> „Es ist *Symbol* kraft seiner Zuordnung zu Gegenständen und Sachverhalten, *Symptom* (Anzeichen, Indicium) kraft seiner Abhängigkeit vom Sender, dessen Innerlichkeit es ausdrückt, und *Signal* kraft seines Appells an den Hörer, dessen äußeres oder inneres Verhalten es steuert wie andere Verkehrszeichen.“[159]

Diese Funktionen beschreibt er auch mit den Termini Ausdruck, Darstellung und Appell.[160] Das eben Beschriebene lässt sich in Abbildung 2 nochmals zusammengefasst darstellen:

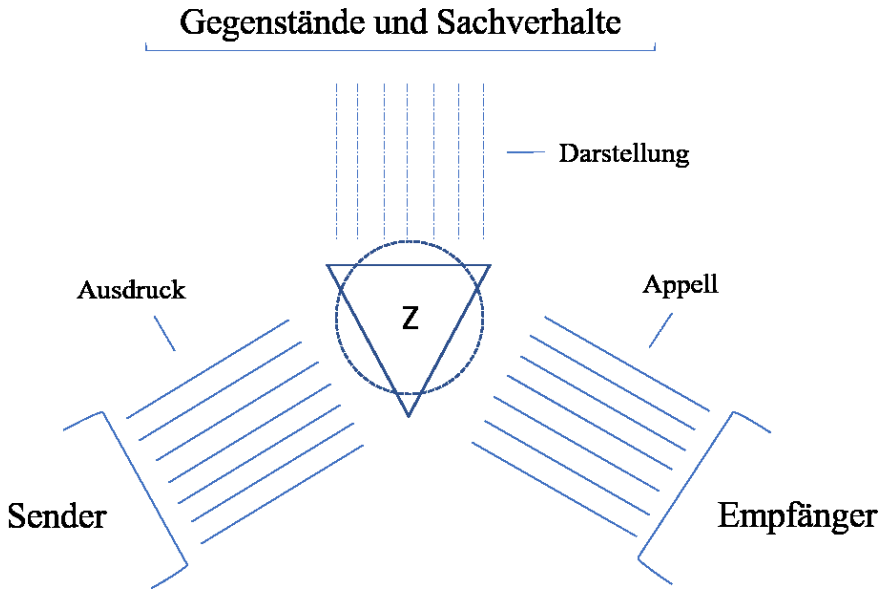


Abbildung 2: modifiziert nach Bühler ([1934] 1982), S. 28.

Es bietet sich an, das Modell zur groben Einordnung der Funktionen der durch die Parteien verwendeten Sprache heranzuziehen.

[157] Siehe Girnth (2002), S. 38.
[158] Siehe Bühler ([1934] 1982), S. 24.
[159] Siehe Bühler ([1934] 1982), S. 28.
[160] Vgl. Bühler ([1934] 1982), S. 28.

Grundsätzlich ist laut Heiko Girnth davon auszugehen, dass „die Sprachverwendung in der Politik zunächst einmal dieselben Funktionen wie in der Alltagssprache hat.“[161] Trotzdem merkt er an, dass in der politischen Sprache dem Appell gegenüber Ausdruck und Darstellung ein höherer Stellenwert zukommt. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Funktion politischer Sprache alleinig als appellativ zu beschreiben. Eine weitere Ausdifferenzierung in für den politischen Kommunikationsbereich wichtige Sprachfunktionen nimmt beispielsweise Horst Grünert vor. Zwar spricht dieser in seinen Ausführungen wiederum von Sprachspielen und nicht von Sprachfunktionen. Aus oben bereits genannten Gründen wird jedoch auch an dieser Stelle der Funktions- gegenüber dem Sprachspielbegriff bevorzugt.[162]
Horst Grünert unterscheidet vier Sprachfunktionen, welche nachfolgend genauer betrachtet werden sollen. Anhand dieser Ausführungen wird die genaue Bestimmung der Funktionen der jeweiligen Parteiensprache vorgenommen.

2.2.4.1 Die regulative Sprachfunktion

Die regulative Sprachfunktion ist laut Grünert die „bedeutsamste im Bereich des Politischen.“ Sie gewährleistet das Zusammenleben in einer politischen Ordnung, indem sie Verhaltensregeln sprachlich fixiert. „Das Sprachspiel, das die Bedingungen politischer Ordnungen verbal konstituiert, ist durch Texte bestimmt, die als Regulatoren fungieren, die das Handeln (oder Nicht-Handeln) und Verhalten in der Gesellschaft organisieren, regulieren, steuern, lenken.“[163]
Es geht hierbei stark um „die Beziehungen zwischen ‘oben’ und ‘unten’, zwischen den Regierenden und den Regierten.“[164] Es werden Machtstrukturen sozusagen in Texte umgesetzt.[165] Einige Beispiele für diese Art von Texten sind Gebot, Verbot, Gesetz, Verordnung, Erlass oder Vorschrift.[166]

2.2.4.2 Die instrumentale Sprachfunktion

Diese Funktion beschreibt Grünert als „die Umkehrung des regulativen Sprachspiels.“ Man kann also sagen, dass hier die Beziehung von ‘unten’ nach ‘oben’ im Vordergrund steht, indem die Regierten ihre Wünsche und Forderungen an die Regierenden richten. Wichtig ist jedoch, dass dies im „Bereich des Öffentlichen“ geschieht, „wo von Gruppen,

[161] Siehe Girnth (2002), S. 38.
[162] Vgl. Girnth (2002), S. 38-39.
[163] Siehe Grünert (1984), S. 32.
[164] Siehe Grünert (1984), S. 32.
[165] Vgl. Girnth (2002), S. 39.
[166] Vgl. Grünert (1984), S. 32.

Schichten, Klassen gegenüber der institutionellen Macht Wünsche geäußert, Bitten vorgetragen, Petitionen eingereicht, Forderungen gestellt, Ansprüche erhoben werden oder wo gegenüber dem Unrecht von Herrschaft Widerstand geleistet wird."[167] Typische Texte, die dieser Sprachfunktion zugeordnet werden können, sind beispielsweise Aufrufe, Flugblätter sowie Manifeste.[168]

2.2.4.3 Die integrative Sprachfunktion

Wie bereits weiter oben erwähnt wurde, ist es ein wichtiges Ziel politischer Kommunikation, gruppenspezifische Solidarität und Bewusstsein zu schaffen. Die integrative Sprachfunktion dient demnach dazu, „Gruppen zu definieren, nach außen abzugrenzen und nach innen zu stabilisieren, so daß sich das einzelne Gruppenmitglied mit der Gruppe identifizieren kann."[169]
Vor allem Parteiprogramme und Gedenkreden sind Texte, die diese Funktion erfüllen.[170] Grünert weist in Bezug auf diese Sprachfunktion auf einen entstehenden „Sprachduktus" hin, „bei dem rational-diskursive Strukturen überlagert sind von emotionaler Bildhaftigkeit auf der einen Seite, von leerer Abstraktion auf der anderen Seite, bei denen die denotative Funktion von Sprache gegenüber ihrer konnotativen Funktion zurückgedrängt wird."[171]

2.2.4.4 Die informativ-persuasive Sprachfunktion

Diese Funktion „zielt ab auf Bewußtseinsbildung und dient der Begründung, Motivation und Vorbereitung, der Analyse, Kritik und Rechtfertigung politischen Handelns […]."[172] Sie ist gegenwärtig dominierend in der politischen Sprachverwendung.[173]
Das Spektrum der Texte, in welchen diese Funktion realisiert wird, ist sehr breit gefächert, wie das folgende Zitat von Grünert veranschaulicht:

> „Seine Palette [jene des informativ-persuasiven Sprachspiels, Anm. der Autorin] reicht vom *Anspruch wissenschaftlicher Strenge* bis zum politischen *Pamphlet*, von *diskursiver Argumentation* bis zum appellhaften *Schlagwort*, von der grellen *Wahlrede* bis zur lakonischen *Meldung*, vom philosophischen *Traktat* bis zum simplen *Flugblatt*, vom politischen *Gedicht*

[167] Siehe Grünert (1984), S. 33.
[168] Vgl. Girnth (2002), S. 40.
[169] Siehe Grünert (1984), S. 34.
[170] Vgl. Girnth (2002), S. 40.
[171] Siehe Grünert (1984), S. 34.
[172] Siehe Grünert (1984), S. 36.
[173] Vgl. Girnth (2002), S. 40.

bis zur politischen *Karikatur*, und es realisiert die aus langer Tradition kommenden rhetorischen Elemente ebenso wie moderne Formen psychopolitischen Sprachgebrauchs.“[174]

Heiko Girnth setzt die Sprachfunktionen von Grünert in Bezug zu Bühlers Organon-Modell und kommt zu folgendem Schluss:

„Die regulative, poskative [Girnth ersetzt den Begriff „instrumental“ durch „poskativ“, Anm. der Autorin] und informativ-persuasive Sprachfunktion sind spezielle, für die politische Sprachverwendung konstitutive Ausprägungen der Appellfunktion, die integrative Sprachfunktion ist eine für die politische Sprachverwendung typische Ausprägung der Ausdrucksfunktion. Mit der Erweiterung der Bühlerschen Sprachfunktionen bzw. ihrer Spezifizierung wird den besonderen Gegebenheiten der politischen Sprachverwendung Rechnung getragen.“[175]

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass ein bestimmter Text nicht nur die eine, dominante Sprachfunktion realisiert, sondern zumeist eine Kombination aus verschiedenen Funktionen.[176]

[174] Siehe Grünert (1984), S. 36.
[175] Siehe Girnth (2002), S. 41.
[176] Vgl. Girnth (2002), S. 41.

3 Methodik

Im folgenden Kapitel werden die Methoden konkretisiert, die für die Bearbeitung des Textkorpus herangezogen werden. Bewusst wird der Begriff Methoden im Plural verwendet, weil „diskurslinguistische Untersuchungen […] in der Regel auf unterschiedliche Methoden zurück[greifen].“[177] Es gibt keine einheitliche Vorgehensweise, welcher Diskursanalytiker folgen können. Die jeweils gewählte Methodik hängt stark von der Thematik und dem Forschungsinteresse ab.[178]

> „Dennoch bleibt festzuhalten, dass Diskursanalysen sich eines Instrumentariums bedienen, das sich beschreiben lässt. Dabei ist stets zu berücksichtigen, dass dieses Instrumentarium nicht „blind“ angewendet werden kann […]. Es hängt sowohl von den Eigenheiten des Textkorpus wie v.a. von der Fragestellung des Diskursanalytikers ab, welche linguistischen Instrumentarien zum Einsatz kommen.“[179]

Laut Constanze Spieß ist der Text als Handlungseinheit „das primäre Zugriffsobjekt für Diskurse“, womit die linguistische Diskursanalyse konkret eine „Textanalyse [ist], die sowohl den Text übergreifenden, trans- bzw. intertextuellen als auch den intratextuellen Zusammenhang erfassen sollte.“ Sie gliedert den Diskurs in eine Makro- und eine Mikroebene, wobei die Makroebene „den Diskurs in seinem Gesamtverlauf [beschreibt]“ und die Mikroebene sich „mit den Einzeltexten bzw. mit unterhalb der Textebene anzusiedelnden sprachlichen Phänomenen [befasst].“[180] Diese sprachlichen Phänomene beschreibt sie auf drei unterschiedlichen Ebenen, nämlich jene der Lexik, der Metaphorik und der Argumentation.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, beschränkt sich auch die vorliegende Diplomarbeit auf die Analyse dieser drei Ebenen. Wie Thomas Niehr in seinem einführenden Werk schreibt, „stellt [die Fokussierung auf die Ebenen Lexik, Metaphorik und Argumentation] […] eine erprobte Strategie dar, linguistisch zentrale Eigenheiten der untersuchten Diskurse in den Blick zu bekommen.“[181]

Auch Karin Böke, Matthias Jung, Thomas Niehr und Martin Wengeler stellen sich die Frage, „welche Diskurs-Konstituenten überhaupt zum Vergleich herangezogen werden können“, und kommen zu dem Schluss, dass die eben genannten Analyseebenen die „herausragend relevanten Diskurs-Konstituenten“ darstellen.[182]

---

[177] Siehe Spitzmüller/ Warnke (2011), S. 121.
[178] Vgl. Spitzmüller/ Warnke (2011), S. 121.
[179] Siehe Niehr (2014), S. 66.
[180] Siehe Spieß (2011), S. 185-186.
[181] Siehe Niehr (2014), S. 70.
[182] Siehe Böke/ Jung/ Niehr (u.a.) (2000), S. 18.

Im Folgenden werden die einzelnen Analyseebenen sowie die jeweilige Vorgehensweise gesondert beschrieben.

3.1 Analyse der Lexik

3.1.1 Das politische Lexikon

Bevor auf die genaue methodische Vorgehensweise eingegangen wird, welcher die lexikalische Analyse des Textkorpus folgt, scheint es sinnvoll, den Bereich des politischen Lexikons kurz zu umreißen.
Wie Heiko Girnth feststellt, gibt es in der Linguistik bereits zahlreiche Versuche zur Bestimmung und Charakterisierung des politischen Wortschatzes. Trotz der Unterschiede herrscht jedoch Einigkeit über die Schwierigkeit der Abgrenzung des Lexikons der Politik gegenüber der Alltagssprache einerseits und anderen sachgebietsspezifischen Fachsprachen andererseits. Anders als andere Fachgebiete, beispielsweise die Medizin, lässt sich das Lexikon der Politik nämlich nicht klar abgrenzen.[183] An dieser Stelle sei auf das in Kapitel 2.2.1 erläuterte breite Politikverständnis und damit auf die Tatsache verwiesen, dass prinzipiell alle Themen und Lebensbereiche politisch werden können.

> „Selbst Wörter, die heute niemand dem politischen Lexikon zurechnen würde, können unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen „politisch“ werden. Hinzu kommt, dass das politische Lexikon gleichzeitig auch von Fachwörtern anderer Sachgebiete durchdrungen ist. Es bestehen somit nicht nur zwischen der Alltagssprache und dem Lexikon der Politik, sondern auch zwischen dem Fachlexikon der Politik und den Fachlexika der einzelnen Sachgebiete große Abgrenzungsschwierigkeiten.“[184]

Auch hinsichtlich der Gliederung des politischen Wortschatzes gibt es in der Forschung kein einheitliches Modell. Nachfolgend soll jenes von Josef Klein kurz vorgestellt werden, welcher eine Einteilung des Lexikons in „vier Hauptingredienzien“ vornimmt, deren Mischung den in der Politik verwendeten Wortschatz ergibt:

> „- […] Institutionsvokabular
> - […] Ressortvokabular
> - […] allgemeine[s] Interaktionsvokabular und
> - […] Ideologievokabular.“[185]

[183] Vgl. Girnth (2002), S. 47.
[184] Siehe Girnth (2002), S. 47-48.
[185] Siehe Klein (1989), S. 4.

Unter Institutionsvokabular versteht Klein unter anderem „Bezeichnungen für die staatlichen **Organisationen**, die politischen Institutionen und deren Untergliederungen […], Bezeichnungen für staatliche und politische **Rollen** […], politik-spezifische Bezeichnungen für politische **Handlungen**, **Prozesse** und **Zustände**."[186]

Ressortvokabular bezeichnet kurz gesagt die fachspezifische Sprache des jeweiligen Sachbereiches/ Ressorts. „Je mehr Politiker(innen) ressortorientiert sind, je mehr ihre politische Arbeit ausgerichtet ist auf bestimmte Fachkreise und/oder Interessengruppen […] umso mehr werden sie in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich von Ressortvokabular Gebrauch machen."[187]

Mit dem allgemeinen Interaktionsvokabular meint Klein „allgemeinsprachliche[…] Bezeichnungen für menschliche Interaktion und ihre verschiedenen Aspekte."[188] Die Ausdrücke, die mit diesem Begriff bezeichnet werden, sind „weder fachsprachlicher noch ideologiesprachlicher Natur […]."[189] Ein Beispiel wären etwa Ausdrücke für politische Handlungen wie *Kompromiss* oder *Beschluss*.[190]

Ideologievokabular bezeichnet „Wörter, in denen politische Gruppierungen ihre Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihre Prinzipien und Prioritäten formulieren."[191] Wichtig ist, dass unterschiedliche Ideologien nicht alleine durch die Verwendung unterschiedlicher Lexeme ausgedrückt werden. Viele Begriffe werden in etlichen Ideologien verwendet. Ist dies der Fall, drückt sich der Unterschied zwischen den einzelnen Ideologien laut Klein folgendermaßen aus:

> „1. in der Unterschiedlichkeit der Bedeutung, mit der gleichlautende Lexeme benutzt werden (= ideologische Polysemie),
> 2. in der Unterschiedlichkeit des Rangs, den ein Begriff innerhalb des ideologischen Wertesystems hat. […]
> 3. in der Unterschiedlichkeit der Referenzbereiche, auf die sich der Wertbegriff jeweils bezieht."[192]

Girnth zufolge stehen so genannte Symbolwörter im Zentrum des Ideologievokabulars. Diese haben die Funktion, „die komplexe Wirklichkeit, vereinfachend […] darzustellen. […] Indem sie die komplexe Wirklichkeit reduzieren, weisen sie ihr gleichzeitig eine ideologiekonforme Wertung zu."[193] Auch das Schlagwort ist in seiner Funktion gleich

[186] Siehe Klein (1989), S. 5.
[187] Siehe Klein (1989), S. 6.
[188] Siehe Klein (1989), S. 7.
[189] Siehe Girnth (2002), S. 49.
[190] Vgl. Klein (1989), S. 7.
[191] Siehe Klein (1989), S. 7.
[192] Siehe Klein (1989), S. 9.
[193] Siehe Girnth (2002), S. 52.

dem Symbolwort. Unterschieden werden die beiden unter anderem hinsichtlich ihrer Beständigkeit bzw. Langlebigkeit. Constanze Spieß bemerkt dazu, dass Schlagwörter kurzlebiger als Symbolwörter sind. Sie „sind […] weit abhängiger von der politischen Aktualität des Sachverhalts, auf den das Schlagwort sich bezieht, als dies Symbolwörter sind.“[194] Trotzdem muss angemerkt werden, dass die Grenze zwischen Schlag- und Symbolwort vielfach fließend verläuft. Um zu entscheiden, ob es sich um ein eher kurzlebiges Schlagwort oder ein langlebigeres Symbolwort handelt, müssten „größere[…] Mengen von Analysematerial größerer Zeiträume“ verglichen werden.[195]
Da dies aufgrund des begrenzten Rahmens dieser Diplomarbeit nicht möglich ist, ist die Unterscheidung in Symbol- und Schlagwort hinfällig. Im weiteren Verlauf wird der Terminus Schlagwort bevorzugt. Nähere Ausführungen zu dessen Eigenschaften und Analyse erfolgen in Kapitel 3.1.3.

3.1.2 Referenz und Nomination

Das Lexikon hat einen zentralen Stellenwert beim politischen Sprachhandeln, da „lexikalische Einheiten als Sprachinventar einer Sprechergemeinschaft […] die elementaren Mittel dar[stellen], mit denen sprachlich gehandelt wird.“[196] In dieser Äußerung ist bereits die Unterscheidung zwischen dem lexikalischen Inventar auf der einen Seite und der Verwendung dieses Inventars auf der anderen impliziert.[197]
Bezüglich der Verwendung des lexikalischen Inventars kann nochmals in Referenz und Nomination unterschieden werden. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Sprecher mit „Wörtern […] kommunikativ Bezug auf außersprachliche Gegenstände [nehmen].“[198] Dieser Referenzakt gilt dann als erfolgreich, wenn die Hörer wissen, wovon gesprochen wird bzw. auf welches Objekt referiert wird.[199] Wie Girnth jedoch feststellt, geht es den politischen Akteuren

> „um mehr als nur darum, die kommunikative Bestimmtheit von Referenzobjekten zu sichern. Um ihre Intentionen und Interessen durchzusetzen, müssen sie Position beziehen und Einstellungen und Bewertungen gegenüber dem politischen Gegner und politischen Sachverhalten zum Ausdruck bringen.“[200]

[194] Siehe Spieß (2011), S. 202.
[195] Siehe Spieß (2011), S. 203.
[196] Siehe Spieß (2011), S. 195.
[197] Vgl. Spieß (2011), S. 195.
[198] Siehe Girnth (2002), S. 55.
[199] Vgl. Spieß (2011), S. 196.
[200] Siehe Girnth (2002), S. 56.

Diese bewertende Dimension im Gebrauch bestimmter lexikalischer Mittel wird als Nomination bezeichnet.
Die eben beschriebene Unterscheidung zwischen Referenz und Nomination kann mit Bellmann nochmals kurz zusammengefasst werden:

> „Ich schlage vor, wenn es um die kommunikative Verwendung von Wortschatzeinheiten geht, zwischen Referenz und Nomination zu unterscheiden. Referenz ist und bleibt die mit lexikalischen (und/oder gestischen) Mitteln ausgedrückte Bezugnahme auf ein Objekt, von dem die Rede sein soll. Der Referenzakt ist geglückt, wenn der Partner versteht, von welchem Objekt ich rede. Nomination hingegen ist gegenüber der Referenz auf einer nächsten und höheren Stufe die präzisierende, zumeist auch stellungbeziehende, wertende Form der Ausdrucksverwendung. [...] Nomination ist Referenz plus – vor allem – Wertungspragmatik. Ein Nominationsakt ist geglückt, wenn der Zuhörer nicht nur versteht, wovon die Rede ist, sondern wenn er darüber hinaus dem Redebeitrag entnehmen kann, welches die Einstellung des Sprechers gegenüber dem persönlichen oder unpersönlichen Referenzobjekt ist [...].“[201]

Die Nomination wird durch die Einstellung des Sprechers sowie durch Kontext und Situation, in welchen eine Sprachhandlung stattfindet, beeinflusst. Die Sprecher haben einerseits die Möglichkeit, einen bestimmten Sachverhalt mit unterschiedlichen Bezeichnungen zu beschreiben. Ist dies der Fall, „spricht man auch von Nominations- oder Bezeichnungskonkurrenzen.“[202] Joachim Herrgen weist jedoch darauf hin, dass die Wahl unterschiedlicher Bezeichnungen für dasselbe Referenzobjekt nicht als bloße Konkurrenz der Ausdrucksseite sprachlicher Zeichen zu sehen ist, sondern immer auch eine inhaltsseitige Konkurrenz bedeutet.[203]
Andererseits kann ein und dieselbe Bezeichnung von verschiedenen Sprechern verwendet werden, die unterschiedliche Einstellungen vermitteln wollen. In diesem Fall wird derselbe Begriff mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen. „Einstellungen werden demnach durch die je spezifische Bedeutungsfestlegung kundgegeben […].“ Dabei ist die Rede von „Bedeutungskonkurrenzen oder denotativer bzw. evaluativer Lesartenkonkurrenz.“[204]
Zum Schluss dieses Kapitels ist noch kurz darauf einzugehen, welche Ziele bzw. Intentionen durch die Nomination verfolgt werden.

[201] Siehe Bellmann (1996), S. 10-11.
[202] Siehe Spieß (2011), S. 197.
[203] Vgl. Herrgen (2000), S. 242.
[204] Siehe Spieß (2011), S. 197.

Primär geht es darum, eine Reaktion auf Seiten der Adressaten hervorzurufen. „Die vom Politiker intendierten Adressatenreaktionen sind *Einstellungsmodifizierung, Einstellungspolarisierung* und *Einstellungsaffirmation*."[205]
Wie der Name bereits vermuten lässt, zielt die Einstellungsmodifizierung darauf ab, die Einstellung des Adressaten gegenüber dem Referenzobjekt zu ändern. Die Einstellungsaffirmation hingegen hat zum Ziel, eine bereits bestehende Einstellung beim Adressaten zu bekräftigen oder zu bestätigen.[206] Bei der Einstellungspolarisierung stellt der Sprecher seine Einstellung bewusst der nicht damit übereinstimmenden Adressateneinstellung gegenüber, um seinen Standpunkt zu verdeutlichen „und gegebenenfalls eine Reaktion auf Seiten des Adressaten herauszufordern."[207]
Constanze Spieß stellt fest, dass, wenn man die Ziele der Nomination in den Blick nimmt, diese sich vorwiegend für persuasive, also überzeugende Sprechakte eignet. „Der Nominationsakt stellt somit ein wesentliches Mittel der Persuasion dar und ist demnach zentral für sprachliches Handeln im öffentlich-politischen Kommunikationsbereich."[208]

3.1.3 Schlagwörter

Mit dem kurzen Hinweis auf die hier nicht beachtete Unterscheidung in Schlag- und Symbolwörter wurde bereits ein Umstand angesprochen, der in der Forschung zur politischen Lexik immer wieder diskutiert wird. Es handelt sich dabei um eine große Heterogenität bezüglich der verwendeten Begrifflichkeiten. Auch Karin Böke weist darauf hin, „daß das fachterminologische „Begriffsnetz" nicht gerade einheitlich gespannt ist."[209] Aufgrund dieser Tatsache scheint es der Autorin sinnvoll, zu reflektieren, welche Terminologie bei der vorliegenden lexikalischen Analyse gewählt wird.
Zunächst ist anzumerken, dass das Spektrum der Begriffe zur Untersuchung politischer Lexik sehr breit ist. Man begegnet neben „Schlagwörtern" „politischen Leitvokabeln", „kontroversen Begriffen", „brisanten Wörtern" oder „Schlüsselwörtern". Auf die Unterschiede der einzelnen Konzepte kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Lediglich die in der rezipierten Literatur am häufigsten gewählten Konzepte „Schlüsselwörter" und „Schlagwörter" sollen kurz voneinander abgegrenzt werden. Dafür gibt Dieter Felbick eine brauchbare Definition:

[205] Siehe Girnth (2002), S. 57.
[206] Vgl. Spieß (2011), S. 198.
[207] Siehe Girnth (2002), S. 57.
[208] Siehe Spieß (2011), S. 198.
[209] Siehe Böke (1996), S. 32.

> „Während das Schlagwort in einem bestimmten Zeitraum für bestimmte Personenkreise ganz besondere Bedeutung erlangt, erweist sich das Schlüsselwort (meistens) erst in der Rückschau, aus der Betrachterperspektive als zentral für das Verständnis, als Merkmal für eine bestimmte Zeit – was nicht ausschließt, dass sich Schlagwörter in der Rückschau als Schlüsselwörter erweisen. Das Schlagwort ist eine Erscheinung der Synchronie, das Schlüsselwort eine der Diachronie […].“[210]

Aufgrund des sehr eingeschränkten Untersuchungszeitraums der vorliegenden Diplomarbeit ist es also nach Felbicks Definition nicht möglich, von Schlüsselwörtern zu sprechen. Daher wird das Konzept der Schlagwörter bevorzugt, mit dem laut Klein „Wörter dann bezeichnet [werden], wenn sie in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch, verwendet werden und wenn sie in komprimierter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren.“[211] Der gewählte Fokus auf Schlagwörter scheint der Autorin auch insofern sinnvoll, als diese laut Rolf Bachem „eine politisch aktuelle Tendenz, ein Problem, einen Lösungsvorschlag oder irgendeine politische Gegebenheit *schlaglichtartig charakterisieren* und subjektiv bewerten.“[212] Im Falle der vergleichenden Untersuchung der Sprachverwendung der Parteien, welche höchst unterschiedliche Ziele verfolgen, dürfen demnach fruchtbare Ergebnisse erwartet werden.
Neben der Funktion, die jeweilige politische Einstellung auszudrücken, dient der Gebrauch von Schlagwörtern auch dazu, „eigene Positionen zu positivieren, gegnerische dagegen zu negativieren. […] In der Regel sind sie aus der Perspektive einer politischen Gruppierung gedacht und zielen auf Solidarisierung nach innen und auf Abgrenzung nach außen.“[213]
Im Folgenden werden die Merkmale von Schlagwörtern beschrieben, wobei diese Beschreibung weitgehend der Aufstellung von Dieter Felbick folgt. Einzelne Merkmale, welche Felbick selbst als nicht repräsentativ beschreibt, werden dabei ausgespart.[214]
Des Weiteren wird die Gliederung vorgestellt, nach welcher die Schlagwörter in der Analyse eingeteilt werden. Schließlich wird noch auf die Beschreibungskategorien eingegangen, welche in der Analyse berücksichtigt werden.

---

[210] Siehe Felbick (2003), S. 27.
[211] Siehe Klein (1989), S. 11.
[212] Siehe Bachem (1979), S. 63.
[213] Siehe Burkhardt (2002), S. 78.
[214] So beispielsweise das formale Merkmal der „prägnanten Form“, bei dem Felbick selbst schreibt, dass es „kaum als Spezifikum gelten [kann].“ (Siehe Felbick (2003), S. 18). Ebenso wird das Merkmal des formalen „Variationsreichtums“ ausgespart, da es kein „bestimmendes Merkmal ist“. (Siehe Felbick (2003), S. 18).

3.1.3.1 Merkmale

Da es sich beim Schlagwort nicht um eine „formalgrammatische Kategorie“ handelt, lässt dieses sich „durch eine bestimmte semantische Struktur und seine Funktion in der Kommunikation“ von „anderen lexikalischen Einheiten“ differenzieren.[215] Felbick schlägt vor, die einzelnen Merkmale nochmals in formale, semantische und pragmatische zu unterteilen.

Formale Merkmale

- Schlagwort als lexikalische Einheit

Da die Schlagwort-Forschung Teil der Lexikologie ist, liegt es nahe, dass diese sich mit Lexemen und nicht mit satzwertigen Ausdrücken beschäftigt. Dabei kann es sich bei Lexemen auch um so genannte „Mehrwortlexeme“ handeln, also um „Wortgruppen, die im Satz die Stellung eines Lexems einnehmen“, konkret „Komposita oder Verbindungen aus Substantiv mit Attribut“.[216] Bezüglich der Wortarten sind Schlagwörter zu einem großen Teil Substantive, aber auch Adjektive, Verben oder Namen können als Schlagwörter fungieren.[217]

- Vorkommenshäufigkeit

Da Schlagwörter zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit enorme Präsenz erlangen, kann man häufiges Vorkommen durchaus als auffälliges Merkmal beschreiben. Allerdings muss diese Frequenz immer relativ gesehen werden, also an einer bestimmten Bezugsgröße gemessen werden. Beispielsweise ein gehäuftes Auftreten bestimmter Lexeme innerhalb einer Textsorte in einem bestimmten Zeitraum. Trotzdem hält Felbick dieses Merkmal „anderen Definientien gegenüber für nachgeordnet. Ob ein Wort als Schlagwort eingestuft wird oder nicht wird letztlich nicht an der Frequenz hängen.“[218]

- Sprachusus

Felbick zweifelt die Auffassung Dieckmanns an, dass Schlagwörter der *parole* und nicht der *langue* zuzuordnen seien. Vielmehr schreibt er der Schlagwortbedeutung eine gewisse Konventionalität zu:

[215] Siehe Felbick (2003), S. 17.
[216] Siehe Felbick (2003), S. 17.
[217] Vgl. Felbick (2003), S. 17.
[218] Siehe Felbick (2003), S. 19.

> „Bedeutungskomponenten wie die Gruppenzugehörigkeit und die Brisanz werden keineswegs erst in der konkreten Verwendung konstituiert – es sei denn in der Entstehungsphase des Schlagwortes -, sondern ein Sprecher darf beide Merkmale bei seinen Hörern als bekannt voraussetzen. Erst durch die Kenntnis lässt sich das Schlagwort ja effektiv im Meinungskampf einsetzen, weil mit bestimmten Wirkungen sicher zu rechnen ist.“[219]

Schlagwörter seien aufgrund dieser Tatsache zwar noch keine Elemente der *langue*, können aber auch nicht mehr zufriedenstellend der *parole* zugeordnet werden. Felbick schlägt daher vor, Schlagwörter „im Sprachusus anzusiedeln, der sich durch Konventionalität, aber noch nicht durch Systemhaftigkeit auszeichnet.“[220]

Semantische Merkmale

- programmatischer Gehalt

Mit programmatischem Gehalt eines Schlagwortes ist dessen kognitive Funktion gemeint, „komplexe Dinge sprachlich so [zu] vereinfachen, dass Kommunikation über sie möglich wird.“[221] Das Schlagwort steht also in einem verkürzten Sinn für ein Programm, eine Idee oder einen Sachverhalt. Wichtig ist außerdem, dass mit den bezeichneten Programmen, Ideen oder Sachverhalten auch bestimmte Wertungen oder Zielvorstellungen verbunden sind, die Felbick als Meinungsgehalt bezeichnet. Somit drückt ein Sprecher durch den Gebrauch bestimmter Schlagwörter auch immer eine bestimmte Wertung aus.[222]

- semantischer Spielraum

Semantischer Spielraum bezeichnet den Umstand, dass die Bedeutung eines Schlagwortes variabel sein kann. „Dadurch dass Schlagwörter vereinfachend für Komplexes stehen, lassen sie dem Verwender und mehr noch dem Rezipienten einen Interpretationsspielraum.“ [223] Es können also je nach Sprecher und Rezipient unterschiedliche Bedeutungsaspekte aktualisiert werden. Geschieht dies aufgrund unterschiedlicher ideologischer Ausgangspunkte, spricht man von ideologischer Polysemie.[224] Ein Beispiel für eine solche ideologische Polysemie stellen etwa die unterschiedlichen Bedeutungsvarianten des

[219] Siehe Felbick (2003), S. 19.
[220] Siehe Felbick (2003), S. 19.
[221] Siehe Felbick (2003), S. 19.
[222] Vgl. Felbick (2003), S. 20.
[223] Siehe Felbick (2003), S. 20.
[224] Vgl. Felbick (2003), S. 20.

Begriffes „Demokratie“ in der Nachkriegszeit dar, je nachdem, ob er aus östlicher oder westlicher Perspektive gebraucht wurde.
Diese ideologische Polysemie bezeichnet Felbick jedoch als „Spezialfall“ des semantischen Spielraums, da Bedeutungsvarianten auch dort entstehen können, wo vom gleichen ideologischen Standpunkt ausgegangen wird.[225]

- Umstrittenheit

Die Umstrittenheit von Schlagwörtern zeigt sich „auf semantischer Ebene einerseits im beschriebenen semantischen Spielraum, andererseits in unterschiedlichen Wertungen und Zielvorstellungen […].“[226]
Laut Felbick ist die Umstrittenheit jedoch wiederum eher ein „sekundäres Merkmal“ von Schlagwörtern, da nicht alle Schlagwörter auch zwingend umstritten sein müssen.[227] Es wird daher nicht näher darauf eingegangen.

- Gruppengebundenheit

Mit der Gruppengebundenheit ist der Umstand gemeint, dass bestimmte Parteien oder Gruppen ein Schlagwort in einem gewissen Sinn verwenden, womit es zum „sprachliche[n] Identifikationsmerkmal“ dieser Gruppen wird.[228]

- Brisanz

Ein weiteres Merkmal von Schlagwörtern ist deren emotionale Komponente. Es wird diskutiert, ob diese als semantisches Kriterium „dem Schlagwort selbst innewohne“, oder als pragmatisches Kriterium „beim Rezipienten eine emotionale Reaktion hervorrufe.“ Felbick trifft hier keine Entscheidung, sondern nennt „diese im Schnittpunkt von Semantik und Pragmatik liegende Eigenschaft von Schlagwörtern Brisanz.“[229]

- Mehrwert

Da nur wenige Schlagwörter Neologismen sind, „entstammen [die meisten] dem Standardrepertoire oder Fachsprachen und wandeln sich unter bestimmten Umständen zum

[225] Siehe Felbick (2003), S. 21.
[226] Siehe Felbick (2003), S. 21.
[227] Siehe Felbick (2003), S. 22.
[228] Siehe Felbick (2003), S. 22.
[229] Siehe Felbick (2003), S. 22.

Schlagwort […].“ Das entstandene Schlagwort hat im Gegensatz zu anderen Gebrauchsweisen eine erweiterte Bedeutung, einen „semantischen Mehrwert.“ Dieser liegt laut Felbick neben dem programmatischen Gehalt und der Brisanz vor allem im „Assoziationsreichtum des Schlagwortes […]. Ein Schlagwort evoziert ja nicht nur eine Stellungnahme, sondern weckt beim Rezipienten auch Erinnerungen an frühere Verwendungen des Wortes an herausgehobener Stelle und andere Assoziationen.“[230]

Pragmatische Merkmale

- appellative Funktion

Die appellative Funktion eines Schlagwortes entsteht durch dessen „programmatischen Gehalt und den damit verbundenen Zielvorstellungen und Wertungen.“[231] Somit betreibt ein Sprecher durch den Schlagwortgebrauch auch immer Werbung für den eigenen Standpunkt oder gegen den des/der Anderen.

- Bezugsrahmen Diskurs

Diskurse bieten den Rahmen für den Schlagwortgebrauch und den Bezugsrahmen für die Untersuchung dieses Gebrauchs. Felbick konstatiert, dass die „meisten Schlagwörter des öffentlichen Diskurses […] im politischen Bereich zu Hause [sind]“.[232]

- Brisanz

Da Felbick die Brisanz am Schnittpunkt zwischen Semantik und Pragmatik ansetzt, muss dieses Merkmal auch an dieser Stelle nochmals erwähnt werden. Entscheidend für die Schlagwortverwendung in einem Diskurs ist, dass das Diskursthema selbst brisant ist, also „dass sich eine große Anzahl von Menschen von einem Thema betroffen fühlt und den Diskurs darüber mit entsprechend großer emotionaler Beteiligung verfolgt bzw. aktiv an ihm teilnimmt.“[233]
Die Themenbrisanz wird dann auf die Schlagwörter übertragen, die innerhalb des Diskurses wiederholt zur Betonung eines bestimmten Standpunktes verwendet werden. Dadurch erweitert sich auch die Schlagwortbedeutung.

[230] Siehe Felbick (2003), S. 22-23.
[231] Siehe Felbick (2003), S. 23.
[232] Siehe Felbick (2003), S. 23.
[233] Siehe Felbick (2003), S. 23-24.

„Ist dies geschehen, kann man sich eines Schlagwortes bedienen, um bestimmte Wirkungen zu erzielen; Schlagwörter lassen den oder die Rezipienten aufmerken, provozieren eine affektive Stellungnahme, sie polarisieren. Vor allem diese – voraussehbare, wahrscheinliche – Wirkung auf den Rezipienten halte ich für ein wesentliches Merkmal des Schlagwortes.“[234]

- Gruppengebundenheit

Gruppengebundenheit wird von Felbick, obwohl es auch bei den semantischen Merkmalen genannt wird, vorwiegend als pragmatisches Merkmal gesehen. Vor allem der Meinungsgehalt eines Schlagwortes ermöglicht es dem Verwender, durch dessen wiederholten Gebrauch seine Position zu verdeutlichen. „Damit wird es zum Zeichen derjenigen, die es verwenden und eine bestimmte Meinung vertreten […]. Das Schlagwort wird zum Gruppenabzeichen […].“[235]
Durch den appellativen Charakter, die Brisanz und die Gruppengebundenheit werden Schlagwörter zu einem wichtigen Instrument der Meinungsbildung.

3.1.3.2 Gliederung der Schlagwörter

Um bei der Analyse einen besseren Überblick über die zu untersuchenden Schlagwörter zu erlangen, bietet es sich an, diese in verschiedene Kategorien aufzugliedern. Eine brauchbare Vorlage dafür liefert Armin Burkhardt, wenngleich seine Darstellung für die vorliegende Arbeit modifiziert werden muss.
Eine erste Unterscheidung, die auch hier beibehalten werden soll, trifft Burkhardt in Negativ- und Positivbezeichnungen. Des Weiteren unterscheidet er hinsichtlich des Kriteriums der Parteilichkeit bzw. Überparteilichkeit. Dadurch ergibt sich folgende Gliederung, welche für die Analyse herangezogen wird:

- **Fahnenwörter**: „parteisprachliche Wörter […], die […] dazu dienen (bzw. dienten), die jeweils eigenen politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen zu kennzeichnen“[236]
- **Stigmawörter**: „Negativ-Bezeichnungen von gegnerischen Parteien, deren Mitgliedern, Zielen, Werten usw.“[237]

[234] Siehe Felbick (2003), S. 24.
[235] Siehe Felbick (2003), S. 24.
[236] Siehe Burkhardt (2002), S. 78.
[237] Siehe Burkhardt (2002), S. 78.

- **Hochwertwörter**: überparteiliche Schlagwörter, „die mehr oder weniger zeitlos über der aktuellen politischen Diskussion stehen […]. Diese Wörter bilden ein Repertoire, auf das von allen Seiten zurückgegriffen wird.“[238]
- **Unwertwörter**: „parteiübergreifend negativierende Wörter“[239]

Die eben beschriebene Gliederung der Schlagwörter unterscheidet sich insofern von Burkhardts Darstellung, als dieser mehr als die hier genannten Kategorien aufführt. Diese werden nachfolgend angeführt und es wird erläutert, warum sie in der vorliegenden Analyse ausgespart werden:

- Zeitgeistwörter: Darunter versteht Burkhardt überparteiliche Schlagwörter, die „an die charakteristischen Diskursthemen der jeweiligen Zeitabschnitte gebunden sind“[240]. Zwar wird in der vorliegenden Diplomarbeit ein bestimmter Diskurs beleuchtet, dennoch erscheint sowohl der Zeitausschnitt des Diskurses als auch das untersuchte Textkorpus zu klein, um beurteilen zu können, ob es sich bei gewissen Schlagwörtern um Zeitgeistwörter handelt.

- Programmwörter: mit diesem Terminus sind „parteiliche Begriffe […], die die tagespolitischen bis mittelfristigen Konzepte der einzelnen politischen Lager bezeichnen“ gemeint.[241] Da der Autorin nicht gänzlich klar ist, inwiefern diese sich von den Fahnenwörtern unterscheiden, werden sie in der Analyse nicht eigens berücksichtigt.

- Stich- oder Themawörter: „metonymisch fokussierende und insofern ebenfalls sprachökonomisch bedingte Verkürzungen“[242]. Da Burkhardt selbst andeutet, dass solche Stichwörter des Öfteren zu Fahnen- und Stigmawörtern werden, erscheint es schwierig, sie von diesen beiden Kategorien abzugrenzen, weshalb sie nicht als eigene Kategorie behandelt werden.

- Scheltwörter: „auf die Perspektive einer Partei beschränkte Abwertungen, die zumeist den Vorwurf moralischer Verfehlungen enthalten“[243]. Wiederum erscheint keine klare Abgrenzung zur Kategorie der Stigmawörter, weshalb diese nicht gesondert angeführt werden.

[238] Siehe Burkhardt (2002), S. 81.
[239] Siehe Burkhardt (2002), S. 81.
[240] Siehe Burkhardt (2002), S. 80-81.
[241] Siehe Burkhardt (2002), S. 81.
[242] Siehe Burkhardt (2002), S. 81.
[243] Siehe Burkhardt (2002), S. 81.

- Gegenschlag-Wörter: „Schlagwörter […], die Programm- oder Scheltwörtern von der gegnerischen Gruppierung in der tagespolitischen Auseinandersetzung als Konter unmittelbar entgegengesetzt werden, also vor allem auf den Streit des Augenblicks berechnet sind“[244]. Da das zu analysierende Textkorpus zum größten Teil aus nicht direkt geführten politischen Debatten besteht, scheint diese Kategorie für die Analyse nicht sinnvoll zu sein, weshalb sie ausgespart wird.

3.1.3.3 Beschreibungskategorien

Um näher auf die Beschreibungskategorien von Schlagwörtern eingehen zu können, bietet es sich an, vom semiotischen Dreieck auszugehen, das in Abbildung 3 dargestellt ist.

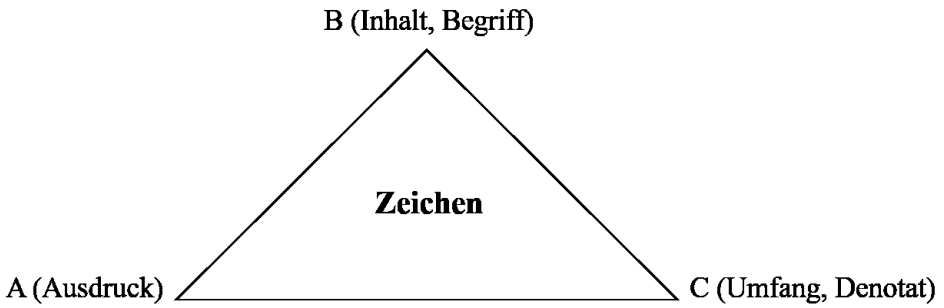


Abbildung 3: modifiziert nach Felbick (2003), S. 29.

Wie Peter Ernst konstatiert, besteht „der Grundgedanke […] [des Modells] darin, dass das sprachliche Zeichen nicht direkt auf außersprachliche Objekte hinweist […], sondern über den Umweg der Vorstellung [in Abb. 3 mit *B (Inhalt, Begriff)* bezeichnet, Anm. der Autorin].“[245] Felbick weist auf die Dynamik des semiotischen Dreiecks hin, welche durch die wechselseitige Beeinflussung von Inhalt und Umfang zustande kommt:

> „Inhalt und Umfang stehen in einer Wechselbeziehung zueinander, insofern als der Inhalt bestimmt, was alles durch A bezeichnet werden, worauf referiert werden kann, während umgekehrt die Kenntnis und Erfahrung des (gemeinsprachlich festgelegten) Umfangs – des Denotats – den Inhalt bestimmt.“[246]

[244] Siehe Burkhardt (2002), S. 82.
[245] Siehe Ernst (2011), S. 189.
[246] Siehe Felbick (2003), S. 29.

- Das Denotat

Unter Denotat versteht man den Bedeutungsumfang eines Lexems, also all jenes, was dadurch bezeichnet werden kann. In Bezug auf Schlagwörter ist damit der bereits weiter oben beschriebene *programmatische Gehalt* gemeint, der Programme, Ideen, Konzepte oder Sachverhalte beinhaltet.

- denotative Bedeutung

Laut Thea Schippan lässt sich die denotative Bedeutung als „Kenntnis des Denotats beschreiben".[247] Diese macht „den Kern des Wortinhalts" aus, wie Felbick feststellt. Wichtig ist dabei, dass ganz im Sinne des semiotischen Dreiecks zwischen Denotat und denotativer Bedeutung unterschieden wird: „[Diese Unterscheidung] […] entspricht dem Unterschied zwischen der Wirklichkeit und der Wahrnehmung der Wirklichkeit. Entscheidend für die Wortbedeutung ist die Wahrnehmung […]."[248]
Daraus ergibt sich, dass die Vorstellung von den mit Schlagwörtern bezeichneten Programmen, Ideen oder Sachverhalten die denotative Bedeutung der Schlagwörter ausmacht.[249]
Sowohl Schippan als auch Felbick rechnen der denotativen Bedeutung Merkmale zu, „die sich aus Einstellungen der Menschen zum Bezeichneten ergeben."[250] Gerade für Schlagwörter sind damit verbundene Wertungen zentral, werden sie doch im politischen Meinungskampf eingesetzt. Im Anschluss an Kaempfert erklärt Felbick diese Wertungen anhand der Beispiele *Gesicht* vs. *Visage* und *reden* vs. *quatschen*. Bei beiden Oppositionen handelt es sich beim ersten Element um ein neutrales und beim zweiten Element um ein negativ bewertetes. Zentral dabei ist, dass mit den beiden Lexemen keine unterschiedlichen Denotate bezeichnet werden, sondern nur unterschiedliche Sprechereinstellungen zu Tage befördert werden.[251]
„Wertungskomponenten im Wortinhalt haben also Einfluss darauf, was als Denotat angesehen wird, und umgekehrt rufen manche Denotate bzw. konkrete Referenten Wertungen hervor, die den Wortinhalt mit konstituieren."[252] Diesen Teil der denotativen Bedeutung von Schlagwörtern nennt Felbick *Meinungsgehalt*.[253]

[247] Siehe Schippan (2002), S. 144.
[248] Siehe Felbick (2003), S. 29-30.
[249] Vgl. Felbick (2003), S. 30.
[250] Siehe Schippan (2002), S. 146.
[251] Vgl. Felbick (2003), S. 30.
[252] Siehe Felbick (2003), S. 31.
[253] Vgl. Felbick (2003), S. 31.

- konnotative Bedeutung

Neben der denotativen Bedeutung eines Lexems, die wie bereits erwähnt die Kenntnisse des Benannten und die Sprechereinstellung dazu umfasst, gibt es auch noch eine konnotative Bedeutung, welche Schippan wie folgt beschreibt: „Konnotationen sind über die denotative Bedeutung hinausgehende Informationen, die mit einem Formativ verbunden sind. Sie signalisieren usuelle kommunikative Rahmenbedingungen der Wortverwendung.“[254]
Die Meinungen darüber, was unter Konnotationen zu verstehen ist, gehen in der Forschung weit auseinander. Die vorliegende Arbeit folgt weitgehend der Auffassung von Thea Schippan, die die Funktion von Konnotationen unter anderem in der Übermittlung von zusätzlichen „Informationen über Sprecher/Schreiber, über die Beziehungen zwischen den Kommunikationspartnern und damit über die soziale Situation“ sieht.[255]
Sie illustriert ihre Ausführungen an einigen Beispielen, von welchen eines zum besseren Verständnis wiedergegeben werden soll:

„(1) „Du glaubst, du hast mich jetzt ertappt?“ “[256]

Laut Schippan weist das Verb *ertappen* in diesem Beispiel auf eine gelockerte Gesprächsatmosphäre zwischen den beiden Gesprächsteilnehmern hin und ist somit konnotiert als „/vertraut/, /umgangssprachlich/“.[257] Diese Informationen gehen insofern über die denotative Bedeutung hinaus, als dass sie „nicht das Benannte widerspiegeln, sondern die kommunikativen Bedingungen, unter denen usuell die denotative Bedeutung gilt.“[258] Demnach können Konnotation beispielsweise verweisen auf[259]:

- kommunikative Ebene des Sprachgebrauchs:

„Diese Konnotationen markieren die Kommunikationssituation, für die das Wort usuell geeignet ist.“ z.B.: /ungezwungen/, /umgangssprachlich/, /offiziell/[260]

[254] Siehe Schippan (2002), S. 155-156.
[255] Siehe Schippan (2002), S. 157.
[256] Beispiel aus Maxie Wanders Werk „Guten Morgen, du Schöne“, hier zitiert nach Schippan (2002), S. 157.
[257] Siehe Schippan (2002), S. 157.
[258] Siehe Schippan (2002), S. 157.
[259] Schippan listet in ihrem Werk mehr Verweismöglichkeiten auf, weist jedoch auch auf die Unvollständigkeit ihrer Liste hin, weshalb hier ebenfalls nur einige exemplarische Möglichkeiten genannt werden.
[260] Siehe Schippan (2002), S. 158.

- soziale Geltung des Wortgebrauchs:

„Diese Konnotationen können den Nutzer als Angehörigen einer Kommunikations- oder Sprachgemeinschaft kennzeichnen." z.B.: /Jargon/, /Jugendsprache/, /Familie/[261]

- regionale Bindung des Wortgebrauchs

„Lexeme können /regional/ konnotiert sein. […] Im Text können regionale Konnotationen den Sprecher kennzeichnen."[262]

Wichtig erscheint in Bezug auf die konnotative Bedeutung noch zu erwähnen, wie diese sich vom *Meinungsgehalt* unterscheidet, welcher der denotativen Bedeutung zugeordnet wird.
Felbick schreibt dazu: „Während es bei Werturteilen um die Entscheidung zwischen 'gut' und 'schlecht' geht […], geht es bei Konnotationen um die Einstufung eines Denotats auf einer Skala mit fließenden Übergängen, zwischen 'angenehm' und 'weniger angenehm'."[263]

3.1.4 Methodische Vorgehensweise

Es wäre für die vorliegende Arbeit einerseits nicht zielführend, andererseits nicht machbar, das gesamte lexikalische Inventar des Diskurses zu untersuchen. Vielmehr ist es notwendig das so genannte diskursrelevante Vokabular herauszufiltern und anschließend der Analyse zu unterziehen. Dabei erfolgt, wie bereits erwähnt, eine Konzentration auf die Schlagwörter des Diskurses. Konkret wird dabei wie folgt vorgegangen:

- In einem ersten Schritt werden die Schlagwörter aus den Texten des Textkorpus herausgefiltert. Dazu wird vor allem darauf geachtet, dass Lexeme die beschriebenen Merkmale von Schlagwörtern (zumindest teilweise) aufweisen. Als weitere Kriterien zur Erfassung der Schlagwörter werden die Frequenz von Lexemen sowie Sprachthematisierungen herangezogen. Mit Sprachthematisierungen ist in diesem Fall „das Thematisieren des Sprachgebrauchs bzw. der Bedeutung auf einer Metaebene [gemeint]".[264] Vielfach geschieht dies mit Hilfe von Distanzmarkern (z.B.: *so genannt*) oder Anführungszeichen.[265]

[261] Siehe Schippan (2002), S. 158.
[262] Siehe Schippan (2002), S. 158.
[263] Siehe Felbick (2003), S. 31-32.
[264] Siehe Spieß (2011), S. 281.
[265] Vgl. Spieß (2011), S. 281.

- In einem zweiten Schritt erfolgt die Analyse der denotativen Bedeutung, dem *Meinungsgehalt* sowie der konnotativen Bedeutung von Schlagwörtern. Dazu werden verschiedene Wörterbücher und Lexika herangezogen.
- Durch die Bedeutungsanalyse ist es möglich, die Schlagwörter nach der in Kapitel 3.1.3.2 ausgeführten Aufstellung zu gliedern. Dadurch ergibt sich eine Aufstellung über die Verwendungshäufigkeit der einzelnen Schlagworttypen durch die jeweilige Partei. Daraus lassen sich wiederum Schlüsse über die Funktion der jeweiligen Schlagwörter in den Texten ziehen.
- Da Schlagwörter innerhalb des Diskurses nicht isoliert verwendet werden, ist es notwendig, die Relationen einzelner Schlagwörter zueinander zu untersuchen. Dabei wird vor allem nach Bezeichnungsalternativen für gleiche Referenzobjekte zu fragen sein. Es ist zu untersuchen, ob gewisse Bezeichnungen in einem gewissen Kontext gebraucht werden und somit eine bestimmte Funktion aufweisen, oder ob die Bezeichnungsalternativen zufällig gewählt werden.

3.2 Analyse der Metaphorik

3.2.1 Definition und Funktion von Metaphern

Um die Relevanz von Metaphern für die Analyse politischer Kommunikation zu rechtfertigen, muss von einer kognitiven Metaphernauffassung ausgegangen werden. Vor allem George Lakoff und Mark Johnson trugen maßgeblich zur Durchsetzung einer solchen Auffassung bei, indem sie feststellten, „daß die Metapher unser Alltagsleben durchdringt, und zwar nicht nur unsere Sprache, sondern auch unser Denken und Handeln.“[266] „Die kognitive Metapherntheorie [geht also] davon aus, dass unser Denken metaphorisch geprägt ist, dass wir also auf Metaphern beim Denken, Erkennen und (Sprach-)Handeln angewiesen sind.“[267] Diese Auffassung steht gegenüber einer klassischen Metaphernkonzeption, die diese „nur“ als schmückendes Beiwerk zur Rede sieht.[268]
Burkhardt versteht unter Metaphern

> „implizite oder explizite Identitätsaussagen, in denen ein Referenzobjekt in vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichender, ja zuweilen sogar in überraschender Weise unter ein Prädikat subsumiert wird, zu dem es den konventionellen Sprachregeln gemäß eigentlich nicht gehört, um durch die abweichende Prädikation einige Eigenschaften des angesprochenen Gegenstandes besonders hervorzuheben.“[269]

[266] Siehe Lakoff/Johnson (2003), S. 11.
[267] Siehe Niehr (2014 a), S. 144.
[268] Vgl. Niehr (2014 a), S. 144.
[269] Siehe Burkhardt (2002), S. 85.

Besonders für politische Diskurse birgt die Metapher „die Möglichkeit, neuartige, komplexe oder abstrakte Phänomene in bekannte, konkrete oder einfache Zusammenhänge „bildlich“ zu übertragen und damit zu veranschaulichen, zu vereinfachen und plausibel zu machen.“[270]
Zudem erfüllt die Metapher die Funktion der Hervorhebung bzw. Ausblendung bestimmter Eigenschaften des metaphorisierten Gegenstandes.[271] Damit geht auch meist eine Bewertung dieses Gegenstandes einher. Des Weiteren kann eine Metapher auch „der Verstärkung eines Begriffs und der damit verbundenen Aussage dienen.“[272]
Mit diesen Funktionen verbunden sieht Constanze Spieß ein gewisses persuasives Potential, den Hang zur Übertreibung oder Überspitzung sowie „die Tendenz zur Schwarz-Weiß-Malerei.“[273] In Bezug auf die persuasive Funktion meint Monika Schwarz-Friesel, dass Metaphern eine bestimmte Perspektive auf metaphorisierte Dinge und Sachverhalte erzeugen.[274]

> „Metaphern spiegeln also nicht nur Konzeptualisierungen wider, sie konstituieren auch spezifische Konzeptualisierungen, die über die jeweilige Semantik der Äußerungen vermittelt werden. Im Rahmen massenmedialer Berichterstattung können die durch sie evozierten Vorstellungsbilder und mentalen Modelle maßgeblichen Einfluss auf kollektive Bewusstseins- und Meinungsbildungsprozesse nehmen und damit auch […] sozial-kognitive sowie politische Konsequenzen haben.“[275]

3.2.2 Metaphern im Diskurs

Metaphern können innerhalb von Diskursen einen wichtigen Stellenwert einnehmen, da sie dort vielfach textübergreifend „aus- und weitergesponnen oder miteinander verknüpft [werden].“[276] Dadurch wird der Diskurs inhaltlich entscheidend von den Metaphern mitgeprägt.
Karin Böke schlägt, angelehnt an Wolf-Andreas Liebert und Michael Pielenz, eine für die Analyse notwendige Unterscheidung verschiedener Metaphernebenen und -typen vor, die im Folgenden kurz dargestellt werden soll.

[270] Siehe Böke/ Jung/ Niehr (u.a.) (2000), S. 21.
[271] Vgl. Niehr (2014 a), S. 144.
[272] Siehe Gehr (2014), S. 31.
[273] Siehe Spieß (2011), S. 209.
[274] Vgl. Schwarz-Friesel (2015), S. 143.
[275] Siehe Schwarz-Friesel (2015), S. 143.
[276] Siehe Böke/ Jung/ Niehr (u.a.) (2000), S. 21.

3.2.2.1 Metapherntyp und konkrete metaphorische Äußerung

Die erste Unterscheidung nimmt Karin Böke hinsichtlich der konkreten und abstrakten Ebene von Metaphern vor. Sie unterscheidet demnach die *konkrete metaphorische Äußerung* von „dem von der einzelnen Äußerung abstrahierten *Metapherntyp*“.[277] Diese beiden Ebenen stehen zueinander in einer *type/token* – Beziehung, die Pielenz wie folgt beschreibt:
„Als Extrakt einer Menge metaphorischer Äußerungen repräsentiert eine konzeptuelle Metapher jeweils einen *type* oder *Typ* […], jede einzelne metaphorische Äußerung gilt als *token* oder *Vorkommnis* […], indem sie einen *type* implementiert.“[278]
Böke exemplifiziert diese Unterscheidung anhand der Beispielmetapher „Der Zustrom von Flüchtlingen hält an“. Diese stellt die konkrete metaphorische Äußerung dar, wohingegen „Zuwanderung als Wasser“ als Metapherntyp gilt.[279]

3.2.2.2 Lexemmetapher

Grundsätzlich lässt sich eine konkrete metaphorische Äußerung in einen metaphorisierenden und einen metaphorisierten Teil aufgliedern. Beschreibt man diese wiederum anhand des oben genannten Beispiels wäre „Der Zustrom“ der metaphorisierende Teil, wohingegen „von Flüchtlingen hält an“ den metaphorisierten Bereich darstellt.[280]
Des Weiteren ist auf der lexikalischen Ebene der Terminus *Lexemmetapher* zu klären, den Liebert folgendermaßen definiert:

> „Auf der lexikalischen Ebene soll […] von einer **Lexemmetapher** gesprochen werden, wenn es ein Paar von Lexemen gibt […], dessen zweite Komponente […] als projiziert von der ersten Komponente […] identifiziert wird. „Lexemmetapher“ ist also als die Relation zwischen den beiden Lexemen zu verstehen: ein Paar von Lexemen, dessen zweite Komponente als projiziert von der ersten Komponente identifiziert wird.“[281]

Auch das kann anhand der bereits eingeführten Beispielmetapher verdeutlicht werden. In diesem Fall handelt es sich beim Lexem „Zustrom“ um eine Lexemmetapher, deren erste Komponente sich als „Zulauf von Wasser“ beschreiben lässt. Die zweite Komponente „Zuwanderung von Flüchtlingen“ kann, gemäß Lieberts Definition, als projiziert von der ersten Komponente identifiziert werden.[282]

---

[277] Siehe Böke (1996 a), S. 443.
[278] Siehe Pielenz (1993), S. 71.
[279] Vgl. Böke (1996 a), S. 443.
[280] Vgl. Böke (1996 a), S. 443-444.
[281] Siehe Liebert (1992), S. 5.
[282] Vgl. Böke (1996 a), S. 444.

3.2.2.3 Metaphernbereich und Metaphernkonzept

Auch auf der *type*-Ebene kann eine weitere Unterscheidung getroffen werden, die für die Analyse von Metaphern wichtig ist. Unterschieden werden *Metaphernbereiche* und *Metaphernkonzepte*.
Hierarchisch dargestellt würde der Metaphernbereich die übergeordnete Kategorie darstellen, welcher verschiedene Metaphernkonzepte zugeordnet würden, die „wiederum durch eine Vielzahl von Lexemmetaphern im Sprachgebrauch […] umgesetzt" würden.[283]

> „Unter *Metaphernbereich* ist die Kopplung der verschiedenen Sinnbereiche oder Sinnbezirke, hier: ‚Zuwanderung als Wasser', und der mit ihnen verbundenen konventionalisierten Denkmuster, -modelle oder -konzepte zu verstehen, die über den metaphorisierenden Ausdruck und den metaphorisierten Gegenstand oder Sachverhalt (Kontext) geschieht. Bei den im Metaphernbereich gekoppelten Sinnbereichen ist zwischen dem *Herkunftsbereich*, hier: ‚Wasser', und dem *Zielbereich*, hier: ‚Zuwanderung', zu unterscheiden."[284]

Metaphernkonzepte hingegen sind vor allem als Struktur zu begreifen. Jeder konkrete metaphorische Ausdruck (z.B. Zustrom) spiegelt eine gewisse Struktur wieder, „in die er innerhalb eines bestimmten Sinnbereichs (hier: Wasser) eingebettet ist."[285] Beispielsweise signalisiert „Zustrom" eine lineare Abfolgestruktur von Anfang – Weg – Ende. Diese lineare Abfolge bildet die Strukturfolie, die wiederum aus Leerstellen besteht, die in der konkreten metaphorischen Äußerung durch verschiedene Lexeme gefüllt werden, zum Beispiel durch „Quelle" (Anfang) – „Zustrom" (Weg) – „Meer" (Ende). Die Strukturfolie des Herkunftsbereiches wird auf den Zielbereich übertragen.[286]
Über die Beispielmetapher „Der Zustrom von Flüchtlingen hält an" wird also das Metaphernkonzept „Strom" auf den Zuwanderungsprozess übertragen.[287]

3.2.2.4 Vernetzung im Diskurs

Wie bereits erwähnt wurde, kommt Metaphern im Diskurs auch aufgrund ihrer Vernetztheit ein sehr großer Stellenwert zu. Karin Böke weist in ihrem Aufsatz auf verschiedene Formen dieser Vernetzungen hin, die in der Analyse beachtet werden sollen.
Eine dieser Formen ist die *Subkategorisierung* verschiedener Metaphernbereiche. Dabei bilden unterschiedliche Metapherntypen Subkategorien zum gleichen Metaphernbereich.

[283] Siehe Böke (1996 a), S. 444.
[284] Siehe Böke (1996 a), S. 444.
[285] Siehe Böke (1996 a), S. 444.
[286] Vgl. Böke (1996 a), S. 444.
[287] Vgl. Böke/ Jung/ Niehr (u.a.) (2000), S. 22.

„So wären Metapherntypen wie ‚Zuwanderer als Strandgut', ‚Zuwanderungsstation als Schleuse' oder ‚Maßnahmen gegen die Zuwanderung als Dämme' als Subkategorien des Metaphernbereichs ‚Zuwanderung als Wasser' zu bezeichnen."[288]
Neben dieser Vernetzung, die innerhalb eines Herkunftsbereichs geschieht, gibt es auch Vernetzungen zwischen unterschiedlichen Herkunftsbereichen.[289]
Welche Art von Vernetzung auch innerhalb eines Textes bzw. Diskurses gewählt wird, grundsätzlich kann folgendes festgestellt werden:
„Metaphern, die den Text isotopisch durchlaufen, oder Bildmischungen innerhalb eines Textes haben eine ungleich stärkere metaphorische Wirkung als einzelne Lexemmetaphern."[290]

3.2.3 Metaphern im Kontext von Argumentation

Michael Pielenz zufolge haben Metaphern eine argumentative Kraft, da sie bestimmte Schlussregeln implizieren. Dabei werden Implikationen und Assoziationen zum Herkunftsbereich auf den Zielbereich der Metapher übertragen und diktieren somit die Perspektive auf jenen.[291] Spieß und Köpcke stellen fest, dass „von einem Bereich auf einen anderen mithilfe von Schlussregeln geschlossen [wird], beide Bereiche werden also via Schlussregeln miteinander verknüpft. Strukturell ähneln Metaphern damit der komplexen sprachlichen Handlung des Argumentierens."[292]
Auch Thomas Niehr stellt fest, dass sich durch die Verwendung von Metaphern gewisse Zuschreibungen zum metaphorisierten Gegenstand ergeben, die wiederum bestimmte Folgerungen implizieren. Er zeigt dies, wie Böke, am Beispiel des Metaphernkonzeptes „Einwanderung als Flut":

> „Wenn Einwanderung Flut ist, dann
> - ist Einwanderung bedrohlich.
> - ist Einwanderung gefährlich.
> - muss man sich vor Einwanderung schützen.
> - sind Dämme eine geeignete Schutzmaßnahme gegen Einwanderung.
> - …"[293]

[288] Siehe Böke (1996 a), S. 445.
[289] Vgl. Böke (1996 a), S. 445.
[290] Siehe Böke (1996 a), S. 446.
[291] Vgl. Pielenz (1993), S. 105-106.
[292] Siehe Spieß/ Köpcke (2015), S. 8.
[293] Siehe Niehr (2014), S. 99.

Niehr konstatiert, dass diese Schlussfolgerungen auch durch eine Argumentation dargelegt werden könnten. Dies sei jedoch nicht notwendig, da die Metaphern „die unterstützenden Argumente [implizieren], ohne dass diese weiter ausgeführt werden müssten.“[294] Deshalb lässt sich sagen, dass Metaphern ganze Argumentationen enthalten:

> „Indem man eine Metapher annimmt, akzeptiert man das mit ihr verbundene Bündel von Schlußregeln. Akzeptiert man mit dem Gebrauch einer Metapher das jeweilige Antezedens einer Implikation […] unterschreibt man damit das Consequens einer jeden Implikation […]. Man erkennt demnach mit einer Metapher stillschweigend deren gesamten Implikationshorizont nach dem Muster eines *iterativen Modus ponens* als gültig an.“[295]

3.2.4 Methodische Vorgehensweise

- In einem ersten Schritt wird das Textkorpus auf vorkommende Metaphern untersucht. Welche Metaphern dabei ausgewählt werden, hängt wiederum vom Diskursgegenstand ab. Das wichtigste Kriterium stellt also der inhaltliche Bezug zum Diskursthema dar. Ebenso wird auf die Frequenz der Metaphern geachtet, wenngleich diese kein dominantes Auswahlkriterium darstellt.
- Der zweite Schritt besteht in der genauen Analyse und Klassifizierung der einzelnen Metaphern. Dafür werden diese zuerst in ihren metaphorisierten und den metaphorisierenden Teil zerlegt. Des Weiteren wird der Metaphernbereich ermittelt.
- In einem dritten Schritt wird schließlich die Funktion des jeweiligen Metapherngebrauchs ermittelt. Im Zuge dieses Analyseschrittes wird auch geklärt, ob oder inwiefern die Metaphern Argumentationen implizieren.
- Schließlich wird noch untersucht, ob innerhalb des Diskurses eine Vernetzung einzelner Metaphern vorliegt und welchen Stellenwert diese Metaphernnetze demnach im Diskurs einnehmen.

3.3 Analyse der Argumentation

3.3.1 Argumentationsstruktur

„In Argumentationen geht es um die Klärung strittiger Geltungs- oder Wahrheitsansprüche. Durch die Anführung von Pro- bzw. Contra-Argumenten und ihre Abwägung sollen

[294] Siehe Niehr (2014), S. 100.
[295] Siehe Pielenz (1993), S. 108.

diese Ansprüche durchgesetzt werden."[296] Dies gilt vor allem für die so genannte Alltagsargumentation, in welcher nicht zwingend das Kriterium der formal-logischen Schließbarkeit, sondern jenes der Plausibilität im Vordergrund steht.[297] Plausibel ist ein Argument laut Kienpointner dann, wenn es einerseits wahr bzw. richtig oder wahrscheinlich ist und andererseits relevant ist, also eine inhaltliche Beziehung zwischen Argument und Konklusion aufweist.[298]
Um die Beziehung zwischen Argument und Konklusion darzustellen, bietet sich Toulmins Argumentationsmodell an, welches folgende Grundstruktur aufweist:

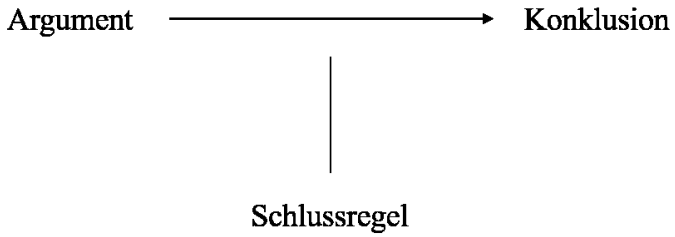


Abbildung 4: modifiziert nach Toulmin (1996), S.90.

Dabei handelt es sich sozusagen um eine ideale Argumentation, in welcher mit Hilfe einer Schlussregel eine bestimmte Konklusion begründet wird.
Reale Argumentationen folgen jedoch bei weitem nicht immer diesem Schema. Vielmehr handelt es sich dabei oft um Argumentationen, welche nur Teile der Toulminschen Argumentationsstruktur realisieren bzw. mitunter sogar einer anderen Struktur folgen.[299] Laut Thomas Niehr eignet sich Toulmins Schema vor allem dazu, „die Mikrostruktur von Argumentationen zu entschlüsseln. Mit seiner Hilfe kann es gelingen, die Funktion der einzelnen Bestandteile einer Argumentation zu verdeutlichen."[300] Für die Analyse der Argumentation in einem Diskurs ist es jedoch notwendig, auf einer höheren Ebene zu arbeiten, um textübergreifende und somit diskurskonstituierende Argumentationsmuster herauszuarbeiten. Aus diesem Grund wird bei der vorliegenden Arbeit das Augenmerk auf die Analyse prototypischer Argumente gelegt, welche im folgenden Kapitel näher ausgeführt wird.

[296] Siehe Niehr (2004), S. 52.
[297] Vgl. Spieß (2011), S. 214.
[298] Vgl. Kienpointner (1992), S. 51-52.
[299] Vgl. Spieß (2011), S. 215.
[300] Siehe Niehr (2014), S. 111.

3.3.2 Analyse prototypischer Argumente

Dieses Analyseschema geht auf Thomas Niehr zurück, welcher es im Zuge seiner Habilitationsschrift zum Vergleich der Migrationsdiskurse in Österreich, Deutschland und der Schweiz herangezogen hat. Dabei werden die sich auf die Diskursthematik beziehenden Argumente gesammelt und nach bestimmten Kriterien geordnet und zusammengefasst.

> „Eine zentrale Überlegung besteht darin, dass sich auch inhaltlich bestimmte Argumente zu Gruppen bzw. Mustern zusammenfassen lassen, wenn sie auf einer bestimmten Abstraktionsstufe reformuliert werden. Eine solche Reformulierung von Argumenten umfasst dann eine Vielzahl in Diskursen vorkommender Argumente und gibt sie in einer prototypischen Formulierung wieder."[301]

Bei dieser prototypischen Formulierung spielt weniger der konkrete Wortlaut eine Rolle, vielmehr ist die Erfassung einer gemeinsamen argumentativen Struktur bzw. Zielrichtung der einzelnen Argumente zentral.[302]
Genau diese Erfassung der Argumentationsstrukturen ist für die Diskursanalyse wesentlich, da sie es erlaubt, „die prinzipiell unbegrenzte Zahl von Argument-Formulierungen auf eine überschaubare Menge zu reduzieren."[303] Die Auflistung prototypischer Argumente, deren Klassifizierung und die Zuteilung zu den einzelnen Sprechergruppen erlauben es schließlich, die Positionierung der Gruppen im Diskus zu bestimmen.
Die konkreten Analyseschritte werden im nächsten Kapitel behandelt, da sie sich mit der methodischen Vorgehensweise in der vorliegenden Diplomarbeit decken.
An dieser Stelle soll jedoch noch kurz auf die Problematik des Auffindens von Argumenten eingegangen werden.
Wie bereits erwähnt, spielt in der Alltagsargumentation vor allem Plausibilität und weniger formale Korrektheit eine Rolle. Aus diesem Grund ist es nicht selten, dass Schlussregeln bzw. Konklusionen interpretativ erschlossen werden müssen.[304] Dabei gibt es unterschiedliche „Grade der Explizitheit einer Argumentation".[305] Beispielsweise kann oftmals die Aufzählung von Fakten reichen, um als Argument für oder gegen einen Sachverhalt zu gelten. Thomas Niehr verdeutlicht dies an einer Textpassage des deutschen Nachrichtenmagazins Spiegel:

[301] Siehe Niehr (2014), S. 117.
[302] Vgl. Niehr (2014), S. 117-118.
[303] Siehe Niehr (2014), S. 119.
[304] Vgl. Niehr (2004), S: 111.
[305] Siehe Niehr (2004), S. 111.

„In den ersten sechs Monaten dieses Jahres strengten schon knapp 19.000 Ausländer Asylprozesse an, entschieden wurden im Durchschnitt nicht mal zehn Prozent. In Rheinland-Pfalz beispielsweise waren Ende Juli gerade 21 von 1196 Fällen geklärt. (SPIEGEL 31/1980 v. 28.07.80, S. 30).“[306]

Niehr merkt dazu an:

„Auch die Aufzählung derartiger Fakten kann als Argument dienen; in diesem Falle als Argument gegen eine Asylrechtsnovelle, die dazu geführt habe, dass sich die Zahl der Asylprozesse bei den westdeutschen Verwaltungsgerichten vervielfache und zu einem „Stillstand der Rechtspflege“ führe.“[307]

Das eben genannte Beispiel illustriert, dass sich das Finden von Argumenten nicht immer einfach gestaltet, weshalb es einer genauen Durchsicht des Textkorpus bedarf. Je niedriger der Grad an Explizitheit ist, desto schwieriger können Argumente mitunter aufgefunden werden. „Dennoch gibt hier der Kontext oft entscheidende Hinweise; teilweise lassen bereits Überschriften oder Schlagzeilen Rückschlüsse auf die erfolgende Argumentation zu.“[308]

3.3.3 Methodische Vorgehensweise

Wie bereits in Kapitel 3.3.2 darzustellen versucht wurde, handelt es sich bei den zu analysierenden Argumenten stets um diskursspezifische Argumente, welche „nicht formal, sondern inhaltlich bestimmt [sind].“[309] Es erfolgt in der Analyse also eine Konzentration auf Argumente, die sich auf die Flüchtlingsthematik beziehen.

- In einem ersten Schritt wird das gesamte Textkorpus sorgfältig auf diskursspezifische Argumente überprüft. Dabei wird neben expliziten Argumenten vor allem großes Augenmerk auf Formen impliziter Argumentation zu legen sein.
  Dabei wird vermerkt, wenn Pro- und Contra-Argumente sich entsprechen. Es ist ebenfalls zu beachten und entsprechend zu vermerken, wenn einzelne Argumente sowohl als Pro- als auch als Contra-Argumente angeführt werden können. „Der gleiche Sachverhalt dient […] [dann] als Argument für entgegengesetzte Konklusionen,

[306] Siehe Niehr (2004), S. 112.
[307] Siehe Niehr (2004), S. 112.
[308] Siehe Niehr (2004), S. 112.
[309] Siehe Niehr (2014), S. 119.

oder alltagssprachlich formuliert: die gleichen Tatsachen werden unterschiedlich bewertet."[310]

- Thomas Niehr weist in seiner Arbeit auf die Unterscheidung von originären und zitierten Argumenten hin, welche notwendigerweise zu treffen sei, da oftmals Pro- bzw. Contra-Argumente in einem Text zitiert würden, um diese zu widerlegen und damit eine gegenteilige Argumentation vorzubringen.[311] In Niehrs Fall scheint diese Unterscheidung durchaus sinnvoll, da er ein sehr großes Textkorpus untersucht, in welchem viele Texte aus Printmedien enthalten sind. In Bezug auf die Analyse in der vorliegenden Arbeit wird auf diese Unterscheidung weitgehend verzichtet werden können. Sollte doch ein Fall von zitierter Argumentation gefunden werden, wird dieser gesondert vermerkt.
- Der zweite Schritt der Analyse besteht schließlich in der Gruppierung von Einzelargumenten unter abstrakter formulierte prototypische Argumente. Dabei ist darauf zu achten, dass die prototypischen Formulierungen nicht zu abstrakt werden und darunter eine zu große Zahl an Argumenten subsummiert werden kann. Dies würde die Analyse sehr unpräzise machen.
- Durch die Herausarbeitung der prototypischen Argumente und deren quantitativer Verwendung durch die jeweilige Partei lässt sich in einem letzten Analyseschritt wiederum auf die Positionierung der Parteien im Diskurs schließen.

[310] Siehe Niehr (2004), S. 116.
[311] Vgl. Niehr (2004), S. 130-131.

4 Darstellung der Analyseergebnisse

In diesem Kapitel erfolgt die Darstellung der Analyseergebnisse. Deren Interpretation wird im darauffolgenden Kapitel gesondert vorgenommen, um eine bessere Übersichtlichkeit zu garantieren.
Zur Ergebnisdarstellung eignet sich die Tabellenform. Unter Punkt 1 werden jeweils die Ergebnisse der Analyse von Beiträgen der FPÖ, unter Punkt 2 die Ergebnisse der Analyse von Beiträgen der Grünen dargestellt. Da es sich um eine diskursanalytische Untersuchung handelt, wird auf die Differenzierung der Ergebnisse nach einzelnen Texten verzichtet. Es wird jedoch vermerkt, in welchen Textbeiträgen sich das Ergebnis finden lässt. Dazu werden folgenden Kürzel verwendet:

PP(FPÖ): Parteiprogramm der FPÖ
PP(Grüne): Grundsatzprogramm der Grünen
HfP: Handbuch freiheitlicher Politik
IL: Integrationsleitlinien
HP(FPÖ) 2015: Homepagebeiträge der FPÖ aus dem Jahr 2015
HP(FPÖ) 2016: Homepagebeiträge der FPÖ aus dem Jahr 2016
HP(Grüne) 2015: Homepagebeiträge der Grünen aus dem Jahr 2015
HP(Grüne) 2016: Homepagebeiträge der Grünen aus dem Jahr 2016
BF(Stra): Beiträge von Heinz-Christian Strache in der Sendung „Bürgerforum“
BF(Gla): Beiträge von Eva Glawischnig Piesczeck in der Sendung „Bürgerforum“
SG(Stra): Beiträge aus der Sendung „Sommergespräche“ mit Heinz-Christian Strache
SG(Gla): Beiträge aus der Sendung „Sommergespräche“ mit Eva Glawischnig Piesczeck
NR(1.9. Stra): Rede von Heinz-Christian Strache bei der Sondersitzung des Nationalrates vom 1.9.2015
NR(1.9. Gla): Rede von Eva Glawischnig Piesczeck bei der Sondersitzung des Nationalrates vom 1.9.2015
NR(16.3. Stra): Rede von Heinz-Christian Strache bei der Sitzung des Nationalrates vom 16.3.2016
NR(16.3. Gla): Rede von Eva Glawischnig Piesczeck bei der Sitzung des Nationalrates vom 16.3.2016

4.1 Ergebnisse der Schlagwortanalyse

Hier noch einige kurze Anmerkungen zur Darstellung der Ergebnisse der Schlagwortanalyse:

- Unterschiedliche Formen einzelner Schlagwörter wurden mehrheitlich nicht gesondert berücksichtigt. (Zum Beispiel wurde *Schutz der Grenze* dem Schlagwort *Grenzschutz* zugerechnet). Ebenso wurden Verben bzw. Adjektive, deren zugehörige Substantive ein Schlagwort darstellen, diesem zugerechnet. (Zum Beispiel wurde *solidarisch* dem Schlagwort *Solidarität* zugerechnet.)

- Für die Benennung der Kategorien wurden folgende Kürzel verwendet
  - Fahnenwörter: FW
  - Stigmawörter: SW
  - Hochwertwörter: HW
  - Unwertwörter: UW

- Manche Schlagwörter ließen sich nicht eindeutig einer Kategorie zuordnen. In diesen Fällen wurden beide Kategorien angegeben.
  Das Schlagwort *Solidarität* stellt beispielsweise einen solchen Fall dar, da es grundsätzlich als Hochwertwort gilt, im Flüchtlingsdiskurs jedoch für das Programm der Grünen steht und somit durchaus als Fahnenwort gewertet werden kann.

4.1.1 FPÖ

Schlagwort	Textbelege	Denotative Bedeutung	Meinungsgehalt	Konnotative Bedeutung	Kategorie
Massenzuwanderung	**PP(FPÖ)** [S. 16]; **HfP** [S. 210, 277, 284]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 1, 2]; **NR(16.3. Stra)** [S. 1,2]; **NR(1.9. Stra)** [S. 4]; **BF(Stra)** [S. 3]	Das Präfixoid *Massen-* "kennzeichnet in Bildungen mit Substantiven etw. als von sehr vielen Leuten gemacht, getan oder in großer Menge erfolgend" [Siehe Duden (2015), S. 1172]; Zuwanderung: synonym zu *das Zuwandern*: "von auswärts, bes. aus einem andern Land, in ein Gebiet, an einen Ort kommen, um dort zu leben." [Siehe Duden (2015), S. 2106]	negativ	Das Präfixoid *Massen-* hebt das Ausmaß der Zuwanderung hervor und weckt dadurch "die Assoziation einer bedrohlichen Situation" [Siehe Böke (1996 b), S. 143.] "Sprachlich unterstreicht die Vorsilbe »zu« eher die Nicht-Zugehörigkeit." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/zuwanderer/ (zuletzt eingesehen am 21.9.2017)]	FW, UW
Masseneinwanderung	**HfP** [S. 27, 113]	Das Präfixoid *Massen-* "kennzeichnet in Bildungen mit Substantiven etw. als von sehr vielen Leuten gemacht, getan oder in großer Menge erfolgend" [Duden (2015), S. 1172]; Einwanderung: synonym zu *das Einwandern*: "in ein fremdes Land gehen, um sich dort anzusiedeln [u. die	negativ	Das Präfixoid Massen- hebt das Ausmaß der Einwanderung hervor und weckt dadurch "die Assoziation einer bedrohlichen Situation" [Siehe Böke (1996 b), S. 143.]	FW, UW

		Staatsbürgerschaft zu erwerben]" [Siehe Duden (2015), S. 499].		Bei der Einwanderung wird, im Vergleich zur Zuwanderung, der dauerhafte und eindringende Charakter mehr betont.	
Massenimmigration	**HfP** [S. 37]; **NR(1.9. Stra)** [S. 4]	Das Präfixoid *Massen-* "kennzeichnet in Bildungen mit Substantiven etw. als von sehr vielen Leuten gemacht, getan oder in großer Menge erfolgend" [Siehe Duden (2015), S. 1172]; Immigration: Verweis auf *Einwanderung* [Vgl. Duden (2015), S. 910], (siehe Masseneinwanderung)	negativ	Da Immigration als Synonym zu Einwanderung gesehen wird, ergibt sich die gleiche konnotative Bedeutung wie bei Masseneinwanderung.	FW, UW
Asylmissbrauch	**HfP** [S. 28, 39, 41]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 1]	"Missbrauch des Asylrechts (1)" [Siehe Duden (2015), S. 188] *Asylrecht* (1): "Recht aus politischen, religiösen od. anderen Gründen Verfolgter auf Asyl […] im Zufluchtsstaat" [Siehe Duden (2015), S. 188] Missbrauch: synonym zu *das Missbrauchen*: "in unredlicher, unerlaubter Weise [für eigennützige Zwecke] gebrauchen, benutzen" [Siehe Duden (2015), S. 1203]	negativ	Gegenwärtig wird der Terminus Asylmissbrauch mit Kriminalität assoziiert. Als zugrundeliegende Ursache dieser Kriminalität werden absichtliche Handlungen von AsylwerberInnen gesehen. [Vgl. Arnim-Ellissen (2012), S. 120-123]	FW, UW

Asylbetrug	**HfP** [S. 41, 42]; **HP(FPÖ)** 2015 [S. 2]	Asyl: "Aufnahme und Schutz [für Verfolgte]" [Siehe Duden (2015), S. 188] Betrug: "bewusste Täuschung, Irreführung einer anderen Person" [Siehe Duden (2015), S. 306].	negativ	Wie der Asylmissbrauch wird der Asylbetrug mit Kriminalität und absichtlicher Handlung assoziiert. Laut Arnim-Ellissen wurde durch die Einführung dieses Terminus "ab der zweiten Hälfte der 00er-Jahre […] die beschriebene Kriminalisierung von Asylmissbrauch auch sprachlich verfestigt." [Siehe Arnim-Ellissen (2012), S. 127.]	FW, UW
Abschiebung	**HfP** [S. 39, 40, 44, 45, 46, 48, 107, 118]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 2, 4, 8]; **BF(Stra)** [S. 3]	synonym zu *das Abschieben*: "gerichtlich des Landes verweisen, ausweisen" [Siehe Duden (2015), S. 95] Abschiebung ist der offiziell gebrauchte Terminus für "die erzwungene Ausreise von Personen, die nicht berechtigt sind, sich in Österreich aufzuhalten. Sie wird meist dann durchgeführt, wenn die Person nicht freiwillig und zeitgerecht ausreist." [Siehe Bundeskanzleramt Österreich, HELP.gv.at, https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992541.html, zuletzt eingesehen am 23.9.2017]	neutral bis negativ	Der Begriff impliziert Konnotationen, wie einerseits den Widerwillen der abzuschiebenden Person, andererseits aber auch die Bereitschaft zum Gewalteinsatz seitens der Behörden.	UW
Rückführung	**HfP** [S. 31, 37];	synonym zu *das Zurückführen*: "jmdn. an den Ausgangsort führen" [Siehe Duden (2015), S. 2095]	neutral	Rückführung wird vielfach als Synonym zur Abschiebung verwendet. Im	

	HP(FPÖ) 2016 [S. 2]			Gegensatz dazu weckt die Rückführung jedoch Konnotationen einer friedlich ablaufenden und geregelten Rückkehr in das Heimatland der rückgeführten Person. Aufgrund dessen wird der Begriff oftmals "als euphemistisch kritisiert". [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/abschiebung/, zuletzt eingesehen am 23.9.2017]	
Rückschiebung	**HP(FPÖ) 2016** [S. 1, 8]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden, es wird daher auf *das Zurückschieben* zurückgegriffen: "wieder an den Ausgangspunkt, an seinen [früheren] Platz schieben; Ü Flüchtlinge z. (dorthin, woher sie gekommen sind, abschieben)" [Ü steht für Übertragung, Anm. der Autorin] [Siehe Duden (2015), S. 2096] Zurückschiebung ist ein offizieller Terminus. "Bei einer Zurückschiebung handelt es sich im Wesentlichen darum, dass Fremde innerhalb eines Zeitraumes	neutral bis negativ	Ähnlich wie bei der Abschiebung entstehen mit dem Begriff Konnotationen, wie der Widerwillen der zurückzuschiebenden Person, Gewaltbereitschaft seitens der Behörden sowie die Annahme, das Nachbarland, in das die Person zurückgeschoben wird, sei für diese zuständig.	UW

		von 14 Tagen nach nicht rechtmäßiger Einreise oder nicht mehr rechtmäßigem Aufenthalt im Bundesgebiet zur Rückkehr in einen Mitgliedstaat verhalten werden können." [Siehe Bundesministerium für Inneres, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_10034/imfname_577942.pdf zuletzt eingesehen am 23.9.2017]			
Grenzschutz	**HP(FPÖ) 2015** [S. 12]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 6, 7, 8]; **NR(16.3. Stra)** [S. 1, 2, 4]; **NR(1.9. Stra)** [S. 2]	"Sicherung der Landesgrenze" [Siehe Duden (2015), S. 756]	positiv	Der Begriff Schutz impliziert eine Bedrohung oder Gefahr, vor der man Angst hat und vor der man folglich geschützt werden muss.	FW
Grenzkontrolle	**HfP** [S. 238]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 5, 8, 12]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 2]; **NR(1.9.**	"amtliche Kontrolle von Personen od. Sachen, die eine Grenze passieren" [Siehe Duden (2015), S. 755]	positiv	Der Begriff Grenzkontrolle impliziert zum einen, dass etwas oder jemand an die Grenze kommt, dass eventuell eine Gefahr darstellen könnte und somit kontrolliert werden muss. Zum anderen suggeriert es, dass dieses Etwas oder dieser Jemand kontrollierbar ist.	FW

	Stra) [S. 2, 3, 5]				
Grenzsicherung	**HP(FPÖ) 2015** [S. 5, 12]; **NR(16.3. Stra)** [S. 1, 2, 3]; **NR(1.9. Stra)** [S. 2, 5]	Verweis auf *Grenzschutz* [Vgl. Duden (2015), S. 756] (Siehe Grenzschutz)	positiv	Siehe Grenzschutz	FW
Grenzschließung	**HP(FPÖ) 2015** [S. 10, 14]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 2]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden Grenze: " (durch entsprechende Markierungen gekennzeichneter) Geländestreifen, der politische Gebilde (Länder, Staaten) voneinander trennt" [Siehe Duden (2015), S. 755] Schließung: synonym zu *das Schließen*: "bei einer Sache bewirken, dass sie nach außen abgeschlossen, zu ist" [Siehe Duden (2015), S. 1541]	positiv	Die Schließung der Grenze weckt wiederum die Konnotation einer Gefahr oder Bedrohung von außerhalb der Grenze. Im Unterschied zum Grenzschutz bzw. der Grenzsicherung scheint diese Gefahr jedoch so groß, dass sie nur durch das Abschließen gebannt werden kann.	FW
Völkerwanderung	**HP(FPÖ) 2015** [S. 7, 8, 10, 11];	"Wanderung, Bewegung, Zug einer Masse von Menschen" [Siehe Duden (2015), S. 1944]	negativ	Durch die Bezeichnung der gegenwärtigen Wanderungsbewegung als Völker-	UW

	HP(FPÖ) 2016 [S. 7]; **NR(16.3. Stra)** [S. 4]; **NR(1.9. Stra)** [S. 6]; **BF(Stra)** [S. 1, 3]			wanderung ergibt sich einerseits ein historischer Vergleich mit der Wanderungsbewegung zwischen dem 4. und dem 6. Jahrhundert, im Zuge derer Germanen nach Süd-und Westeuropa einwanderten. [Vgl. Duden (2015), S. 1944]. Andererseits wird durch den Begriff wiederum das große Ausmaß der Wanderungsbewegung betont, da "ganze Völker" wandern würden. [Vgl. Böke (1996 b), S. 147]	
Integrationsunwillen	**HfP** [S. 31, 36, 38]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden Integration: "Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes" [Siehe Duden (2015), S. 930] Unwillen: "lebhaftes Missfallen, das sich in Ungehaltenheit, Gereiztheit, unfreundlicher od. ablehnender Haltung äußert" [Siehe Duden (2015), S. 1868]	negativ	Der Unwille, sich in die Gesellschaft des Ziellandes einzugliedern, impliziert, dass Integration die Sache der Einwanderer ist und von diesen geleistet werden muss. Es impliziert ein sehr einseitiges Verständnis des Integrationsbegriffes.	UW
Integrationsverweigerung	**HfP** [S. 39]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden	negativ	Ein noch stärker polarisierender Begriff als Integrationsunwillen ist jener der Integrationsverweigerung. Er impliziert,	UW

		Integration: "Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes" [Siehe Duden (2015), S. 930] Verweigerung: synonym zu *das Verweigern:* "(etw. von jmdm. Gefordertes, Erwartetes, o. Ä.) nicht gewähren, geben, ausführen; ablehnen" [Siehe Duden (2015), S. 1930]		dass Eingewanderte sich weigern, sich zu integrieren, wodurch impliziert wird, diese Verweigerung sei in irgendeiner Weise zu ahnden.	
fehlende Integrationsbereitschaft	**HfP** [S. 39]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden Integration: "Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes" [Siehe Duden (2015), S. 930] Bereitschaft: "das Bereitsein, Bereitwilligkeit, Einverständnis" [Siehe Duden (2015), S. 289].	negativ	Siehe Integrationsunwillen	UW
gescheiterte Integration	**HP(FPÖ) 2016** [S. 5]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden Integration: "Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes" [Siehe Duden (2015), S. 930] scheitern: "misslingen, missglücken, fehlschlagen" [Siehe Duden (2015), S. 1524]	negativ	Impliziert, dass der Versuch der Integration gescheitert ist. Dies löst die Assoziation von Hoffnungslosigkeit aus. Außerdem wird gescheiterte Integration " häufig als Ursache für Jugendkriminalität und andere Probleme genannt. Dabei wird oft unterstellt, dass zum Beispiel Verstöße gegen Gesetze und Normen begangen werden, weil die	SW, UW

				deutsche Gesellschaftsordnung abgelehnt und stattdessen einer vermeintlich archaischen Einwandererkultur mit eigenen Regeln gefolgt wird." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/gescheiterte-integration/, zuletzt eingesehen am 23.9.2017] Anders als bei Integrationsunwillen, Integrationsverweigerung und fehlender Integrationsbereitschaft scheint der Integrationsbegriff hier nicht so einseitig. Beispielsweise können auch die Bemühungen der Regierung um Integration gescheitert sein.	
Integrationsverfehlung	**NR(1.9. Stra)** [S. 1]	ist in dieser Form nicht im WB zu finden Integration: "Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes" [Siehe Duden (2015), S. 930] Verfehlung: "Verstoß gegen bestimmte Grundsätze, Vorschriften, eine bestimmte Ordnung" [Siehe Duden (2015), S. 1889]	negativ	Ähnlich wie bei gescheiterter Integration impliziert der Begriff, dass es den Versuch der Integration gegeben hat, die Maßnahmen jedoch offensichtlich die falschen waren. Anders als bei Integrationsunwillen, Integrationsverwei-	SW, UW

				gerung und fehlender Integrationsbereitschaft scheint der Integrationsbegriff hier nicht so einseitig. Beispielsweise können auch die Bemühungen der Regierung um Integration verfehlt sein.	
Integrationsprobleme	**BF(Stra)** [S. 4]	"das Problem, jmdn. od. etw. zu integrieren" [Siehe Duden (2015), S. 930] *integrieren*: "in ein größeres Ganzes eingliedern, einbeziehen, einfügen" [Siehe Duden (2015), S. 930]	negativ	Dieser Begriff benennt zwar bestehende Probleme der Integration, schließt jedoch deren Lösung nicht aus. Wiederum handelt es sich nicht um eine einseitige Perspektive auf den Integrationsbegriff.	UW
Illegale Einwanderung	**HP(FPÖ) 2015** [S. 1]	illegal: "gesetzeswidrig, ungesetzlich; ohne behördliche Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 908] Einwanderung: synonym zu *das Einwandern*: "in ein fremdes Land gehen, um sich dort anzusiedeln [u. die Staatsbürgerschaft zu erwerben]" [Siehe Duden (2015), S. 499].	negativ	Illegalität wird mit Kriminalität assoziiert. Dadurch ergibt sich ein Gefühl des Angriffs auf die sichere Ordnung. [Vgl. Mediendienst Integration (2017), S. 3] Bei der Einwanderung wird, im Vergleich zur Zuwanderung, der dauerhafte und eindringende Charakter mehr betont.	FW, UW
Illegale Zuwanderung	**HfP** [S. 282]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 2];	illegal: "gesetzeswidrig, ungesetzlich; ohne behördliche Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 908]	negativ	Illegalität wird mit Kriminalität assoziiert. Dadurch ergibt sich ein Gefühl des Angriffs auf die sichere Ordnung. [Vgl. Mediendienst Integration (2017), S. 3]	FW, UW

	HP(FPÖ) 2016 [S. 9]	Zuwanderung: synonym zu *das Zuwandern*: "von auswärts, bes. aus einem andern Land, in ein Gebiet, an einen Ort kommen, um dort zu leben." [Siehe Duden (2015), S. 2106]		"Sprachlich unterstreicht die Vorsilbe »zu« eher die Nicht-Zugehörigkeit." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/zuwanderer/ (zuletzt eingesehen am 21.9.2017)]	
Illegale Einwanderer	**HP(FPÖ) 2015** [S. 1, 7, 8]	illegal: "gesetzeswidrig, ungesetzlich; ohne behördliche Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 908] Einwanderer: "jmd., der in ein Land einwandert od. eingewandert ist" [Siehe Duden (2015), S. 499]	negativ	Illegalität wird mit Kriminalität assoziiert. Dadurch ergibt sich ein Gefühl des Angriffs auf die sichere Ordnung. [Vgl. Mediendienst Integration (2017), S. 3] Hier wird die Illegalität zusätzlich direkt mit Menschen verknüpft. Dies wird vielfach kritisiert, da keine Menschen, sondern "nur Handlungen [...] ungesetzlich sein [können]." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/illegale-migranten/, zuletzt eingesehen am 23.9.2017]	FW, UW
Fremder	**PP(FPÖ)** [S. 12]; **HfP** [S. 39, 41, 44,	"Person, die aus einer anderen Gegend, einem anderen Land stammt, die an einem Ort fremd ist, an diesem Ort nicht wohnt" [Siehe Duden (2015), S. 643]	negativ	Diese Bezeichnung wird "im Sinne einer polaren Begriffsbildung in Abgren-	UW

	45, 46, 47, 48, 49, 237, 238]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 14]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 9]			zung zu der eingesessenen Wohnbevölkerung konstruiert." Im Vordergrund steht hier die "Komponente "nicht von hier"", also die Betonung der Andersartigkeit bzw. Verschiedenheit. [Siehe Jung/ Niehr/ Böke (2000), S. 73-74]	
Asylant	**HfP** [S. 42, 238]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 14]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 1, 3, 4]	"jmd., der um Asyl nachsucht; jmd., der Asylrecht beansprucht" [Siehe Duden (2015), S. 188]	negativ	"wird gelegentlich als abwertend empfunden" [Siehe Duden (2015), S. 188] Es wird vielfach nicht klar, ob mit diesem Begriff AsylwerberInnen oder Personen mit bereits abgeschlossenem Asylverfahren gemeint sind. Außerdem werden mit dem Begriff vielfach "Elemente des Misstrauens und der Abschätzigkeit" verknüpft. [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 46]	UW
Wirtschafts-flüchtling	**HfP** [S. 113; 210, 237]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 7, 10, 13];	"Flüchtling, der nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen sein Land verlässt" [Siehe Duden (2015), S. 2032]	negativ	"auch abwertend" [Siehe Duden (2015), S. 2032]	UW

	HP(FPÖ) 2016 [S. 1]			"Damit wird suggeriert, dass das Motiv der Flucht nicht in der eigentlichen Bedrohung des Lebens, sondern "nur" in der schlechten wirtschaftlichen Lage des Betroffenen bestehe und somit keinen echten Grund für das Verlassen seiner Heimat darstelle." [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 47]	
Ausländer	**HfP** [S. 31, 37, 38, 106, 107, 112, 114, 115, 116, 118, 119, 139, 222, 223]	"Angehöriger eines fremden Staates; ausländischer Staatsangehöriger od. Staatenloser" [Siehe Duden (2015), S. 227]	negativ	"Die Bezeichnung *Ausländer* für (aus Sprecherperspektive) im eigenen Land lebende Menschen ausländischer Herkunft gilt zunehmend als diskriminierend. Sie wird deshalb immer häufiger durch Bezeichnungen wie *ausländischer Mitbürge*r oder (v.a. bei dauerhaftem Zuzug) *Migrant* ersetzt." [Siehe Duden (2015), S. 227]" Allgemein wird "Ausländern" eine gewisse "Fremdheit" zugeschrieben, in erster Linie wegen ihrer unverständlichen Sprache, ihrer in verschiedenem Grade anderen äußeren Erscheinung und ihrer anderen Geisteshaltung. Da	UW

				Fremdheit in einfachen Denkkategorien leicht Ängste auslöst, kann oftmals bewusst der Eindruck vermittelt werden, dass von ihnen Gefahr ausgehe." [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 50.] Außerdem ist das Herkunftsland ausschlaggebend dafür, wer als Ausländer bezeichnet wird und wer nicht. Vor allem "Menschen aus dem südslawischen Raum [...] sowie aus den meisten Ländern des ehemaligen Ostblocks und der Türkei" und "Staatsangehörige aus nordafrikanischen Ländern und dem arabischen Raum" gelten als Ausländer. Der Begriff wird hingegen kaum für "Bürger aus dem Norden oder Westen Europas" gebraucht. [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 50].	

4.1.2 Grüne

Schlagwort	Textbelege	Denotative Bedeutung	Meinungsgehalt	Konnotative Bedeutung	Kategorie
Integration	**PP(Grüne)**[S. 56, 57, 75]; **IL** [S. 32, 33, 34]; **HP(Grüne) 2015** [S. 1, 3, 9]; **HP(Grüne) 2016** [S. 1]; **SG(Gla)** [S. 2]	"Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes […]; Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen od. Gruppen zu einer gesellschaftlichen u. kulturellen Einheit" [Siehe Duden (2015), S. 930]	positiv	Grundsätzlich können im Hinblick auf Integration zwei Perspektiven unterschieden werden: "Migranten als Objekte […] und Migranten als Subjekte der Integration […]." Diese Unterscheidung ist jedoch nur aus dem Kontext, in dem das Schlagwort verwendet wird, ersichtlich. [Siehe Jung/ Niehr/ Böke (2000), S. 109] Damit einher geht auch die Vorstellung darüber, wer sich um Integration zu bemühen hat, also ob Integration eine Aufgabe der Einwandernden, der Regierung oder der gesamten Gesellschaft ist. Vielfach wird mit Integration die Vorstellung einer "De-facto-Anpassung von	FW, HW

				Ausländern an österreichische Gegebenheiten [...] [verknüpft] - also weniger einer Integration im Sinne von ‚Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit' (Duden), sondern vielmehr einer Angleichung an die als homogen verstandene Gruppe der "Österreicher"".[Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 198]	
Solidarität	**PP(Grüne)** [3, 4, 7, 8, 31]; **HP(Grüne) 2015** [S. 8,11]; **NR(1.9. Gla)** [S. 2, 3]; **BF(Gla)** [S. 4]	"unbedingtes Zusammenhalten mit jmdm. aufgrund gleicher Anschauungen u. Ziele" [Siehe Duden (2015), S. 1631]	positiv	Laut Ursula Dallinger wird mit Solidarität einerseits der Arbeiterkampf verbunden, da der Begriff zentral für die Arbeiterbewegung war. Andererseits weckt er auch Assoziationen "an familiäre Solidarität, an Ehrenamt, Spenden oder an die Solidarität mit ethnisch Fremden." [Siehe Dallinger (2009), S. 21] Es lässt sich also sagen, dass beim Begriff der Solidarität neben dem Zusammenhalt auch die Komponente der Hilfe für andere im Vordergrund steht.	FW, HW

legale Einwanderung	**IL** [S. 26]; **HP(Grüne) 2015** [S. 12]	legal: "gesetzlich [erlaubt], dem Gesetz gemäß, rechtmäßig; mit behördlicher Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 1111] Einwanderung: synonym zu *das Einwandern*: "in ein fremdes Land gehen, um sich dort anzusiedeln [u. die Staatsbürgerschaft zu erwerben]" [Siehe Duden (2015), S. 499].	neutral bis positiv	Legal wird damit assoziiert, dass sich jemand an die vorgeschriebene Ordnung hält und erhält somit einen positiven Charakter. Bei der Einwanderung wird, im Vergleich zur Zuwanderung, der dauerhafte und eindringende Charakter mehr betont.	HW, FW
legale Zuwanderung	**IL** [S. 26]	legal: "gesetzlich [erlaubt], dem Gesetz gemäß, rechtmäßig; mit behördlicher Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 1111] Zuwanderung: synonym zu *das Zuwandern:* "von auswärts, bes. aus einem andern Land, in ein Gebiet, an einen Ort kommen, um dort zu leben." [Siehe Duden (2015), S. 2106]	neutral bis positiv	Legal wird damit assoziiert, dass sich jemand an die vorgeschriebene Ordnung hält und erhält somit einen positiven Charakter. "Sprachlich unterstreicht die Vorsilbe »zu« eher die Nicht-Zugehörigkeit." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/zuwanderer/ (zuletzt eingesehen am 21.9.2017)]	HW, FW
legale Einreise	**IL** [S. 27]; **HP(Grüne) 2015** [S. 7,	legal: "gesetzlich [erlaubt], dem Gesetz gemäß, rechtmäßig; mit behördlicher Genehmigung" [Siehe Duden (2015), S. 1111]	neutral bis positiv	Legal wird damit assoziiert, dass sich jemand an die vorgeschriebene Ordnung hält und erhält somit einen positiven	HW, FW

	15, 16, 17]; **NR(16.3. Gla)** [S. 1]; **NR(1.9. Gla)** [S. 1, 3]	Einreise: synonym zu *das Einreisen*: "(vom Ausland her) in ein Land reisen, indem man ordnungsgemäß die Grenze desselben passiert" [Siehe Duden (2015), S. 490]		Charakter. Eine Reise wird im Allgemeinen als etwas Angenehmes, länger Geplantes und begrenzt Dauerndes empfunden. Der Begriff Einreise legt außerdem nahe, dass jemand nicht vor Gefahr oder Bedrohung flüchtet, sondern aufgrund von weniger "drastischen" Gründen.	
europäische Lösung	**HP(Grüne) 2015** [S. 8, 11]; **HP(Grüne) 2016** [S. 3, 5]; **SG(Gla)** [S. 4]; **NR(16.3. Gla)** [S. 2, 3]	europäisch: "den Zusammenschluss der Staaten Europas betreffend" [Siehe Duden (2015), S. 558] Lösung: "das Lösen, Bewältigen einer [schwierigen] Aufgabe" [Siehe Duden (2015), S. 1144]	neutral bis positiv	Der Begriff europäische Lösung betont einerseits, dass ein Problem besteht, das gelöst werden muss. Andererseits legt es nahe, dass ganz Europa davon betroffen ist, weshalb es einer Lösung bedarf, welche über nationalstaatliche Grenzen hinausgeht.	FW
gemeinsame Lösung	**NR(16.3. Gla)** [S. 3]	gemeinsam: "in Gemeinschaft [unternommen, zu bewältigen]; zusammen, miteinander" [Siehe Duden (2015), S. 701] Lösung: "das Lösen, Bewältigen einer [schwierigen]	positiv	Wiederum wird durch den Begriff betont, dass ein Problem vorliegt, dem nur gemeinsam begegnet werden kann. Es muss sich also um ein Problem handeln, dass die gesamte Gesellschaft betrifft.	FW

		Aufgabe" [Siehe Duden (2015), S. 1144]		Im Vordergrund steht dabei der Zusammenhalt der Gemeinschaft, wobei nur aus dem Kontext ersichtlich ist, wen diese Gemeinschaft umfasst.	
Menschen retten	**HP(Grüne) 2015** [S. 8, 13, 15]	Mensch: "menschliches Lebewesen, Individuum" [Siehe Duden (2015), S. 1188] retten: "aus einer Gefahr, einer bedrohlichen Situation befreien u. dadurch vor Tod, Untergang, Verlust, Schaden o. Ä. bewahren" [Siehe Duden (2015), S. 1459]	positiv	Mit dem Begriff Menschen wird die Gemeinsamkeit aller Menschen in den Vordergrund gestellt und ethnische, religiöse oder sonstige Unterschiede treten in den Hintergrund. Dass jemand gerettet werden muss, stellt in diesem Zusammenhang bestimmte Fluchtgründe in den Vordergrund und evoziert großes Leiden und Not. Zudem löst es die Konnotation der Hilflosigkeit aus. Zusätzlich wird damit betont, dass die Möglichkeit besteht, diese Menschen aus ihrer Situation zu befreien und dass diese nicht einfach hingenommen werden muss.	FW, HW
Rettung	**HP(Grüne) 2015** [S. 15, 17]	"das Retten; das Gerettetwerden" [Siehe Duden (2015), S. 1459]	positiv	Dass jemand gerettet werden muss, stellt in diesem Zusammenhang bestimmte Fluchtgründe in den Vordergrund und	FW, HW

				evoziert großes Leiden und Not. Zudem löst es die Konnotation der Hilflosigkeit aus. Zusätzlich wird damit betont, dass die Möglichkeit besteht, diese Menschen aus ihrer Situation zu befreien und dass diese nicht einfach hingenommen werden muss.	
Leben retten/ schützen	**SG(Gla)** [S. 4]; **HP(Grüne) 2015** [S. 13]; **NR(1.9. Gla)** [S. 1]	Leben: "das Lebendigsein, Existieren" [Siehe Duden (2015), S. 1107] retten: "aus einer Gefahr, einer bedrohlichen Situation befreien u. dadurch vor Tod, Untergang, Verlust, Schaden o. Ä. bewahren" [Siehe Duden (2015), S. 1459]	positiv	Ähnlich wie bei dem Begriff Menschen steht mit der Wahl des Begriffes Leben die einende Komponente im Vordergrund. Gleichzeitig gilt Leben als ein wertvolles Gut, das bewahrt und beschützt werden muss, so lange dies irgendwie möglich ist. Dass jemand gerettet werden muss, stellt in diesem Zusammenhang bestimmte Fluchtgründe in den Vordergrund und evoziert großes Leiden und Not. Zudem löst es die Konnotation der Hilflosigkeit aus. Zusätzlich wird damit betont, dass die Möglichkeit besteht, diese Menschen	FW, HW

				aus ihrer Situation zu befreien und dass diese nicht einfach hingenommen werden muss.	
menschenwürdig	**HP(Grüne) 2015** [S. 11]; **NR(1.9. Gla)** [S. 2, 3, 4]	"den Menschen, der Würde der Menschen entsprechend, angemessen" [Siehe Duden (2015), S. 1189]	positiv	Mit diesem Begriff stehen wieder die Menschen und somit das vereinende Moment im Vordergrund. Dadurch wird in jedem eine Vorstellung davon erzeugt, was man für das eigene Leben als würdig empfinden würde und somit auch jedem anderen Menschen zugestehen sollte.	HW
Schutzsuchende	**PP(Grüne)** [S. 57]; **IL** [S. 12]; **HP(Grüne) 2015** [S. 2, 3, 8, 9, 11, 13, 17]; **HP(Grüne) 2016** [S. 1, 2, 3, 4]; **BF(Gla)** [S. 3]	in dieser Form nicht im WB schutzsuchend: "nach Schutz suchend" [Siehe Duden (2015), S. 1576] Schutz: "etw., was eine Gefährdung abhält od. einen Schaden abwehrt" [Siehe Duden (2015), S. 1574]	positiv	Bei diesem Begriff steht im Vordergrund, dass jemand Schutz (wovor auch immer) benötigt, diesen in seinem Herkunftsland jedoch offensichtlich nicht bekommen kann, weshalb er woanders danach sucht. Wiederum wird hier die Konnotation der Hilflosigkeit hervorgerufen. Der Begriff ruft außerdem, ähnlich wie die Rettung, Assoziationen von großem Leiden und Not hervor. Wieder werden lediglich bestimmte	HW

				Fluchtgründe in den Vordergrund gestellt, wohingegen andere ausgeblendet werden.	
Kriegsflüchtlinge	**HP(Grüne) 2015** [S. 8, 11]; **SG(Gla)** [S. 3]; **NR(1.9. Gla)** [S. 1, 2, 3]	"jmd., der seine Heimat verlässt, weil dort Krieg herrscht" [Siehe Duden (2015), S. 1068]	positiv	Mit diesem Begriff wird der Krieg als Fluchtursache konkretisiert. Dadurch wird vor allem die Konnotation Gewalt hervorgerufen. Gleichzeitig wird dadurch eine Parallele zur Geschichte der beiden Weltkriege gezogen und somit die Empathie für die flüchtenden Menschen erhöht.	HW
Menschen in Not	**SG(Gla)** [S. 1]; **NR(16.3. Gla)** [S. 1]; **BF(Gla)** [S. 4]	Mensch: "menschliches Lebewesen, Individuum" [Siehe Duden (2015), S. 1188] Not: "besonders schlimme Lage, in der jmd. dringend Hilfe braucht" [Siehe Duden (2015), S. 1274]	positiv	Mit dem Begriff Menschen wird die Gemeinsamkeit aller Menschen in den Vordergrund gestellt und ethnische, religiöse oder sonstige Unterschiede treten in den Hintergrund. Der Schlagwortteil in Not weckt die Konnotation des Helfens. Wenn Menschen in Not sind, muss ihnen geholfen werden.	HW

4.1.3 Flüchtling und Asylwerber

Die Bezeichnungen *Flüchtling* und *Asylwerber* wurden bei der Darstellung der Ergebnisse nicht zu den Schlagwörtern einer der Parteien gezählt, da sie von beiden verwendet werden. Dennoch sind sie aufgeführt, da sie für die Interpretation der Ergebnisse eine Rolle spielen.

	Denotative Bedeutung	Meinungsgehalt	Konnotative Bedeutung
Flüchtling	"Ein Flüchtling ist eine Person, die "[…] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will […]" [Auszug aus der Genfer Flüchtlingskonvention, hier zitiert nach UNHCR Österreich, http://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/wem-wir-helfen/fluechtlinge, zuletzt eingesehen am 25.9.2017]	neutral bis positiv	"Sprachlich ist der Begriff »Flüchtling« nicht unumstritten. So sind Worte mit dem Ableitungssuffix »-ling« im Deutschen oft negativ konnotiert (Vgl. Eindringling, Schönling, Schädling etc.) Gleichzeitig werden Menschen durch die Bezeichnung »Flüchtling« auf einen Teil ihrer Biografie reduziert." [Siehe Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/fluechtlinge/, zuletzt eingesehen am 25.9.2017] Trotzdem wird bei dem Begriff "das Motiv der Verfolgung im eigenen Land" besonders betont, "was in der Folge einem "Flüchtling" implizit mehr Legitimität verleiht, seine Heimat zu verlassen." [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 47]
Asylwerber	gleichbedeutend zu *Asylsuchender*:	neutral bis negativ	Im Gegensatz zum Flüchtlingsbegriff wird bei Asylwerbern kein Asylgrund betont. Das Hauptaugenmerk liegt

	"Bei einem Flüchtling wurde seine Flüchtlingseigenschaft bereits anerkannt, ein/e Asylsuchende/r steht noch vor diesem Schritt. Der Begriff „Asylsuchende/r“ bezeichnet eine Person, die in einem fremden Land um Asyl, also Aufnahme und um Schutz vor Verfolgung ansucht und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist." [Siehe UNHCR Österreich, http://www.unhcr.org/dach/at/ueber-uns/wem-wir-helfen/asylsuchende, zuletzt eingesehen am 25.9.2017]		dabei eher "auf der begehrten Aufnahme". [Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 47] Dadurch tritt die Konnotation von Gefahr und Leid in den Hintergrund.

4.2 Ergebnisse der Metaphernanalyse

4.2.1 FPÖ

Konkrete metaphorische Äußerung	Textbelege	Metaphorisierender Teil	Metaphorisierter Teil	Metaphernbereich
Beruhigungspille für die Bevölkerung	**HP(FPÖ) 2015** [S. 5]	Beruhigungspille	Vertrag, nach dem in Thalham max. 120 AsylwerberInnen betreut werden sollten	Arzneimittel
Retourgang einlegen	**HP(FPÖ) 2015** [S. 6]	Retourgang einlegen	Schengenabkommen aussetzen	Fahrzeug
Hausordnung	**HP(FPÖ) 2016** [S. 5]	Hausordnung	Gesetze in Österreich	Gebäude
der Völkerwanderung einen Riegel vorschieben	**HP(FPÖ) 2015** [S. 8]; **NR(16.3. Stra)** [S. 4]	einen Riegel vorschieben	die Einwanderung von Nicht-Flüchtlingen stoppen	Gebäude (Tür/ Tor)
lässt Einfallstor offen	**HP(FPÖ) 2016** [S. 8]	Einfallstor	Möglichkeit für Terroristen nach Europa zu gelangen	Gebäude (Tür/ Tor)
offene Türen mit Seitenteilen	**NR(16.3. Stra)** [S. 3]	Türen mit Seitenteilen	Grenzzaun	Gebäude (Tür/ Tor)
Tor mit Seitenteilen	**BF(Stra)** [S. 3]	Tor mit Seitenteilen	Grenzzaun	Gebäude (Tür/ Tor)
Insel der Seligen	**HP(FPÖ) 2015** [S. 5]	Insel der Seligen	Europa	griechische Mythologie

Trojanisches Pferd für den Import islamischer Fundamentalisten und Terroristen	**HfP** [S. 284]	Trojanisches Pferd	Massenzuwanderung	griechische Mythologie, Militär
wirkungslose Kosmetik	**HfP** [S. 46]	Kosmetik	Bestimmung zur Alterskontrolle minderjähriger AsylwerberInnen	Körperpflege
Symphonie des Irrsinns	**NR(16.3. Stra)** [S. 1]	Symphonie des Irrsinns	europäische (v.a. deutsche und österreichische) Politik in Bezug auf die Flüchtlingskrise	Musik
Chaosorchester	**NR(16.3. Stra)** [S. 1]	Chaosorchester	europäische Länder, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben	Musik
Keim für organisierten Missbrauch	**HfP** [S. 49]	Keim	Erhalt der Staatsbürgerschaft nach sechs Jahren für in Österreich geborene "Fremde"	Pflanzen
Flüchtlingsboot Thalham	**HP(FPÖ) 2015** [S. 4]	Boot	Erstaufnahmezentrum Thalham	Schifffahrt
schwankendes Boot	**HP(FPÖ) 2015** [S. 4]	Boot	Erstaufnahmezentrum Thalham	Schifffahrt
Wohin steuert Europa?	**HP(FPÖ) 2015** [S. 5]	steuern	zukünftige Entwicklung Europas	Schifffahrt

Das Boot ist voll	**HP(FPÖ) 2016** [S. 3]	volles Boot	Wien	Schifffahrt
tickende Zeitbomben	**HP(FPÖ) 2016** [S. 7]	tickende Zeitbombe	nach Österreich eingewanderte Terroristen	Technik, Militär
Jagd nach schwarzen Schafen	**HfP** [S. 42]	Jagd, schwarze Schafe	strafrechtliche Verfolgung von Personen, die Asylbetrug betreiben	Tierreich
Hasenstallzaun	**HP(FPÖ) 2016** [S. 3]	Hasenstallzaun	österreichischer Grenzzaun	Tierreich
Chamäleon Europas	**NR(16.3. Stra)** [S. 2]	Chamäleon	österreichische Bundesregierung	Tierreich
volles Flüchtlingslager	**HP(FPÖ) 2015** [S. 6]	Flüchtlingslager	Europa	Unterbringung
Flüchtlingsströme	**PP(FPÖ)** [S. 15]; **NR(16.3. Stra)** [S. 5]	Strom	Zuwanderung von Flüchtlingen	Wasser
Migrationswellen	**HfP** [S. 31]	Welle	Migration	Wasser
Welle von Migranten	**HP(FPÖ) 2016** [S. 7]	Welle	Migranten	Wasser

Migrationsströme	**HfP** [S. 37]; **HP(FPÖ) 2015** [S. 2, 5]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 7]	Strom	Migration	Wasser
Zustrom an Wirtschaftsflüchtlingen und Scheinasylanten	**HfP** [S. 237]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 8]	Zustrom	Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten	Wasser
Zuwanderungsstrom	**HP(FPÖ) 2015** [S. 1]	Strom	Zuwanderung von Flüchtlingen	Wasser
Einwanderungsstrom	**HP(FPÖ) 2015** [S. 1, 5]	Strom	Einwanderung von Flüchtlingen	Wasser
Zustrom aus ärmeren Regionen Afrikas	**HP(FPÖ) 2015** [S. 5]	Zustrom	Einwanderung von Menschen aus ärmeren Regionen Afrikas	Wasser
Asylantenstrom	**HP(FPÖ) 2015** [S. 10]	Strom	Asylsuchende	Wasser
Asylwerberstrom	**HP(FPÖ) 2015** [S. 12]	Strom	Asylsuchende	Wasser
Flut an Asylwerbern	**HP(FPÖ) 2015** [S. 7]	Flut	Einwanderung von Asylsuchenden	Wasser

Grenzen dicht machen	**HP(FPÖ) 2015,** [S. 10, 12]; **HP(FPÖ) 2016** [S. 1, 2]; **NR(16.3. Stra)** [S. 4]	dicht machen	Grenzen schließen	Wasser
Türkei wird die Schleuse öffnen	**HP(FPÖ) 2016** [S. 7]	Schleuse öffnen	Keine Kontrolle von türkischen Behörden mehr in der Ägäis	Wasser
Asylindustrie	**HfP** [S. 41]	Industrie	Asylwesen/ Asylpolitik	Wirtschaft
Reisebüro für Asylwerber	**HP(FPÖ) 2015** [S. 7]	Reisebüro	Österreich	Wirtschaft

4.2.2 Grüne

Konkrete metaphorische Äußerung	Textbelege	Metaphorisierender Teil	Metaphorisierter Teil	Metaphernbereich
Massengrab Mittelmeer	**HP(Grüne) 2015** [S. 16]	Massengrab	Mittelmeer	Bestattung
Tür mit Seitenteilen	**HP(Grüne) 2016** [S. 4]	Tür mit Seitenteilen	Grenzzaun	Gebäude (Tür/Tor)
Berufsausbildungen und Abschlüsse brachliegen lassen	**HP(Grüne) 2015** [S. 2]	brachliegen lassen	ungenützt lassen	Landwirtschaft
Flüchtlingsabwehr	**HP(Grüne) 2015** [S. 6]	Abwehr	Verhinderung der Einwanderung von Flüchtlingen	Militär
Wagenburgpolitik	**HP(Grüne) 2016** [S. 5]; **NR(16.3. Gla)** [S. 3]	Wagenburg	Politischer Kurs der österreichischen Bundesregierung in der Flüchtlingskrise	Militär
in das Boot jener gesetzt, die […] daran arbeiten, dass keine europäische Lösung zustande kommt	**NR(16.3. Gla)** [S. 2]	in das Boot gesetzt	gleiche Politik betrieben, wie jene Länder, die keine europäische Lösung wollen	Schifffahrt
Migrationsstrom	**IL** [S. 28]	Strom	Migration von Menschen	Wasser
Abschottung	**HP(Grüne) 2015** [S. 15]	Abschottung	Verhindern der Einwanderung	Wasser
Flüchtlingsstrom	**HP(Grüne) 2016** [S. 5]	Strom	Zuwanderung von Flüchtlingen	Wasser

Welle der Hilfsbereitschaft	**NR(1.9. Gla)** [S. 1]; **SG(Gla)** [S. 4]	Welle	Großes Maß an Hilfsbereitschaft	Wasser

4.3 Ergebnisse der Argumentationsanalyse

Bei der Ergebnisdarstellung wird auf eine Auflistung aller im Textkorpus vorkommenden Einzelargumenten verzichtet, da für die Interpretation ohnehin die prototypischen Argumente herangezogen werden. Diese werden daher nach der Frequenz ihrer Verwendung absteigend aufgelistet.
Die prototypischen Argumente werden jeweils zuerst mit einem Stichwort (in der Tabelle fett gedruckt) bezeichnet und dann in ganzen Sätzen ausformuliert. Die Stichwörter dienen der besseren Übersichtlichkeit bei der anschließenden Interpretation der Ergebnisse.

4.3.1 Prototypische Argumente der FPÖ

1	**Monetäre Kosten/ soziale Ungerechtigkeit**
	AsylwerberInnen kosten dem Staat Österreich und somit der österreichischen Bevölkerung viel Geld. Vielfach entsteht dadurch ein Nachteil für die österreichische Bevölkerung.
	Bsp.: "Was den Bürgern hier durch eine monatelange, komplett verpatzte Asylpolitik zugemutet wird, ist ein sozialpolitischer Wahnsinn", so FPÖ-Obmann HC Strache, der an die beinahe täglich stattfindenden, gewalttätigen Übergriffe von Asylanten und Asylwerbern erinnerte: "Ob gesellschaftlich oder monetär - es sind die Wienerinnen und Wiener die diese Last zu tragen haben. Das wollen wir so nicht hinnehmen." Textbeleg: HP(FPÖ) 2016 [S. 3]
2	**Sicherheit (Kriminalität)**
	Viele AsylwerberInnen begehen in Österreich Straftaten und stellen somit eine Gefahr für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung dar.
	Bsp.: Neben der ausgewiesenen Ausländerkriminalität sticht vor allem der Anteil der Asylwerber bei den ermittelten Tatverdächtigen ins Auge. […] Viele von ihnen benutzen ihren Aufenthaltsstatus vorwiegend, um kriminell tätig zu werden. Textbeleg: HfP [S. 238]
3	**Keine Verfolgung/ wirtschaftliche Gründe**
	Viele AsylwerberInnen sind keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention und kommen aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa/Österreich. Sie haben daher keinen Anspruch darauf, in Österreich bleiben zu dürfen.
	Bsp.: Alle werden so dargestellt, als wären sie im Sinne der Genfer Konvention auf der

	Flucht. Nein, wir haben Menschen, die aus wirtschaftlichen Überlegungen kommen, die nicht mit Leib und Leben bedroht sind, die nicht im Sinne der Genfer Konvention Schutzsuchende sind und damit mit dem Scheitern, das wir an den Außengrenzen haben, mit den nicht vorhandenen Grenzkontrollen [...], wird natürlich hier weiter aufgemacht und das Signal gesetzt: "Kommt, probiert es [...]." Textbeleg: NR(1.9. Stra) [S. 3]
4	**Sicherheit (islamistischer Terror)**
	Unter den AsylwerberInnen, die nach Österreich kommen, befinden sich auch islamistische Terroristen, die eine erhebliche Gefahr für die österreichische Bevölkerung darstellen.
	Bsp.: Diese Maßnahmen seien auch in Hinblick auf die drohende Gefahr des "Terrorimports" dringend umzusetzen. […] "Experten warnen seit Monaten davor, dass radikal-islamische Terroristen mit den Migrantenströmen nach Europa einsickern können." […] "Wir wissen nicht, wie viele tickende Zeitbomben sich bereits in Österreich aufhalten. Man muss aber zumindest jetzt die Reißleine ziehen, jedes weitere Zuwarten wäre eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich und gegenüber der Bevölkerung unverantwortlich", betonte HC Strache. Textbeleg: HP(FPÖ) 2016 [S. 7]
5	**Fehlende Integrationskapazitäten in Österreich**
	Es ist aufgrund der Masse an AsylwerberInnen nicht mehr möglich, diese in die österreichische Bevölkerung zu integrieren.
	Bsp.: Integration ist allein quantitativ nicht mehr möglich. Ziel muss es daher sein, nach dem Prinzip der "Minus-Zuwanderung" in Österreich aufhältige Ausländer wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Textbeleg: HfP [S. 31]
6	**Fehlende Versorgungskapazitäten in Österreich**
	Österreich kann nicht so viele AsylwerberInnen aufnehmen, da man ihre Versorgung nicht mehr gewährleisten kann.
	Bsp.: Wir brauchen rasch eine Diskussion über die Grenzen. Viele Länder, Städte und Gemeinden stehen am Rande ihrer Kapazitäten, die ersten Zeltstädte haben wir ja bereits. Textbeleg: HP(FPÖ) 2015 [S. 5]
7	**Negative gesellschaftliche Folgen für Österreich**

	Durch die Aufnahme von vielen AsylwerberInnen entstehen gesellschaftliche Folgen, die sich negativ auf die österreichische Bevölkerung auswirken.
	Bsp.: Durch mangelnde Deutschkenntnisse eines Teils der Schüler wird auch das Bildungsniveau der einheimischen Jugendlichen beeinflusst. Textbeleg: HfP [S. 38]
8	**Kein Wille zur Integration**
	Viele AsylwerberInnen sind nicht bereit, sich an die Gepflogenheiten und Werte der österreichischen Kultur anzupassen, wodurch Konflikte mit der österreichischen Bevölkerung entstehen.
	Bsp.: Militanz und Integrationsunwilligkeit wurde von den Regierungsparteien unter den Teppich gekehrt - stattdessen wurde entgegen der Wirklichkeit das Bild einer multikulturellen Idylle gezeichnet. Falsch verstandene Toleranz führt immer mehr zu Konflikten. Textbeleg: HfP [S. 38]
9	**Asylmissbrauch**
	Viele AsylwerberInnen nutzen den österreichischen Sozialstaat aus und betreiben wissentlich und willentlich Missbrauch des Asylrechts.
	Bsp.: Ausgesprochen schnell dürfte sich unter Schleppern und Auswanderungswilligen in Nordafrika die Ausweitung der EU-Rettungsaktion herumgesprochen haben. Wie Berichte aus Malta zeigen, ist man bereits wählerisch geworden. Von der maltesischen Marine etwa lassen sich die Immigranten nicht retten, denn die Landung auf Malta würde ihre Weiterreise nach Mittel- und Nordeuropa erschweren [...]. Langsam müsse auch den letzten Gutmenschen von Caritas und Co. klarwerden, dass hier planmäßige illegale Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts [...] stattfinde [...]. Textbeleg: HP(FPÖ) 2015 [S. 1]
10	**Österreich ist laut Gesetz nicht zuständig**
	Viele AsylwerberInnen kommen aus sicheren Drittstaaten nach Österreich und haben daher keinen Anspruch darauf, in Österreich bleiben zu dürfen.
	Bsp.: Wenn die Menschen aber aus sicheren Drittstaaten kommen, dann haben wir die Gesetze einzuhalten und sie auch in den sicheren Drittstaat zurückzuschicken. Textbeleg: SG(Stra) [S. 1]
11	**Recht auf Schutz, aber kein dauerhafter Aufenthalt**

	Österreich muss nur so lange Schutz gewähren, bis der Asylgrund wegfällt. Es ist daher nicht notwendig, sich um die Eingliederung der AsylwerberInnen in die österreichische Gesellschaft zu bemühen, da kein dauerhafter Aufenthalt angestrebt wird.
	Bsp.: Aufgrund des Vorbehaltes Österreichs zum Europäischen Übereinkommen über Staatsangehörigkeit und des grundlegenden Asyl-Verständnisses der FPÖ als Schutz vor Verfolgung auf Zeit besteht weder die Notwendigkeit einer Einbürgerung eines Asylberechtigten, geschweige denn einer verkürzten Einbürgerungsfrist. Nach Wegfall des Asylgrundes soll die Rückkehr in die Heimat erfolgen. Textbeleg: HfP [S. 49]

4.3.2 Prototypische Argumente der Grünen

1	**Lebewesen, die Hilfe brauchen**
	Bei denjenigen, die nach Österreich kommen, handelt es sich um menschliche Wesen, die sich in einer Notsituation befinden und die es verdienen, dass ihnen geholfen wird.
	Bsp.: Und es ist eine große Herausforderung, das ist alles keine Frage, aber vergessen wir trotzdem nicht, es geht um Menschen. Und jeder einzelne Mensch hat eine Geschichte und ein Schicksal. Und ich möchte nicht, dass man irgendjemandem, nur weil er aus einer Notsituation heraus nach Österreich kommt, und sagt, du bist jetzt einer zu viel. Textbeleg: BF(Gla) [S. 4]
2	**Krieg und Terror in den Herkunftsländern**
	Die AsylwerberInnen sind in ihren Herkunftsländern Krieg und Terror ausgesetzt und verdienen deshalb gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Asyl in Österreich.
	Bsp.: Bis Ende August 2015 waren 65 Prozent der AsylantragstellerInnen aus Syrien, Irak und Afghanistan. Dies alles sind Länder, in denen Kriege bzw. langjährige Instabilität und Terror herrschen: das heißt, der Großteil dieser Flüchtlinge wird nicht in absehbarer Zeit in die Heimat zurückgehen können. Textbeleg: HP(Grüne) 2015 [S. 1]
3	**Verantwortung aus der Geschichte**

	Als in Österreich und Europa Krieg herrschte, waren wir auf Hilfe von außen angewiesen, daher haben wir nun, wo wir in Frieden leben, die Verantwortung, zu helfen.
	Bsp.: Ich sag Ihnen nur eines, ja, Ungarn, grad Ungarn ist ein Teil Europas, und grad Ungarn hat extrem von Hilfsbereitschaft profitiert, Ungarn hat es erlebt, was es heißt, hinter einem Eisernen Vorhang zu sein. Textbeleg: NR(1.9. Gla) [S. 2]
4	**Wirtschaftlicher Nutzen für Österreich**
	Fähigkeiten und Qualifikationen, die AsylwerberInnen mitbringen, können in Österreichs Wirtschaft gewinnbringend eingesetzt werden.
	Bsp.: Hier geht es um Berufsausbildungen und Bildungsabschlüsse, für die Österreich keinen Cent gezahlt hat, die aber nicht wenige Schutzsuchende/Flüchtlinge mitbringen. Diese brachliegen zu lassen wie das seit Jahren passiert, wäre nicht nur fahrlässig, sondern auch volkswirtschaftlich unklug. Textbeleg: HP(Grüne) 2015 [S. 2]
5	**Zumutbare monetäre Kosten für Österreich**
	Die Kosten, die der österreichische Staat für die AsylwerberInnen aufwenden muss, sind zumutbar und kurzfristig. Durch die rasche Integration können AsylwerberInnen auf eigenen Beinen stehen und genauso ihren Beitrag leisten, wie die ÖsterreicherInnen.
	Bsp.: Je schneller diese Menschen sprachlich, beruflich und wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, umso geringer werden die Kosten der Grundversorgung und in weiterer Folge der Mindestsicherung sein. Es ist also eine Win-Win-Situation für alle, dass mit Deutschlernen vom ersten Tag an begonnen wird, auch bei AsylwerberInnen. Textbeleg: HP(Grüne) 2015 [S. 3]
6	**Hilfe als Menschenrecht**
	Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und kann daher nicht durch nationale Regelungen beschnitten werden.
	Bsp.: Wenn das Asylrecht durch eine Quote von 130.000 ausgehöhlt wird, was macht die Regierung dann mit dem 130.001 Schutzsuchenden? Ihn trotz Genfer Flüchtlingskonvention vor der Grenze mit Waffengewalt zurückdrängen? […] Menschenrechte kann man nicht durch nationale Quoten oder Richtwerte abschaffen. Textbeleg: HP(Grüne) 2016 [S. 4]

5 Resümee

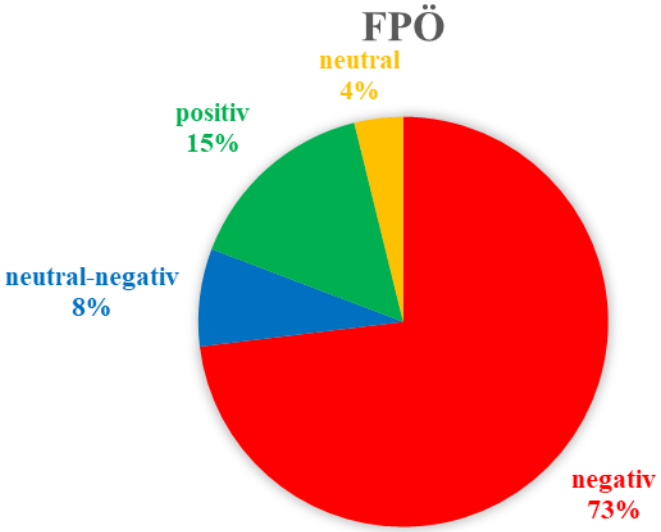
Dieses Kapitel dient der Zusammenschau sowie dem Vergleich der in Kapitel vier dargestellten Analyseergebnisse. Ziel dieser Aufbereitung ist es, die Diskurspositionen der beiden Parteien herauszuarbeiten.
Da es sich um eine vergleichende Interpretation handelt, wird in den nachfolgenden Unterkapiteln auf die strenge Differenzierung zwischen den Parteien verzichtet. Die Unterteilung in die einzelnen Untersuchungsbereiche wird jedoch zur besseren Übersichtlichkeit beibehalten.

5.1 Schlagwortanalyse

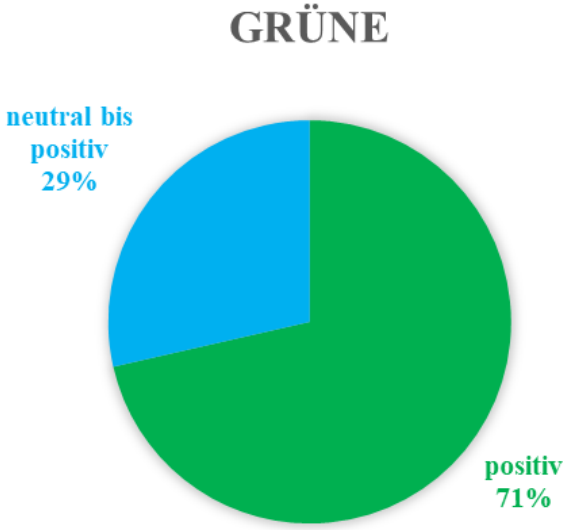
5.1.1 Durch Schlagwörter wird polarisiert

Schlagwörter sind „Ausdruck weltanschaulicher bzw. diskursstrategischer Positionen“.[312] Demnach zeigen sowohl der Meinungsgehalt als auch die Kategorien, denen die einzelnen Schlagwörter zugeordnet wurden, hinsichtlich der Positionierung der Parteien im Diskurs ein interessantes Bild.

Gliedert man die Schlagwörter der beiden Parteien hinsichtlich ihres Meinungsgehalts, erhält man folgende Ergebnisse, welche sich am anschaulichsten in zwei Kreisdiagrammen darstellen lassen:



[312] Siehe Burkhardt (2002), S. 82.



Bereits auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass bei den Schlagwörtern, die für die FPÖ ermittelt wurden, die negative Bewertung überwiegt. Im Vergleich dazu weist der Großteil der Schlagwörter der Grünen einen positiven Meinungsgehalt auf.
Daraus lässt sich schließen, dass beide Parteien im Diskurs eine stark polarisierende Haltung einnehmen und der Flüchtlingsbewegung im untersuchten Zeitraum entweder negativ (FPÖ) oder positiv (Grüne) gegenüberstehen. Eine abwägende Haltung, die sowohl negative als auch positive Aspekte der so genannten Flüchtlingskrise in den Blick nimmt, scheint bei keiner der beiden Parteien vorhanden zu sein. Diese Behauptung wird auch noch an den Ergebnissen der Metaphern- und Argumentationsanalyse zu prüfen sein.

Interessant scheint in diesem Zusammenhang außerdem ein Blick auf die Schlagwörter der FPÖ, die einen positiven Meinungsgehalt aufweisen. Es handelt sich dabei um die Wörter *Grenzschutz*, *Grenzkontrolle*, *Grenzsicherung* und *Grenzschließung*. Das politische Programm, das hinter diesen Wörtern steht ist, kurz gesagt, der Schutz der österreichischen Bevölkerung vor den AsylwerberInnen durch deren Kontrolle und gegebenenfalls Abwehr an der Grenze. Die Wörter weisen also einen positiven Meinungsgehalt auf, repräsentieren innerhalb des Flüchtlingsdiskurses jedoch wiederum eine negative Haltung.

In Bezug auf die Haltung der Parteien lohnt sich auch eine Betrachtung der Kategorien, denen die einzelnen Schlagwörter zugeordnet wurden, vor allem jene der Unwert- bzw. Hochwertwörter.

In den Texten der FPÖ nehmen **Unwertwörter** den weitaus größten Teil der untersuchten Schlagwörter ein. Es ließen sich **19 von 26** Wörtern als Unwertwort kategorisieren.[313] Daraus kann geschlossen werden, dass die FPÖ über den Gebrauch von negativierenden Wörtern ihre negativ polarisierende Haltung innerhalb des Diskurses weiter festigt und mit diesem spezifischen Schlagwortgebrauch „lexikalische Ausgrenzung" betreibt.[314]

Bei den Grünen zeigt sich ein gegenteiliges Bild, da **12 von 14** Wörtern als **Hochwertwörter** kategorisiert werden konnten.[315] Im Gegensatz zur FPÖ versuchen die Grünen über ihren spezifischen Schlagwortgebrauch also ihre positiv polarisierende Haltung zu festigen und betreiben „lexikalische Integration".[316]

Bezüglich der Haltung der Parteien im Diskurs lässt sich also zusammenfassend feststellen, dass sowohl die FPÖ als auch die Grünen über den Gebrauch bestimmter Schlagwörter ihre jeweils sehr polarisierenden Haltungen konstruieren bzw. untermauern.

An dieser Stelle scheint erwähnenswert, dass bei keiner der beiden Parteien eine nennenswerte Anzahl von Stigmawörtern festgestellt werden konnte. Diese Tatsache ist deshalb verwunderlich, da die beiden Gruppierungen doch sehr gegensätzliche Meinungen vertreten. Lediglich zwei Schlagwörter der FPÖ, nämlich *gescheiterte Integration* und *Integrationsverfehlung*, können als Stigmawörter charakterisiert werden, da sich diese Vorwürfe unter anderem an die Regierungsparteien bzw. an jene Parteien richten, die Integration fordern und fördern.

5.1.2 Es herrscht „Verwirrung" über Bezeichnungen

Die Ergebnisse der Schlagwortanalyse beinhalten eine Fülle von Bezeichnungen für die im Zuge der Flüchtlingskrise nach Europa bzw. Österreich kommenden Menschen. Das verwundert nicht, da diese Menschen im Flüchtlingsdiskurs sozusagen die Hauptrolle spielen. Was allerdings auffällig ist, ist die teilweise scheinbar unreflektierte Verwendung mancher Bezeichnungen durch die beiden Parteien, die eines genaueren Blickes bedarf.

Der Begriff *Flüchtling* bezeichnet genau genommen anerkannte Flüchtlinge, also jene Menschen, deren Asylverfahren bereits abgeschlossen ist und denen der Flüchtlingsstatus

[313] Auch Schlagwörter, die mehreren Kategorien zugerechnet wurden, sind in dieser Zahl berücksichtigt.
[314] Siehe Burkhardt (2002), S. 82.
[315] Wie bei der FPÖ sind auch in dieser Zahl Schlagwörter berücksichtigt, die mehreren Kategorien zugeordnet wurden.
[316] Siehe Burkhardt (2002), S. 82.

gemäß der Genfer Konvention zuerkannt wurde. Asylwerber bezeichnet hingegen alle Menschen, die Asyl beantragen und deren Verfahren noch nicht beendet ist.

Bei der Analyse des Textkorpus war die scheinbar zufällige und nicht selten inkorrekte Verwendung des Begriffes *Flüchtling* von Seiten der Grünen auffallend häufig.
Während die Grünen dazu neigen, alle nach Europa bzw. Österreich kommenden Menschen pauschal als Flüchtlinge zu bezeichnen, verwendet die FPÖ den Begriff vielfach dazu, seine inkorrekte Verwendungsweise aufzuzeigen oder den Flüchtlingsstatus mancher Menschen in Frage zu stellen.

Es kann also eine begriffliche „Verwirrung" bei den Grünen festgestellt werden, die jedoch nicht zufällig zu sein scheint. Vielmehr dient sie den Zielen der Partei, ihre positive Haltung in der Flüchtlingsfrage zu markieren. Durch die häufige Verwendung des Begriffes *Flüchtling*, der die Fluchtursachen viel stärker betont als der Begriff A*sylwerber*, und somit einen eher positiven Meinungsgehalt aufweist, soll das Bild von verfolgten und notleidenden Menschen gefestigt werden, die Schutz benötigen.
Alternativ wird oft der Begriff *Kriegsflüchtling* gebraucht, der noch stärker die Fluchtursache Krieg betont und somit die Empathie für die flüchtenden Menschen nochmals erhöht.

Auch die Bemühungen der FPÖ, die inkorrekte Verwendung der Begriffe zu korrigieren, lässt sich auf ihre Haltung im Diskurs zurückführen. Durch das Aufzeigen dieser Inkorrektheit, der zufolge alle nach Österreich kommenden Menschen undifferenziert als Flüchtlinge bezeichnet werden, betonen sie, dass nur ein Teil davon wirklich Anspruch auf Schutz hat und fordern damit gleichzeitig Maßnahmen, um die „echten Flüchtlinge" von den anderen zu trennen.
Darüber hinaus gelingt es der FPÖ, über diese Sprachthematisierung den abwertenden Begriff *Wirtschaftsflüchtling* einzuführen. Wie Panagl und Gerlich festhalten, wird damit zwar auch die Fluchtursache betont, die jedoch „nicht in der eigentlichen Bedrohung des Lebens, sondern „nur" in der schlechten Lage des Betroffenen bestehe und somit keinen echten Grund für das Verlassen seiner Heimat darstelle."[317] Die Verwendung dieses Schlagwortes legitimiert also wiederum die Negativhaltung der Partei im Diskurs.

[317] Siehe Panagl/Gerlich (2007), S. 47.

5.1.3 Durch Schlagwörter wird aus- und eingegrenzt

Eine Thematik, die prägend für den Flüchtlingsdiskurs ist und immer wieder aufgegriffen wird, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise, ist die Abgrenzung der „Wir-Gruppe“ zur „Gruppe der Anderen“. Bereits Jung, Niehr und Böke haben in ihrem „Diskurshistorischen Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945“ festgestellt, dass größere Migrationsbewegungen zu „Begriffspaare[n] […] [führen], mit denen die Gruppe der „Einheimischen“ von der Gruppe der „Zugewanderten“ abgegrenzt und ihr nach dem Muster „Wir“ – „Die“ gegenübergestellt wird.“[318]

Dieses Muster lässt sich auch bei der FPÖ finden, welche die Abgrenzung der Gruppen vorwiegend über die beiden Schlagwörter *Fremde* und *Ausländer* betreibt. Beide Wörter betonen die Andersartigkeit bzw. die Verschiedenheit der damit bezeichneten Menschen von der österreichischen Bevölkerung. Im Mittelpunkt stehen also trennende Merkmale, die in weiterer Folge genutzt werden, um eine gewisse Skepsis oder Angst gegenüber den nach Österreich kommenden Menschen zu schüren, „da Fremdheit in einfachen Denkkategorien leicht Ängste auslöst […].“[319] Das dient der FPÖ wiederum dazu, ihre negative Haltung im Flüchtlingsdiskurs zu rechtfertigen.

Über die Einführung gewisser Begriffe kann die Abgrenzung der Gruppen „Wir“ und „die Anderen“ natürlich auch bewusst vermieden werden. Jung, Niehr und Böke sprechen dann von so genannten „integrative[n] Begriffe[n]“, welche „die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Populationen betonen“.[320]
Dieses Phänomen konnte bei den Grünen beobachtet werden. Die nach Österreich kommenden Menschen werden neben dem Schlagwort *Flüchtling*, welches bereits im vorhergegangenen Kapitel näher betrachtet wurde, vielfach mit den Begriffen *Menschen in Not* oder *Schutzsuchende* bezeichnet. Vor allem beim Schlagwort *Menschen in Not* steht die Beschreibungskategorie „Mensch“ im Vordergrund, der wir alle angehören, unabhängig von anderen Kategorien wie Nationalität, Ethnie oder Religion. Im Mittelpunkt steht also die Tatsache, dass alle Menschen eine Gruppe bilden, innerhalb derer Solidarität und gegenseitige Hilfe herrschen soll.
Auch *Schutzsuchende* stellt einen integrativen Begriff dar, wenngleich dieser auch etwas weniger Intensität besitzt als *Menschen in Not*. Trotzdem evoziert das Schlagwort, dass jeder einmal in die Lage kommen kann, wo er Schutz sucht, wodurch wiederum ein die Menschen verbindendes Merkmal in den Vordergrund gestellt wird.

[318] Siehe Jung/ Niehr/ Böke (2000), S. 73.
[319] Siehe Panagl/ Gerlich (2007), S. 50.
[320] Siehe Jung/Niehr/Böke (2000), S. 73.

Die Verwendung von integrativen Begriffen dient den Grünen auch dazu, ihre positive Haltung im Diskurs zu rechtfertigen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die gewählten Bezeichnungen für die nach Europa bzw. Österreich kommenden Menschen abermals die polarisierende Haltung der jeweiligen Partei untermauern.

5.1.4 Der Schutz liegt allen am Herzen

Was bei der Schlagwortanalyse auffällt, ist die Bezugnahme beider Parteien auf das Thema Schutz. Dabei ist interessant, wie die Parteien die Thematik für ihre jeweiligen Standpunkte nutzen.

Von der FPÖ werden dazu Schlagwörter wie *Grenzschutz*, *Grenzkontrolle* und *Grenzsicherung* verwendet. Diese Begriffe implizieren, dass von den an die Grenze kommenden Menschen eine Gefahr ausgeht. Des Weiteren wird damit angedeutet, dass die Grenze, genauer das damit begrenzte Gebiet und die darin lebende Bevölkerung, vor dieser ankommenden Gefahr geschützt werden muss. Die nach Österreich kommenden Menschen werden dadurch als Bedrohung dargestellt, die der österreichischen Bevölkerung Angst macht.
Das Bild einer Angst machenden Bedrohung wird darüber hinaus durch die Kennzeichnung der Wanderungsbewegungen mit dem Präfixoid *Massen-* gezeichnet, welches durch die Hervorhebung des Ausmaßes der Zu- oder Einwanderung „die Assoziation einer bedrohlichen Situation“ weckt.[321] Im Textkorpus konnten für die FPÖ die Schlagwörter *Massenzuwanderung*, *Masseneinwanderung* und *Massenimmigration* gefunden werden.

Auch *Illegale Einwanderung*, *Illegale Zuwanderung* sowie *Illegale Einwanderer*, ebenfalls Schlagwörter der FPÖ, werden dazu genutzt, das Bild einer Bedrohung zu zeichnen. Da Illegalität mit Kriminalität assoziiert wird, ergibt sich ein Gefühl des Angriffs auf die sichere Ordnung.[322] Wiederum gilt es, die österreichische Bevölkerung vor einem solchen Angriff zu schützen.

Die von den Grünen verwendeten Schlagwörter, die auf das Thema Schutz Bezug nehmen, sind *Menschen retten*, *Rettung* sowie *Leben retten/schützen*. Es fällt sofort auf, dass dieses Konzept von Schutz eine andere Zielgruppe hat als jenes der FPÖ. Im Vordergrund stehen hierbei die nach Österreich kommenden Menschen und deren Fluchtursachen wie

[321] Siehe Böke (1996 b), S. 143.
[322] Vgl. Mediendienst Integration (2017), S. 3.

Krieg und Elend, vor welchen es sie zu schützen gilt. Durch die Verwendung dieser Schlagwörter werden bestimmte Fluchtgründe in den Vordergrund gestellt und es werden durch die integrativen Begriffe *Menschen* und *Leben* Gemeinsamkeiten betont. Dadurch sollen nach Österreich kommende Menschen nicht als Bedrohung, sondern als schutzbedürftige Mitmenschen wahrgenommen werden.
Im Gegensatz zur FPÖ, welche, wie bereits erwähnt, vielfach die Illegalität bei der Einreise betont, findet sich bei den Grünen die Forderung *nach legaler Einwanderung*, *legaler Zuwanderung* oder *legaler Einreise*. Dadurch entfällt die Assoziation mit Kriminalität und die Wahrnehmung der nach Österreich kommenden Menschen als Bedrohung.

Grundsätzlich kann der Unterschied in der Bezugnahme auf die Schutzthematik also wie folgt formuliert werden: die FPÖ plädiert für den Schutz der österreichischen Bevölkerung, während die Grünen die nach Österreich kommenden Menschen schützen wollen.

5.2 Metaphernanalyse

5.2.1 Quantitätsunterschiede

Betrachtet man die aus dem Textkorpus erschlossenen Metaphern der beiden Parteien, so fällt sofort ins Auge, dass deren Anzahl stark differiert. Während bei der FPÖ 37 diskursrelevante Metaphern gefunden wurden, ergab die Analyse der Texte der Grünen „nur“ zehn Metaphern.
Diese Feststellung muss nun in Zusammenhang mit den Funktionen von Metaphern gebracht werden, um darüber eine interpretative Aussage treffen zu können.
Wie bereits in Kapitel 3.2.1 ausführlich dargestellt, erfüllt die Metapher in Diskursen folgende Funktionen:

- Sie macht neue Phänomene verständlich, indem sie diese in bekannte bzw. einfache Zusammenhänge bildlich überträgt.
- Außerdem erzeugt sie durch die Hervorhebung bzw. Ausblendung bestimmter Eigenschaften eine spezifische Perspektive auf den metaphorisierten Gegenstand, wodurch sich eine bestimmte Bewertung desselben ergibt.
- Des Weiteren können Metaphern zur Verstärkung von Aussagen dienen.

Behält man diese Funktionen im Blick, kann die hohe Anzahl gebrauchter Metaphern bei der FPÖ wie folgt erklärt werden:
Einerseits gelingt es, durch den Gebrauch bestimmter Metaphern, welche Sachverhalte vereinfacht darstellen, einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung anzusprechen,

da diese Metaphern von vielen Menschen problemlos verstanden werden, wie das nachfolgende Textbeispiel 1 veranschaulicht.

Textbeispiel 1:
„Heute sind einige linke Träumer zu Realität gekommen. Sogar Bundeskanzler Kern kopiert und zitiert mich samt meinen Satz, den ich seit 11 Jahren predige: ***Wer sich nicht an die Hausordnung hält, muss gehen!****" Kritik übt Strache an den Grünen, die ohnehin als „Ausländerpartei" bekannt seien und zuletzt gefordert hatten, Erdogan-Gegnern Botschafts-Asyl zu gewähren. „Damit würden sie Konflikte nach Österreich importieren. Das würde ins Chaos führen", warnte Strache.*[323]

Wie anhand dieses Beispiels gut zu sehen ist, vermittelt die Metapher den Sachverhalt, dass Menschen, die sich nicht an die österreichischen Gesetze halten würden, kein Recht auf Aufenthalt hätten. Es wird jedoch weder gesagt, welche Menschen genau damit gemeint sind, noch, welche Gesetze nicht befolgt wurden.
Es kann aber als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, was es bedeutet, sich an eine Hausordnung zu halten, weshalb die Metapher von einem breiten Publikum verstanden wird, wenngleich sie den metaphorisierten Sachverhalt auch sehr undifferenziert und unzureichend darstellt.

Was beide Parteien (wenngleich die FPÖ weit mehr als die Grünen) beim Gebrauch von Metaphern für ihre Zwecke nutzen, ist die bestimmte Perspektive auf den metaphorisierten Gegenstand oder Sachverhalt, die sich dadurch ergibt. Sie stützen damit wiederum ihre Position im Diskurs, indem sie auf Metaphern zurückgreifen, die bestimmte Emotionen und somit eine spezifische Wertung transportieren. Zusätzlich verstärken sie damit ihre Aussagen.
Dies kann an folgenden Textbeispielen veranschaulicht werden:

Textbeispiel 2:
*Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus hielt fest, dass die rot-grüne Willkommenskultur Schuld an dem Sicherheitsnotstand trägt, mit dem man sich in Wien nun konfrontiert sieht. "****Das Boot ist voll****, es wird nicht möglich sein, die zig tausenden Menschen in Wien zu integrieren. Unsere Infrastruktur ist darauf nicht vorbereitet."*[324]

[323] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2016), S. 5.
[324] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2016), S. 3.

In Textbeispiel 2 wird die Metapher des vollen Bootes gebraucht, um zu veranschaulichen, dass Wien keine Menschen aus anderen Ländern mehr aufnehmen könnte, weil es unmöglich wäre, diese zu integrieren.
Diese Metapher vermittelt Gefühle wie Angst und Besorgnis, da ein bereits volles Boot, in welches noch weitere Menschen steigen wollen, unweigerlich zum Kentern verurteilt ist. Damit einher geht eine negative Bewertung der Einwanderungsbewegung, welche der grundsätzlichen Haltung der FPÖ im Flüchtlingsdiskurs entspricht.

Textbeispiel 3:
*Also die **Welle der Hilfsbereitschaft**, die gestern den Zug begleitet hat, die Züge begleitet hat von Wien über St. Pölten über Linz über Salzburg. Die Wasserspenden, die Windeln, die Babynahrung, das ist etwas sehr Schönes und das schließt an an viele Traditionen in vielen Gemeinden Österreichs, die in den letzten Jahren schon sehr sehr viel geleistet haben.*[325]

In Textbeispiel 3 wird die Wellenmetapher gebraucht, um das große Maß an Hilfsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung zu verbildlichen.
Damit verbunden sind einerseits positive Emotionen, wie beispielsweise Nächstenliebe, die Österreich wie eine Welle überrollen. Andererseits wird dadurch auch impliziert, dass es sich bei den nach Österreich kommenden Menschen um hilfsbedürftige Schutzsuchende handelt. Die Grünen nutzen diese Wellenmetapher also dafür, ihre positive Haltung gegenüber den nach Österreich kommenden Menschen zu verfestigen.

5.2.2 Metaphorisierte Bereiche

Bezüglich der Bereiche bzw. Sachverhalte, die jeweils metaphorisiert werden, zeigt sich bei beiden Parteien ein sehr ähnliches Bild, wobei an dieser Stelle nochmals betont werden muss, dass bei der FPÖ viel mehr Metaphern analysiert werden konnten als bei den Grünen.
Am häufigsten werden, sowohl von der FPÖ als auch von den Grünen, die Politik der österreichischen Bundesregierung bzw. jene anderer EU-Länder in Bezug auf die Flüchtlingssituation metaphorisiert. Es wird dabei vor allem auf Metaphern zurückgegriffen, welche die Politiker oder deren politische Entscheidungen negativ darstellen. Dies lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass es sich bei beiden Parteien um Oppositionsparteien handelt bzw. handelte.

[325] Siehe Transkript der Rede von Eva Glawischnig Piesczeck bei der Sitzung des Nationalrates vom 1.9.2015, S. 1.

Die Textbeispiele 4 und 5 illustrieren dies:

Textbeispiel 4:
*Und ich sage, in Wirklichkeit erleben wir seit einem Dreivierteljahr und länger geradezu eine **Symphonie des Irrsinns** mit einer unverantwortlichen, naiven Einladungs- und Willkommenskultur, die von der Frau Merkel ausgesprochen wurde und die sie federführend, mit Ihrer Unterstützung Herr Faymann, über ein Dreivierteljahr lang unverantwortlicherweise gelebt hat. Und da waren Sie ein Dreivierteljahr lang dabei bei diesem **Chaosorchester** und das Ergebnis ist auch erschreckend, der Schaden ist ja angerichtet worden.*[326]

Textbeispiel 5:
*„Ich rufe Bundeskanzler Faymann dazu auf, zu einer europäischen Politik zurückzukehren und die **Wagenburg-Politik** zu beenden.“*[327]

An zweiter Stelle der am häufigsten metaphorisierten Sachverhalte steht bei beiden Parteien die Einwanderung nach Europa bzw. Österreich.
Das folgende Textbeispiel 6 zeigt eine solche Metapher:

Textbeispiel 6:
*Zudem ist in nüchternen statistischen Erhebungen nachweisbar, dass die Massenzuwanderung aus der islamischen Welt ein eminentes Sicherheitsrisiko darstellt. Sie kann zu einem **Trojanischen Pferd** für den Import islamischer Fundamentalisten und Terroristen werden.*[328]

Bei der FPÖ können noch zwei weitere Bereiche festgestellt werden, die mehrere Male metaphorisiert werden. Zum einen handelt es sich dabei um die einwandernden Personen selbst, die durch die verwendeten Metaphern häufig negativ dargestellt werden, wie Textbeispiel 7 zeigt. Durch diese negative Darstellung wird die Fremdheit betont und als Gefahr dargestellt, wodurch in der Bevölkerung Beunruhigung und Angst ausgelöst wird.

Textbeispiel 7:
*"Wir wissen nicht, wie viele **‚tickende Zeitbomben‘** sich bereits in Österreich aufhalten. Man muss aber zumindest jetzt die Reißleine ziehen, jedes weiter Zuwarten wäre eine*

[326] Siehe Transkript der Rede von Heinz-Christian Strache bei der Sitzung des Nationalrates vom 16.3.2016, S. 1.
[327] Siehe Homepagebeiträge Grüne (2016), S. 5.
[328] Siehe Handbuch freiheitlicher Politik (2013), S. 284.

Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich und gegenüber der Bevölkerung unverantwortlich", betonte HC Strache.[329]

Zum anderen wird das Land Österreich bzw. andere EU-Länder metaphorisiert. Dazu wird gerne auf die Bootsmetapher bzw. auf die Metapher eines „vollen Flüchtlingslagers" zurückgegriffen, wie die Textbeispiele 8 und 9 zeigen.

Textbeispiel 8:
*„Das **‚Flüchtlingsboot Thalham'** droht zu kentern. Man kann nicht ein bereits schwankendes Boot weiter unkontrolliert füllen und hoffen, dass nichts passiert", beschrieb Hackl die Situation.*[330]

Textbeispiel 9:
*Wird nicht rasch der Retourgang eingelegt, wird **Europa zu einem vollen Flüchtlingslager**.*[331]

Dies spiegelt die von der FPÖ vertretene Meinung wieder, dass in Europa bzw. Österreich keine Kapazitäten mehr vorhanden wären, um flüchtende Menschen aufzunehmen. Zudem lösen die Metaphern in der Bevölkerung Ängste aus.
Auf die Metapher des Bootes wird in Kapitel 5.2.3.3 näher eingegangen.
Die Lagermetapher ruft Bilder von katastrophalen Zuständen in vollen Flüchtlingslagern hervor, in denen es durch die Überbelegung an allen lebenswichtigen Ressourcen mangelt. Außerdem wird dadurch impliziert, dass „Flüchtlinge" den größten Anteil an der europäischen bzw. österreichischen Bevölkerung ausmachen würden. Dies würde wiederum Maßnahmen rechtfertigen, welche die Zuwanderung limitieren bzw. unterbinden würden.

5.2.3 Diskursweit verwendete Metaphernbereiche

In diesem Kapitel werden jene Metaphernbereiche genauer betrachtet, die innerhalb des Diskurses mehrmals verwendet werden, da diese, wie in Kapitel 3.2.2 bereits erläutert, eine stärkere metaphorische Wirkung erzielen als Einzelmetaphern.

[329] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2016), S. 7.
[330] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2015), S. 4.
[331] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2015), S. 6.

5.2.3.1 Wasser

Betrachtet man die Tabelle mit den Ergebnissen der Metaphernanalyse, so fällt bei beiden Parteien auf, dass der Metaphernbereich *Wasser* jeweils einen sehr breiten Raum einnimmt.
Innerhalb dieses Bereiches wird mit Abstand am häufigsten der metaphorisierende Teil *Strom* bzw. *Zustrom* verwendet. Bei der FPÖ ist dies bei acht von 13 Metaphern aus dem Bereich *Wasser* der Fall. Bei den Grünen bei zwei von vier Metaphern aus diesem Bereich. Diese Tatsache verwundert nicht, wenn man Untersuchungen zu früher geführten Einwanderungsdiskursen einbezieht. Karin Böke konnte bereits 1997 feststellen, dass die Strommetaphern „die konventionellsten Wasser-Metaphern für die Zuwanderungsbewegung" sind.[332]
Mit der Bezeichnung *Strom* geht einerseits die Assoziation einer sehr großen Masse ohne jegliche Individualisierung einher. Andererseits wird damit eine stetige und rasche Bewegung verbunden, welche die Landschaft nachhaltig verändern kann.
Als Alternative zur Strommetapher wird auch die Wellenmetapher gebraucht, die laut Böke „als kreative Erweiterung zur Verbildlichung eines temporären Anstiegs der Zuwanderungszahlen" dient.[333] Der entscheidende Unterschied der *Welle* zum *Strom* liegt in der Plötzlichkeit des Anstiegs, der auch genauso schnell wieder abflauen kann.
Trotz der starken Assoziationen, die diese beiden metaphorisierenden Teile grundsätzlich hervorrufen, ist ihre Wirkung innerhalb des gegenwärtigen Flüchtlingsdiskurses zum einen wegen der langen Verwendungstradition und zum anderen wegen ihrer teils inflationären Verwendung abgeschwächt.
Eine stärkere Wirkung erzielt der Gebrauch der Flutmetapher, die im Textkorpus der FPÖ gefunden werden konnte. Böke sieht in dieser Metapher die „am negativsten konnotierte".[334] Dies resultiert aus dem Vergleich der zuwandernden Menschen mit einer Naturkatstrophe. Wie auch Wehling feststellt, ergeben sich aus dieser Metapher einige Schlussfolgerungen.

- Die nach Europa bzw. Österreich kommenden Menschen werden als Bedrohung wahrgenommen, die in Form einer unkontrollierbaren Wassermasse die Länder überschwemmen. Damit werden sie entindividualisiert.
- Die Gefahr, der diese Menschen ausgesetzt sind sowie deren Fluchtursachen werden somit völlig in den Hintergrund gerückt.
- Die europäische bzw. österreichische Bevölkerung übernimmt die Opferrolle.

[332] Siehe Böke (1997), S. 178.
[333] Siehe Böke (1997), S. 178.
[334] Siehe Böke (1997), S. 180.

- Dadurch legt diese Metapher den Grundstein für die Empathie mit der als Opfer dargestellten Bevölkerung und legt gleichzeitig nahe, sich vor der *Flut*, also vor den zuwandernden Menschen, zu schützen.[335]

5.2.3.2 Gebäude

Sowohl bei der FPÖ als auch bei den Grünen wird einige Male auf den Metaphernbereich *Gebäude* zurückgegriffen, wobei Europa bzw. Österreich als Gebäude angesehen wird. Fast alle Gebäudemetaphern beziehen sich auf den Eingangs- bzw. Ausgangsbereich. Es geht also vorwiegend um *die Tür* oder *das Tor* des Gebäudes. Auch dieser Bezug ist nicht neu und im Flüchtlingsdiskurs auch nicht besonders verwunderlich, da sich dieser vorwiegend um die Möglichkeit der Einwanderung in ein Zielland und somit des „Einlasses" in dieses dreht.
Mit den Metaphern aus diesem Bereich ist zuallererst die Vorstellung verbunden, dass das *Gebäude Europa bzw. Österreich* einen oder mehrere Besitzer hat, denen es freisteht, zu entscheiden, wer Zutritt zum Gebäude erhält. Will man jemandem den Zuritt verwehren, lässt sich in einem Gebäude die Tür schließen und absperren. Als Tür fungiert in einem Staat die Grenze. Das erklärt, dass die Metapher sehr oft in Zusammenhang mit Diskussionen über Grenzsicherung oder -Schließung auftritt.
Die zweite Vorstellung, die damit einhergeht, hat mit den Menschen zu tun, die das Gebäude betreten wollen. Es wird suggeriert, dass diese Menschen als Gäste in das Gebäude kommen und sich somit an die „Hausordnung" halten müssen. Außerdem ist es nicht die Absicht eines Gastes, dauerhaft in ein Gebäude einzuziehen, sondern sein Aufenthalt ist zeitlich begrenzt. Des Weiteren ist es das Recht der Hausherren, diesen Aufenthalt jederzeit zu beenden und die Gäste aus dem Gebäude zu werfen.
Mit der Vorstellung von den nach Österreich kommenden Menschen als Gästen ist wiederum verbunden, dass diese die Gastfreundschaft der österreichischen Bevölkerung genießen und dazu nichts beitragen müssen.
Der letzte Punkt, der durch die Gebäudemetapher angesprochen wird, betrifft so genannte „illegale Einwanderer". Diese sind vergleichbar mit jemandem, der nicht vom Hausherren in ein Haus eingeladen wird und sich dennoch Zutritt verschafft, also eine Straftat begeht und somit dafür zu belangen ist.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die Verwendung der Gebäudemetapher vor allem Sympathie für die „Hauseigentümer" erzeugt wird. Diese werden als großzügig dargestellt, wohingegen die einwandernden Menschen als nutznießende Gäste gelten, welche die Gastfreundschaft beanspruchen (wenn nicht sogar ausnutzen). Fluchtgründe,

[335] Vgl. Wehling (2016), S. 174-175.

Mühen und Anstrengungen der einwandernden Menschen werden damit vollkommen ausgeblendet.

5.2.3.3 Schifffahrt

Von der FPÖ wird einige Male die bereits erwähnte Bootsmetapher gebraucht, welche die Nation als Boot darstellt. Dabei ist interessant, dass Europa bzw. Österreich nie als Schiff, sondern immer nur als Boot bezeichnet wird. Im Vergleich zu einem Schiff gilt ein Boot als wesentlich kleiner, instabiler und angreifbarer für Wind und Wellen.[336]
Zusätzlich ist in konkreten Metaphern oft die Rede von einem *vollen Boot*. Es wird also angedeutet, dass Österreich sehr bald keine Kapazitäten mehr hätte, einwandernde Menschen aufzunehmen, da sonst alle buchstäblich untergehen würden.
Das Szenario ruft Bilder überfüllter Rettungsboote und im Wasser ertrinkender Menschen ins Gedächtnis. Damit werden bei den Menschen Angst und das Gefühl einer bedrohlichen Situation ausgelöst.
In Bezug auf die Bootsmetapher fasst Elisabeth Wehling diese Ängste treffend zusammen:

> „Jeder weitere Zuwanderer, jeder weitere Flüchtling bringt […] unser Land in Gefahr. Werden es zu viele, geht unsere Nation unter, sie zerbricht, versinkt und wir sind alle verloren. Ist es da nicht mehr als nur verständlich, niemanden mehr in unser Boot aufzunehmen, bevor wir uns alle der Gefahr des Untergangs aussetzen?“[337]

Wie bereits bei den Metaphernbereichen *Wasser* und *Gebäude* werden auch hier Fluchtgründe und die Schicksale der nach Europa bzw. Österreich kommenden Menschen vollkommen ausgeblendet. Vielmehr werden sie als Bedrohung wahrgenommen und damit negativ dargestellt.
Dagegen steht die Gefährdung der eigenen Bevölkerung im Vordergrund, welche viele Maßnahmen, die einwandernde Menschen aufhalten sollen, rechtfertigt.

5.3 Argumentationsanalyse

Beim Vergleich der Auflistungen prototypischer Argumente der FPÖ und der Grünen fällt sofort der quantitative Unterschied ins Auge. Während in den Texten der FPÖ elf prototypische Argumente gefunden wurden, waren es bei den Grünen lediglich sechs.

[336] Vgl. Wehling (2016), S. 170.
[337] Siehe Wehling (2016), S. 170.

Inhaltlich gesehen versucht die FPÖ, mit ihren Argumenten möglichst viele gesellschaftlich relevante Bereiche abzudecken, um eine facettenreiche Gesamtargumentation zu erreichen. Die Grünen hingegen setzen auf die Wiederholung weniger Argumente, die dafür inhaltlich mehr in die Tiefe gehen und ausführlicher dargestellt werden als jene der FPÖ. Bei beiden Parteien fällt auf, dass sie lediglich Argumente verwenden, die ihre Standpunkte festigen. Die FPÖ konzentriert sich demnach auf eine Argumentation contra die Einwanderung, die Grünen hingegen setzen auf eine Pro-Argumentation. Auf eine abwägende Argumentation, welche sowohl Pro- als auch Contra-Argumente einfließen lässt und gegeneinander abwägt, wird in beiden Fällen verzichtet.

5.3.1 Einander entsprechende Argumente

Es konnten zwei prototypische Argumente gefunden werden, welche von beiden Parteien aufgegriffen werden. Nachfolgend wird geklärt, wie die beiden Parteien die Argumente jeweils für ihre Zwecke nutzbar machen.

- Das Kosten- bzw. Nutzenargument

Das häufigste Argument der FPÖ ist, dass die Zuwanderung für Österreich sehr hohe monetäre Kosten verursachen würde, welche in weiterer Folge soziale Ungerechtigkeit für die österreichische Bevölkerung bedeuten würden.
Von den Grünen wird dieses Thema betreffend zum einen damit argumentiert, dass die monetären Kosten für Österreich kurzfristig und durchaus zumutbar wären. Durch die rasche Integration könnten einwandernde Menschen außerdem schnell einen Beitrag zur österreichischen Wirtschaft leisten. Zum anderen ist sogar von einem wirtschaftlichen Nutzen die Rede, welcher durch die Verwertbarkeit von Bildungsabschlüssen der nach Österreich kommenden Menschen entstünde.
Es wird also von beiden Parteien sozusagen eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt, wobei jede Partei zu einem anderen (für sie günstigeren) Ergebnis gelangt. Dieses Ergebnis dient wiederum der Stärkung der jeweiligen, stark polarisierenden Diskurspositionen.
Die FPÖ versucht dies, indem sie die Kosten für den österreichischen Staat als unannehmbar hoch darstellt. Durch die zusätzliche Betonung der negativen sozialen Folgen wird das Argument für die breite Masse der Bevölkerung relevant gemacht. Es wird gezeigt, welchen Nachteil jeder oder jede Einzelne durch die Einwanderung erleidet, wodurch es wiederum gelingt, in der Bevölkerung Angst zu schüren und möglichst viele Menschen anzusprechen.

Die Grünen hingegen verbleiben mit ihrer Argumentation auf einer abstrakteren, den Staat und die Wirtschaft betreffenden Ebene. Sie versuchen zu zeigen, wie positiv sich die Fähigkeiten der einwandernden Menschen in der Wirtschaft nutzbar machen lassen, unterlassen es im Gegensatz zur FPÖ jedoch, konkrete Auswirkungen auf das Leben der österreichischen Bevölkerung aufzuzeigen und die Menschen damit direkt anzusprechen.

- Das Fluchtursachenargument

Bei der FPÖ findet sich als dritthäufigstes Argument, dass viele der nach Österreich kommenden Menschen dies aus wirtschaftlichen Gründen tun würden und nicht aufgrund einer akuten Gefährdung ihres Lebens. Deshalb hätten sie keinen Anspruch auf einen Aufenthalt in Österreich.
Die Grünen führen als zweithäufigstes Argument an, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern Krieg und Terror ausgesetzt wären und deshalb Österreichs Schutz benötigen würden.
Beide Parteien argumentieren in diesem Fall mit Fluchtursachen, wobei jede nur einen Teil dieser Ursachen aufgreift. Die FPÖ konzentriert sich auf wirtschaftliche Überlegungen, die Grünen hingegen auf Krieg und Terror in den Herkunftsländern. Es wird dann jeweils versucht, diese Fluchtursachen als den „Normalfall" und andere Fluchtursachen, wenn sie überhaupt erwähnt werden, eher als Ausnahme darzustellen. Beide Parteien belegen ihre Argumente mit Zahlen, wobei diese verdächtig weit auseinanderliegen, so dass sich Zweifel über deren Richtigkeit bzw. Aussagekraft ergeben.
Die Textbeispiele 10 und 11 machen diese deutlich. (Beide Beispiele stammen aus der zweiten Hälfte des Jahres 2015.)

Textbeispiel 10 (FPÖ):
*Hilfe für die, die Hilfe brauchen, aber wir wissen, dass **über 80 %**, die heute zu uns kommen, nicht aus dem Kriegsgebiet kommen. Dass die aus allen Ländern dieser Welt kommen, keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind.*[338]

Textbeispiel 11 (Grüne):
*Bis Ende August 2015 waren **65 Prozent** der AsylantragstellerInnen aus Syrien, Irak und Afghanistan. Dies alles sind Länder, in denen Kriege bzw. langjährige Instabilität und Terror herrschen: das heißt, der Großteil dieser Flüchtlinge wird nicht in absehbarer Zeit in die Heimat zurückgehen können.*[339]

[338] Siehe Transkript von Auszügen aus der ORF-Sendung „Bürgerforum" vom 24.11.2015, S. 3.
[339] Siehe Homepagebeiträge Grüne (2015), S. 1.

Die FPÖ erwähnt zwar kurz, dass Österreich gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention Schutz zu leisten hat, konzentriert sich dann jedoch sofort darauf, die große Zahl derer zu betonen, die keinen Anspruch auf diesen Schutz hätten.
Die Grünen hingegen appellieren mit ihrer Argumentation auch an das Mitgefühl der österreichischen Bevölkerung, indem sie das Leid vieler Menschen in ihrer Heimat betonen. Die Tatsache, dass auch Menschen nach Österreich kommen, die nicht als Flüchtlinge gelten, bleibt weitgehend unerwähnt.

5.3.2 Einzelargumente

In den folgenden beiden Unterkapiteln werden die verbleibenden prototypischen Argumente der beiden Parteien nochmals zusammengefasst und es wird versucht zu zeigen, welche Absichten hinter der Verwendung dieser Argumente stecken.

5.3.2.1 FPÖ

- Das Sicherheitsargument

Neben dem Kostenargument und dem Argument der Fluchtursachen spielen in der Argumentation der FPÖ die Sicherheit betreffende Argumente eine große Rolle.
Zum einen wird argumentiert, dass sich unter den nach Österreich kommenden Menschen viele Kriminelle befinden würden. Im Zuge dieses Arguments wird gerne auf die dadurch gefährdete Sicherheit der österreichischen Bevölkerung hingewiesen. Untermauert werden die Behauptungen wiederum mit Zahlen, wobei sowohl auf Prozentangaben als auch auf absolute Zahlen zurückgegriffen wird, um das vermeintlich große Ausmaß der Kriminalität zu betonen, wie in Textbeispiel 12 zu sehen ist.

Textbeispiel 12:
Österreichweit haben wir 133.135 Tatverdächtige, davon sind 53.155 fremde Tatverdächtige, also rund 40 Prozent.[340]

Zum anderen argumentiert die FPÖ mit der Gefahr des Imports von islamistischen Terroristen, welche im Zuge der Flüchtlingsbewegungen nach Österreich kommen könnten. Durch den zusätzlichen Einsatz von Metaphern wie *tickende Zeitbomben* für die sich angeblich bereits in Österreich aufhaltenden islamistischen Terroristen wird die Bedrohlichkeit der Situation nochmals verstärkt, wie Textbeispiel 13 zeigt.

[340] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2016), S. 9.

Textbeispiel 13:
*"Wir wissen nicht, wie viele **tickende Zeitbomben** sich bereits in Österreich aufhalten. Man muss aber zumindest jetzt die Reißleine ziehen, jedes weitere Zuwarten wäre eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich und gegenüber der Bevölkerung unverantwortlich", betonte HC Strache.*[341]

Beide der eben genannten prototypischen Argumente dienen dazu, der österreichischen Bevölkerung Angst zu machen, indem sie die Einwanderung als Bedrohung für ihre Sicherheit darstellen. Wie auch schon beim Kostenargument gelingt es, mit diesen Argumenten die breite Masse anzusprechen, da die persönliche Sicherheit für alle relevant ist. Die FPÖ kann somit ihre Forderungen nach Zuwanderungsbeschränkungen rechtfertigen und wiederum ihre negative Haltung im Diskurs festigen.

- Das Kapazitätenargument

Die FPÖ argumentiert vielfach mit einem Mangel an Kapazitäten in Österreich, welcher durch die starke Zuwanderung hervorgerufen würde und aufgrund dessen es nicht möglich wäre, noch weitere Menschen aufzunehmen.
Zum einen werden fehlende Kapazitäten bei der Versorgung und Unterbringung der nach Österreich kommenden Menschen beklagt. Damit verbunden ist der Eindruck einer schlichtweg nicht bewältigbar großen Menschenmasse. Dieses bedrohliche Szenario weckt wiederum Ängste in der österreichischen Bevölkerung, zumal fehlende Versorgungskapazitäten auch für diese negative Folgen haben könnten.
Zum anderen werden fehlende Integrationskapazitäten beklagt. Dieses Argument gründet wiederum auf der Annahme einer scheinbar riesigen Masse von nach Österreich kommenden Menschen, welche aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit nicht in die österreichische Bevölkerung integriert werden könnte. Textbeispiel 14 illustriert dies.

Textbeispiel 14:
Doch Integration ist nur in eine Mehrheit und nicht in eine Minderheit möglich.[342]

Damit wird das Szenario gezeichnet, dass Österreicherinnen und Österreicher sozusagen zu „Fremden im eigenen Land“ werden, wenn die Einwanderung nicht beschränkt bzw. unterbunden wird. Es wird also wiederum Angst verbreitet, um diese Maßnahmen zur Beschränkung zu rechtfertigen und dafür die Zustimmung vieler Österreicherinnen und Österreicher zu erlangen.

[341] Siehe Homepagebeiträge FPÖ (2016), S. 7.
[342] Siehe Handbuch freiheitlicher Politik, S. 39.

- Das Absichtsargument

In Bezug auf einwandernde Menschen argumentiert die FPÖ mit deren negativen Absichten gegen die weitere Einwanderung.
Einerseits wird argumentiert, dass viele der nach Österreich kommenden Menschen absichtlich Asylmissbrauch betreiben und somit den österreichischen Sozialstaat ausnützen würden. Dies wird mit Hilfe von Einzelbeispielen belegt, wie Textbeispiel 15 zeigt.

Textbeispiel 15:
Die Beispiele betreffend Missbrauch der Grundversorgung sind teils haarsträubend:
- Vorarlberg: Ein Ukrainer flog während des Asylverfahrens für drei Wochen auf die Fidschi-Inseln.
- Wien: Ein Pakistani meldete zehn Autos an und ab, besaß bei der Kontrolle einen Audi A6 und einen Audi A4.
- Oberösterreich: Ein mongolisches Pärchen hortete Diebsbeute (Handys und Markenkleidung).
- Österreichweit wurden Dutzende Schwarzarbeiter am Bau und in der Pflege überführt.[343]

Durch die Untermauerung des Argumentes mit solchen Beispielen, die wohl kaum die Regel, sondern eher Ausnahmen sein dürften, wird in der österreichischen Bevölkerung eine negative Haltung gegenüber einwandernden Menschen erzeugt. Es entsteht der Eindruck der Undankbarkeit der nach Österreich Kommenden und der unfairen Behandlung der Österreicherinnen und Österreicher.
Andererseits wird mit dem Integrationsunwillen vieler nach Österreich kommender Menschen argumentiert. Es wird behauptet, dass diese sich nicht an österreichische Werte und Gepflogenheiten halten und somit Konflikte mit der österreichischen Bevölkerung provoziere würden. Dieses Argument wird oftmals mit radikalislamistischen Tendenzen in Verbindung gebracht, wodurch bei den Österreicherinnen und Österreichern nicht nur eine negative Haltung gegenüber den Einwandernden, sondern auch Angst vor ihnen geschürt wird. Textbeispiel 16 zeigt eine solche Verbindung.

Textbeispiel 16:
Die Integrationsprobleme der letzten Jahrzehnte, wo wir heute radikalislamistische Konflikte auch in Europa haben, die haben wir ja zum Teil importiert. […] Die sind zum Teil importiert, man ist gescheitert oft in vielen Bereichen der Integration. Man hat radikal-

[343] Siehe Handbuch freiheitlicher Politik, S. 42.

islamistische Vereine zugelassen, nicht aufgelassen und hat Dschihadisten nicht konsequent abgeschoben. Das heißt, wir müssen Grenzen aufzeigen, auch klar Wertestrukturen vorgeben und wer das nicht bereit ist einzuhalten, da müssen wir auch konsequent sagen, da gibt's keinen Platz bei uns in Europa.[344]

5.3.2.2 Grüne

- Das Leidensargument

Das am häufigsten gebrauchte Argument der Grünen ist, dass die nach Österreich kommenden Menschen Not leiden müssten und darum Hilfe benötigen würden. Es steht in enger Verbindung zum Argument der Fluchtursachen, welches bereits in Kapitel 5.3.1 näher behandelt wurde.
Im Vordergrund steht einerseits die Betonung des Leids und der Not der Menschen, die bei der österreichischen Bevölkerung Mitleid hervorrufen soll. Dieses Leid wird sehr anschaulich geschildert, um es nachvollziehbarer zu machen, wie Textbeispiel 17 zeigt. Vielfach wird auch das Leiden von Kindern betont, was aufgrund ihrer Unschuld noch stärkeres Mitleid hervorruft.

Textbeispiel 17:
Das was wir jetzt in Paris erlebt haben und auch so schmerzhaft mitgetrauert haben, das ist etwas, dass die Menschen in Syrien tagtäglich erleben, nämlich wahlloses, zielloses, brutalstes Ermorden auf der Straße auf der einen Seite, dann Bomben, Fassbomben auf Zivilbevölkerung auf Familien, auf Kinder. Es sind auch so viel Kinder umgekommen im Syrienkrieg.[345]

Andererseits wird immer wieder betont, dass es sich bei den Einwandernden um Menschen handelt, wodurch eine Gemeinsamkeit geschaffen wird, die Solidarität erzeugen soll, wie man anhand von Textbeispiel 18 sieht.
Durch die Betonung des Leids und das Erzeugen von Mitleid gelingt es den Grünen, ihre Standpunkte zu rechtfertigen und ihre positive Diskursposition zu festigen.

Textbeispiel 18:
Und es ist mir unbegreiflich, wie man hier von Grenzen schützen reden kann, wenns um Menschenleben schützen geht. Wir wollen Menschenleben schützen und nicht Grenzen.[346]

[344] Siehe Transkript von Auszügen aus der ORF-Sendung „Bürgerforum“ vom 24.11.2015, S. 4.
[345] Siehe Transkript von Auszügen aus der ORF-Sendung „Bürgerforum“ vom 24.11.2015, S. 1-2.
[346] Siehe Transkript der Rede von Eva Glawischnig Piesczeck bei der Sitzung des Nationalrates vom 1.9.2015, S. 1.

- Das Geschichtsargument

Als weiteres prototypisches Argument führen die Grünen die Verantwortung aus der Geschichte an. Sie argumentieren, dass Europa bzw. Österreich während der Weltkriege auf die Hilfe anderer Länder angewiesen war und somit in der Gegenwart die Verantwortung hätte, anderen Kriegsopfern zu helfen.
Sie plädieren für den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Staaten, von dem auch Österreich und viele andere EU-Länder in der Vergangenheit profitiert hätten, wie das folgende Textbeispiel 19 zeigt.

Textbeispiel 19:
Haben wir aus der Geschichte nichts gelernt? Hat die ungarische Politik aus ihrer Geschichte nichts gelernt? Haben wir in Europa vergessen, haben viele Staaten in Europa vergessen, was es heißt, einen Eisernen Vorhang zu haben, wo tausende Menschen umgekommen sind? Haben wir vergessen, dass das Fundament Europas eigentlich die Erfahrung war, was Krieg heißt? Und dass es das Gegenteil von dem sein sollte, eine friedliche Union, eine solidarische Union.[347]

Mit diesem Argument erreichen sie jedoch nicht die breite Masse der österreichischen Bevölkerung, da diese die Weltkriege nicht mehr miterlebt hat und die Erinnerung daran nicht mehr allgegenwärtig ist. Es erfordert eine nähere Beschäftigung mit der Thematik und ein gutes Allgemeinwissen, um das Argument nachvollziehen zu können. Außerdem kann es nicht direkt auf den Lebensalltag der Menschen übertragen werden, wodurch es im Gegensatz zu einigen der anderen Argumente an Kraft verliert.

5.4 Zusammenfassung

Das Ziel der vorliegenden Diplomarbeit war es, die von den beiden Parteien FPÖ und Grüne im Flüchtlingsdiskurs gebrauchte Sprache zu analysieren und deren jeweilige Spezifik herauszuarbeiten und zu vergleichen. Dies geschah in Hinblick auf die drei Analyseebenen Lexik, Metaphorik und Argumentation. Des Weiteren sollte durch die Analyse deutlich gemacht werden, welche Funktionen sich hinter der jeweiligen Sprachverwendung der Parteien verbergen.
Bezogen auf die Lexik wurden für beide Parteien die am häufigsten gebrauchten Schlagwörter aus dem Textkorpus erschlossen und verglichen. Dabei konnte festgestellt werden,

[347] Siehe Transkript der Rede von Eva Glawischnig Piesczeck bei der Sitzung des Nationalrates vom 1.9.2015, S. 2.

dass die FPÖ vorwiegend Schlagwörter gebraucht, welche einen negativen Meinungsgehalt aufweisen, wohingegen die Grünen vorwiegend Schlagwörter mit positivem Meinungsgehalt verwenden. Bereits aus dieser Beobachtung ergab sich die Schlussfolgerung, dass die Parteien mithilfe der Schlagwörter ihre jeweils negativ (FPÖ) bzw. positiv (Grüne) polarisierende Haltung im Flüchtlingsdiskurs konstruieren bzw. festigen. Diese Folgerung konnte auch in der weiteren vergleichenden Untersuchung der Schlagwortverwendung bestätigt werden. Während die FPÖ versucht, durch die Verwendung bestimmter Schlagwörter, wie *Ausländer* oder *Fremde*, eine Abgrenzung der Gruppe der einwandernden Menschen zur Gruppe der Österreicherinnen und Österreicher vorzunehmen, vermeiden die Grünen diese Abgrenzung bewusst durch den Einsatz integrativer Begriffe wie *Menschen in Not* oder *Schutzsuchende*. Auch die Schutzthematik spiegelt sich in der Schlagwortverwendung beider Parteien wieder, wobei die FPÖ durch Begriffe wie *Grenzschutz* vor allem für den Schutz der österreichischen Bevölkerung eintritt, wohingegen die Grünen mit Begriffen wie *Leben schützen* vorwiegend für den Schutz der nach Österreich kommenden Menschen plädieren. Auffallend dabei ist, dass die FPÖ mit fast allen der von ihr gebrauchten Schlagwörter Gefühle wie Skepsis oder Angst gegenüber den einwandernden Menschen hervorrufen. Die Grünen hingegen setzen vor allem darauf, durch den gezielten Einsatz bestimmter Schlagwörter Mitleid, Mitgefühl und Solidarität gegenüber diesen Menschen zu erzeugen. Zusammenfassend konnte bei der Schlagwortanalyse also festgestellt werden, dass die beiden Parteien mit der Verwendung bestimmter Schlagwörter, welche bei der österreichischen Bevölkerung gewisse Gefühle und Haltungen hervorrufen, ihre negative bzw. positive Haltung im Flüchtlingsdiskurs stärken und rechtfertigen.

Hinsichtlich der Metaphorik konnte zuallererst festgestellt werden, dass die Anzahl der gebrauchten Metaphern bei der FPÖ ungleich höher ist als bei den Grünen. Dies wurde einerseits auf die Funktion der Metaphern zurückgeführt, Sachverhalte leichter verständlich zu machen, wodurch eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann. Andererseits hängt es mit der Funktion zusammen, dass sich durch den Gebrauch von Metaphern eine bestimmte Perspektive auf den metaphorisierten Gegenstand ergibt, was sich beide Parteien zunutze machen, um ihre Diskurspositionen zu stützen. Dazu wird jeweils auf Metaphern zurückgegriffen, welche bestimmte Emotionen und eine spezifische Wertung transportieren. Im Falle der FPÖ werden, wie bei den Schlagwörtern, vorwiegend Angst, Skepsis und Bedrohung hervorgerufen, bei den Grünen wiederum Mitleid, Mitgefühl und Solidarität.

Da besonders jene Metaphern eine große Wirkung haben, die im Diskurs häufiger verwendet werden, wurden auch diese untersucht und es ließ sich feststellen, dass häufig gebrauchte Metaphern vor allem aus den drei Bereichen *Wasser*, *Gebäude* und *Schifffahrt*

stammen. Interessant ist, dass diese drei Bereiche bereits in früheren Einwanderungsdiskursen eine Rolle spielten.

Im Wasserbereich werden vor allem die metaphorisierenden Teile *Strom*, *Welle* und *Flut* verwendet. Während *Strom* und *Welle* jedoch mittlerweile sowohl von Einwanderungsbefürwortern als auch -Gegnern so häufig verwendet werden, dass sie an metaphorischer Kraft verloren haben, ruft die *Flut* ein Bild von unkontrollierbaren Wassermassen hervor, welche ein Land überfluten und großen Schaden anrichten. Durch den Vergleich dieser Flut mit der Einwanderung wird diese als Bedrohung dargestellt, vor welcher man sich schützen muss. Daher verwundert es nicht, dass diese Metapher von der FPÖ aufgegriffen wird, um die Forderung nach Maßnahmen gegen die Zuwanderung zu rechtfertigen.

Beim Gebäudebereich wird Österreich bzw. Europa als Gebäude dargestellt. Die Metaphern aus diesem Bereich haben vorwiegend mit dem Ein- bzw. Ausgangsbereich des Gebäudes zu tun. Dabei reicht das Spektrum von der Metaphorisierung der Grenze als *Tor/ Tür* bis hin zur bildhaften Bezeichnung *einen Riegel vorschieben* für Maßnahmen gegen die Zuwanderung.

In Bezug auf den Schifffahrtsbereich ließ sich feststellen, dass vielfach Österreich bzw. Europa als *volles Boot* metaphorisiert wird. Damit einher geht vorwiegend die Vorstellung begrenzter Ressourcen, die wiederum Angst vor der Zuwanderung auslöst, die das Boot zum Kentern bringen könnte.

Hinsichtlich der Argumentationsanalyse war, wie bereits bei der Metaphorik, die größere Anzahl prototypischer Argumente bei der FPÖ auffallend. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass die FPÖ versucht, mit ihren Argumenten möglichst viele gesellschaftlich relevante Bereiche abzudecken, um eine facettenreiche Gesamtargumentation zu erreichen. Die Grünen hingegen setzen auf die Wiederholung weniger Argumente, die dafür inhaltlich mehr in die Tiefe gehen und ausführlicher dargestellt werden als jene der FPÖ. Beide Parteien verwenden nur Argumente, die ihre jeweiligen Standpunkte stützen. Es konnte also keine abwägende Argumentation festgestellt werden, welche sowohl Pro- als auch Contra-Argumente einbezieht. Jedoch ergab die Analyse, dass zwei prototypische Argumente sowohl von der FPÖ als auch von den Grünen verwendet werden, wenngleich auch in unterschiedlicher Hinsicht. Es handelt sich dabei einerseits um das Kosten-Nutzen-Argument, bei welchem die FPÖ die hohen monetären Kosten betont, die die Zuwanderung verursacht, wohingegen die Grünen auf den wirtschaftlichen Nutzen aufmerksam machen, der durch die Zuwanderung qualifizierter Menschen entsteht. Andererseits führen beide Parteien das Fluchtursachenargument ein, wenngleich sie auch jeweils unterschiedliche Fluchtursachen in den Fokus stellen. Die FPÖ verwendet dies, um darzustellen, dass ein großer Teil der Menschen aus wirtschaftlichen Gründen nach Österreich bzw. Europa kommt. Die Grünen hingegen betonen stets die Kriege und das Leiden in den Herkunftsländern.

In Bezug auf die Einzelargumente, welche noch von den beiden Parteien angeführt werden, zeigt sich, dass die FPÖ vorwiegend Argumente verwendet, die der österreichischen Bevölkerung Angst machen sollen. So wird beispielsweise auf die Bedrohung der Sicherheit durch die vielen Einwanderer oder den Mangel an Kapazitäten für deren Versorgung hingewiesen. Die Grünen hingegen versuchen wieder, Solidarität und Mitgefühl hervorzurufen, indem sie einerseits das große Leiden der Menschen betonen und andererseits auf die Verantwortung anspielen, die sich aus der eigenen Vergangenheit ergeben würde.

Abschließend bleibt noch die Frage zu klären, welche Funktion hinter der Sprachverwendung der Parteien steckt, wenngleich diese Frage bei der Interpretation der Analyseergebnisse bereits implizit beantwortet wurde. Mit dem Verweis auf Karl Bühlers Sprachmodell lässt sich sagen, dass die Appellfunktion der Sprache gegenüber den anderen Funktionen einen höheren Stellenwert hat. Nach der Klassifizierung von Horst Grünert erfüllt die Sprachverwendung beider Parteien vorwiegend eine informativ-persuasive Sprachfunktion, da es das Ziel von FPÖ und Grünen ist, ihr politisches Handeln durch den Gebrauch spezifischer Schlagwörter, Metaphern und Argumente sowohl zu begründen als auch zu rechtfertigen.

6 Literaturverzeichnis

6.1 Selbstständige Werke

Bachem, Rolf: Einführung in die Analyse politischer Texte. München: Oldenbourg 1979.

Bendel Larcher, Sylvia: Linguistische Diskursanalyse. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag 2015.

Bühler, Karl: Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. Stuttgart, New York: Gustav Fischer Verlag 1982. (= Ungekürzter Neudruck der Ausgabe Jena: Gustav Fischer 1934)

Dallinger, Ursula: Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs um rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Ernst, Peter: Germanistische Sprachwissenschaft. Eine Einführung in die synchrone Sprachwissenschaft des Deutschen. Wien: Facultas ^{2}2011.

Felbick, Dieter: Schlagwörter der Nachkriegszeit 1945-1949. Berlin, New York: Walter de Gruyter 2003.

Gehr, Martin: Metaphern und Redewendungen im politischen Kommentar. Wiesbaden: Springer VS 2014.

Girnth, Heiko: Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer Verlag 2002. (Germanistische Arbeitshefte 39)

Herrgen, Joachim: Die Sprache der Mainzer Republik (1792/93). Historisch-semantische Untersuchungen zur politischen Kommunikation. Tübingen: Niemeyer Verlag 2000. (Reihe Germanistische Linguistik 216)

Holly, Werner: Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1990.

Kienpointner, Manfred: Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern. Stuttgart-Bad Cannstatt: frommann-holzboog 1992. (problemata 126)

Lakoff, George/ Johnson, Mark: Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Astrid Hildenbrand. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag ^{3}2003.

Liebert, Wolf-Andreas: Metaphernbereiche der deutschen Alltagssprache. Kognitive Linguistik und die Perspektiven einer Kognitiven Lexikographie. Frankfurt am Main, Berlin, Bern (u.a.): Peter Lang 1992. (Europäische Hochschulschriften Reihe I, Deutsche Sprache und Literatur 1355)

Luft, Stefan: Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München: C.H. Beck 2016.

Mittnik, Philipp: Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. Wien: Lit Verlag 2010. (Politikwissenschaft 177)

Niehr, Thomas: Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung. Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2004. (Sprache – Literatur und Geschichte 27)

Niehr, Thomas: Einführung in die linguistische Diskursanalyse. Darmstadt: WBG 2014.

Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014 a.

Pelinka, Anton/ Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien: Facultas ^{3}2007.

Pielenz, Michael: Argumentation und Metapher. Tübingen: Gunter Narr Verlag 1993. (Tübinger Beiträge zur Linguistik 381)

Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen. Wien: Ueberreuter 2010.

Sarasin, Philipp: Michel Foucault zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag GmbH 2005.

Schippan, Thea: Lexikologie der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen: Max Niemeyer Verlag [2]2002.

Spieß, Constanze: Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte. Berlin, Boston: De Gruyter 2011. (Sprache und Wissen 7)

Spitzmüller, Jürgen/ Warnke, Ingo H.: Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin, Boston: De Gruyter 2011.

Toulmin, Stephen: Der Gebrauch von Argumenten. Aus dem Englischen übersetzt von Ulrich Berk. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag [2]1996.

Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln: Halem 2016. (edition medienpraxis 14)

6.2 Unselbstständige Werke

Bellmann, Günter: Der Beitritt als Wende. Referenz und Nomination. In: Bremer, Ernst/ Hildebrandt, Reiner (Hrsg.): Stand und Aufgaben der deutschen Dialektlexikographie. II. Brüder-Grimm-Symposion zur Historischen Wortforschung. Beiträge zu der Marburger Tagung vom Oktober 1992. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1996. (Historische Wortforschung 4), S. 1-16.

Böke, Karin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik. In: Böke, Karin/ Liedtke, Frank/ Wengeler, Martin (Hrsg.): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1996. (Sprache- Politik- Öffentlichkeit 8), S. 19-50.

Böke, Karin: Überlegungen zu einer Metaphernanalyse im Dienste einer »parzellierten« Sprachgeschichtsschreibung. In: Böke, Karin/ Jung, Matthias/ Wengeler, Martin (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996 a, S. 431-452.

Böke, Karin: Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. In: Böke, Karin/ Liedtke, Frank/ Wengeler, Martin (Hrsg.): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-

Ära. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1996 b. (Sprache- Politik- Öffentlichkeit 8), S. 131-210.

Böke, Karin/ Jung, Matthias/ Niehr, Thomas (u.a.): Vergleichende Diskurslinguistik. Überlegungen zur Analyse internationaler und intralingualer Textkorpora. In: Niehr, Thomas/ Böke, Karin (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 11-36.

Burkhardt, Armin: Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein, Josef/ Diekmannshenke, Hajo (Hrsg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1996. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 7), S. 75-100.

Burkhardt, Armin: Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte. In: Besch, Werner/ Betten, Anne/ Reichmann, Oskar u.a. (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. Erster Teilband. Berlin, New York: Walter de Gruyter ^{2}1998. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2.1), S. 98-122.

Burkhardt, Armin: Politische Sprache. Ansätze und Methoden ihrer Analyse und Kritik. In: Spitzmüller, Jürgen/ Roth, Kersten Sven/ Leweling, Beate (u.a.) (Hrsg.): Streitfall Sprache. Sprachkritik als angewandte Linguistik? Mit einer Auswahlbibliographie zur Sprachkritik (1990 bis Frühjahr 2002). Bremen: Hempen Verlag 2002. (Freiburger Beiträge zur Linguistik 3), S. 75-114.

Busse, Dietrich/ Teubert, Wolfgang: Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, Dietrich/ Hermanns, Fritz/ Teubert, Wolfgang (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994, S. 10-28.

Gardt, Andreas: Diskursanalyse – aktueller theoretischer Ort und methodische Möglichkeiten. In: Warnke, Ingo H. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorien und Gegenstände. Berlin, New York: Walter de Gruyter 2007. (Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), S. 27-52.

Girnth, Heiko/ Spieß, Constanze: Einleitung: Dimensionen öffentlich-politischen Sprachhandelns. In: Girnth, Heiko/ Spieß, Constanze (Hrsg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. Berlin: Erich Schmidt Verlag 2006. (Philologische Studien und Quellen 200), S. 7-16.

Grünert, Horst: Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 52 (1983), S. 43-58.

Grünert, Horst: Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte in ihrer Verflechtung. In: Besch, Werner/ Reichmann, Oskar/ Sonderegger, Stefan (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. Erster Halbband. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1984. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft 2.1), S. 29-37.

Klein, Josef: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hrsg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 3-50.

Klein, Josef: Politische Rhetorik. Eine Theorieskizze in Rhetorik-kritischer Absicht mit Analysen zu Reden von Goebbels, Herzog und Kohl. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 75/76 (1995), S. 62-99.

Lübbe, Hermann: Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. München: Herder 1975, S. 87-111.

Pelinka, Anton: Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31/3 (2002), S. 281-290.

Schwarz-Friesel, Monika: Metaphern und ihr persuasives Inferenzpotential. Konzeptualisierungen des islamistischen Terrorismus nach 9/11 im massenmedialen Diskurs. In: Spieß, Constanze/ Köpcke, Klaus-Michael (Hrsg.): Metapher und Metonymie. Theoretische, methodische und empirische Zugänge. Berlin, München, Boston: Walter de Gruyter 2015. (Empirische Linguistik 1), S. 143-160.

Spieß, Constanze/ Köpcke, Klaus-Michael: Metonymie und Metapher – Theoretische, methodische und empirische Zugänge. Eine Einführung in den Sammelband. In: Spieß, Constanze/ Köpcke, Klaus-Michael (Hrsg.): Metapher und Metonymie. Theoretische, methodische und empirische Zugänge. Berlin, München, Boston: Walter de Gruyter 2015. (Empirische Linguistik 1), S. 1-22.

Strauß, Gerhard: Sprachspiele, kommunikative Verfahren und Texte in der Politik. Versuch einer Textsortenspezifik. In: Strauß, Gerhard: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik. Tübingen: Gunter Narr Verlag 1986. (Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache Mannheim 60), S. 2-66.

Warnke, Ingo H.: Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Warnke, Ingo H. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorien und Gegenstände. Berlin, New York: Walter de Gruyter 2007. (Linguistik – Impulse & Tendenzen 25), S. 3-24.

Wolf, Franz: Integration in Österreich - Herausforderung Zusammenhalt. In: Mindler-Steiner, Johannes (Hrsg.): Integration nach vor denken. Österreichs Umgang mit dem (noch) Fremden. Wien: Verlag noir 2016. (Schriftenreihe Umwelt, Friede & Entwicklung 02), S. 69-79.

6.3 Wörterbücher

Duden. Deutsches Universalwörterbuch. Berlin: Dudenverlag. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage 2015.

Panagl, Oswald/ Gerlich, Peter (Hg.): Wörterbuch der politischen Sprache in Österreich. Wien: öbvhpt 2007.

Jung, Matthias/ Niehr, Thomas/ Böke, Karin: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000.

6.4 Diplomarbeiten

Arnim-Ellissen, Jakob: „Asylmissbrauch – Kampfbegriff der österreichischen Asyldebatte?“ Diplomarbeit. Univ. Wien 2012.

6.5 Internetquellen

Bundeskanzleramt Österreich: HELP.gv.at: https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992541.html, zuletzt eingesehen am 23.09.2017.

Bundesministerium für Inneres: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_10034/imfname_577942.pdf, zuletzt eingesehen am 23.09.2017.

Bundesministerium für Inneres: Asylwesen:

Statistik Dezember 2014: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2014/Asylstatistik_Dezember_2014.pdf, zuletzt eingesehen am 16.03.2017.

Statistik Dezember 2015: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asylstatistik_Dezember_2015.pdf, zuletzt eingesehen am 16.03.2017.

Statistik Dezember 2016: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/2016/Asylstatistik_Dezember_2016.pdf, zuletzt eingesehen am 16.03.2017.

Die Grünen: https://www.gruene.at/partei/organisation/bundespartei, zuletzt eingesehen am 06.09.2017.

Die Grünen – Parteiprogramm: https://www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm, zuletzt eingesehen am 10.11.2017.

Die Grünen – Integrationsleitlinien: https://www.gruene.at/partei/programm/gruene-teilprogramme, zuletzt eingesehen am 10.11.2017.

Fachdidaktikzentrum für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung (Hrsg.): historisch-politische bildung. Themendossiers zur Didaktik von Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung. Politische Parteien in Österreich. Nr. 4/ 2011. In: http://www.didactics.eu/fileadmin/pdf/hpb4.pdf, zuletzt eingesehen am 10.04.2017.

FPÖ - Parteiprogramm: https://www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/, zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

FPÖ – Handbuch freiheitlicher Politik: https://www.fpoe.at/themen/handbuch-freiheitlicher-politik/, zuletzt eingesehen am 10.11.2017.

Gierke, Sebastian: Warum "Asylant" ein Killwort ist. In: http://www.sueddeutsche.de/politik/sprache-im-migrationsdiskurs-warum-asylant-ein-killwort-ist-1.2262201#redirectedFromLandingpage [11.12.2014], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.

Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. In: http://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/filter:a/, zuletzt eingesehen am 22.09.2017.

Kessler-Wirth, Karoline: "Flut": Wie Sprache unsere Einstellung zum Thema Asyl lenkt. In: http://www.infranken.de/ueberregional/Flut-Wie-Sprache-unsere-Einstellung-zum-Thema-Asyl-lenkt;art55462,1220162#no_accepted [09.09.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.

Klatzer, Jürgen: Die „Asylantenflut“ in unseren Köpfen. In: https://kurier.at/politik/inland/macht-der-sprache-die-asylantenflut-in-unseren-koepfen/151.956.717 [15.09.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.

Mediendienst Integration: Flüchtlingsdebatte. Die wichtigsten Begriffe für den Journalisten-Alltag 2017. In: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Informationspapier_Begriffe_Asyldebatte.pdf, zuletzt eingesehen am 23.09.2017.

ORF-Sendung: Bürgerforum: Flüchtlinge – kein Ende in Sicht? In: https://www.youtube.com/watch?v=k_Tuzry_Nuk [24.11.2015], zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

ORF-Sendung: Sommergespräche mit Eva Glawischnig-Piesczek. In: https://www.youtube.com/watch?v=3gxwJ1-F2nk [8.8.2016], zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

ORF-Sendung Sommergespräche mit Heinz-Christian Strache. In: https://www.youtube.com/watch?v=YqmpNi0gKx8 [22.8.2017], zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

Rede von Eva Glawischnig-Piesczek bei der Sitzung des Nationalrates am 1.9.2015: https://www.youtube.com/watch?v=glFL153x3XM, zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

Rede von Eva Glawischnig-Piesczek bei der Sitzung des Nationalrates am 16.3.2016: https://www.youtube.com/watch?v=qu85tjsID18, zuletzt eingesehen am 10.11.2017.

Rede von Heinz-Christian Strache bei der Sitzung des Nationalrates am 1.9.2015: https://www.youtube.com/watch?v=PolwksRrJao, zuletzt eingesehen am 10.11.2017.

Rede von Heinz-Christian Strache bei der Sitzung des Nationalrates am 16.3.2016: https://www.youtube.com/watch?v=ncFVMHucnEs, zuletzt eingesehen am 20.04.2017.

Statistik Austria/ Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2016. In: http://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/migrationintegration-2016.pdf, zuletzt eingesehen am 21.03.2017.

Tiefenthaler, David: Wenn Menschen zur „Flut“ werden. In: http://orf.at/stories/2292457/2292454/ [05.08.2015], zuletzt eingesehen am 14.03.2017.

UNHCR Österreich. In: http://www.unhcr.org/dach/at/, zuletzt eingesehen am 25.09.2017.

7 Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Sprache der beiden österreichischen Parteien FPÖ und Grüne. Genauer geht es um deren Sprachverwendung im Flüchtlingsdiskurs, welche mittels einer linguistischen Diskursanalyse untersucht und verglichen wird. Das Textkorpus besteht einerseits aus schriftlichen Texten, wie Parteiprogrammen, und andererseits aus mündlichen Beiträgen, wie Reden bei Nationalratssitzungen. Die Texte stammen vorrangig aus den Jahren 2015 und 2016, wo die so genannte „Flüchtlingskrise“ in Europa und Österreich als am stärksten wahrgenommen wurde.

Hinsichtlich der Analyseebenen wird auf die Lexik, die Metaphorik und die Argumentation Bezug genommen. Es wird untersucht, welche Schlagwörter den Diskurs beherrschen, welche Metaphern gebraucht werden und welche prototypischen Argumente die jeweiligen Parteien anführen. Des Weiteren wird der Frage nachgegangen, welche Funktion hinter der Verwendung bestimmter sprachlicher Spezifika durch die beiden Parteien steht.

Es wird außerdem geklärt, welche Positionen FPÖ und Grüne im Diskurs beziehen und wie sie diese durch den Gebrauch bestimmter sprachlicher Mittel konstruieren und stützen.

8 Anhang

Transkript von Heinz-Christian Straches Rede bei der Sitzung des Nationalrats vom 1.9.2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Kanzler, Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Wir haben aus gutem Grund in der Präsidiale gegen den Fahrplan zum Asyldurchgriffsrecht gestimmt. Allein die Tatsache, dass die Regierung die Unterbringungsproblematik durch eine Verfassungsänderung und damit einer Entmachtung der Länder und Gemeinden zu lösen versucht, ist aus unserer Sicht demokratiepolitisch und auch föderalistisch Anlass zur Sorge. Das ist ihr Zugang der Verfassungsänderung, nämlich den Eingriff in die Autonomierechte vorzunehmen. Wir meinen, demokratiepolitisch wäre es der richtige Ansatz mit den Gemeinden und den Bürgern auch das Gespräch zu suchen und gemeinsame Lösungen und eben nicht über sie drüber zu fahren.
Und ich sag das unter Außerachtlassung letztlich auch der Entstehung der heutigen Verfassungsänderung und Außerachtlassung parlamentarischer Usancen, nämlich ohne Einholung von Stellungnahmen und die Einbindung von Betroffenen, ohne Diskussionen in einem parlamentarischen Ausschuss und ohne Hearing. Das ist einfach schlicht indiskutabel, weil es einfach den parlamentarischen Prozess, so wie wir es in der Gesamtheit sonst bei Verfassungsgesetzesänderung erleben, eben hier nicht haben.
Und ich sage, wir Freiheitliche sind klar gegen dieses Durchgriffsrecht, auch wenns Ihnen nicht passt. Ja, wir haben eine andere demokratiepolitische Position, und da können Sie noch so sehr auch mit Zwischenrufen auffallen, weil wir davon überzeugt sind, es ist definitiv der falsche Weg.
Wenn die Regierung, mit Unterstützung der Grünen, meinen, sie müssten jetzt die Verfassung ändern, dann müssen sie letztlich unserer Ansicht auch natürlich sich der Diskussion stellen, auch anderen Meinungen stellen. Es wurde gesagt 1,5 % pro Gemeinde – auch hier muss man festhalten, Österreich hat seit 1945 1,5 Millionen Menschen aufgenommen und hat hier immer sich hilfsbereit gezeigt. Man soll daher bitte nicht so tun, als würde es sich jetzt um eine kleine Prozentualität handeln, und wir haben schon in den letzten Jahrzehnten durchaus bis oftmals an Kapazitätsgrenzen uns hilfreich gezeigt und bewiesen. Und wenn man dann die 1,5 % bemüht und so tut, als wäre sonst keine andere Problematik in den letzten Jahrzehnten entstanden im Bereich der Integration, im Bereich von Integrationsverfehlungen, also bitte Herr Vizekanzler, dann haben Sie die Probleme wirklich nicht verstanden in Österreich.
Und deshalb dann das darauf zu reduzieren und daher alle jene Menschen, die hier mit diesen Problemen auch konfrontiert sind in unserer Gesellschaft, lächerlich hinzustellen

oder sogar als Menschen hinzustellen, die man nicht ernst nehmen muss oder als Menschen hinzustellen, die die wahren Probleme nicht erkennen, weil man von oben herab hier wiederum einmal versucht beckmesserisch zu erklären, wie man zu denken hat, dann ist das einfach der falsche Zugang.

Und ich sage daher, aus unserer Sicht ist zu diesem Thema eine Volksabstimmung auch vorzunehmen, die werden wir auch heute beantragen.

Viel wurde immer wieder die Europäische Union bemüht. Sie haben heute, sowohl der Herr Kanzler, als auch Sie, Herr Vizekanzler, gesagt, die Europäische Union braucht hier Lösungen, gemeinsame Lösungen. Diese Europäische Union besteht nicht erst seit gestern. Sie besteht seit längerer Zeit, sie hat durchaus auch Experten, auch Verfassungsdienste, auch Geheimdienste. Also man soll nicht so tun, als wäre dieser Prozess von heute auf morgen entstanden. Er war absehbar und man fragt sich, warum die Europäische Union in dieser Art und Weise so dramatisch gescheitert ist. Wenn man sich selbst Gesetze auferlegt mit Schengengrenzen, mit europäischen Außengrenzen, warum man dann so kläglich versagt, dass diese Grenzsicherung eben nicht Realität ist und auch nicht funktioniert, dann ist das Realität und dann muss man Probleme lösen. Ja, dann muss man auch bereit sein, Fehler einzugestehen und zu sagen, diese Europäische Union hat mit den Schengen-Außengrenzen versagt. Auch Dublin II und Dublin III, weitere Gesetze, werden von Ländern der Europäischen Union nicht eingehalten. Ergo dessen haben Sie die Verantwortung, endlich zu reagieren, nämlich seit Monaten, was Sie nicht tun. Mit völliger Untätigkeit keine Grenzkontrollen sicherzustellen, keine Aufstockung der Exekutive in dem Sinn vorzunehmen und auch keinen Bundesheerassistenzeinsatz befohlen zu haben. Da sind Sie selbst säumig, bei einem Versagen, dass Sie aufzeigen. Sich hinzustellen und zu sagen, wir brauchen wieder eine Europäische Unionslösung, obwohl hier das Versagen eklatant seit Monaten sichtbar ist, entbindet Sie nicht von Ihrer Verantwortung, in Österreich Verantwortung zu haben und unsere Grenzen notfalls, wenn andere scheitern zu schützen und damit der eigenen Bevölkerung zur Seite zu stehen.

Und es glaubt ja wohl auch niemand ernsthaft, man könne jetzt mit dem Verfassungsgesetz das Verbrechen von Schlepperbanden und der Schleppermafia verhindern. Dieses Geschäft wird natürlich weitergehen. Und ich sage, es ist daher wichtig, diese Schleppermafia zu bekämpfen und natürlich auch mit voller Härte des Gesetzes, auch natürlich mit Grenzsicherung, solange die EU-Außengrenzen nicht funktionieren, so lange der Umstand jeden Tag eklatant ist, dass über tausend Aufgriffe, Neuaufgriffe in Österreich stattfinden. Dass Menschen, aus welchen Beweggründen auch immer, ob verfolgt im Sinne der Genfer Konvention, weil die brauchen und benötigen unseren Schutz und unsere Hilfe. Diese Menschen sind wirklich die Ärmsten der Armen, die letztlich ihr Leben verlieren in diesen Regionen und flüchten müssen. Die haben im Sinne der Genfern Konvention natürlich letztlich auch unseren Schutz verdient und den haben wir humanitär mit

allen Mitteln letztlich sicherzustellen. Aber so zu tun, als wären alle, die kommen, ausschließlich im Sinne der Genfer Konvention Menschen, ist auch unredlich. Hier fehlt die notwendige Differenzierung, hier wird vermanscht, und genau das passiert unter dem Begriff „Flüchtlinge“. Alle werden so dargestellt, als wären sie im Sinne der Genfer Konvention auf der Flucht. Nein, wir haben Menschen, die aus wirtschaftlichen Überlegungen kommen, die nicht mit Leib und Leben bedroht sind, die nicht im Sinne der Genfer Konvention Schutzsuchende sind und damit mit dem Scheitern, das wir an den Außengrenzen haben, mit den nicht vorhandenen Grenzkontrollen, mit dem Versagen auch der österreichischen Bundesregierung, wird natürlich hier weiter aufgemacht und das Signal gesetzt: „Kommt, probiert es, kommt durch die vielen sicheren Länder Europas, wenn ihrs einmal geschafft habt, über Griechenland, über Bulgarien, über Rumänien, über Ungarn. Setzt euch dort in Züge. Kommt nach Österreich als eine der Wunschdestinationen oder fahrt dann weiter nach Deutschland und Schweden!“ Das ist ja tagtäglich Gang und Gebe und ich kann nur sagen, Respekt vor allen, die helfen in unserer Gesellschaft. Respekt auch vor der Exekutive, die mit einer unglaublichen personellen Unterbesetzung zu kämpfen hat und heute gar nicht mehr weiß, wie sie überhaupt mit dem Problem fertig werden soll bei täglich über tausend Aufgriffen und mehr. Und letztlich nur mehr mit der Administration beschäftigt ist aber der eigentlichen Aufgabe, nämlich der Bekämpfung des Verbrechens, der Prävention gegenüber der Kriminalität oder Aufklärung von Verbrechen nachzukommen. Sie sollten einmal mit den Exekutivbeamten in Österreich, gleich welcher Bundesländer, reden, wie verzweifelt diese Beamten heute sind und wie sie verzweifelt teilweise im Stich gelassen werden.

Und genau darum geht’s, wir haben natürlich hier alle die Verantwortung, entsprechend mit dieser Problemsituation auch umzugehen und wir sind entsetzt über die unglaubliche und unfassbare und nicht zu begreifende Tragödie, wie Schlepperbanden, wie die Schlepperpermafia Menschen in LKW’s hineinpferchen, unmenschlich und dort diese Menschen grausamst erstickt sind. Das ist für uns alle nicht fassbar und entscheidend ist, was können wir tun, damit das in Zukunft nicht passiert und dass diese Menschen in Zukunft hoffentlich nicht solche qualvollen Todesfolgen erleiden müssen, weil dieses Geschäft weiterblüht. Da müssen wir uns Gedanken machen und das abstellen. Und man hat ja diese armen Menschen schon tot auch über die österreichische Grenze gebracht, um sie hier menschenunwürdig einfach irgendwo auf einem Parkplatz abzustellen. Das ist zutiefst zu bedauern und ich sage, dieses entsetzliche Ereignis zeigt auch auf, wie dringend es notwendig ist, letztlich gegen die verbrecherischen Schlepperbanden und ihr schmutziges Geschäft auch entschlossen vorzugehen und dass natürlich, so lange die Außengrenzen nicht funktionieren, rigorose, lückenlose Grenzkontrollen in Österreich notwendig sind. Und das werden wir nur gemeinsam mit einem Assistenzeinsatz des Bundesheeres auch

schaffen und zustande bringen. Und das im Interesse aller, auch der Opfer der Schlepperbanden.
Und natürlich sind Schlepper auch potentielle Mörder und müssen entsprechend auch so behandelt und bestraft werden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist keine Panikmache, die Realität sachlich aufzuzeigen, auch wenns Ihnen nicht gefällt. Es ist keine Panikmache, Ihre Untätigkeit in dieser Frage zu verurteilen und anzuprangern, weil man Handlungswillen bei Ihnen nicht erkennt. Sie reden immer an alle möglichen Instanzen und versuchen sozusagen diese Probleme teilweise in der Verantwortlichkeit, irgendwo anders hinzuschieben.
Herr Faymann, Sie selbst haben gesagt, dieses Asylchaos, oder wie die Innenministerin gesagt hat, diese Massenimmigration oder Massenzuwanderung, weil auch das ist ja der Fall, ist Chefsache. Ja ich seh keinen Chef und ich seh keine Lösung in dieser Problematik. Und dann brauch man einen Koordinator, weil man selbst scheitert. Also wenn die Regierung bei allen Themen, wo sie in den letzten Jahren gescheitert ist - Familienpolitik, Sicherheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik - überall einen Koordinator einsetzt, dann frag ich mich, für was brauchen wir Sie noch, Herr Kanzler, Herr Vizekanzler und meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Ministerbank? Also das ist dann auch wiederum der eigene Bereich der Verantwortlichkeit, wo man wieder versucht, wegzuschieben. Und natürlich ist es richtig, Sicherheit und Ordnung muss man in diesen Regionen schaffen und natürlich können Sie nicht wegwischen, dass die NATO dort diese Unsicherheit hinterlassen hat. Und dann wundert man sich, dass Terrorismus und Chaos dort ist? Da hat die NATO auch eine Verantwortung, bei dem, was dort hinterlassen wurde, letztlich auch einzugreifen und diese paar zigtausend radikalen Islamisten zu überwältigen, damit in dieser Region wieder Sicherheit und Schutz und Ordnung herrscht. Und dann haben wir die Verantwortung vor Ort Hilfe zu leisten, medizinische Hilfe, Infrastruktur zu schaffen, auch Aufnahmezentren sicherzustellen unter dem Schutz der UNO, auch die Mitverantwortung und Solidarität vom Iran, Saudi-Arabien, Katar einzufordern, die heute nicht erkennbar ist. Natürlich auch unsere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention. Ja, auch mit muslimischem Hintergrund, aber in erster Linie christlichem und jüdischem Hintergrund, die nämlich teilweise dort noch immer zugegen sind, nicht nach Europa gekommen sind und teilweise mit Tod und Mord bedroht sind. Das heißt, wir haben eine Verantwortung. Und diese Verantwortung müssen wir so gut wie möglich überall einfordern, dort wo wir selbst Entscheidungsfähigkeit haben, müssen wir sie selbst treffen. Und bei den österreichischen Grenzen, bei der Aufstockung der Exekutive, beim Assistenzeinsatz des Bundesheeres, da haben wir die Kompetenz bei diesem gesetzlichen Versagen der Schengengrenzen und der Europäischen Union und Dublin II und Dublin III. Und da können Sie nicht sagen, dass das eben nicht möglich wäre rechtlich. Im Gegenteil, es ist klar in den Gesetzen verankert, bei

Versagen hat jeder Nationalstaat das Recht, natürlich diese Schritte zu setzen und das wird nicht getan.
Bei der Bilderberger Konferenz war man bereit, drei Tage lang, die bayrisch-österreichische Grenze zu sichern. Was war das Ergebnis? Über hunderte Schlepper wurden festgenommen, in Untersuchungshaft genommen in Bayern. Ja, dann ist die Konferenz vorbei, dann ist es auf einmal nicht möglich, um den Schutz der eigenen Bevölkerung und letztlich auch den Kampf gegen die Schleppermafia fortzusetzen. Das verwundert dann auch. Und ich sage, hier wäre es naiv und ist auch naiv, alle Personen, die heute zu uns kommen pauschal als Flüchtlinge der Genfer Konvention zu bezeichnen und noch dazu, wo wir in allen rechtskräftigen Verfahren der letzten Jahre wissen, dass teilweise 60 und über 70 % der Antragsteller dieses Recht nicht erhalten haben durch unabhängige österreichische Gerichte. Und deshalb ist es unredlich, das nicht zu differenzieren. Und es ist die Verantwortung, herauszuarbeiten und auch zu überprüfen und zu registrieren, wer kommt nach Europa, wir prüfen letztlich auch die Anträge. Man hat natürlich auch dafür Sorge zu tragen, in entsprechenden Aufnahmezentren die Menschen auch human unterzubringen, aber dann auch sicherzustellen, dass diese Differenzierung so rasch wie möglich rechtlich auch hergestellt wird, damit man auch das Signal wie Australien, die USA oder Kanada setzt, ihr könnt aus reinen wirtschaftlichen Gründen nicht glauben, bei uns bleiben zu können, das würde unser System zum Kippen bringen. Und da haben wir eine Gesamtverantwortung. Und wenn man sich diese ansieht, dann haben wir alleine in diesem Jahr mit bis zu 80.000, wenn nicht mehr, Menschen zu rechnen, die zu uns kommen wollen und einen Asylantrag stellen werden. Wir haben in diesem Jahr in etwa 70.000 neugeborene Kinder in Österreich. Man rechnet damit erst mit dem Anfang eines Flüchtlingsstromes, der natürlich immer den geringsten Weg des Widerstandes sucht, nämlich dort, wo keine Grenzkontrollen stattfinden, und man kann davon ausgehen, wie Experten meinen, dass nächstes Jahr die Zahl der zukünftig Kommenden bei 100.000, 120.000 liegt und sie sich weiter erhöhen wird, wenn man nicht tätig wird.
Und wie das dann bei beschränkten Ressourcen, bei beschränkten Möglichkeiten, bei aller Hilfsbereitschaft, die wir haben, bei aller humanitären Verantwortung, die wir haben, funktionieren soll, wenn man nicht bereit ist zu sagen, da gibt’s eine Obergrenze, die man verkraften kann, verstehen ich nicht und versteht auch kein normal denkender Mensch. Weil die Obergrenze haben Sie nicht, Sie setzen eine pauschale Prozentualität einer Gesamtzahl, die unendlich sein könnte, die zu uns den Weg herfindet. Und das funktioniert nicht. Und alleine in dieser gesamten Überblickssituation, wo sie gesagt haben, 60 Millionen sind auf der Flucht, ja weitere 150 Millionen wollen aus wirtschaftlichen Gründen aufbrechen, und da wird natürlich weiter das Signal gesetzt, wer den Fuß auf europäischen Boden schafft, wird aufgeteilt.

Es gibt auch ein durchaus interessantes Video der Bundesrepublik Deutschland, eines Ministeriums dort, für Asylwesen zuständig, wo seit über eineinhalb Jahren in unterschiedlichen, mindestens zehn Sprachen sogar sehr freundlich darum geworben wird, dass man aufbricht, nach Deutschland zu kommen aus sozialen und wirtschaftspolitischen Gründen und gar nicht die Genfer Konvention da in den Vordergrund gestellt wird. Und damit auch Bilder erzeugt werden, die der Realität gar nicht entsprechen. Wenn man das Video sieht, da denkt man sich nämlich, völlig abseits jeglicher Realität.

Und ich sage daher, angesichts dieser Völkerwanderung dürfen wir nicht naiv sein, wir müssen hier Bedacht nehmen zu differenzieren zwischen wirklichen verfolgten Menschen und jenen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Und es sind die Zwangsquoten nicht der richtige Weg. Wir wollen letztlich mit einer Volksabstimmung und mit der direkten Demokratie sicherstellen, dass das auch in der Form nicht möglich wird und wir wollen mit den Gemeinden das Gespräch suchen, weil das kann nur in beiderseitigem Konsens letztlich auch gut gelingen. Und genau darum geht's und das ist unser Ansatz, da können Sie eine andere Meinung haben, aber sind Sie auch so redlich, in der Demokratie andere Meinungen nicht eben falsch darzustellen. Wir haben eine Meinung, die human ist, die menschlich ist, die aber andere Vorgehensweisen vorsieht als die Ihre. Ja, und gehen Sie auch dann so fair damit um, dass Sie nicht immer Andersdenkende versuchen wegzudodeln, nicht ernst zu nehmen, die Probleme, die die Menschen haben als Panikmache zu sehen, sondern nehmen Sie sie einmal ernst und nehmen Sie auch unterschiedliche Ansätze zur Kenntnis und sind Sie bereit, darüber sachlich zu diskutieren.

Transkript von Eva Glawischnig-Piesczeks Rede bei der Sitzung des Nationalrats vom 1.9.2015

Danke Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete.
Der Tod dieser 71 Menschen hat uns, denke ich, alle also sehr entsetzt auch zurückgelassen. Vor allem, weil man nicht anders kann, als darüber nachzudenken, was ist ihnen vorher passiert. Welchen Weg haben sie vielleicht schon geschafft? Sie sind vor Krieg und Verfolgung entkommen und sind bereits bis auf Boden der Europäischen Union, vielleicht bis Ungarn oder Österreich, bereits gekommen. Und was geht dann in dir vor, wenn du als Mutter dann überlegst, geh ich jetzt mit meinem Kind in so einen Laster hinein? Also welche Todesangst musst du vorher ausgestanden haben, dass du dich zu solchen Schritten entscheidest?
Das ist ja das Entsetzliche und das erschüttert uns neuerlich und immer wieder, dieses Sterben von hilflosen Menschen, die so verzweifelt sind, dass sie ähm auf solche Fluchtwege angewiesen sind. Und ich bin sehr froh, dass ich das heute öfters gehört habe und ich habs auch in den letzten Tagen auch schon öfters gelesen als vorher, dass wir endlich legale Einreisemöglichkeit für Kriegsflüchtlinge schaffen müssen, ansonsten wird das weitergehen.
Es hat aber etwas ausgelöst, glaub ich, ah diese Nähe auch zu einer Ortschaft, die wir alle kennen, zu Autobahnen, die wir alle kennen. Also die Welle der Hilfsbereitschaft, die gestern den Zug begleitet hat, die Züge begleitet hat von Wien über St. Pölten über Linz über Salzburg. Die Wasserspenden, die Windeln, die Babynahrung, das ist etwas sehr Schönes und das schließt an an viele Traditionen in vielen Gemeinden Österreichs, die in den letzten Jahren schon sehr, sehr viel geleistet haben. Gemeinsam mit den Organisationen, mit den Bürgermeistern. Und auf das können wir wirklich stolz sein.
Es wundert mich jetzt nicht, es wundert mich nicht, dass eine Fraktion im Haus jetzt gegen dieses Bundesverfassungsgesetz ist, weil das ein Widerstand ist, den wir auf vielerlei Ebenen einfach merken. In jeder Gemeinde, wo Flüchtlinge untergebracht werden sollen, selbst wenns nur um Kinderflüchtlinge geht, um Kinder geht, die alleine sind, um minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, ist die FPÖ dagegen. Und ich versteh das nicht, ich versteh das nicht, wie man angesichts ahm, wenn Sie sich diese Familien, in die Gesichter dieser Familien schauen. Jetzt kommen mittlerweile schon die Familien, früher warns die jungen Männer, die versucht haben, sich durchzuschlagen. Aber jetzt sinds wirklich die Familien mit den Kindern. Und es ist mir unbegreiflich, wie man hier von Grenzen schützen reden kann, wenns um Menschenleben schützen geht. Wir wollen Menschenleben schützen und nicht Grenzen.

Natürlich, man kann über so einen Eingriff mit einem Bundesverfassungsgericht kann man, mit einem Bundesverfassungsgesetzt kann man jetzt vielerlei Gründe dagegen haben und sagen, das ist schwierig, das sind Kompetenzen. Ich bin nur zu hundert Prozent der Meinung, es ist jetzt keine Zeit für Kompetenzstreitigkeiten. Im September wird's spätestens kalt und ich möchte keine obdachlosen Menschen mehr in Traiskirchen oder irgendwo anders in nicht wetterfesten Zelten untergebracht sehen und deswegen waren wir als Grüne in der Sekunde bereit, über eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen hier in Verhandlungen einzutreten. Und ich find, das Gesetz kann sich auch sehen lassen. Es ist eine sehr gute Lösung geworden.

Ja, aber es geht auch jetzt um einen Weckruf, einen Mahnruf auch an die europäischen Entscheidungsträger, an die europäische Politik. Es ist irgendwie eine sehr große Herausforderung. Angela Merkel hat das sehr selbstbewusst auch gesagt, sie hat gesagt: „die Ankunft dieser Flüchtlinge, dieser Kriegsflüchtlinge!" Und ich möchte trotzdem nochmal dieses Wort Flüchtling auch ein bissl hinterfragen. Es heißt, du gehst auf die Flucht, aber was hat man in Syrien erlebt, ich mein, da sind hunderttausende Menschen ermordet worden. In diesen Gefängnissen von Asad, wir kennen alle die Berichte, teilweise haben sie Kinder gefoltert, ihnen in die Füße geschossen, sie nicht mehr verarztet. Ähm, vom IS brauch ich eh nichts mehr erzählen. Ich mein, dass neunjährige Mädchen versklavt werden, ich mein, was machst du da anderes als zu fliehen, das ist die selbstverständlichste Sache der Welt, dass du hier weg willst. Und das ist Entkommen. Und wenn du dem entkommst, dem dann solche Abwehranlagen, wie diesen fürchterlichen Zaun in Ungarn. Das sind rasiermesserscharfe Klingen in einer Größenordnung, wenn man sich das anschaut, und dann sieht, wie die Eltern die Kinder in Wolldecken einwickeln, dass sie sie irgendwie unter dem Zaun durchbringen, kann ich nur sagen, so eine Anlage ist die personifizierte Inhumanität Europas. Und ich möchte die in Europa nicht mehr sehen. Wenn Ihnen das gefällt, ist das Ihre Sache. Ich sag Ihnen nur eines, ja, Ungarn, grad Ungarn ist ein Teil Europas, und grad Ungarn hat extrem von Hilfsbereitschaft profitiert, Ungarn hat es erlebt, was es heißt, hinter einem Eisernen Vorhang zu sein. Das hier solche Sätze fallen, wie vom ungarischen Kanzleramtsminister: „Wir werden nicht davor scheuen, Wasserwerfer und Gummiknüppel gegen Flüchtlinge einzusetzen." Mich erschüttert das. Haben wir aus der Geschichte nichts gelernt? Hat die ungarische Politik aus ihrer Geschichte nichts gelernt? Haben wir in Europa vergessen, haben viele Staaten in Europas vergessen, was es heißt, einen Eisernen Vorhang zu haben, wo tausende Menschen umgekommen sind? Haben wir vergessen, dass das Fundament Europas eigentlich die Erfahrung war, was Krieg heißt? Und dass es das Gegenteil von dem sein sollte, eine friedliche Union, eine solidarische Union.

Fabius, der französische Außenminister hat gesagt, Ungarn ist ein Teil Europas und Europa hat Werte, die man nicht dadurch respektiert, indem man Zäune aufstellt, wie man

sie nicht einmal gegen Tiere aufstellen würde. Und ich kann das zu hundert Prozent unterstützen und ich hätte mir das auch von einem österreichischen Außenminister in dieser Deutlichkeit gewünscht. Das sag ich auch dazu.
Also diese Entscheidung, vor der wir jetzt stehen, auf der europäischen Ebene hier eine Lösung zu finden, legale Einreisemöglichkeiten zu finden. Auch die Staaten, die offensichtlich überhaupt nicht wollen, Tschechien mit 140 Asylwerbern, Polen mit 1200 Asylwerbern, Asylwerberinnen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Also wie kann man hier eine solidarische Entscheidung herbeiführen? Und ich unterstütze das hier auch, mit Anreizen oder auch mit Verknüpfungen mit Förderungen auch zu arbeiten. Europa ist eine Solidargemeinschaft und da gehört das auch dazu, dass man die eigene Geschichte, die darauf aufbaut – Fundament heißt Frieden – und wir wissen alle, was Krieg im letzten Jahrhundert bedeutet hat, auf dieses Fundament auch aufbaut.
Und da unterstütze ich auch die Bundesregierung, wenn sie auf diesen Kurs einschwenkt, wenn sie Angela Merkel jetzt unterstützen, hier Vorschläge zu machen und wenn sie sich dezidiert dafür einsetzen, dass es legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge, für Kriegsflüchtlinge, die entkommen sind, gibt. Dass wir solche Vorfälle, dass sie sich anvertrauen müssen Menschen, die offensichtlich keine Skrupel haben, dass sie das nicht mehr erleben müssen. Das ist jetzt Ihre und unsere gemeinsame Aufgabe, aber dabei werden Sie von uns Unterstützung erfahren.
Ich möchte noch zum Gesetz ein paar Punkte erklären oder ausführen:
Ich meine, es ist September. Viele Menschen sind auch in Schulen untergebracht, es ist für viele Bundesländer schon eine Herausforderung. Ich glaub wir alle wollen, wenns Flüchtlinge in Österreich gibt, dass sie menschenwürdig untergebracht sind. Dieses Gesetz regelt Mindeststandards, regelt einen eigenen Schlafplatz. Ich möchte nicht, dass Sie dagegen stimmen, stimmens dafür, weil Sie können nicht dagegen sein, dass es einen eigenen Schlafplatz, Sie können nicht für Obdachlosigkeit in Traiskirchen sein, das kann es einfach nicht sein. Und es hat auch ahm Informationsrechte, also die Bürgermeister, die Gemeinden müssen informiert werden. Jede Gemeinde, jeder Bezirk, der sich jetzt in dieser Form auch engagiert, hat keine Notwendigkeit einer Ersatzvornahme. Also es ist auch ein Anreizsystem wirklich selbst aktiv zu werden, sich mit anderen Gemeinden zusammenzuschließen und das wird auch passieren.
Wichtig auch dafür und für gemeinnützige Organisationen beim Betreuen von Flüchtlingen. Ich halte es für falsch, ich hab das eine falsche Entscheidung damals von der schwarz-blauen Bundesregierung empfunden, das gewinnorientierten Unternehmen anzuvertrauen. Ich halte unsere Caritas, Diakonie, Samariterbund, unser Rotes Kreuz für die absoluten Profis in diesem Bereich und ich hätte mir gewünscht, dass die auch bei der Vergabe dieser Versorgung auch vorrangig eingebunden werden und das ist jetzt mit diesem Gesetz wieder garantiert und ich finde, das ist eine gute Lösung.

Es wird jedenfalls zu einer Normalisierung auch beitragen. Auch zu einer Normalisierung der Diskussionen. Es gibt viele Ortschaften, die diese Thematik nur aus den Medien kennen, viele Menschen, die noch nie mit einem Flüchtling direkten Kontakt gehabt haben. Und das ist schon die Erfahrung, sobald man einmal die Geschichte hinter dem Menschen hört – es sind, es ist jede einzelne Geschichte ist hörenswert, jede einzelne Geschichte ist die Geschichte eines Menschen. Wenn Sie sich solche Dinge im Kino anschauen, können Sie dann hinausgehen und sagen, es ist nur ein Film gewesen. Aber es ist kein Film, es ist jedes einzelne dieser Schicksale ist ganz grausame Realität. Und an dem werden wir auch gemessen werden und ich bin froh, wenn meine Kinder mich mal fragen, was habt ihr damals beigetragen, hab ich gesagt, wir haben zumindest das versucht was wir können, ja. Und in dem Sinn bitte ich Sie, ähm, auch noch einmal, Ihre Ablehnung dieses Gesetztes zu überdenken und mitzuwirken, dass wir den Menschen in Österreich, die entkommen sind, auch eine menschenwürdige Unterbringung garantieren können.

Transkript von Heinz-Christian Straches Rede bei der Sitzung des Nationalrats vom 16.3.2016

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren vor den Bildschirmen!

Herr Bundeskanzler, danke wieder für Ihre salbungsvollen Worte im Rahmen Ihrer Erklärung, wo Sie wieder einmal versucht haben darzustellen, wie segensreich die Europäische Union ist und wie wichtig es ist, diese Europäische Union zu haben – äh wo man ja ein Nest von Widersprüchen erleben muss. Die achte EU-Ratssitzung – keine Lösung in Sicht. Probleme, die vorhanden sind werden nicht gelöst von Seiten der Europäischen Union. Im Gegenteil, ich sage immer wieder, diese Europäische Union ist Teil des Problems, das wir haben.
Ein völliges Versagen auf unterschiedlichsten Ebenen. Seit über einem Jahr an den EU-Außengrenzen, wo Staatsverträge nicht eingehalten werden, Gesetze gebrochen werden, bis zu Dublin-Gesetzen, bis hin zu nationalstaatlichen Gesetzen, die am laufenden Band hier in Österreich unter Ihrer Verantwortung, Herr Faymann, gebrochen worden sind. Und ich sage, in Wirklichkeit erleben wir seit einem Dreivierteljahr und länger geradezu eine Symphonie des Irrsinns mit einer unverantwortlichen, naiven Einladungs- und Willkommenskultur, die von der Frau Merkel ausgesprochen wurde und die sie federführend, mit Ihrer Unterstützung Herr Faymann, über ein Dreivierteljahr lang unverantwortlicherweise gelebt hat. Und da waren Sie ein Dreivierteljahr lang dabei bei diesem Chaosorchester und das Ergebnis ist auch erschreckend, der Schaden ist ja angerichtet worden.
Seit letztem Sommer 2015 bis in den Februar dieses Jahres hinein und da waren Sie maßgeblich verantwortlich, Herr Faymann. Und das muss man einmal klar und deutlich sagen, und so gesehen, was da letztes Jahr passiert ist, vielleicht in einer Kurzzusammenfassung:
Über eine Million Menschen sind nach Österreich rechtswidrig hereingelassen worden. Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, die österreichischen Grenzen zu schützen, zu sichern, zu kontrollieren. Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, Passkontrollen, Registrierungen vorzunehmen. Sie haben es nicht der Mühe wert gefunden, Menschen abzuweisen, die rechtswidrig versucht haben, nach Österreich zu kommen. Sie haben es unterstützt, dass als staatliche Schlepperorganisation diese rechtswidrige Massenzuwanderung auch noch als staatliche Schlepperorganisation Richtung deutsche Grenze weiterzuleiten. Sie haben 93.000 Asylanträge in Österreich aufgenommen, die geprüft werden, obwohl es diesen Rechtsanspruch gar nicht gibt laut Genfer Flüchtlingskonvention. Und darüber hinaus haben wir Zigtausende im letzten Jahr aufgreifen müssen, die rechtswidrig sich hier aufgehalten haben. Das ist die Tatsache und jetzt versuchen Sie angesichts Ihrer

zu Recht dramatischen Umfragedaten plötzlich eine Kehrtwende vorzunehmen, wo ich frage, äh glauben Sie eigentlich noch das, was Sie da sagen?
180-Grad-Wende – Alle unsere freiheitlichen Forderungen seit dem letzten Sommer, nämlich, diese Krise ernst zu nehmen, die eigene Bevölkerung zu schützen, als wir gefordert haben im letzten Sommer, die Grenzen zu sichern, zu schützen, illegale Massenzuwanderung zu verhindern, da haben Sie uns als Hetzer beschimpft und diffamiert. Und jetzt stellen Sie sich bei dramatischen Umfragen hin und übernehmen, zumindest verbal, unsere richtigen Forderungen, wo Sie ein Dreivierteljahr lang genau das Gegenteil gemacht haben. Das ist ja unglaubwürdig, Herr Faymann. Mehr als unglaubwürdig. Und ich sag, das kauft Ihnen ja niemand mehr ab. Sie haben Österreich einen katastrophalen Dienst geleistet, ja manche sagen sogar, Sie haben Österreich verkauft und verraten, in dem letzten Dreivierteljahr. Und ich sag ja, das ist die bittere Wahrheit, wo man nicht hinwegtäuschen kann. Aber es zeigt zumindest eines, und das gibt mir Hoffnung – die Freiheitliche Partei Österreichs treibt zumindest diese Regierung vor sich her und hat den Druck so aufgebaut, dass Sie diesen Unsinn des letzten Dreivierteljahres nicht mehr einfach ungehindert fortsetzen können.
Und die Freiheitliche Partei als Schmied […] in dieser Frage zeigt zumindest, dass Sie offenbar zumindest gezwungen worden sind, verbal Ihre Positionen zu verändern, Bocksprünge vorzunehmen, Kehrtwendungen im Wochentakt vorzunehmen und ich sag, äh, das ist hier leider der Fall, da sind Sie das Chamäleon Europas, anders kann man das nicht benennen. Und ich nehm Sie da auch in vielen Fragen nicht mehr ernst, muss ich ganz offen sagen. Ich kann das gar nicht mehr bei all den Bocksprüngen, die ich schon erlebt hab.
Und ich sage, Sie, Herr Faymann, haben innenpolitisch, aber auch auf dem internationalen Parkett jede Glaubwürdigkeit verloren. Wenn jemand als Kanzler, so wie Sie, die Positionen immer wieder zu 180 Grad komplett verändert und über Bord wirft und völlige Richtungsänderungen macht, weil er offenbar in den Analysen völlig falsch gelegen ist, in den Fehleinschätzungen sich selbst übertrippelt hat, na dann ist er sowieso gescheitert. In Wahrheit sollten Sie konsequent sein und zurücktreten und den Weg freimachen für demokratische Neuwahlen. Die Bevölkerung hätte ein Recht darauf, angesichts dessen, was Sie schon an Schaden angerichtet haben.
Und Sie sind ein Kanzler des politischen Totalversagens und Scheiterns gewesen, das ist leider die Realität.
Und ja, wenn wir die Lage beurteilen und vor dem EU-Rat ist es ja heute schon angesprochen worden, wird das Thema sein, wie geht man jetzt mit der Situation um? Wir sind dankbar, dass Mazedonien heute, als Nicht-EU-Land die Grenzen sichert und schützt. Müss ma dankbar sein. Stell ma uns vor, die würden das nicht machen, was dann an den

österreichischen Grenzen los wäre bei der Grenzsicherung, die nicht vorhanden ist. Monatelang hätten Sie Zeit gehabt, alles diesbezüglich vorzubereiten, ja jeder weiß heute, im Bereich der internationalen Experten, dass wir davon ausgehen müssen, dass mit Ende des Winters die Ausweichrouten der Schlepper natürlich in Angriff genommen werden. Und wir befürchten müssen, dass Italien seine EU-Außengrenzen nicht entsprechend schützen wird und dadurch über Italien eine neue Route aufgemacht werden wird, wo Hunderttausende mit Ende des Winters Richtung Österreich, wahrscheinlich dann von Italien weitergeschleppt werden. Das heißt, wo sind die konkreten Vorbereitungen in Richtung Exekutive und Bundesheer, die Grenze entsprechend zu sichern? Da hat man sich nicht einmal getraut, den Grenzzaun als Begriff zu verwenden und hat „offene Türen mit Seitenteilen“ dort errichtet, wo man in Wahrheit sich lächerlich gemacht hat, ja, mit diesen Maßnahmen! Aber da geht man dann her und spricht von Obergrenzen und Richtwerten und Planungszielen, wo man dann permanente Widersprüche erlebt zwischen Innenministerin und Verteidigungsminister. Wo die Innenministerin sagt 83 Anträge am Tag und der Verteidigungsminister ihr dann am gleichen Tag noch widerspricht in der Zeit im Bild 2 und sagt nein, 83 bei jedem Grenzübergang. Beziehungsweise, wenn jemand es nach Österreich geschafft hat und dann erst im Land den Antrag stellt, wird das gar nicht gezählt und die 300, die täglich von Deutschland bereits zurückgeschickt werden, sind eh im Jahr 2016 nur 90.000, mit denen wir rechnen müssen, die zurückgeschickt werden, die rechnen ma ja auch nicht dazu. Das ist ja alles unglaubwürdig und so gesehen ist das im Vorfeld auch der Türkeiverhandlungen. Ja, unglaublich, wenn sich diese Regierung hinstellt und hier wirklich ernsthaft eine Partnerschaft mir Erdogan und der Türkei hier sucht. Einem Land, das unter Erdogan gerade im Vorfeld des Weltfrauentags mit Gummigeschoßen auf Frauen schießen hat lassen. Eine Erdogantürkei, die mit Polizeigewalt Oppositionsmedien besetzt und übernimmt. Wo man mit dem Militär gegen die Kurden im eigenen Land brutal vorgeht und einen Krieg gegen die eigene Minderheit im Land auch führt. Wo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind und ernsthafte Vorwürfe auch vorhanden sind, dass Erdogan mit dem Islamischen Staat brutale, blutige Geschäfte macht mit dem Erdöl und Lieferungen, die dort stattfinden. Mit so einem Erdogan und so einer Türkei wollen Sie ernsthaft eine Partnerschaft erzielen und glauben wirklich, dass das von Erfolg gekrönt ist? Bei jedem anderen Land würde man zurecht sagen, da gehören Sanktionen eingeführt, da gehören alle EU-Förderungen eingestellt, da müssen wir doch selbst danach trachten, dass wir nicht 16 Milliarden, so wie jetzt schon manche in der EU vorschlagen, in die Türkei zahlen, sondern diese 16 Milliarden, die sollten wir dazu einsetzen, den Griechen zu helfen, den Mazedoniern zu helfen, die Außengrenzen auch zu sichern und entsprechend auch hier Europa zu schützen und nicht solche faulen Deals vorzunehmen und einem Erpressungsversuch der Erdogantürkei

vielleicht sogar noch anheim zu fallen. Wo ist da Ihr Veto, das die österreichische Bevölkerung sich erwartet? Dank sei Orban, dass er das letzte Mal ein Veto eingelegt hat. Ja, so eine Politik wäre notwendig, um Europa zu schützen und vor einem Suizid zu bewahren, der hier offenbar in Vorbereitung steht und wo Sie auch sagen, dass das von Ihnen sogar gewünscht wird. Ja, in Wahrheit gehört eine ganz andere klare europäische, gemeinschaftliche Linie gesucht, und zum Glück wachen da immer mehr europäische Staatschefs neben Orban auch auf, die sagen, wir müssen klar kommunizieren: „Probiert es nicht, im Sinne der modernen Völkerwanderung nach Europa zu kommen. No Way, wir werden euch dorthin zurückschicken, wo ihr aufgebrochen seid!“ Und das muss der Auftrag auch an die Frontex sein, diesen Auftrag gibt’s bis heute nicht. Die Frontex hat bis heute den Auftrag, im Mittelmeer Menschen, die von Afrika auslaufen aus Schiffen, mit Schiffen, in Sicherheit zu bringen. Aber nicht zurückzubringen zu den Auslaufpunkten, sondern nach Europa zu bringen, um sie hier zu verteilen. Damit wird ja das tödliche Geschäft der Schleppermafia unterstützt, anstatt dem endlich einen Riegel vorzuschieben. Und das zeigt ja, wie falsch und unglaubwürdig diese Gesamtpolitik heute ist. Und so gesehen ist es notwendig, hier gegenzusteuern. Was angerichtet worden ist, der Schaden, ist da und natürlich muss man auch erinnern, wenn jetzt die große Kehrtwendung überall eingetreten ist und auf einmal zumindest man verbal von Seiten der SPÖ und der ÖVP freiheitliche Forderungen übernimmt, da ist schon einmal ein erster Schritt in die richtige Richtung erzielt. Ob das nur aus wahltaktischen Gründen vor der Präsidentschaftswahl der Fall sein wird, das wird sich weisen. Denn ich sage, wir werden sehen, wenn mit Ende des Winters die Routen vielleicht neue sind, ob dann auch wirklich die Konsequenz jene sein wird, die österreichischen Grenzen zu schützen und dicht gemacht zu haben. Das wird dann die Nagelprobe sein, ob Sie es ernst meinen oder wieder nur tarnen und täuschen, das wäre zu wenig!

Transkript von Eva Glawischnig-Piesczeks Rede bei der Sitzung des Nationalrats vom 16.3.2016

Danke Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete.
Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob Sie sich noch an das erinnern können, was Sie noch im September, im Oktober gesagt haben. Ich möchte Ihnen trotzdem ein paar Sätze daraus noch vorlesen:
„Zäune haben keinen Platz in Europa" – das war am 28. Oktober im letzten Jahr.
„Es gehe darum, ob wir das gemeinsam lösen, oder ob die einzige Idee darin besteht, Menschen zum Nachbarn zu schieben, damit man die Probleme nicht selber hat. Es gelte zu verhindern, dass jeder eine Mauer baut."
Weiters,
„Es ist eine Zeit, in der wir beweisen müssen, dass wir kein Europa wollen, in dem jeder versucht, seine Probleme auf dem Rücken des anderen zu lösen. Aufeinander zugehen ist in der europäischen Politik unverzichtbar."
Und das letzte Zitat, auch noch vom Oktober 2015:
„Jetzt geht es um ein gemeinsames Europa oder um den leisen Zerfall der Europäischen Union. Der eine Weg ist mühsam, schwierig und vermutlich langsam, doch der andere führt nur ins Chaos."
Das, was wir jetzt von Ihnen hören sind Wörter wie „Schengen", „Außengrenze", „Frontex", „Obergrenze", „illegale Routen", das Wort „Menschen in Not" kommt bei Ihnen nicht mehr vor. Sie vertreten im Moment genau das glatte Gegenteil von dem, was Sie noch vor wenigen Monaten als alternativlos vertreten haben. Und ich frage mich, wie es zu so einer Kehrtwende kommen kann und Sie sollten sich auch die Frage stellen, was Sie auch damit anrichten. Nämlich nicht nur für die österreichische Politik, sondern vor allem für die Zukunft der Europäischen Union.
Ich weiß nicht, wie man sich das vorstellen soll, dass jetzt irgendwie syrische und afghanische Flüchtlinge „geordnet" vor Krieg und Terror flüchten. Und es gibt nach wie vor keine legale Einreisemöglichkeit für Flüchtlinge in die Europäische Union. Alles, was Sie im Moment als so genannte Lösungen vertreten blendet ein ganz wichtiges Kriterium aus, nämlich, dass Menschen in Not keine Möglichkeit haben, legal, außer über Schlepper oder über gefährliche Seerouten in irgendeiner Form nach Griechenland zu kommen. Und es ist eine Schande, dass es heute nicht stärker thematisiert wird, dass an der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland, tausende Leute, darunter über 4000 Kinder de facto im Gatsch, im Dreck liegen, durchnässt, unterkühlt. Und die ganzen Versuche, es darzu-

stellen, dass in Nachbarlagern irgendwelche trockenen Plätze sind, sind unwahr. Lokalaugenschein vor Ort, es ist unwahr, es gibt keine freien Plätze in anderen Aufnahmestätten. Und dass das nicht stärker thematisiert wird, ist eine Schande.

Es tut mir leid, Kollegen von den Freiheitlichen, Sie reden immer nur von Grenzschutz, Sie reden von Grenzbalken, Sie reden von nationalen Ich-weiß-nicht-was, Sie blenden vollkommen aus, dass man Krieg und Elend nicht einfach abschalten kann auf Knopfdruck.

Und es ist nach wie vor so, in der Region – das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, klagt nach wie vor, dass gerade mal 50 % der Gelder, die sie benötigen würden, um vor Ort die notwendigste Hilfe zu leisten, dass nur 50 % von den Geldern tatsächlich da sind. Das ist die Realität und das kann man nicht ausblenden und mit dem sollten Sie sich ein bisschen ernsthafter befassen und nicht irgendwie, ich weiß nicht, Präsidentschaftswahlkampf hier heute irgendwie betreiben.

Aber zurück, Herr Bundeskanzler, das, was mich wirklich so ärgert und das wirklich gefährlich ist. Ich habe Ihnen das eine Zeit lang auch wirklich geglaubt, dass Sie eine europäische Perspektive haben und dass dieser Gedanke, dass die Flüchtlingsfrage nur gemeinsam europäisch gelöst werden kann, und das geht nicht anders. Dass das wirklich von Ihnen ernst gemeint ist. Sie haben sich jetzt mit dieser 180 Grad Kehrtwende genau in das Boot jener gesetzt, die mit wirklich viel Kraft daran arbeiten, dass keine europäische Lösung zustande kommt. Sie haben sichs mit der Kanzlerin Merkel sozusagen verscherzt. Jeden Tag eine Provokation. Ich frage mich, was Freundschaften, politische Bündnisse wert sind, wenn man es tatsächlich schafft, innerhalb von so kurzer Zeit, so drastisch seine Meinung zu ändern und so drastisch sich auf eine andere Seite zu stellen. Seehofer und Orban freuen sich über diesen Kurswechsel, der in Österreich passiert ist. Und damit wird die wichtige europäische Lösung, und ohne die geht's nicht, noch einmal. Es ist ein Raum von einer halben Milliarde Menschen, 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union. Letztes Jahr eine Million Asylanträge. Wir können das schaffen als 28 EU-Mitgliedsländer mit einer verbindlichen Verteilungsquote, mit einer gemeinsamen Standardisierung der Asylverfahren, mit einer Finanzierung auch mit einer gemeinsamen. In der Europäischen Union sind die Gelder dafür auch vorhanden, die Kommission arbeitet auch in diese Richtung. In diese Richtung geht auch unser Modell, wir haben das letzte Woche noch einmal vorgestellt und das ist europaweit von allen Grünen gemeinsam vertreten. Ein gemeinsam vertretenes Modell, nämlich bei Erfüllen der verbindlichen Quote gibt es einen Jahressatz pro Versorgung für einen Flüchtling, bei Übererfüllung gilt ein Vollkostenersatz von Unterbringung und Versorgung. Und das ist auch die Lösung, an der die Europäische Kommission arbeitet und ich würde mir von Ihnen wünschen, von der Bundesregierung wünschen, dass Sie diese Lösung mit aller Kraft und ganz radikal auch unterstützen. Anders wird's nicht gehen.

Ein Zitat vom Vizekanzler, der auch eine Kehrtwende vollzogen hat, der spricht jetzt von Invasion und so weiter, auch noch vom September:
„Leute, die um ihr Leben kämpfen, lassen sich von Stacheldraht, wahrscheinlich auch von Schüssen nicht abhalten. Not und Elend kann man nicht aussperren, man muss das Problem lösen."
Und ein weiteres Zitat von Ihnen, Herr Vizekanzler, das ich damals sehr unterstützt habe. Es gilt hier tatsächlich, sich zu entscheiden. Will man weiter einfach Angst schüren, will man sozusagen innenpolitisch Kleingeld damit machen, will man Wahlkämpfe damit in irgendeiner Form befeuern, oder will man wirklich eine Lösung für eine sehr große Herausforderung. Und im Moment sind Sie in die falsche Richtung abgebogen. Sie haben sich im Moment von der europäischen Lösungsmöglichkeit verabschiedet, und im Gegenteil, mit diesem Abschied arbeiten Sie denen in die Hände, die keine europäische Lösung wollen. Und einen Satz noch zum Schluss. Wenns immer darum geht, „Wir sind enttäuscht von der Europäischen Union", sagen viele aus Ihren Reihen. Reflektieren Sie trotzdem einmal, wer ist denn die Europäische Union? Das sind die 28 Staats- und Regierungschefs, wo ein Großteil davon nicht mitarbeiten möchte an einer gemeinsamen Lösung, wo Sie sagen, das ist das Problem von Ich-weiß-nicht-was, von Griechenland und von Italien, das geht uns nichts an. Aber das ist keine europäische, gemeinsame Vorgangsweise. Und dieser Entwicklungsschritt, das einmal zu reflektieren, dass wir als kleines Österreich in diesem europäischen Verbund deutlich mehr Chancen, deutlich mehr Zukunft, deutlich mehr Lösungsmöglichkeiten haben für viele Probleme dieser Welt. Da fang ich jetzt gar nicht an von Klimaschutz, über Arbeitsplätze, über eine positive Wirtschaftsentwicklung. Dafür brauchen wir eine europäische, gemeinsame Vorgangsweise. Sie sind an dem überhaupt nicht interessiert, Sie wollen diese Strukturen, die es jetzt gibt im Grunde zerschlagen und hauen sich mit denen auf ein Packerl, die auch offen sagen, sie würden sich darüber freuen, über einen Zerfall der Europäischen Union. Aber ich nehm Sie jetzt zu wichtig. Wichtig ist viel mehr, Herr Bundeskanzler, Vizekanzler, dass Sie sich aus dieser Wagenburgpolitik irgendwie heraus begeben, aus dieser Grenzbalkenpolitik und wieder europäisch zu denken beginnen und vor allem wieder europäisch zu arbeiten beginnen, weil anders wird's nicht gehen. Da zitier ich Sie noch einmal selber:
„Es ist zwar schwierig und mühsam, doch der andere Weg führt nur ins Chaos."

Transkript von Auszügen aus der Sendung „Bürgerforum“ vom 24.11.2015

Antwort auf die Frage des Moderators nach der Bewertung der Regierungsarbeit bisher:

ca. Minute 22:10- 24:04

Strache: „Also grundsätzlich muss man glaub ich bei dem Thema differenzieren. Es gibt Menschen, die kommen aus Kriegsgebieten und reisen durch viele europäische Länder, um Schutz zu suchen, aber letztlich suchen sie sich ihr Land aus und reisen durch unzählige sichere. Das sind in etwa 20-25 % aus Syrien, wo wir wissen aufgrund der Geheimdienste und auch der Bestätigungen der letzten Wochen, dass viele gefälschte Pässe im Umlauf sind. Und wo auch der Chef, der Ex-Chef, des Bundesnachrichtendienstes in Deutschland, der Herr Hanning auch gewarnt hat und gesagt hat, natürlich mengen sich in dieser modernen Völkerwanderung, wo Menschen vor Krieg flüchten auch über 80 % und andere, aus anderen Ländern, aus wirtschaftlichen Gründen da dazu, aber auch Kriminelle, auch Personen, die wahrscheinlich auch mit dem Islamischen Staat in Verbindung stehen. Und das ist jetzt das Kernproblem, dass man hier bei uns in Österreich seit Wochen und Monaten völlig versagt hat an den österreichischen Grenzen die entsprechenden Kontrollen, die Fingerprints, die Fotos und die Registrierungen vorzunehmen. Wir haben eine Zahl gehört von 540.000 Menschen, die man durch Österreich gelassen hat ohne Registrierung. Eine Schätzung, weil man gar nicht weiß, wieviel man hereingelassen hat, wo Österreich sich als offizieller Schlepper betätigt hat Richtung Deutschland. Auch die deutschen Politiker zurecht Österreich dafür kritisiert haben und wir gar nicht wissen, wie viele dann in der Illegalität abgetaucht sind, und das macht es zu einem Sicherheitsrisiko und das ist die Verantwortung dieser Regierung. Ich möchte es nur an einem Beispiel festmachen, weil der Herr Hanning vom Bundesnachrichtendienst gesagt hat: So wie das Stadion in Paris zum Glück gut kontrolliert wurde und damit auch Schlimmeres verhindert werden konnte, so ist das auch mit staatlichen Grenzen zu sehen. Es gibt Gesetze, die sind einzuhalten zum Schutz auch der eigenen Bevölkerung und wenn man dort Kontrollen nicht vornimmt, dann gefährdet man den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung.“

Selbe Frage an Frau Glawischnig:

ca. Minute 24:10- 25:42

Glawischnig: „Also vielleicht noch einmal zur Ausgangssituation zurück. Das was wir jetzt in Paris erlebt haben und auch so schmerzhaft mitgetrauert haben, das ist etwas, das die Menschen in Syrien tagtäglich erleben, nämlich wahlloses, zielloses, brutalstes Ermorden auf der Straße, auf der einen Seite, dann Bomben, Fassbomben auf Zivilbevölkerung, auf Familien, auf Kinder. Es sind auch so viel Kinder umgekommen im Syrienkrieg. Und dass man sich dann auf die Flucht macht, ist für mich menschlich einfach absolut nachvollziehbar. So sehr ich versteh, dass Sie sich schrecken, wenn jemand auf die Autobahn springt, aber das, was diese Menschen sozusagen erlebt haben und jetzt über Jahre hinweg erlebt haben, ist glaub ich nachvollziehbar, dass man dann einmal seine Sachen zusammenpackt und sagt, es geht nicht mehr, ich kann nicht mehr, ich hab keine Perspektive für meine Familie, für mein Kinder. Das, wo die österreichische Bundesregierung aus meiner Sicht extrem ausgelassen hat die letzten Jahre, ist auf die Hilferufe, die es vor allem von den internationalen Organisationen gegeben hat, vom UNHCR, vom Flüchtlingshilfswerk der UNO, vom Kinderhilfswerk, von der UNICEF, die gesagt hat, bereits vor eineinhalb Jahren gesagt hat, wir können die Menschen, die in den Lagern rund um Syrien teilweise unter sehr, sehr brutalen Bedingungen dahinfristen, wir können ihnen das Essen nicht mehr organisieren, wir können sie nicht mehr versorgen. Und jetzt genau im Parlament haben wir diskutiert, genau diese Zuschüsse für diese Hilfsorganisationen, die werden tatsächlich gekürzt. Und das ist etwas, was ich überhaupt nicht verstehen kann. Also einerseits genau die, die vor Ort auch helfen, und grade Kinderhilfspakete ausliefern, dass das nicht finanziell ausgestattet wird, verstehe ich nicht."

Frage zu Ausschreitungen bei einer Demonstration an der Grenze bei Spielberg:

ca. Stunde 1:03:44- 1:04:55

Glawischnig: „Also ich hab selber von diesen Ausschreitungen dort aus den Medien erfahren. Also ich finde das ungeheuerlich, die Unterstellung, dass da irgendwie Grüne irgendetwas mit Gewalt zu tun hätten. Im Gegenteil, also wir sind diejenigen, die sich immer Sorgen machen, dass genau solche Konflikte in der Gesellschaft spalten, deswegen warnen wir auch vor Hetze und vor Spaltung. Und ich sag Ihnen auch eines ganz offen: also, das ist genau das Problem, mit dem wir zu tun haben, wenn wir es nicht schaffen, das Problem so anzugehen und die Herausforderung so anzugehen, dass wir es gemeinsam schaffen. Und da gehört einiges dazu, und da gehört nicht dazu zu schimpfen und zu hetzen, sondern da gehört dazu wirklich auf allen Ebenen, von der internationalen, über die regionale, über die lokale Ebene auch wirklich Lösungen zu finden. Helfen auf allen Ebenen. Ich lehne Gewalt zutiefst ab, ja, aber eines muss mir schon bewusst sein. Ein Zaun um Österreich, eine Grenze um Österreich, rasiermesserscharfe Bollwerke rund um

Österreich heißen, bedeuten, dass du mit Gewalt, letztendlich auch mit Waffengewalt gegen schutzsuchende Menschen vorgehen musst. Was heißt Grenzen schützen? Heißt das dann Schussbereitschaft an der Grenze? Was bedeutet das tatsächlich? Und über den Punkt schummeln sich alle ein bisschen herum. Grenzen schützen – ich will nicht, dass ein Container, der irgendwo im Mittelmeer ins Wasser fällt mehr Rechte hat als ein junger Mann."
Strache gleich anschließend:

ca. Stunde 1:05:37- 1:07:40

Strache: „Zu dem, was vorher gesagt worden ist. Ich glaube, ganz unterschiedlich einmal festzuhalten. Wir haben Kompetenzen abgegeben. EU-Außengrenzsicherung, das war die Kompetenz, die die Europäische Union hat. Die versagt an allen Ecken und Enden, die hat sich abgemeldet. Seit Monaten wird nicht korrigiert. Das heißt, Länder sind in Ausnahmesituationen, in Notstandssituationen gekommen, wo ich sage, Respekt vor Präsident Orban, dass er seine Bevölkerung geschützt hat. Sie können das anders sehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass das, was man jeden Tag mit 60.000 Menschen am Flughafen schaffen kann – weil Sie sagen, das ist nicht möglich – 60.000 Menschen jeden Tag am Flughafen Schwechat werden kontrolliert, Gepäck wird kontrolliert, die Person wird kontrolliert, ohne Ticket gibt's kein Durchgehen, kein Erreichen des Fliegers. Das schaffen wir bei 6.000 bis 14.000 Menschen pro Tag an der Grenze nicht? Das ist doch absurd, das ist doch absurd. Und genau darum geht's. Und wenn ich dann diese Phrasen höre, dass das alles nicht möglich ist. Es geht ja nicht, ich mein, ich trau mich wenigstens sagen, das ist ein Zaun und nicht ein Tor mit Seitenteilen. Wir brauchen keinen Zaun rund um Österreich, wir brauchen aber das Wollen, letztlich illegale Massenzuwanderung zu verhindern. Und dass das zum Teil eben nicht nur Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention, das werden Sie ja hoffentlich eingestehen. Und dass das erst der Beginn einer modernen Völkerwanderung ist durch eine Willkommenskultur der Frau Merkel, die dazu aufgerufen hat, das muss uns auch klar sein. Das heißt, wir müssen hier verantwortungsvoller damit umgehen, im Interesse der Freiheit, der Menschen auch in Europa. Und dass nicht hier Entwicklungen passieren, gesetzeswidrige Entwicklungen, die wir seit Wochen und Monaten haben. Die zu Spannungen führen in der Gesellschaft, die wir nicht benötigen. Hilfe für die, die Hilfe brauchen, aber wir wissen, dass über 80 %, die heute zu uns kommen, nicht aus dem Kriegsgebiet kommen. Dass die aus allen Ländern dieser Welt kommen, keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind. Und, ein Schlusssatz, sogar die Frau Merkel gesagt hat, dass jene, die aus Afghanistan kommen und aus Pakistan kommen, so rasch wie möglich wieder abgeschoben werden sollen. Ich frage mich, warum man sie vorher reingelassen hat."

Antworten auf die Schlussfrage, was zu tun sei, wenn 2016 mehr Flüchtlinge nach Österreich kommen:

ca. Stunde 1:48:32- 1:49:56

Glawischnig: „Also ich denke, wir dürfen nie vergessen, was wir alle für ein unglaubliches Glück haben, in einem Europa zu leben ohne Krieg und ohne Eisernen Vorhang. Und ich denke, das ist das, was eigentlich handlungsleitend sein sollte für uns alle, als Individuen, als Staat, als Gemeinde. Dass wir helfen auf allen Ebenen. Und zu sagen, du lässt jetzt tausend rein und den Tausendeinhundertsten dann nicht, das funktioniert nicht. Es braucht europäische Solidarität, das ist überhaupt keine Frage. Es kann nicht sein, dass manche Länder, wie Polen, oder auch wie Ungarn, oder auch wie die Slowakei sagen, das geht uns alles nichts an. Das ist eine gemeinsame Verantwortung. Aber was es auch am allerwichtigsten braucht, ist glaub ich auch der persönliche Einsatz dafür, dass wir es hier mit Menschen zu tun haben. Und wäre es in der Zivilbevölkerung nicht eine Welle der Hilfsbereitschaft gewesen, und das dauert bis zum heutigen Tag an, wäre das nicht schaffbar gewesen. Und es ist eine große Herausforderung, das ist alles keine Frage, aber vergessen wir trotzdem nicht, es geht um Menschen. Und jeder einzelne Mensch hat eine Geschichte und ein Schicksal. Und ich möchte nicht, dass man irgendjemanden, nur weil er aus einer Notsituation heraus nach Österreich kommt, und sagt, du bist jetzt einer zu viel. Das hätte ich mir in der europäischen Geschichte nie vorstellen können. Auch, wenn wir einmal Hilfe gebraucht haben – du bist jetzt einer zu viel. Und einen Menschen in Not soll man einfach mit offenem Herzen und mit offenem, in dem Sinn auch Visier gegenübertreten, dass man keine Lügen über sie erzählt, was ununterbrochen der Fall ist, im Übrigen auch im Internet. Sollt noch zum Schluss einmal gesagt sein. Sondern wirklich helfen, handlungsanleitend auf allen politischen Ebenen.“

ca. Stunde 1:50:03- 1:51:08

Strache: „Also ich denke, man muss auch erkennen, dass wir in Europa ja bereits Probleme haben. Wir haben massive Probleme durch Parallel- und Gegengesellschaften, die quer durch Europa entstanden sind. Es gibt Städte mit ganzen Vierteln, wie in Brüssel oder in Paris oder in Malmö oder sonst wo in Europa, wo es massive Gegen- und Parallelgesellschaften gibt. Wo teilweise sich die Polizei gar nicht mehr hineintraut, und das darf man nicht negieren. Das heißt, wir müssen mit der modernen Völkerwanderung, die wir heute haben, natürlich auch sehr vorsichtig umgehen und auch Grenzen aufzeigen, weil wir sonst diese Probleme potenzieren. Die Integrationsprobleme der letzten Jahrzehnte, wo wir heute radikalislamistische Konflikte auch in Europa haben, die haben wir

ja zum Teil importiert. Also tun wir nicht so, als hätten wir die Konflikte hier erzeugt. Die sind zum Teil importiert, man ist gescheitert oft in vielen Bereichen der Integration. Man hat radikalislamistische Vereine zugelassen, nicht aufgelassen und hat Dschihadisten nicht konsequent abgeschoben. Das heißt, wir müssen Grenzen aufzeigen, auch klare Wertestrukturen vorgeben und wer das nicht bereit ist einzuhalten, da müssen wir auch konsequent sagen, da gibt's keinen Platz bei uns in Europa."

Transkript von Auszügen aus der Sendung „Sommergespräche“ mit Heinz-Christian Strache vom 22.8.2016

Antwort auf die Frage der Moderatorin nach dem Standpunkt Straches zu Sebastian Kurz Forderung, Asylberechtigte sollen zusätzlich zum Bezug der Mindestsicherung 1-Euro-Jobs annehmen:

ca. Minute 30:05- 30:28

„Wir erleben seit Jahren ein schäbiges Spiel. Wir erleben seit Jahren, dass unsere berechtigten und richtigen Forderungen abgelehnt werden. Und wir erleben, dass Rot und Schwarz seit Jahren eine völlig unverantwortliche Politik gemacht haben, die uns überhaupt erst die Probleme eingebrockt hat. Wir erleben, und haben das erleben müssen letzten Sommer, eine unverantwortliche Willkommenspolitik, die von der Frau Merkel ausgegangen ist und von Rot-Schwarz umgesetzt wurde, trotz all unserer Warnungen.“

Antwort auf die Frage der Moderatorin, warum die FPÖ der Asylsonderverordnung nicht zustimmt, wenn damit offensichtlich deren Forderungen, bspw. nach einer Obergrenze, umgesetzt werden:

ca. Minute 31:09- 32:28 und Minute 32:30- 33:37

„Weil wir erleben, dass man Menschen, die nicht Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind nach Österreich gelassen hat und sie bis heute als Flüchtlinge bezeichnet, obwohl ein überwiegender Teil Migranten sind. Und das war rechtswidrig und darauf haben wir hingewiesen und daher ist diese Obergrenze auch unsinnig. Wenn es Menschen sind, die den Rechtsstatus haben, oder auch Flüchtlinge der Genfer Konvention sind und nicht aus einem sicheren Drittstaat kommen, ja dann haben wir auch Schutz und Hilfe zu gewährleisten. Wenn die Menschen aber auch sicheren Drittstaaten kommen, dann haben wir die Gesetze einzuhalten und sie auch in den sicheren Drittstaat zurückzuschicken. […]
Wenn Sie von der Obergrenze reden. Wir haben aus einer verlässlichen Information aus dem Innenministerium mitgeteilt bekommen, dass von Jänner dieses Jahres bis August in Österreich bereits 35.000 Illegale aufgegriffen worden sind. Das heißt, die Obergrenze ist der größte Schmäh, den wir erleben und wir erleben, dass diese Menschen nicht aus Syrien, aus einem Kriegsgebiet kommen, sondern aus den ersten fünf Top-Nationen, wie

Sie hier Afghanistan, Pakistan, Nigeria, Irak und Marokko. Und das zeigt, dass hier einiges wie immer, und auch in der Vergangenheit nicht ehrlich gehandhabt wird. Und genau das, Frau Schnabl, will ich Ihnen sagen."
„Jetzt will ich Ihnen zitieren vom Herrn Integrationsminister Kurz, ja. […] Ich möchte ja diese Unglaubwürdigkeit aufzeigen, Frau Schnabl. Denn der Herr Kurz hat ja Wendungen vollzogen in den letzten Jahren. Als wir ein Burkaverbot gefordert haben, hat er gesagt, er ist gegen ein Burkaverbot, denn er wird keine künstliche Debatte ah, braucht er in Österreich zu diesem Thema. Er hat gesagt, wir haben zu wenig Willkommenskultur, er hat gesagt, dass der Islam selbstverständlich zu Österreich gehört und er hat auch gesagt, der durchschnittliche Zuwanderer ist intelligenter als der Österreicher. Und dann kam die Kehrtwendung und warum? Aus nackter Panik davor, dass die Bürger immer stärker unseren richtigen Themen und inhaltlichen Forderungen auch recht geben und in allen Umfragen, die heute mit Abstand stärkste Partei geworden sind. Das heißt, das zeigt einiges auf und das freut mich, weil es zeigt, wir haben die Themenführerschaft, wir treiben aber auch die Regierung vor uns her und jetzt gilt es, das umzusetzen. Und da werden wir im September im Parlament auch die Nagelprobe haben, denn dort werden wir alle diese Anträge auch einbringen, damit eben nicht eine Ankündigungspolitik stattfindet, sondern eine Umsetzungspolitik."

Nochmals Nachfrage der Moderatorin um Antwort auf Ihre ursprüngliche Frage, ob Asylberechtigte gemeinnützige Ein-Euro-Jobs ausführen sollen:

ca. Minute 33:44- 35:07

„Selbstverständlich! Gemeinnützige Arbeit ist doch eine Selbstverständlichkeit für jeden Menschen, der heute als Schutzsuchender zu uns kommt. Da erwarte ich mir, dass er schon alleine in den Aufnahmezentren seinen eigenen Müll wegräumt. [Zwischenruf Moderatorin: Sie reden aber von Asylwerbern, wir reden von Asylberechtigten!]
Asylberechtigte, na, da haben Sie jetzt dann offenbar schlecht recherchiert. Asylberechtigte haben automatisch den Zugang zum Arbeitsmarkt und haben die Gleichstellung zum österreichischen Staatsbürger. […]
Ich will für Asylwerber, die noch in einem Verfahren sind, sichergestellt wissen, dass sie auch etwas dem Staat, der diesen schutzsuchenden Menschen ja auch eine Unterkunft bietet, ein Essen gibt, eine gemeinnützige Tätigkeit abverlangen. Ich will, dass man hier mithilft auch in dieser Gesellschaft und auch einen Beitrag leistet für das, was wir diesen Menschen auch an Schutz möglich machen, solange das Verfahren aufrecht ist. Und gleichzeitig soll natürlich auch jemand, der asylberechtigt ist, auch entsprechend gemeinnützige Tätigkeit verrichten, wenn er keinen Job findet. Und es kann ja auch nicht sein,

dass die Mindestsicherung für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben - heute bei einer Mindestpension im Durchschnitt von 900 € ein Mindestpensionist bekommt, durchschnittlich – und jemand, der noch nie gearbeitet hat und asylberechtigt ist, die gleiche Mindestsicherung bekommt. Da ist ja etwas ungerecht.“

Transkript von Auszügen aus der Sendung „Sommergespräche“ mit Eva Glawischnig-Piesczek vom 8.8.2016

Antwort auf Frage der Moderatorin, was zum damaligen Zeitpunkt auf Wahlplakaten der Grünen stehen würde:

ca. Minute 0:35- 1:06

„Immer noch dasselbe [Wahlplakat von 2015: Heimat bist du großer Herzen, Anm. der Autorin]. Es gibt ja ganz viele Menschen in Österreich, die sich ehrenamtlich ganz massiv engagieren. Also ich hör immer wieder Berichte auch von unseren Landesräten, Landesrätinnen, die für diese Bereiche zuständig sind, dass viel Bereitschaft ungebrochen da ist, insbesondere auch was Alltagsorganisation betrifft, auch was Deutsch lernen betrifft. Da sind viele auch ältere Menschen, die hier zur Hand gehen. Und ich denk, darauf kann man schon auch stolz sein, dass es tausende in Österreich gibt, die nach wie vor sehr viel unterstützen, wenn Menschen in Not sind.“

Antwort auf die Frage der Moderatorin, ob sie glaubt, dass Hilfsbereitschaft nach wie vor die Hauptstimmung in der Bevölkerung ist, oder eher Angst und Ratlosigkeit in Bezug auf die Asylfrage:

ca. Minute 1:34- 2:19

„Also das, was nach wie vor ungebrochen ist, und da sind die Berichte eindeutig aus allen Teilen Österreichs, dass Hilfsbereitschaft nach wie vor sehr, sehr stark da ist und auch wirklich viel mitgeholfen wird. Worauf Sie anspielen, ist auch eine Verunsicherung und Ängste, die ich auch sehr gut, auch nachvollziehen kann. Also die terroristischen Attacken in Frankreich, in Belgien, die sich sozusagen an die Mitte der Gesellschaft auch richten, weil die Ziele so wahllos sind, das hat sicher zu großer Verunsicherung geführt. Aber ich möchte das trotzdem auch getrennt sehen. Also mit Sicherheit sind hier auch Menschen in Europa mit bösen Absichten. Es gibt immer wieder auch Berichte von Jugendlichen, die sich radikalisieren. Aber trotzdem darf man nicht eine Gruppe unter Generalverdacht stellen. Das ist glaub ich ganz was Wichtiges in der Politik.“

Antwort von auf die Frage der Moderatorin nach der Bewertung einer Wohnsitzpflichteinführung für Flüchtlinge:

ca. Minute 20:24- 21:45

„Also einerseits ist die große Anzahl der in Wien lebenden anerkannten Flüchtlinge auch darauf zurückzuführen, dass die unterschiedlichen sozialen Standards in den Bundesländern nicht abgeglichen sind und ich glaub, dass es jedenfalls sinnvoll wäre, bundesweite, gemeinsame Standards für die sogenannte Mindestsicherung zu haben. Das wäre sowieso sinnvoll, aber für diese Frage auch. Ich versteh nicht, warum man in manchen Bereichen unterschiedliche Standards hat. Da werden die benachteiligt, da werden andere benachteiligt, das ist nicht zielführend. Und das, was Sie angesprochen haben ist um den Job, ja? Wenn jemand ein Jobangebot aus Tirol hat, dann ist es ja jetzt bereits möglich, dieses Jobangebot auch anzunehmen für anerkannte Flüchtlinge. Ich seh das Problem eher vorher, dass nicht bereits mit dem Erstgespräch auch nachgefragt wird, was kannst du? Welche Sprachen kannst du? Was hast du gelernt? Das passiert oft erst Monate später. Ich hätte mir auch gewünscht, dass es bei den Jugendlichen, den 15- bis 18-jährigen Asylwerbern und Asylwerberinnen, dass man hier sie auch reinnimmt in die Ausbildungsgarantie. Also, dass die mit Sicherheit bis 18 auch die Chance haben, noch etwas zu lernen. Das macht total viel Sinn. Weil wir verlieren sonst wertvolle Jahre und dann sind die Menschen beim Arbeitsamt und haben über Jahre hinweg keine Chance gehabt, in irgendeiner Form ihre Qualifikation einzubringen.“

Antwort auf die Frage der Moderatorin, wo Menschen während ihres Asylverfahrens Arbeit finden sollten, wenn sie die Erlaubnis hätten, während dieser Zeit schon zu arbeiten?

ca. Minute 23:17- 24:15

„Da muss man sehr genau hinschauen. Ich glaub der ORF hat eh auch jetzt einen Schwerpunkt gehabt, dass es doch einige Tätigkeiten gibt, die viele in Österreich nicht mehr machen möchten, ja. Die teilweise auch schlecht bezahlt werden. Also in der Gastronomie wird viel berichtet, dass es sehr schwierig ist, manchmal Menschen zu finden. Wenn man sich den ganzen Pflegebereich zum Beispiel herschaut, 24-Stunden-Pflege ist eine wahnsinnig belastende Tätigkeit, machen kaum Österreicherinnen oder Österreicher, ja. Machen sehr viele Menschen aus unseren osteuropäischen Nachbarländern. Also man muss sehr genau hinschaun, also man kann das nicht eins zu eins übereinanderlegen. Aber das Wichtigste ist natürlich der Spracherwerb, die Integration über die Sprache und das Wichtigste ist natürlich auch, dass insgesamt was gegen die Arbeitslosigkeit gemacht wird. Also die Bundesregierung, hoffe ich, wird im Herbst ein größeres Paket vorlegen, aber große Investitionen haben wir in den letzten Monaten nicht gesehen, im Gegenteil. Da wird noch viel gestritten, Wohnen wird viel gestritten, kommen nach wie vor noch keine Lösungen zustande.“

Antwort auf die Frage der Moderatorin, ob die Gefahr besteht, dass eine Parallelgesellschaft entsteht, aufgrund der Tatsache, dass viele Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens nicht arbeiten dürfen bzw. auch die deutsche Sprache nicht oder nicht gut genug beherrschen:

ca. Minute 24:37- 25:20

„Es ist mit Sicherheit eine Herkulesaufgabe, das ist vollkommen richtig. Aber wir sprechen hier trotzdem über Menschen, die anerkannte Flüchtlinge sind, also die entweder Kriegsflüchtlinge sind oder eben subsidiär Schutzberechtigte, also die wirklich vor Vertreibung, vor dem Terror, den wir jetzt in Europa auch fürchten, wir haben das ja jetzt auch selbst gesehen, die genau vor sowas flüchten. Ich komm wieder zurück auf die Ärzte und die Ärztinnen in Aleppo im Krankenhaus: also, wenn ich unter solchen Bedingungen arbeiten müsste, wo ich ständig Angst haben muss, dass ich zur Zielscheibe werde, weil ich Kinderärztin bin, ich weiß nicht, wie Sie sich da entscheiden würden, in so einer Frage, würden Sie weiter operieren, würden Sie bleiben, oder würden Sie irgendwann einmal sagen, ich geh mit meinen Kindern, ich kann einfach nicht mehr."

Antwort auf die Frage der Moderatorin, was der Plan B der Grünen wäre, wenn die Türkei den Flüchtlingsdeal mit der EU aufkündigen würde:

ca. Minute 33:00- 33:24, Minute 33:38- 34:12, Minute 34:39- 35:28

„Ich war immer der Meinung, dass es die Aufgabe der Europäischen Union selbst ist, also die Grenzen zu kontrollieren und selbstverständlich die Flüchtlinge, die ankommen, zu registrieren und das nicht über die Türkei abzuwickeln. Das war immer die Gefahr, dass die Türkei das erpresserisch missbrauchen wird. Also ich, wenn ich Türkei sag, mein ich jetzt immer das Regime Erdogan, das muss ich noch einmal präzisieren, damit hier kein Missverständnis aufkommt."
„Also im Moment ist die Entwicklung so besorgniserregend, also dass genau das eben eingetreten ist, dass Erdogan genau mit diesem Pakt versucht, die Europäische Union zu erpressen und die Europäische Union bleibt erpressbar, solange sie das Thema nicht selbst einer politischen Lösung auch zuführt. Das war immer meine Sorge und die ist jetzt eben auch eingetreten. Und dass sich die Europäische Union gemeinsam einmal verständigen muss, wie machen wir es, und nicht jeder seine nationalen Interessen, seine Zäune hochziehen kann, das ist keine Lösung."
„Ich bin trotzdem der Meinung, dass es eine gemeinsame Aufgabe der Europäischen Union ist. Wir brauchen hier auch ein neues System. Also das System, das dort, wo du

einen ersten Fuß auf ein europäisches Land gesetzt hast, dort musst du den Asylantrag stellen, hat ja das ganze System auch ins Wanken gebracht. Deswegen hat ja Griechenland und Italien die großen Probleme. Wenn man sich darauf verständigt, wirklich eine faire Verteilung auf alle europäischen Länder gemeinsam, dann ist das eine ganz andere Diskussion. Ich weiß, Sie werden jetzt sagen, „von der europäischen Lösung reden alle“, aber ich glaub, es gibt keine Alternative dazu. Und unsere Kritik an Frontex, um das vielleicht auch noch zu erklären: das Wichtigste muss natürlich schon sein auch im Mittelmeer Leben zu retten, ja, das passiert jetzt. Aber nach wie vor, diese tausenden Toten. Das Mittelmeer, ja, mehr als am Eisernen Vorhang es jemals gegeben hat, ist schon auch bedrückend, ja!“

Homepagebeiträge FPÖ 2015

Malta ist afrikanischen Einwanderern nicht genug (9.5.2015)[348]

Malta ist afrikanischen Einwanderern nicht gut genug!

Bootsbesatzungen verweigern die "Rettung" durch die maltesische Marine – "No Way" als einzige Möglichkeit, den Zuwanderungsstrom zu stoppen

Tausende illegale Einwanderer pro Tag werden derzeit aus dem Mittelmeer geborgen und meist nach Sizilien gebracht. Ausgesprochen schnell dürfte sich unter Schleppern und Auswanderungswilligen in Nordafrika die Ausweitung der EU-Rettungsaktion herumgesprochen haben. Wie Berichte aus Malta zeigen, ist man bereits wählerisch geworden. Von der maltesischen Marine etwa lassen sich die Immigranten nicht retten, denn die Landung auf Malta würde ihre Weiterreise nach Mittel- und Nordeuropa erschweren, wie ein Marine-Kommandant der maltesischen Streitkräfte der Zeitung "Times of Malta" berichtete.

Schiffe nach Sizilien sind zum Umsteigen beliebter

"Beim Einsatz der EU kann von Rettung aus Seenot offenbar keine Rede sein", erklärt dazu der freiheitliche EU-Delegationsleiter und Generalsekretär Harald Vilimsky, "sondern vielmehr vom Umsteigen auf ein Schiff, das die Einwanderer nach Europa bringt, wobei sie sich selbst aussuchen, welches Schiff ihnen dafür recht ist. Schiffe nach Sizilien mit Weiterreisemöglichkeit nach Wien, Berlin oder Stockholm sind da natürlich beliebter als Schiffe nach Malta mit Endstation in Valletta."

"No way" als einzige Möglichkeit, den Zuwanderungsstrom zu stoppen

Langsam müsse auch den letzten Gutmenschen von Caritas und Co. klar werden, dass hier planmäßige illegale Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts und unter Ausnutzung der Tölpelhaftigkeit der EU-Staaten stattfinde, die sich ihrerseits von einer völlig verblendeten Medien- und Zivilgesellschaft vor sich hertreiben ließen. Vilimsky: "Die Schlepper werden daher mehr und mehr Boote auf die Reise schicken. Die einzige Möglichkeit, diesen Einwanderungsstrom zu stoppen, ist der australische Weg: No Way! Wir stoppen eure Boote und bringen euch dorthin zurück, woher ihr gekommen seid!"

[348] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/malta-ist-afrikanischen-einwanderern-nicht-gut-genug/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

HC Strache: Australisches Flüchtlingsmodell ist Vorbild für Europa (4.5.2015)[349]

HC Strache: „Australisches Flüchtlingsmodell ist Vorbild für Europa"

Am Montag präsentierte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) den Abgeordneten des Hohen Hauses in einer Sondersitzung des Nationalrats seine Sichtweise zu den Ergebnissen des EU-Sondergipfels vom 23. April zur Flüchtlingstragödie im Mittelmeer. Die Staats- und Regierungschefs haben dabei beschlossen, die Präsenz auf See zu verstärken, gegen die Schlepper vorzugehen, irreguläre Migrationsströme zu unterbinden und die interne Solidarität und Verantwortung zu stärken. Faymann wiederholte in seiner Erklärung die Idee, die Flüchtlinge nach Quoten in der EU aufzuteilen.

FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache sagte dazu in seinem Debattenbeitrag, dass „eine Quote wohl notwendig ist, diese kann aber nach oben hin nicht offen sein". „Den Schlepperbanden, denen viele der Flüchtlinge viel Geld gezahlt haben, muss der Nährboden entzogen werden", forderte Strache und weiter: „Man sollte sich daher das Beispiel Australien ansehen, die solche Flüchtlingsschiffe abfangen, die Menschen in Sicherheit bringen, diese dann aber zu ihrem Aufbruchsort wieder zurückbringen".

Überdies schlug Strache einen sinnvollen Masterplan für die Fluchtregionen in Afrika vor. „Die Probleme müssen nach Möglichkeit auf diesem Kontinent gelöst werden – das muss der internationale Ansatz sein. Auch müssten mit internationaler Hilfe entsprechende Flüchtlingscamps und humanitäre Betreuungsstationen in Afrika errichtet werden", sagte der FPÖ-Klubobmann. Das Ziel der europäischen Politik, so Strache, muss lauten: „Rettung der wirklich verfolgten Menschen Vorort – nicht Migration aus wirtschaftlicher Motivation, sondern der Schutz ist das Wesen des Asylgedankens".

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sagte in seiner Rede, dass die Strategie, mit der man das Flüchtlingsproblem in den Griff bekommen könnte, aus zwei Worten bestehe: „No Way – das sei die australische Variante". „Machen sie den Leuten klar, nicht in ein solches Flüchtlingsboot zu steigen, damit das Sterben im Meer verhindert werden kann. Das ist eine Variante, die funktionieren kann". Und in Richtung der Grünen meinte Kickl: „Im Unterschied zu ihnen bin ich nicht der Meinung, dass illegale Zuwanderung in irgendeiner Form zu dulden ist, oder dass massenhafter Asylbetrug auch nur in irgendeiner Form salonfähig gemacht werden soll, aber genau das ist das Phänomen, mit dem wir derzeit

[349] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-australisches-fluechtlingsmodell-ist-vorbild-fuer-europa-1/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

über ganz weite Teile zu tun haben und mit dem wir über die Fernsehbilder konfrontiert werden“.

Schengen-Albtraum (24.5.2015)[350]

„Schengen-Albtraum" lässt Asylheime aus allen Nähten platzen

Das Asylchaos in Österreich nimmt kein Ende. Im Schubhaftzentrum Vordernberg sollten Asylwerber auf ihre Rückführung warten. Jetzt werden aber 220 Asylwerber „willkommen geheißen".

Seit Jahren kritisierten die steirischen Freiheitlichen die enorme Steuergeldverschwendung rund um die Errichtung des Schubhaftzentrums in Vordernberg. Die bisher chronisch unterbelegte Anstalt wurde jetzt im Rahmen des von Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) ausgerufenen „Asyl-Notstands" in ein Asylwerberheim umgewandelt.

Schule weg, dafür Asylheim da

„Leider haben wir mit unseren Bedenken Recht behalten", zeigte sich FPÖ-Bundesrat Gerd Krusche entsetzt über die Entscheidung der ÖVP-Innenministerin. Den rund 1.000 Einwohnern Vordernbergs werde bald die Schule zugesperrt, dafür werde aber künftig jeder fünfte „Einwohner" ein Asylwerber sein, kritisierte Krusche.

Auch der FPÖ-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Mario Kunasek, reagierte empört: „Die Umwandlung des Abschiebezentrums in ein Asylwerber-Willkommensheim zeigt brutal das Versagen von SPÖ und ÖVP in der Asylpolitik auf!"

„Flüchtlingsboot" Thalham droht zu kentern

Klare Worte fand der Bezirksparteiobmann der FPÖ Vöcklabruck, der Nationalratsabgeordnete Heinz Hackl, zur Errichtung eines Zeltlagers für Asylwerber im Erstaufnahmezentrum Thalham bei St. Georgen im Attergau. „Das ‚Flüchtlingsboot Thalham' droht zu kentern. Man kann nicht ein bereits schwankendes Boot weiter unkontrolliert füllen und hoffen, dass nichts passiert", beschrieb Hackl die Situation. Er machte dafür die ÖVP-Politiker auf Landes- und Bundesebene verantwortlich.

ÖVP hat die Thalhamer betrogen

[350] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/schengen-albtraum-laesst-asylheime-aus-allen-naehten-platzen/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Am Freitagabend protestierten 400 Bürger vor dem Gemeindeamt St. Georgen gegen die Überbelegung. Daran nahmen auch die Bürgermeister der drei Attergau-Gemeinden teil. Sie gehören alle der ÖVP an und protestierten damit gegen die Politik der eigenen Partei. Noch im April 2010 wurde von der damals zuständigen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) und ihrem Parteikollegen, Landeshauptmann Josef Pühringer, ein Vertrag unterzeichnet, wonach in Thalham maximal 120 Asylwerber betreut werden sollten. „Dieser Vertrag war eine reine Beruhigungspille für die Bevölkerung. Wie ist es sonst zu erklären, dass zu den bereits 200 anwesenden Asylsuchenden jetzt noch einmal 100 in Zelten untergebracht werden?“, empörte sich Hackl.

In einem Kommentar für die „Neue Freie Zeitung“ spricht Oberösterreichs FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner ganz deutlich die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an, um dem andauernden Einwanderungsstrom Herr zu werden:

Schengen-Albtraum - Von Manfred Haimbuchner

Europa bedeutet für viel zu viele Flüchtlinge eine Insel der Seligen, des Reichtums und des Wohlstands. Wird aber weiterhin der Zustrom vor allem aus den ärmeren Regionen Afrikas toleriert, wohin steuert dann Europa?

Wir brauchen rasch eine Diskussion über die Grenzen. Viele Länder, Städte und Gemeinden stehen am Rande ihrer Kapazitäten, die ersten Zeltstädte haben wir ja bereits.

Nur, wer traut sich in Europa das heiße Eisen „Grenzkontrollen“ anpacken? Wie groß war der Jubel über offene Grenzübergänge und uneingeschränkten Reiseverkehr. Wer aber kann garantieren, dass im unkontrollierten Migrantenstrom nicht auch islamistische Terroristen hereinkommen?

Ein Blick an die Küste Libyens: Hunderttausende Gestrandete warten und hoffen auf eine Überfahrt. Ein Grund dafür: Seit Jahren wird die ungeordnete Migration über Lampedusa und Sizilien geduldet. Kriminelle organisieren dies und kassieren dafür.

Europa muss sich eingestehen, dass der „Schengen-Traum“ gescheitert ist. Dänemark nutzt immer öfter Ausnahmeregelungen, um seine Grenzen zu kontrollieren. Menschen ohne Papiere werden abgewiesen. Auch in Großbritannien wird über die Sicherung der Grenzen nachgedacht.

Wird nicht rasch der Retourgang eingelegt, wird Europa zu einem vollen Flüchtlingslager. Ganz zu schweigen davon, dass die EU von einer gerechten Verteilung der anerkannten Flüchtlinge noch weit entfernt ist. Ohne Kontrolle kommt das Chaos, der „Schengen-Albtraum“. Wenn wir nicht schon mitten drinnen sind!

Österreich als „Reisebüro“ für Asylwerber (7.9.2015)[351]

Österreich als „Reisebüro“ für Asylwerber

Österreich ließ Asylwerber aus Ungarn an ihr "Wunschziel" reisen. Ein klarer Verstoß gegen das Dublin-Abkommen und ein fatales Signal an alle Nachkommenden und Schlepper.

Eine wahre Flut an Asylwerbern – Schätzungen gehen von rund 15.000 aus – zog am Wochenende von Ungarn aus nach Österreich und durch Österreich hindurch Richtung Deutschland –und zwar ohne, dass sie sich registrieren lassen mussten. Möglich wurde das, weil SPÖ-Kanzler Faymann und die deutsche Kanzlerin Merkel ihnen die Weiterreise erlaubt haben. Österreich stellte sogar Busse zur Verfügung und die ÖBB brachten sie an ihr Wunschziel – auch ohne gültiges Ticket.

„Reisebüro Österreich"

Dass Österreich Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittland – nämlich Ungarn – kommen, ein- und weiterreisen lässt, ist nicht nur ein klarer Verstoß gegen die Dublin-Regelung. Für FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl hat die Regierung damit auch ein völlig falsches Signal gesetzt.

„Mit ihrer ‚Sonderaktion‘ hat die Regierung sämtlichen weiteren Ankommenden den Freibrief dafür ausgestellt, nicht mit den Behörden des Erstlandes zusammenarbeiten zu müssen, weil das ‚Reisebüro Österreich‘ sie ohnehin an ihr Wunschziel bringt“, kritisierte Kickl. Das sei eine Pervertierung des Asylgedankens.

„Und die Schlepper“, so Kickl weiter, "können sich freuen – jetzt können sie sozusagen eine Garantie ausstellen, dass, wer nach Österreich will, auch nach Österreich kommt.“

Naivität im Umgang mit der Völkerwanderung

Kriegsflüchtling, Wirtschaftsflüchtling, illegale Einwanderer - all diese Begriffe werden gern "vermanscht", für die SPÖ ist offenbar jeder, der von Afrika aus Richtung Europa startet, ein Flüchtling, kritisierte Kickl weiters.

[351] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/oesterreich-als-reisebuero-fuer-asylwerber/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Er attestiert der Regierung in Zusammenhang mit der gerade stattfindenden Völkerwanderung einen von „erschreckender und geradezu ins Gefährliche abgleitender Naivität gekennzeichneten Umgang" und fordert von den Handelnden "mehr Realitätssinn und mehr Verantwortungsbewusstsein der eigenen Bevölkerung gegenüber statt der totalen Realitätsverweigerung".

Schutz für Flüchtlinge, Stopp für illegale Einwanderer

Faymann und Merkel hatten dem Druck der Asylwerber, die nicht in Ungarn bleiben wollten, sondern nach Österreich und Deutschland weiterreisen, nachgegeben. Und so „nebenbei“ hat der SPÖ-Kanzler auch noch Ungarn brüskiert, nämlich dafür, dass das Land seinen Verpflichtungen nachkommt, sich an das Dublin-Abkommen hält und die Grenzen schützt.

„Jeder Staat in der Europäischen Union müsste, wenn die EU an den Außengrenzen versagt, nationalstaatliche Grenzkontrollen vornehmen. Das wäre die Verantwortung“, betonte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache in einem Ö1-Interview.

Österreich hätte längst einen Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der österreichischen Grenze sicherstellen, Grenzkontrollen vorzunehmen, der Schlepper-Mafia entgegentreten und dieser Völkerwanderung auch den Riegel vorzuschieben müssen, so Strache weiter. Flüchtlinge sollen Schutz bekommen, aber es gehe eben um Schutz und nicht um die „wirtschaftliche Optimierung“.

Nötig seien temporäre Grenzkontrollen, und zwar an allen Grenzen, die strikte Einhaltung des Dublin-Abkommens sowie Asylzentren und humanitäre Betreuungsstationen am jeweiligen Kontinent bzw. an den EU-Außengrenzen. Nur so könne der Strom an illegalen Einwanderern nach Europa, nach Österreich und in sein Sozialsystem gestoppt und gleichzeitig echten Flüchtlingen der Schutz geboten werden, den sie benötigen würden.

Gesamtkontext

Seit 1945 hat Österreich 1,5 Millionen Menschen aufgenommen. "Wir haben immer geholfen. Wir haben aber eine Rekord-Arbeitslosigkeit, die in Richtung 500.000 Menschen ohne Job geht. Das heißt wir haben eine Verantwortung, das ist im Gesamt-Kontext zu sehen", erklärte Strache. Die Möglichkeiten in einem kleinen Land wie Österreich seien, auch angesichts der eigenen wirtschaftlichen Lage, enden wollend.

"Und natürlich müssen wir sagen, wir haben die Hauptverantwortung den verfolgten Christen und Juden im Nahen Osten zur Seite zu stehen", so Strache. Schutz auf Zeit und Hilfe müsse es natürlich auch für Muslime geben, "aber wir wollen keine Islamisierung Europas.", so Strache. Es seien bereits sehr viele Menschen aus dem muslimischen Raum nach Europa gekommen. "Wir wollen nicht als europäische, christlich-abendländische Kultur untergehen und das ist auch eine Verantwortung, die wir haben", so Strache.

Asylantenstrom (14.9.2015)[352]

Asylantenstrom: Ministeranklage und Misstrauensantrag gegen Regierung

Traumtänzerei, Naivität und Chaos: SPÖ und ÖVP haben im Umgang mit der neuen Völkerwanderung auf allen Ebenen versagt.

Tausende Asylwerber stehen an den Grenzen und es werden stündlich mehr: Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit der unkontrollierten Völkerwanderung zeigt sich FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache mehr als besorgt. Die Bundesregierung habe sämtliche Warnungen der letzten Monate negiert und auf allen Ebenen kläglich versagt, so HC Strache weiter. Durch die Schließung der ungarischen und deutschen Grenzen sei nun Österreich der Puffer dazwischen.

Die Grenzen hätten schon längst dicht gemacht und das Bundesheer in Bewegung gesetzt werden müssen. „Jetzt rächt es sich bitter, dass die Sozialdemokratie das Bundesheer kaputt gespart hat und die Einsatzfähigkeit nur mehr unter großen personellen und finanziellen Opfern zu gewährleistet sein wird“, so HC Strache.

Aus humanitärer Sicht wäre auch eine Differenzierung längst notwendig. Statt „gelebter Naivität“ hätte man zwischen echten Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheiden müssen. „Wenn man jeden hereinlässt, bleiben die wirklich Schutzbedürftigen auf der Strecke“, so HC Strache.

Ohne eine Grenzschließung wird Österreich von dieser neuen Völkerwanderung überrannt werden, die Regierung hätte schon längst handeln können, erklärte HC Strache und verwies dabei auf das Grenzkontrollgesetz: „Der Bundesminister für Inneres ist bei Gefahr im Verzug ermächtigt, in Erfüllung der aus der internationalen und europäischen Solidarität sowie dem Neutralitätsgesetz erwachsenden Verpflichtungen oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit den Grenzverkehr während der Dauer außerordentlicher Verhältnisse an bestimmten Grenzübergangsstellen oder Grenzabschnitten mit Verordnung ganz oder teilweise einzustellen. Hierüber ist binnen drei Tagen nach Erlassung dieser Verordnung das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates herzustellen“, heißt es dort wörtlich.

[352] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/asylantenstrom-ministeranklage-und-misstrauensantrag-gegen-regierung/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Sondersitzung, Misstrauensantrag und Ministeranklage

Die Freiheitlichen werden zum einen die Einberufung des Nationalen Sicherheitsrats beantragen, es herrscht, so HC Strache „Gefahr im Verzug".

Zum anderen beantragen die Freiheitlichen heute eine Sondersitzung des Nationalrats zu diesem Thema, die dann innerhalb von acht Werktagen stattfinden muss. HC Strache: „Dort soll uns der Bundeskanzler dann Rede und Antwort stehen über das permanente Versagen seiner Bundesregierung in der Asylfrage."

Die FPÖ wird auch einen Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung sowie eine Ministeranklage - zumindest gegen die Innenministerin – einbringen.

„In einer Mischung aus Traumtänzerei, Naivität und einem gehörigen Schuss Chaos im Umgang mit dieser neuen Völkerwanderung hat die Bundesregierung der katastrophalen Lage Vorschub geleistet. Von verantwortungsvoller Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung sind wir hier ganz weit weg", betonte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl.

Ministeranklage und Misstrauensantrag seien überfällig, so die Freiheitlichen, die Österreicher brauchen eine Regierung, die eigenständig handelt und auf Basis von Lageeinschätzungen vorausschauend Entscheidungen trifft und nicht eine, die ständig mit einem Auge darauf schielt, was andere machen.

Runder Tisch: Wie dicht sind Grenzen wirklich? (15.9.2015)[353]

"Runder Tisch": Wie dicht sind die Grenzen wirklich?

HC Strache: "Grenzkontrollen kommen zu spät"

Die Klubobleute der Parlamentsparteien - so auch u.a. FPÖ-Klubobmann HC Strache – diskutierten am Montagabend bei Ingrid Thurnher am „Runden Tisch" über das Thema „Soldaten an den Grenzen – Hilfe oder Abschreckung".

Die Grenzen werden schrittweise kontrolliert – für HC Strache kommt diese Maßnahme jedoch viel zu spät, denn man hätte dem schon längst entgegensteuern müssen. Laut dem FPÖ-Klubobmann haben in dieser Beziehung die EU und Schengen kläglich versagt. Es stellt sich hier nämlich nicht die Frage, wie dicht die Grenzen eigentlich sind, sondern wer von den Flüchtlingen wirklich weitergereist ist und wer sich von diesen Menschen tatsächlich noch im Land befindet?

„Österreich erlebt eine sozialromantische Einladungs- und Willkommenskultur"

„Grenzsicherung bedeutet bei einer modernen Völkerwanderung, so wie wir sie heute erleben, den Schutz der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten - und das gehört in der jetzigen Situation sichergestellt", so HC Strache. Laut dem FPÖ-Klubobmann war das Bundesheer in der Vergangenheit in Bezug auf den Grenzschutz schon einmal sehr erfolgreich, doch in der jetzigen Situation ist dies leider nicht mehr möglich, da das Bundesheer in den letzten Jahren kaputtgespart wurde.

Die deutsche Kanzlerin Merkel ist der Ansicht, dass es in der Asylfrage keine Obergrenzen geben dürfe. „Es muss Obergrenzen geben", hielt der FPÖ-Bundesobmann einmal mehr fest und erinnerte an die Kosten, die ohne eine Höchstzahl auf Österreich zukommen würden. Kolportiert werden derzeit rund eine Milliarde Euro Mehrkosten allein für das Budget 2016, verursacht durch den Asylwerberstrom. Und bei dieser - noch dazu niedrig angesetzten - einen Milliarde wird es nicht bleiben, das wird Jahr für Jahr noch mehr werden.

[353] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/runder-tisch-wie-dicht-sind-die-grenzen-wirklich/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

HC Strache betont in diesem Zusammenhang auch die Wichtigkeit, die Wirtschaftsflüchtlinge von den Kriegsflüchtlingen zu unterscheiden. „Wir haben eine Art sozialromantische Einladungs- und Willkommenskultur erlebt, wo man zum Teil nicht differenziert hat“, so Strache. Auch Eva Glawischnigs Gräuelpropaganda bezüglich des Videos, indem die Exekutive angeblich auf einen Mann einschlägt, der nur seine Familie beschützen will ist sozusagen ein Griff ins Klo. Wenn man sich nämlich das Video von Anfang bis zum Schluss ansieht, kann man eindeutig erkennen, dass genau das Gegenteil passierte.

Grundsatzerklärung von HC Strache (16.9.2015)[354]

Grundsatzerklärung von HC Strache zum Asylnotstand in Österreich

FPÖ-Chef HC Strache: „Jetzt ist die Zeit, wo Mitmenschlichkeit mit klaren Analysen und dem notwendigen Weitblick kombiniert werden muss!"

FPÖ-Obmann HC Strache wendet sich heute mit einer Grundsatzerklärung an die Österreicherinnen und Österreicher. Thema ist der aktuelle, maßgeblich durch die Regierungen Österreichs und Deutschlands hervorgerufene Asylnotstand im Land.

„Die Bilder von menschlichem Leid, die uns tagtäglich ins Haus geliefert werden, lassen niemanden von uns kalt und unbeeindruckt", so HC Strache. „Gerade Menschlichkeit und Mitgefühl verlangen es in diesen Tagen und Wochen von uns aber auch, einen klaren Blick zu bewahren: Einen Blick auf die Realität."

HC Strache stellt in seiner Erklärung Fragen, die auch die Bevölkerung in Atem halten:

- Wie soll unser Arbeitsmarkt angesichts von fast 500.000 Arbeitslosen im Land mit weiteren tausenden Asylwerbern fertig werden?
- Welche Folgen kommen auf unser Gesundheits- und unser Sozialsystem zu?
- Woher soll der Wohnraum für all die fremden Menschen kommen, jetzt, wo der Winter vor der Tür steht?
- Was bedeutet die Aufnahme von so vielen Personen für unser Schulsystem?
- Wer übernimmt die Verantwortung dafür zu garantieren, dass nicht Terroristen und Fundamentalisten in unser Land geschleppt werden?
- Und schließlich: Wie viel kostet das alles und woher soll das Geld kommen?

Als Antwort fordert HC Strache klare Grundsätze und Regeln, „damit Österreich und Europa nicht unter die Räder kommen". Neben den Anstrengungen, die UNO, EU und auch die USA in den Krisengebieten zur Beruhigung der Lage unternehmen müssten, präsentiert der FPÖ-Obmann auch Lösungsansätze für Österreich: Strenge Kontrollen und notfalls die Schließung der Grenzen, Sammelunterkünfte für jene, die auf ihren Asylbescheid warten, sowie eine festgesetzte absolute Höchstzahl an Asylanten, die wir aufnehmen.

[354] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/grundsatzerklaerung-von-hc-strache-zum-asylnotstand-in-oesterreich-1/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

HC Strache zum Abschluss seiner Grundsatzerklärung:

„Jetzt ist die Zeit, wo Mitmenschlichkeit mit klaren Analysen und dem notwendigen Weitblick kombiniert werden muss. Alles andere ist unverantwortlich und kein Beitrag zum Erhalt von Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Unsere Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass auch ihre Schutzinteressen wahrgenommen werden. Sie will zu Recht nicht zu Fremden in der eigenen Heimat werden. Das hat verantwortungsvolle Politik ernst zu nehmen.“

Homepagebeiträge FPÖ 2016

HC Strache: Stopp-Taste (21.1.2016)[355]

HC Strache: "Stopp-Taste bei der Zuwanderung drücken!"

"Obergrenze" ist nur eine weitere Vortäuschung von Aktivität der rot-schwarzen Koalition gegen die Massenzuwanderung

Das Ergebnis des gestern von SPÖ und ÖVP veranstalteten Asylgipfels sei nur eine neue Umschreibung für das Weiterwursteln wie bisher, urteilte FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretär Herbert Kickl und Sicherheitssprecher Gernot Darmann. „Das einzige vernünftige Beschluss hätte lauten müssen: Wir drücken die Stopp-Taste bei der Massenzuwanderung durch Umsetzen aller geltenden nationalen und internationalen Gesetze und die sofortige Rückschiebung aller Wirtschaftsflüchtlinge und kriminellen Asylwerber!", stellte HC Strache klar.

Der FPÖ-Chef wunderte sich über den angebliche "Kurswechsel" der Koalition. Denn weder habe sich etwas bei der Zuwanderung geändert noch bei den Mitteln diese einzugrenzen, betonte HC Strache. "Hätte man von Anfang an auf die FPÖ gehört, wäre ein derartiger Gipfel gar nicht notwendig gewesen“, erinnerte er an langjährige Forderungen der Freiheitlichen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik.

Obergrenze der Marke "Nudelsieb"

Sollte die Koalition an dieser "Fantasiezahl" von 37.500 aufzunehmenden Asylwerbern festhalten, müsste sie die Grenzen bereits Ende Jänner dicht machen, erklärte HC Strache. Er verwies dazu auf die täglich 3.000 bis 6.000 über Kärnten einreisenden "Flüchtlinge", während Deutschland nur mehr maximal 2.500 pro Tag aufnehmen wolle. Hinzu kämen die täglich 200 bis 300 aus Deutschland nach Österreich zurückgeschobenen "Scheinasylanten". "Deshalb haben Rot und Schwarz ja grundsätzlich nicht von einer ‚Obergrenze' gesprochen, sondern von einer ‚Planungsgröße' und einem ‚Richtwert'. Das heißt also in Wahrheit: Es bleibt alles beim Alten, weil die ‚Obergrenze' durchlässig ist wie ein Nudelsieb", warnte der FPÖ-Obmann.

[355] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-stopp-taste-bei-der-zuwanderung-druecken-1/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

SPÖ und ÖVP würden Politik nur vorgaukeln, aber nicht Politik machen, erklärte dazu FPÖ-Sicherheitssprecher Darmann. Die Koalition setze ihr ganze Hoffnung auf die sogenannten "Hot Spots" der EU, also Sammellager für Flüchtlinge an der EU-Außengrenze. "Damit schafft man nur einen Magneten für die Zuwanderer, aber wird keinen einzigen davon abhalten nach Europa aufzubrechen", warnte Darmann. Österreich müsste konsequent seine Grenze dicht machen und schützen - wie es Ungarn vorgezeigt habe, betonte Darmann.

FPÖ fordert echte Schutzmaßnahmen

Der FPÖ-Sicherheitssprecher zeigte dann die freiheitlichen Maßnahmen gegen die Massenzuwanderung auf: Schließung und Kontrolle der Grenzen, rigoroses Einhalten der Dublin- und Schengen-Verträge, Aussetzen des Familiennachzugs für Asylwerber, Rückführung der Asylwerber nach Wegfall des Asylgrundes und Verfall des Asylrechts für Kriminelle und deren sofortige Abschiebung.

"Um wieder die Sicherheit für das Land und seine Leute herzustellen, müsste die Koalition zurücktreten und den Weg frei machen für Neuwahlen. Denn jetzt ist auch für den Letzten klar: Eine tatsächliche Änderung in der Asylpolitik wird es nur mit einer FPÖ-Regierung geben", betonte der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Asylmassenquartiere (14.3.2016)[356]

Asylmassenquartiere in Wien: Friedlicher Protest mit über 5.000 Teilnehmern

Der Bürgerwille darf nicht schamlos ignoriert werden

Bei der heutigen Kundgebung der FPÖ haben über 5.000 Wienerinnen und Wiener friedlich gegen die Asylmassenzentren in der Bundeshauptstadt protestiert. "Was den Bürgern hier durch eine monatelange, komplett verpatzte Asylpolitik zugemutet wird, ist ein sozialpolitischer Wahnsinn", so FPÖ-Obmann HC Strache, der an die beinahe täglich stattfindenden, gewalttätigen Übergriffe von Asylanten und Asylwerbern erinnerte: "Ob gesellschaftlich oder monetär - es sind die Wienerinnen und Wiener die diese Last zu tragen haben. Das wollen wir so nicht hinnehmen."

Kritik am Hasenstallzaun

Niemand habe das Recht, sobald er im ersten sicheren Land sei, einfach weiterzureisen: Asyl sei gemäß dem Dublin-Abkommen im ersten sicheren Drittstaat zu beantragen. „Asyl bedeutet Schutz auf Zeit für wirklich Schutzsuchende“, so Strache. Außerdem gebe es kein Menschenrecht auf Zuwanderung. Über den österreichischen Grenzzaun meinte Strache: „Das ist ein Hasenstallzaun!“ Das Bundesheer sei zu einem Willkommenskomitee verkommen, dass Flüchtlinge mit einer Gulaschkanone empfange.

„Das Boot ist voll“

Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus hielt fest, dass die rot-grüne Willkommenskultur Schuld an dem Sicherheitsnotstand trägt, mit dem man sich in Wien nun konfrontiert sieht. "Das Boot ist voll, es wird nicht möglich sein, die zig tausenden Menschen in Wien zu integrieren. Unsere Infrastruktur ist darauf nicht vorbereitet."

Der Chef der FPÖ-Liesing, Wolfgang Jung betonte, dass die FPÖ weiter an der Seite der Bürger stehen wird, die mittlerweile in permanenter Angst leben. Über 7.000 Unterschriften wurden bereits gegen das Asylheim in Liesing gesammelt - diesen Bürgerwillen kann und darf die rot-grüne Stadtregierung nicht einfach ignorieren, so die Freiheitlichen unisono.

[356] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/asylmassenquartiere-in-wien-friedlicher-protest-mit-ueber-5000-teilnehmern/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

Wien ist Hotspot der Jugendkriminalität in Österreich (8.4.2016)[357]

Wien ist Hotspot der Jugendkriminalität in Österreich!

"Wiens 'Hereinspaziert-Asyl-Träumereien' sind an der Realität gescheitert"

Die hervorgegangenen Zahlen zur Jugendkriminalität von Asylwerbern stellen die erst jüngsten Berichte über die „lebenswerteste Stadt Wien" in den Schatten. Während sich Topmanager in Wien zwar wohlfühlen, steigt in der Bundeshauptstadt wie auch im restlichen Österreich die Kriminalität unter jugendlichen Asylwerbern. Aus einer aktuellen Anfragebeantwortung geht hervor, dass sich die Anzahl der tatverdächtigen Asylwerber unter den Jugendlichen 2015 fast verdoppelt hat.

Steger: „Spezial- als auch generalpräventive Maßnahmen sind zu installieren"

„Das ist inakzeptabel, gerade in Wien, wo es sogar einen Anstieg von 58,4 Prozent auf 3.365 Tatverdächtige gab, muss Rot-Grün, die bisher nur mit der ‚Kopf in den Sand'-Strategie agieren, zur Verantwortung gezogen werden. Aber auch auf nationaler Ebene gehört rasch gehandelt und spezial- als auch generalpräventive Maßnahmen sind zu installieren", forderte die freiheitliche Jugendsprecherin Petra Steger.

Auch der Wiener FPÖ-Bildungssprecher LAbg. Maximilian Krauss zeigte sich angesichts der dramatischen Entwicklung kompromisslos: „Volljährige kriminelle Asylanten haben ohne Wenn und Aber abgeschoben zu werden. Es gibt kein heiliges Recht auf Asyl in Österreich und schon gar nicht für Kriminelle!"

[357] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/wien-ist-hotspot-der-jugendkriminalitaet-in-oesterreich/, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

HC Strache: „Multi-Kulti-Träumerei“ (5.8.2016)[358]

HC Strache: „Multi-Kulti-Träumerei und massive Zuwanderungspolitik sind gescheitert!“

Erdogan-Fans sollen in Istanbul oder Ankara demonstrieren ohne österreichischer Sozialhilfe!

Allein in Wien 140 Kindergärten mit radikal-islamistischen Tendenzen, die durch die Politik von SPÖ, ÖVP und Grüne subventioniert wurden, Ausschreitungen von Erdogan-Anhängern bei Demonstrationen, ein Migrationschaos und eine gescheiterte Asylpolitik. FPÖ-Obmann HC Strache sieht sich angesichts dieser Entwicklungen bestätigt: „Das ist der Beleg dafür, dass die massive Zuwanderungspolitik und Integration samt einer Multi-Kulti-Träumerei gescheitert sind!“

Grüne wollen Konflikte in der Türkei nach Österreich importieren

„Heute sind einige linke Träumer zu Realität gekommen. Sogar Bundeskanzler Kern kopiert und zitiert mich samt meinen Satz, den ich seit 11 Jahren predige: Wer sich nicht an die Hausordnung hält, muss gehen!“ Kritik übt Strache an den Grünen, die ohnehin als „Ausländerpartei“ bekannt seien und zuletzt gefordert hatten, Erdogan-Gegnern Botschafts-Asyl zu gewähren. „Damit würden sie Konflikte nach Österreich importieren. Das würde ins Chaos führen“, warnte Strache.

Österreichische Erdogan-Fans sollen in Türkei demonstrieren

Ausschreitungen bei Demonstrationen von Erdogan-Anhängern in Österreich hätten außerdem gezeigt, welches radikale Potential vorhanden sei. „Wir erleben seit Jahren Vorfälle bei Demonstrationen“, so Strache. Unter Rot-Grün in Wien sei Erdogan im Jahr 2014 eine Halle zur Verfügung gestellt worden, wo er für seinen Wahlkampf in der Türkei werben konnte. „Wir erleben seit Jahren Vorfälle bei Demonstrationen“, zeigte Strache. Den Erdogan-Fans in Österreich richtete er aus: „Es steht jedem frei sich auf dem Weg in die Türkei zu machen. Sie sollen in Istanbul oder Ankara demonstrieren ohne österreichischer Sozialhilfe!“

[358] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-multi-kulti-traeumerei-und-massive-zuwanderungspolitik-sind-gescheitert/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

Maßnahmen gegen gescheiterte Multi-Kulti-Politik

Außerdem will der FPÖ-Obmann mit zahlreichen Maßnahmen gegen die gescheiterte Multi-Kulti-Politik vorgehen. Radikale Vereinsstrukturen sollen zerschlagen und Subventionen eingestellt werden. Die Nationalstaaten sollen wieder eigenständig ihre Grenzen sichern dürfen, wenn die EU versagt und die für Grenzschutz zuständige europäische Agentur Frontex soll besser ausgestattet werden. Österreich soll mit Staaten Rücknahmeabkommen für Asylwerber ausverhandeln, bei einem Scheitern Zahlungen für dortige Hilfsprojekte einstellen. Weiters sollten die Flüchtlingsprobleme in den jeweiligen Kontinenten gelöst werden, so Strache: „Wenn es in Nigeria ein Problem gibt, muss es in Afrika gelöst werden."

HC Strache: Grenzschutz und Aufnahmestopp (10.8.2016)[359]

HC Strache: Grenzschutz und Aufnahmestopp von Migranten!

Die neue Völkerwanderung ist noch lange nicht zu Ende. Österreich muss vorbereitet sein. Der Schutz unserer eigenen Grenzen ist nicht Plan B, sondern Plan A.

„Deutschland hat uns 2015 4.193 und im ersten Halbjahr 2016 bereits über 10.629 sogenannte Flüchtlinge zurückgeschickt. Das Dublin-Abkommen scheint nur in eine Richtung, nämlich nach Österreich, zu funktionieren. In Italien und am Balkan spitzt sich die Lage zu. Österreich wird immer mehr in die Zange genommen“, warnte heute FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache.

„Seit rund einem Jahr wird nur geredet, vertröstet, versprochen. Kern, Kurz und Co. verweisen gern auf eine gesamteuropäische Lösung, die es nicht gibt. Jetzt nicht zu handeln und der neuen Völkerwanderung keinen eigenen nationalen Grenzschutz und keinen Aufnahmestopp für Migranten entgegenzusetzen, ist unverantwortlich“, so Strache.

Gefahr des „Terrorimports“

Diese Maßnahmen seien auch in Hinblick auf die drohende Gefahr des „Terrorimports“ dringend umzusetzen. „In Deutschland wurde erst gestern ein Asylwerber unter IS-Terrorverdacht festgenommen. Experten warnen seit Monaten davor, dass radikal-islamische Terroristen mit den Migrantenströmen nach Europa einsickern können."

"Wir wissen nicht, wie viele ‚tickende Zeitbomben‘ sich bereits in Österreich aufhalten. Man muss aber zumindest jetzt die Reißleine ziehen, jedes weiter Zuwarten wäre eine Gefahr für die Sicherheit der Republik Österreich und gegenüber der Bevölkerung unverantwortlich“, betonte HC Strache.

"Österreich muss vorbereitet sein"

Die neue Völkerwanderung sei jedenfalls noch lange nicht zu Ende, die Regierung werde aber so lange warten, bis Österreich wieder von einer Welle von Migranten überrollt werde. „Der EU-Türkei-Flüchtlingsdeal wird platzen und die Türkei wird die Schleusen

[359] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-grenzschutz-und-aufnahmestopp-von-migranten/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

öffnen – außer die EU opfert den letzten kümmerlichen Rest an Selbstachtung. Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner – Österreich muss vorbereitet sein. Der Schutz unserer eigenen Grenzen ist nicht Plan B, sondern Plan A“, so Strache, der erneut eine ehrliche Aufstockung bei den Polizeiplanstellen forderte.

„Das ist der Innenminister den Österreichern schuldig. Und wo bleiben eigentlich die versprochenen konsequenten Ab- und Rückschiebungen? Die bisherigen sind doch eher sehr wenige gewesen im Vergleich zu den eingewanderten Personen. Wo bleiben die Rücknahmeabkommen des Herrn Außenministers Kurz?“

"Innerkontinentale Fluchtalternative"

Der FPÖ-Bundesparteiobmann plädierte erneut für eine sogenannte "innerkontinentale Fluchtalternative": „Nur mit einer innerkontinentalen Asylautomatik können wir den Strom von Wirtschaftsmigranten stoppen und gleichzeitig echten Schutzsuchenden vor Ort Hilfe zukommen lassen. Für dieses Modell hat sich Österreich einzusetzen."

"Mit Hotspots und Co. rollt Europa Migranten den roten Teppich aus, gibt Schleppern quasi eine Erfolgsgarantie und lässt auch potenziellen Terroristen ein Einfallstor offen“, warnte HC Strache.

HC Strache fordert „Aktion Scharf“ (7.9.2016)[360]

HC Strache fordert "Aktion Scharf" gegen steigende Kriminalität

Österreichs Grenzen sind „löchrig wie ein Schweizer Käse“

269.183 Straftaten wurden im ersten Halbjahr 2016 verübt. Zum Verglich: Im ersten Halbjahr 2015 waren es 252.560 bzw. um 6,6 Prozent weniger. Das haben die Freiheitlichen mittels parlamentarischer Anfrage an den ÖVP-Innenminister aufgedeckt. Allein in Wien waren es 2016 über 8.200 Straftaten mehr. In Wien ereignen sich damit deutlich mehr als ein Drittel aller Verbrechen. Gleichzeitig hat Wien mit knapp 37 Prozent die niedrigste Aufklärungsquote aller Bundesländer. „Die massive Steigerung ist beängstigend. Und es kann doch wirklich niemand glauben, dass das nichts mit der massiven illegalen Zuwanderung zu tun hat. Das hat natürlich damit zu tun. Und wir haben eine Sicherheitslücke“, sagt dazu FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache.

40 Prozent fremde Tatverdächtige

Diese Einschätzung bestätigt ein weiterer Blick in die Statistik, auf die Anzahl der Tatverdächtigen im ersten Halbjahr 2016: Österreichweit haben wir 133.135 Tatverdächtige, davon sind 53.155 fremde Tatverdächtige, also rund 40 Prozent. Hotspot der Kriminellen ist Wien mit 39.887 Tatverdächtigen, davon 20.642 fremde, das ist mehr als die Hälfte. In der Bundeshauptstadt haben wir damit mehr fremde Tatverdächtige als in jedem anderen Bundesland Tatverdächtige insgesamt. Auch das haben im Übrigen die Freiheitlichen aufgedeckt. „Es braucht jetzt eine Aktion Scharf gegen die ausufernde Kriminalität. Wir wollen eine Null-Toleranz-Politik“, fordert HC Strache.

5.000 neue Planstellen

Der FPÖ-Bundesparteiobmann fordert zudem rund 5.000 Planstellen bei der Exekutive. „Und man sollte außerhalb dieser Planstellen für die Exekutive, eine eigene Grenzschutzpolizei einrichten“, betont Strache. Denn Österreichs Grenzen sind „löchrig wie ein Schweizer Käse“. Es sei nämlich auch klar, dass die Exekutive bereits jetzt mit ihren Ressourcen am Limit und darüber ist. „Um die Sicherheitslücke an der Grenze notdürftig zu stopfen, wird eine enorme Sicherheitslücke im Kernbereich der Polizei aufgerissen.

[360] Vgl. https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-fordert-aktion-scharf-gegen-steigende-kriminalitaet/, [zuletzt eingesehen am 1.9.2017].

Das kann so nicht weitergehen, das ist nicht nur unzumutbar für die Exekutivbeamten, das geht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung.“

Homepagebeiträge Grüne 2015

Integrationsmaßnahmen (21.12.2015)[361]

Wir brauchen endlich echte Integrationsmaßnahmen

Alev Korun - Flüchtlinge haben wertvolle berufliche Qualifikationen, die Österreichs Wirtschaft nützen würden – vorausgesetzt, die Regierung investiert endlich in wirksame Integrationsmaßnahmen.

GRÜNER INTEGRATIONSPFAD FÜR BESSERE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Die Flüchtlinge, die seit Jahresbeginn vermehrt, (auch) nach Österreich kommen, werden das Land mitprägen, wie das übrigens frühere Flüchtlingsgruppen wie z.B. Bosnien-Flüchtlinge auch getan haben (Stichwort Flüchtlingskind & Nationalteamspieler Zlatko Junuzović). Wie diese Veränderung und Prägung ausschaut und ob mehrheitlich zum Positiven, das zu gestalten, liegt als Gesellschaft und als EU in unserer Hand.

Bis Ende August 2015 waren 65 Prozent der AsylantragstellerInnen aus Syrien, Irak und Afghanistan. Dies alles sind Länder, in den Kriege bzw. langjährige Instabilität und Terror herrschen: das heißt, der Großteil dieser Flüchtlinge wird nicht in absehbarer Zeit in die Heimat zurückgehen können. Verantwortungsvolle Politik ist, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und klar, nüchtern und transparent zu sagen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Politik hat diese Veränderungen bestmöglich und zum Vorteil der Gesellschaft zu gestalten. Statt mit dem sichtlich unerfüllbaren Versprechen Kurzzeitasyl – von der Regierung schönfärberisch "Asyl auf Zeit" getauft – der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, brauchen wir Integrationsmaßnahmen vom ersten Tag an.

„Die Regierungsmitglieder sollen endlich ihren Job machen."
Alev Korun über die Untätigkeit der Regierung in der Flüchtlingsfrage

Fünf Maßnahmen für eine sinnvolle Integrationspolitik:

[361] Vgl. https://www.gruene.at/themen/menschen-grundrechte/wir-brauchen-endlich-echte-integrations-massnahmen, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

1. Qualifikationen nutzen: Mitgebrachte Berufsausbildungen und Qualifikationen müssen so rasch wie möglich (gleich beim ersten Asylgespräch) durch das dafür personell aufgestockte AMS erhoben werden.
2. Berufsanerkennungsgesetz einführen: Das von Minister Kurz seit zwei Jahren versprochene Berufsanerkennungsgesetz muss endlich beschlossen werden.
3. Deutschkurse für alle: Leistbare Deutschkurse und Berufssprachkurse müssen flächendeckend angeboten werden.
4. "Österreich für Neuankömmlinge"-Workshops: Flüchtlinge sollten in Workshops in das Leben hier eingeführt werden.
5. Burschen- und Männerarbeit: mit Räumen für Auseinandersetzung und Diskussion soll verstärkt werden.

„Es gilt, taxifahrende syrische Ingenieure zu verhindern und stattdessen ihre mitgebrachten Berufsqualifikationen volkswirtschaftlich zu nutzen."
Alev Korun, Integrationssprecherin

Der grüne Integrationspfad im Detail:

1. Qualifikationen erheben ...

Mitgebrachte Berufsausbildungen und Qualifikationen müssen so rasch wie möglich erhoben werden, am besten gleich nach dem ersten Asylgespräch. Dafür brauchen wir ein dauerhaftes System für die Erhebung dieser ausländischen Qualifikationen statt bloß vorübergehende und verstreute uneinheitliche Pilotprojekte wie derzeit.

Unser Vorschlag: Das Arbeitsmarktservice hält die mitgebrachten Qualifikationen unmittelbar nach dem ersten Asylgespräch festhält. Dafür sollte ein Teil der für die Arbeitsmarktintegration angekündigten 70 Millionen Euro vorgesehen werden.

2. ... und anerkennen

Wir brauchen ein Berufsanerkennungsgesetz wie in Deutschland, das dort seit 2012 in Kraft ist […].

Hier geht es um Berufsausbildungen und Bildungsabschlüsse, für die Österreich keinen Cent gezahlt hat, die aber nicht wenige Schutzsuchende/Flüchtlinge mitbringen. Diese brachliegen zu lassen wie das seit Jahren passiert, wäre nicht nur fahrlässig, sondern auch volkswirtschaftlich unklug.

Trotz der vielen Ankündigungen in den vergangenen Jahren für raschere Anerkennung mitgebrachter Ausbildungen ist das Einzige, was in diesem Bereich effektiv passiert ist: die Verkürzung der Anerkennungsfrist für akademische Ausbildungen von sechs auf drei Monate.

3. ausreichend Sprachkurse anbieten

Es müssen flächendeckend leistbare Sprachkurse angeboten werden. Die Tatsache, dass der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF), die zentrale Einrichtung der Regierung zum Deutschlernen, ganze 32 Deutschkurse bundesweit anbietet, ist schlicht unfassbar.

Auf der Homepage des ÖIF steht: "Der Erwerb der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration. Der ÖIF bietet ein umfangreiches Kursangebot für unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen an." Und: "Sprachkurse auf unterschiedlichen Niveaustufen ab Alphabetisierung."

In Tirol, Vorarlberg, der Steiermark und Kärnten hat der ÖIF laut eigenen Angaben keinen einzigen Deutschkurs. In Oberösterreich und Salzburg ganze zwei, wobei einer dieser Kurse verwirrenderweise mit null Stunden angegeben ist.

In Österreich befinden sich derzeit laut Innenministerium 61.200 Schutzsuchende in der Grundversorgung. 65 Prozent davon stammen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan und werden sehr wahrscheinlich länger nicht heimkehren können. Je schneller diese Menschen sprachlich, beruflich und wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, umso geringer werden die Kosten der Grundversorgung und in weiterer Folge der Mindestsicherung sein. Es ist also eine Win-Win-Situation für alle, dass mit Deutschlernen vom ersten Tag an begonnen wird, auch bei AsylwerberInnen. Dazu braucht es aber mehr als 32 Kurse vom Österreichischen Integrationsfonds, der mit Steuergeld und mit EU-Mitteln ausgestattet ist.

Die angekündigten 75 Millionen Euro für Integration sollen – erhöht um ebenso hohe EU-Mittel, die abholbar sind – in Sprach- und Berufssprachkurse und Berufsanerkennung investiert werden.

Jeder Euro, den wir heute in Berufsanerkennung und Sprache investieren, kommt doppelt zurück und verhindert höhere Sozialkosten von Menschen, die vom Staat abhängig bleiben, da sie die Sprache nicht können oder nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten können.

Die Einschulung von Kinderflüchtlingen sollte – wie von Bildungsministerin angekündigt – in Regelklassen statt in Ghettoklassen, allerdings mit zusätzlichen Förderstunden, erfolgen.

4. "Österreich für Neuankömmlinge"-Workshops

Sie sollen in modularer Form Alltagshilfe anbieten, um Österreich kennenzulernen, besser miteinander auszukommen, Missverständnisse zu vermeiden und das Zusammenleben zu verbessern.
Inhalt: Do's & Don'ts, in Österreich übliche Umgangsformen, Was kommt gut an, Was irritiert viele in Österreich?

Aufklärung über Lärm ab 22 Uhr, laut reden oder schreien in öffentlichen Verkehrsmitteln, Mülltrennung, Pünktlichkeit etc.

Module "Wie schaut das Schulsystem in Österreich aus?"; "Was tut man, wenn man zum Arzt gehen will?"; "Wo gibt es Infos über Gesetze?".

Bei derzeit kursierenden, pauschalen Annahmen über potenzielle Demokratiedefizite bei Flüchtlingen sollte nicht vergessen werden, dass die meisten dieser Flüchtlinge vor autoritären, undemokratischen Regimen/Herrschern, also vor einem Mangel an Demokratie, geflüchtet sind. Unsere Gesellschaftsordnung ist nicht zuletzt deshalb für sie attraktiv, weil sie Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie bedeutet und lebt. Diese positiven Merkmale von Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie sind stark und überzeugend auch und vor allem für Flüchtlinge.

5. Burschen- und Männerarbeit ausbauen

Derzeit besteht der Großteil der Asylwerbenden aus jungen Burschen und Männern. Die sozialen Normen, mit denen sie aufgewachsen sind, unterscheiden sich oft von denen in Österreich. Meinungsfreiheit, Geschlechtergleichheit lernt man nicht bloß auswendig aus Büchern, sondern am besten, wenn es einem vorgelebt wird und man einen Diskussionsraum hat, um Fragen zu stellen, Erlerntes und Gewohntes zu hinterfragen, neue Deutungsmuster und z.B. neue Geschlechterrollen kennenzulernen.

Das Vorzeigeprojekt "Heroes" ("Helden") in Berlin macht genau diese notwendige Burschen- und Männerarbeit mit (auch mehrsprachigen) SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und KulturtrainerInnen. Es schafft einen offenen, aber begleiteten Diskussionsraum, in dem Austausch, Hinterfragen von Klischees und starren Rollenbildern möglich wird.

In diesem Sinn brauchen wir einen massiven Ausbau von Burschen- und Männerarbeit; in außerschulischen Workshops, bei Weiterbildungsmaßnahmen, Jugendprojekten, aber auch in Schulen. Statt jungen Männern in einem Tageskurs bloß zu sagen, dass Männer und Frauen in Österreich gleich sind – wie es derzeit von Minister Kurz geplant zu sein scheint –, schlagen wir Diskussionsmodule vor, die eine inhaltliche Auseinandersetzung und Aneignung von Neuem möglich machen. Zum Beispiel durch die Beschäftigung mit dem Frauenwahlrecht, seiner Geschichte und wie es hart erkämpft wurde, würde man viel nachhaltiger das Thema Gleichberechtigung verankern und für Neuankömmlinge auch nachvollziehbar machen.

Flüchtlinge: Zäune an der Grenze sind keine Lösung (11.11.2015)[362]

Flüchtlinge: Zäune an der Grenze sind keine Lösung

Die Redaktion - Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hat angekündigt, einen Zaun an der Grenze zu Slowenien errichten zu wollen. Wir Grüne appellieren an Bundeskanzler Faymann, diese Pläne zu stoppen und eine menschliche Flüchtlingspolitik zu gewährleisten.

"Armutszeugnis für Regierung"

"Es ist ein Armutszeugnis für die Handlungsfähigkeit der Regierung, dass sie nicht in der Lage ist, die Frage einer geordneten Einreise der Flüchtlinge in Spielfeld zu lösen. Statt sich in der 'Zaun'-Frage zu verheddern, soll die Regierung lieber Plätze für die Unterbringung der Flüchtlinge und Deutschkurse vom ersten Tag an schaffen. Der tagelange Streit um den 'Zaun' und die neuerliche Verschiebung einer Lösung lassen allerdings nichts Gutes für den zukünftigen Umgang mit der Flüchtlingsfrage erwarten", kommentiert Eva Glawischnig, unsere Bundessprecherin und Klubobfrau.

„Zäune tragen genau nichts zur Lösung der aktuellen Flüchtlingssituation bei."
Eva Glawischnig, Bundessprecherin und Klubobfrau

"Orbanisierung der ÖVP"

Was Mikl-Leitner vor kurzem noch schamhaft verschwieg, spricht sie heute offen aus: Es sollen an der österreichisch-slowenischen Grenze Zäune errichtet werden. "Das ist ein Zeichen der Entsolidarisierung und der Orbanisierung der ÖVP. Zäune tragen genau nichts zur Lösung der aktuellen Flüchtlingssituation bei. Es wäre wesentlich vernünftiger, für das Geld temporäre, feste Unterkünfte wie etwa Containerdörfer zu errichten, die den Flüchtlingsfamilien Schutz vor Kälte und Witterung bieten", betont Eva Glawischnig, unsere Bundessprecherin und Klubobfrau. "Ich appelliere an Bundeskanzler Faymann, die Zaunpläne der Innenministerin zu stoppen und eine menschliche Flüchtlingspolitik zu gewährleisten."

„Statt Flüchtlingsabwehr braucht es Investitionen in Unterbringung, um die Situation zu meistern."

[362] Vgl. https://www.gruene.at/themen/europa/fluechtlinge-zaeune-an-der-grenze-sind-keine-loesung, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Alev Korun, Menschenrechtssprecherin

"Die rasiermesserscharfen Stacheldrahtzäune von Orban in Ungarn haben keine einzige Flüchtlingsfamilie aufgehalten, sie haben nur deren Routen beschwerlicher und länger gemacht. Wenn immer mehr christlich-soziale PolitikerInnen in der EU eine ‚Grenzen zu'-Politik machen, wird sich weder der Krieg in Syrien – als Fluchtursache – noch eine einzige Flüchtlingsfamilie in Luft auflösen, sagt Alev Korun, unsere Menschenrechtssprecherin.

Nach Eu-Balkangipfel: gemeinsame Lösungen ...

"Dass die Länder auf der "Westbalkan-Flüchtlingsroute" durchreisende Flüchtlinge nun besser mit Wasser, Essen und einem Dach über dem Kopf versorgen wollen, ist angesichts des nahenden Winters natürlich erfreulich. Allerdings ist und bleibt das Hauptproblem die Unmöglichkeit von legaler Einreise von Flüchtlingen in die EU und dass die Aufnahme- und Asylstandards in den 28 EU-Ländern krass unterschiedlich sind. Das muss man jetzt gemeinsam angehen. Denn wenn es in Schweden oder Deutschland eine Anerkennungsquote von fast 100 Prozent von Syrien-Flüchtlingen gibt, in Griechenland aber nur im einstelligen Bereich, werden Flüchtlinge absurderweise sieben EU-Länder durchqueren müssen, um nach Schweden oder Deutschland zu gelangen", so Alev Korun.

... und konkrete Hilfe für Flüchtlinge vor Ort nötig

Natürlich müsse man für die kommenden kalten Monate konkrete Hilfe für Flüchtlinge auf der "Westbalkanroute" organisieren. "Da bin ich froh, dass die angesprochenen Staats- und Regierungschefs sich endlich an einen Tisch gesetzt haben. So lange für die vier Millionen Flüchtlinge rund um Syrien keine nachhaltige Hilfe vor Ort geschaffen wird, werden sich aber Menschen in Bewegung setzen, um endlich ein Land zu erreichen, wo beispielsweise ihre Kinder eine Schule besuchen und sie eine längerfristige Perspektive haben können."

Neben Akutmaßnahmen für die Balkanroute ist folgendes dringend notwendig:

1. Stabilisierung der Lage der Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Syriens mit einer langfristigen Perspektive

2. Beschluss eines gemeinsamen, einheitlichen Asylsystems im EU-Rat mit einheitlichen Asylverfahren und anschließender Aufteilung der Flüchtlinge auf EU-Länder

Grüner Aktionsplan für Flüchtlinge (21.9.2015)[363]

Grüner Aktionsplan für Flüchtlinge

Die Redaktion - Bei der Herbstklausur des Grünen Parlamentsklubs in Linz standen das Schicksal der vielen tausend Kriegsflüchtlinge und eine europäische Lösung im Zentrum.

Solidarität statt Abwehr in Europa

Klubobfrau Eva Glawischnig startete mit einer emotionalen, lösungs-orientierten Rede in die Beratungen der Grünen Nationalratsabgeordneten. Sie vermisst das Engagement der Europäischen Union, immerhin Friedensnobelpreis-Trägerin 2012, Menschen zu retten und Frieden zu schaffen.

"Tausende Menschen haben bei ihrem Versuch Europa zu erreichen, ihr Leben verloren – viele im Mittelmeer. Europa hat auf Abwehr gesetzt statt auf ein gemeinsames Vorgehen zur Hilfe für Schutzsuchende und Stabilisierung der vollkommen überforderten Nachbarländer Syriens", sagte Eva Glawischnig. Wegen nationaler Egoismen haben es die europäischen Regierungen bisher nicht geschafft, sich auf gemeinsame Aktionen oder wenigstens auf Notmaßnahmen zu einigen.

„Im Grunde hat Europa keine Flüchtlingskrise, sondern eine Verantwortungs- und Solidaritätskrise."
Eva Glawischnig, Klubobfrau

Koalition der Menschlichkeit in der EU gefordert

Glawischnig thematisierte auch die Versäumnisse der vergangenen Jahre. "Wichtige Geberländer sind ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Statt Hilfsgelder zu erhöhen, wurden Hilfsorganisationen wie UNHCR oder UNICEF, die in den Nachbarländern Syriens Flüchtlinge versorgen, im Stich gelassen."

„Beim EU-Sondergipfel am 23. Sep-tem-ber bietet sich die Chance, im Rahmen der verstärkten Zusam-men-arbeit eine Koalition der Menschlichkeit einzugehen."
Eva Glawischnig

[363] Vgl. https://www.gruene.at/themen/europa/gruener-aktionsplan-fuer-fluechtlinge, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Europäische Flüchtlingspolitik reformieren

"Mit einigen Ländern könnte eine Reform der Flüchtlingspolitik in Europa sofort begonnen werden. Denn das bisherige Verteilungssystem – Dublin III genannt – ist gescheitert", stellt Glawischnig fest.

Deutschland, Italien, Frankreich, Schweden, Luxemburg, Griechenland und natürlich Österreich könnten zu dieser Allianz gehören. Diese Staaten sollten einen neuen Verteilungsschlüssel innerhalb der EU-Länder nach solidarischem Prinzip festlegen.

Kriterien für Aufnahme festlegen

Für Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollten Kriterien definiert werden:

- Wirtschaftsleistung
- EinwohnerInnenzahl
- Anzahl bereits aufgenommener Flüchtlinge

Und auch für Schutzsuchende sollen bestimmte Punkte eine Rolle spielen:

- Sprachkenntnisse
- familiäre Bindungen
- Ausbildung und Qualifikation
- Integration und Arbeitsperspektiven

Eine wichtige Schlüsselfrage dabei wird auch sein, wie Schutzsuchende zu legalen und sicheren Möglichkeiten kommen, in Europa Asyl zu beantragen.

„Asylanträge in EU-Botschaften müssen ermöglicht werden, damit kein Mensch mehr auf Schlepper angewiesen ist."
Eva Glawischnig

Geberkonferenz für Hilfsorganisationen

In den Krisengebieten selbst müsse sich Europa aktiv daran beteiligen, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, den IS zu bekämpfen und humanitäre Hilfe leisten. "Letzteres könnte vor allem das neutrale Österreich leisten", sagt Glawischnig.

Dafür braucht es auch ausreichend Geldmittel seitens der internationalen Gemeinschaft – von bis zu fünf Milliarden für Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm der UNO ist zurzeit die Rede. "Außenminister Kurz sollte hier rasch aktiv werden und eine Geberkonferenz für UNHCR- und andere UNO-Hilfsorganisationen organisieren, statt den Orban-Versteher zu spielen."

Unterstützung für freiwillige Helferinnen und Helfer

Auch auf die vielen HelferInnen in der Zivilgesellschaft will Glawischnig nicht vergessen. "Diese helfen freiwillig außerhalb anerkannter Organisationen. Es braucht zumindest eine Unfallversicherung für ihre Tätigkeit; es bedarf auch einer Option für Betriebe, Lohnausfälle aufgrund von Freiwilligenarbeit zumindest teilweise beantragen zu können."

Alle diese Punkte sollen rasch umgesetzt werden. Die Grünen im Nationalrat und im Europaparlament werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Glawischnig: Hilfe für Flüchtlinge im Mittelpunkt (14.9.2015)[364]

Glawischnig: "Hilfe für Flüchtlinge im Mittelpunkt"

Die Redaktion - Tausende Kriegsflüchtlinge befinden sich an Österreichs Grenze. Neben sofortiger humanitärer Hilfe braucht es jetzt endlich eine europäische Lösung bei der Unterbringung von Schutzsuchenden.

„Österreich steht angesichts von tausenden Kriegsflüchtlingen, die an unsere Grenze kommen vor einer großen Herausforderung. Im Mittelpunkt aller jetzt gesetzten Maßnahmen muss die humanitäre Hilfe stehen.“
Eva Glawischnig, Bundessprecherin und Klubobfrau

"Das Wichtigste ist der Ausbau der Hilfsstrukturen, damit die Flüchtlinge gut und menschenwürdig versorgt werden können. Österreich muss daher alle zur Verfügung stehenden Kräfte bündeln, um dies sicherzustellen und diese Herausforderung zu meistern", betont Eva Glawischnig, unsere Bundessprecherin und Klubobfrau. Glawischnig bedankt sich zudem erneut bei allen Hilfsorganisationen und freiwilligen HelferInnen, die schon bisher großartige Hilfe geleistet haben.

EU-weite Flüchtlingsquoten und Solidarität

Gefordert sind heute die EU-InnenministerInnen. Diese müssen endlich den Beschluss von verbindlichen Flüchtlingsquoten innerhalb der EU zustande bringen. Dass Deutschland und Österreich nicht allein die Verantwortung für die gesamte EU übernehmen können, ist nachvollziehbar. Es braucht die Solidarität aller EU-Länder, damit gemeinsam eine europäische Lösung hergestellt und für die Unterbringung von Flüchtlingen gesorgt wird. Das Dublin-System ist gescheitert, jetzt braucht es endlich funktionierende solidarische Aufnahmequoten nach Bevölkerungsgröße und Wohlstand des jeweiligen Mitgliedslandes. Die in der EU ankommenden Flüchtlinge müssen nach diesen Kriterien rasch und fair auf die EU-Länder aufgeteilt werden", so Glawischnig.

Wir Grünen unterstützen auch Vorschläge, die finanzielle Sanktionen für jene Länder vorsehen, die sich in dieser Situation nicht solidarisch zeigen.

[364] Vgl. https://www.gruene.at/themen/migration/glawischnig-hilfe-fuer-fluechtlinge-im-mittelpunkt, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

Mittelmeerdrama: neue Flüchtlingspolitik nötig (29.4.2015)[365]

Mittelmeerdrama: Neue Flüchtlingspolitik nötig
Eva Glawischnig, Alev Korun, Tanja Windbüchler, Michel Reimon - Anlässlich der Sondersitzung im Nationalrat fordern wir Grüne eine Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik: Seenotrettung und legale Einwanderungsmöglichkeiten müssen jetzt Priorität haben.

NR-Sondersitzung: Wir fordern "mare nostrum 2"

Im Rahmen der Sondersitzung am 4. Mai soll sich der Nationalrat auf die Grüne Forderung nach einem "Mare Nostrum 2" einigen. Die EU-Staats- und RegierungschefInnen haben sich zwar auf eine Verdreifachung der Mittel für "Triton" geeinigt, der Grenzschutz bleibt jedoch weiterhin die primäre Aufgabe der Mission. Auch das zur Zeit patrouillierte Mittelmeergebiet blieb unangetastet und schließt anders als die Vorgängermission "Mare Nostrum" jenen Bereich nicht ein, in dem sich ein Großteil der Schiffsunglücke ereignen, sagt unsere Bundessprecherin Eva Glawischnig. Wir Grüne fordern, das die Grenzschutzmission "Triton" ausdrücklich auch für die Seenotrettung zuständig sein soll.

Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit

"Dass der Auslandskatastrophenfonds auf 20 Millionen aufgestockt wird, ist zwar erfreulich, hätte aber schon viel früher passieren müssen," so Glawischnig weiter. Dafür, dass die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) "von einem historischen Tiefstpunkt noch weiter gesunken sind, haben wir aber kein Einsehen." Zwischen 2011 und 2015 sind insgesamt 60 Millionen gekürzt worden, "damit hätte man 100.000 syrische Flüchtlinge fünf Jahre versorgen können." Die EZA-Mittel müssen endlich erhöht werden!

"Katastrophale europäische Handelspolitik"

Eine wichtige Ursache für die Flucht vieler Menschen aus Afrika ist in der "katastrophalen europäischen Handelspolitik" zu suchen. Diese produziert durch zahlreiche Handelsabkommen die Fluchtursachen. Zum Beispiel entzieht ein 2014 zwischen der EU und dem Senegal geschlossenes Fischereiabkommen, den senegalesischen FischerInnen die Lebensgrundlage, weil die EU gegen eine Zahlung von 15 Millionen Euro, 14.000 Ton-

[365] Vgl. https://www.gruene.at/themen/migration/mittelmeerdrama-neue-fluechtlingspolitik-noetig, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

nen Thunfisch vor der senegalesischen Küste fischen darf. Künftig muss "jeder Handelsvertrag der EU auf Konsequenzen für die betroffenen Länder überprüft werden", betont unsere Menschenrechtssprecherin Alev Korun.

EU-Quotensystem für Flüchtlinge

Den von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unterstützten Vorschlag eines Quotensystems für die Aufteilung von Flüchtlingen in Europa halten wir Grüne für sinnvoll. Wir wollen einen Verteilungsschlüssel nach EinwohnerInnenzahl und Bruttoinlandsprodukt.
In einem ersten Schritt könnte Österreich zusätzlich 1.000 bis 2.000 Menschen via Resettlement-, also Umsiedelungsprogrammen aufnehmen, weil auch die Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten erst mitwachsen müssen, so Korun. Das würde auch ein Ende des Dublin-Systems bedeuten, das vorsieht, dass jener Staat für die Flüchtlinge zuständig ist, in dem diese zum ersten Mal europäischen Boden betreten haben.

„Es muss ein sicherer Korridor für die Einreise von Schutzsuchenden eingerichtet werden, der Flüchtlinge aus der Abhängigkeit von gewinnorientierten Schleppern befreit."
Alev Korun, Sprecherin für Menschenrechte und Migration

Flüchtlingstragödie im Mittelmeer

Etwa 800 Menschen sind laut UN-Bericht in den letzten Tagen im Mittelmeer ertrunken. Eine beispiellose Flüchtlingstragödie, die schlimmste Flüchtlingskatastrophe aller Zeiten, und das vor unser aller Augen! Und es ist bislang kein Ende des Massensterbens im Mittelmeer in Sicht. Warum?

Grenzkontrolle statt Leben retten?!

Das Seenotrettungsprogramm "Mare Nostrum" ist Ende 2014 aus Kostengründen abgeschafft worden. Statt 'Mare Nostrum' wurde von der EU die 'Operation Triton' gestartet, betrieben von der Grenzschutzagentur Frontex. Das Hauptziel ist Grenzkontrolle. Menschen zu retten hat keine Priorität mehr.

Österreichische Asylpolitik "zynisch"

Die europäische als auch die österreichische Asylpolitik finden wir Grüne unzureichend. Es ist zynisch, den Menschen einerseits Asyl zu versprechen, andererseits aber alles zu tun, um die Einreise des Flüchtlings nach Europa zu verhindern.

„Jedes Flüchtlingsunglück ist ein schwarzer Tag für die Menschlichkeit und für die Grundsätze der europäischen Gemeinschaft."
Eva Glawischnig, Bundessprecherin und Klubobfrau

Wir verlangen Erklärung von Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann soll nach dem EU-Krisengipfel zur Flüchtlingstragödie im Mittelmeer im Nationalrat eine Erklärung abgeben. Bei dem Sondergipfel in Brüssel war eine Verdreifachung der Mittel für Grenzschutz- und Seenotrettung beschlossen worden. Laut Faymann soll es auch ein Pilotprojekt für die Flüchtlingsverteilung geben, um AsylwerberInnen gemeinsam mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geschützt in die EU zu holen. Eine konkrete Zahl nennt die Gipfelerklärung jedoch nicht. Wir Grüne wollen, dass Faymann nun direkt im Parlament darüber Auskunft gibt. In einem Brief ersuchen wir den Bundeskanzler, über die Themen des Europäischen Rates vom 23.4.2015 so rasch wie möglich eine EU-Erklärung abzugeben und den Nationalrat diesbezüglich zu informieren.

Grüner Antrag auf Mare Nostrum 2

Wir Grüne haben das beispiellose Massensterben im Mittelmeer am 22. April auch im Nationalrat thematisiert und unseren Antrag auf Einführung eines Seenotrettungsprogramms Mare Nostum 2 eingebracht, an dem sich Österreich finanziell beteiligen soll. "Nur mit dieser Sofortmaßnahme können weitere Tote im Mittelmeer verhindert werden", betont Glawischnig.

WIR GRÜNE wollen:

- Mare Nostrum 2. Wir fordern die Wiedereinführung der Seenotrettungsmission Mare Nostrum. Daran sollten sich alle 28 EU-Staaten beteiligen und die Kosten teilen.
- einen sicheren Meereskorridor. Eine Seestrecke sollte überwacht werden, auf der Flüchtlingsboote sicher die Überfahrt bewältigen könnten. Nachdenken sollte

man auch darüber, den Flüchtlingen sichere Boote zur Verfügung zu stellen, um den Schleppern den Boden zu entziehen.

- die Wiedereinführung der Asylbotschaftsverfahren, womit Asylanträge wieder an ausländischen Botschaften gestellt werden könnten. Für den Fall, dass die betreffende Person wahrscheinlich Asyl zuerkannt bekommen wird, könnte sie dann legal einreisen.
- ein neues Asylverfahrensrecht in allen EU-Ländern. Die Verteilung der Flüchtlinge sollte in Europa nach einem Schlüssel erfolgen, der sich an der Einwohnerzahl und am Wohlstandsniveau orientiert. Damit könnten einheitliche Standards geschaffen werden und die sogenannte Dublin-Verordnung, nach der jenes Land zuständig ist, in der ein Flüchtling die EU betreten hat, wäre Geschichte.

„Kein Wort über Hilfe. Kein Wort über das Leid der Menschen und Fluchtgründe, kein Wort über Bekämpfung von Elend und Not.“
Tanja Windbüchler, außenpolitische Sprecherin

"Abschottung statt Rettung"

Die geplanten Maßnahmen der Europäischen Außen- und Innenministerinnen als Reaktion auf die tragischen Ereignisse im Mittelmeer, sind restriktiv und rückwärtsgewandt. "Abschottung ist das Ziel der Europäischen Union, anstatt tatsächlich Flüchtlinge zu retten. Das ist mehr als beschämend, und Österreich ist aufgerufen, hier eine klare menschenrechtspolitische Linie zu vertreten. Der Einsatz für Mare Nostrum mit österreichischer Beteiligung ist der einzige Weg", sagt unsere außenpolitische Sprecherin Tanja Windbüchler.

Im morgigen Treffen der EU-Regierungschefs werden unter anderem die Operation Triton durch Aufstockung der finanziellen und operativen Mittel verstärkt: Die systematische Beschlagnahme und Zerstörung der Schlepperboote, sowie die Sicherstellung der Fingerabdrücke aller MigrantInnen sind die Ziele dieses 10-Punkte-Programms.

Offener Brief an Präsidenten des Europaparlaments

In einem offenen Brief an den Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz fordern zahlreiche Europaabgeordnete von EU-Kommission und nationalen Regierungen, endlich ausreichend Mittel für die Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Sollte dies nicht geschehen, drohen die Abgeordneten mit der Ablehnung des EU-Budgets.

„Die EU hat zugelassen, dass das Mittelmeer zum Massengrab geworden ist. Die Abschottungspolitik hat bereits tausende Menschen das Leben gekostet. Diese Schande muss endlich ein Ende nehmen.“
Michel Reimon, Initiator der Initiative und Europaabgeordneter der Grünen

Veto gegen EU-Budget

"Zwar liegt die Flüchtlingspolitik formal nicht im Verantwortungsbereich der Mitglieder des Europäischen Parlaments, sehr wohl aber das Budget. Wenn Mitgliedsstaaten und EU-Kommission nicht in der Lage sind, die humanitäre Katastrophe zu beenden, dann muss das Parlament alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel nützen", erklärt Reimon.
Bisher haben über 60 Europaabgeordnete aus sechs verschiedenen Fraktionen (Grüne/EFA, S&D, EVP, ALDE, GUE, EFDD) und 18 Mitgliedstaaten ihre Unterstützung zugesagt. Bei der Plenarsitzung in Straßburg wollen sie aktiv weitere UnterstützerInnen werben, um die erforderliche Blockademehrheit von 376 Abgeordneten zu erreichen.

Ein Veto gegen das EU-Budget erfordert eine einfache Mehrheit im Plenum des Europaparlaments, also 376 Abgeordnete. "Wir alle werden die nächsten Tage und Wochen intensiv nützen, um die erforderliche Unterstützung zu sammeln. Ich hoffe, dass sich im Europaparlament eine Blockade-Mehrheit findet, die der verfehlten und zynischen Politik der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten im Umgang mit der Flüchtlingstragödie nicht länger zusehen will", so Reimon.

Endlich Verantwortung übernehmen

"Jeden Tag, den wir zuwarten, um endlich effektive Schutzkorridore in die EU für Flüchtlinge zu schaffen, machen wir uns mitverantwortlich für das sinnlose Sterben im Mittelmeer", kritisiert Eva Glawischnig die Untätigkeit der EU angesichts des Ertrinkens von bis zu 950 Flüchtenden, deren Boot in der Nacht auf Sonntag im Mittelmeer gekentert war.

"Ich kann es nicht mehr hören: 'Nie wieder' heißt es nach jedem größeren Unglück im Mittelmeer von Europas Regierenden, gleichzeitig lassen die EU-Länder effektive Seenotrettungsmaßnahmen wie 'Mare Nostrum' auslaufen und verweigern Asylsuchenden bis heute eine legale Einreise nach Europa. Die EU selbst fördert somit das Geschäft der Schlepper und vergießt dann Krokodilstränen, wenn das zu menschlichen Katastrophen führt", sagt Glawischnig.

Sicherer Korridor und legale Einreisemöglichkeit

"Die Bundesregierung soll sich endlich für einen sicheren Korridor für die Rettung von Schutzsuchenden und eine legale Einreisemöglichkeit in die EU einsetzen. Es ist einfach kafkaesk, Menschen zu sagen 'Recht auf Asyl hast du schon, aber erst wenn du auf unserem Grund und Boden stehst. Und wir werden alles tun, damit du Europa nicht erreichst, sondern so lange wie möglich in Afrika bleibst, wie das der österreichische Außenminister und die Innenministerin jetzt sagen. Notwendig wäre auch eine erweiterte Neuauflage des Seenotrettungsprogramms, ein Mare Nostrum plus".

Organisierte Verantwortungslosigkeit

Die EU-InnenministerInnen schauen seit Jahren untätig zu, wie Schutzsuchende an den stark bewachten Grenzen der EU abprallen oder davor ertrinken. Die Auslagerung von Asyl auf Afrika, um sich weiterhin abzuputzen und so wenig Flüchtlinge wie möglich aufzunehmen, ist Vernebelungspolitik und organisierte Verantwortungslosigkeit. Es braucht einen sicheren Rettungskorridor und legale Einreise, um dem "Sterben ein Ende zu bereiten und Verantwortung zu übernehmen", so Glawischnig.

Homepagebeiträge Grüne 2016

Grüner 5-Punkte-Plan für erfolgreiche Integration (2.6.2016)[366]

Grüner 5-Punkte-Plan für erfolgreiche Integration

Alev Korun - Ein Neubeginn in der Integrationspolitik soll das Potenzial der Schutzsuchenden und MigrantInnen als Chance nützen. Unsere Integrationssprecherin Alev Korun präsentiert dazu fünf Vorschläge.

„Der von der Regierung angekündigte Neustart soll auch ein Neubeginn in der Integrationspolitik werden."
Alev Korun, Integrationssprecherin

Wir Grüne wollen:

- Erhebung von Bildungsabschlüssen und Qualifikationen schon beim ersten Asylinterview:

Ein wichtiger Schritt für die spätere Integration ist es, Flüchtlinge bereits bei den Erstgesprächen zu fragen, welche Ausbildung beziehungsweise welchen Beruf sie haben. Dies erfordert lediglich ein paar Zusatzfragen im Interview. In weiterer Folge fällt es leichter, die Qualifikationen der Asylberechtigten anzuerkennen beziehungsweise noch fehlende Nachweise zu ergänzen. All dies ist notwendig, wenn man die Schutzsuchenden rasch und zum Nutzen des Landes in den Arbeitsmarkt integrieren will.

- "One-Stop-Shop" für Deutschkurse und „Berufsdeutsch":

Das Integrationsministerium soll neu ins Land gekommenen Menschen möglichst rasch in entsprechende Deutschkurse bringen. Derzeit werden Kurse auf verschiedenen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden, Organisationen, Freiwillige – angeboten. Es fehlt der Überblick und oft auch Koordination. Dieses Angebot sollte von einer Stelle koordiniert und verwaltet werden. Nur so ist es möglich, passende Deutschkurse anzubieten, die Vorkenntnisse, Alter und ähnliches berücksichtigen. Überdies sollten rasch Kurse für „Berufsdeutsch" auf die Beine gestellt werden. Denn: Grundkenntnisse in Deutsch bedeuten

[366] Vgl. https://www.gruene.at/themen/migration/gruener-5-punkte-plan-fuer-erfolgreiche-integration, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

noch lange nicht, dass die betroffene Person auch den nötigen Wortschatz im eigenen (erlernten) Beruf hat.

- Raschere und einfachere Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen:

Derzeit sind verschiedenste Stellen für die Anerkennung von Ausbildungen beziehungsweise Studienabschlüssen zuständig. MedizinerInnen aus dem EU-Raum wenden sich an die hiesige Ärztekammer, MedizinerInnen von außerhalb an die medizinischen Universitäten. Ähnliches gilt für Pflegepersonal. Diese bürokratischen Hürden wie beispielsweise unterschiedliche Verfahren für EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen sollen beseitigt werden. Damit wäre der Einstieg in den Arbeitsmarkt leichter und bereits vorhandene Ausbildungen direkter nutzbar.

- Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen nach höchstens sechs Monaten/Erleichterter Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende nach 6 Monaten:

Damit können Schutzsuchende sich schneller selbst versorgen und einen sinnvollen Beitrag leisten. Da viele Asylsuchende Männer sind und diese oft monatelang außer Warten nichts tun können, halten sie sich zusehends im öffentlichen Raum (Park, Plätze) auf. Wenn man nicht will, dass der öffentliche Raum stärker männlich durch „herumhängende“ Personen dominiert wird, macht es Sinn, diese arbeiten zu lassen.

- "Entrümpelung der Gewerbeordnung":

Damit sollen mehr Menschen ermutigt werden, sich selbstständig zu machen, auch Flüchtlinge. Mit den Asylsuchenden kamen im vergangenen Jahr auch einige Menschen zu uns, die hierzulande seltene oder fast ausgestorbene Berufe ausüben wie etwa NäherIn, Schuster, Schmied. Die Gewerbeordnung sieht aber immer noch hohe Hürden für reglementierte Berufe vor – auch in Gewerben, von denen keinerlei Gefahr für Gesundheit und Leben ausgehen (wie zum Beispiel SchneiderIn). Eine Entrümpelung der Gewerbeordnung würde es Flüchtlingen wie auch ÖsterreicherInnen erleichtern, selbstständig Unternehmen zu gründen und erwerbstätig zu werden. Ein positiver Nebeneffekt wäre das Schaffen neuer Arbeitsplätze.

Obergrenze fördert Massenlager und Gewalt (20.1.2016)[367]

Obergrenze fördert Massenlager und Gewalt

Alev Korun, Eva Glawischnig - In der Asylpolitik braucht es endlich eine europäische Lösung. Nationale Obergrenzen widersprechen den Menschenrechten und fördern Massenlager und Gewalt.

„Es braucht endlich eine gesamteuropäische Lösung, keine nationale Obergrenze. Das fördert nur Gewalt gegen Schutzsuchende, Massenlager und das Schlepperwesen."
Alev Korun

Obergrenzen? Nicht mit uns. Warum? Weil sonst Massenlager, Gewalt gegen Schutzsuchende, ein "Dominoeffekt" (Kurz) zulasten Griechenlands und ein Aufblühen des Schlepperwesens drohen, warnt unsere Menschenrechtssprecherin Alev Korun. Stattdessen brauche es eine gesamteuropäische Lösung. Will man Menschen bereits an der Grenze zurückweisen, wird dies wohl auch mit Waffengewalt geschehen. Auch wirtschaftlich negative Folgen seien durch ein Schließen der Grenzen zu erwarten, so Korun.

Dominoeffekt auf Kosten Griechenlands

Der von der ÖVP beschworene Dominoeffekt läuft letztlich darauf hinaus, dass Griechenland jährlich eine Million schutzsuchende Menschen pro Jahr übernehmen muss. Dagegen spricht Außenminister Kurz bei 90.000 AsylwerberInnen bereits von einer Überforderung Österreichs. Außerdem wird durch all dieses das Geschäft der Schlepper nur gefördert. Es kann nicht sein, dass in Österreich Lösungen gefordert werden, die in der EU jedoch blockiert werden.

Gesamteuropäische Lösung muss her!

Es brauche eine gesamteuropäische Lösung mit Aufteilung auf alle EU-Länder. An Österreich Grenze muss die Möglichkeit zur geordneten Einreise samt Aufnahme der Daten geschaffen werden. Wer keinen Asylantrag stellen will, für den oder die sollten die regulären Einwanderungsbestimmungen gelten.

[367] Vgl. https://www.gruene.at/themen/menschen-grundrechte/obergrenze-foerdert-massenlager-und-gewalt, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].

„Die Bundesregierung kann die Menschenrechte nicht abschaffen. Ansonsten wäre Asyl ein willkürlicher Gnadenakt. Wir mahnen daher zu Besonnenheit und Vernunft.“
Eva Glawischnig nach dem Asylgipfel am 20.1.2016

"Für Menschenrechte gibt es keine Obergrenze"

Gemeinsame Erstaufnahmestellen und Asylpolitik in EU

"Jetzt müssen wir mit großem Druck an gemeinsamen EU-Erstaufnahmestellen arbeiten und gleichzeitig einen geordneten Grenzübertritt sicherstellen," appelliert unsere Klubobfrau Eva Glawischnig an die Verantwortlichen. Unsere Menschenrechtssprecherin Alev Korun weiter: "Wenn das Asylrecht durch eine Quote von 130.000 ausgehöhlt wird, was macht die Regierung dann mit dem 130.001. Schutzsuchenden? Ihn trotz Genfer Flüchtlingskonvention vor der Grenze mit Waffengewalt zurückdrängen? Oder exterritoriale Lager errichten, wo Schutzsuchende zu 'Überschüssigen' erklärt werden? Das Wort 'Obergrenze' wurde nun offensichtlich durch das Wort 'Richtwert' ausgetauscht. Das erinnert an das 'Türl mit Seitenteilen'. Die Regierung täuscht die Bevölkerung mit Scheinmaßnahmen; Menschenrechte kann man nicht durch nationale Quoten oder 'Richtwerte' abschaffen".

Wir Grüne appellieren an die Regierung und die Landeshauptleute, diese populistische und polemische Diskussion einzustellen. Letztendlich brauchen wir eine gemeinsame EU-Asylpolitik und eine gemeinsame, von allen 28 EU-Ländern finanzierte Erstaufnahme und Aufteilung.

„Die Situation in Syrien und im Irak wird sich durch das Hantieren von nationalen Richtwerten nicht ändern lassen.“
Eva Glawischnig und Alev Korun

Europäische Lösung statt Schlingerkurs (15.3.2016)[368]

"Europäische Lösung statt Schlingerkurs"

Eva Glawischnig - Der "Schlingerkurs der Regierung" in Sachen Flüchtlinge behindert die Suche nach einer gesamteuropäischen Lösung. Wir Grüne werden die "totale Kehrtwende" von Bundeskanzler Faymann im Parlament thematisieren.

„Gegen den Schlingerkurs Faymanns in Sachen Flüchtlingen ist ein Ski-Nachtslalom geradezu eine Abfahrt."
Eva Glawischnig über die Kehrtwende der Regierung in der Flüchtlingspolitik

"Österreich für katastrophale Zustände mitverantwortlich"

"Das Schließen der Balkanroute hat auch zu den katastrophalen Zuständen in Griechenland geführt. Die österreichische Regierung ist dafür mitverantwortlich zu machen", stellt Glawischnig fest. Bezugnehmend auf die Aussage von Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP), wonach ein Eindämmen des Flüchtlingsstromes wohl ohne "hässliche Bilder" nicht gehen werde, sagt unsere Bundessprecherin: "Hier wird Leid instrumentalisiert, um Flüchtlinge abzuschrecken."

Die österreichische Regierung scheint sich derzeit nicht mehr um eine gesamteuropäische Lösung zu bemühen. Dass Faymann am 16. März im Parlament eine Erklärung zu den jüngsten EU-Verhandlungen zum Thema Flüchtlinge abgeben wird, ist aber zu begrüßen.

„Ich rufe Bundeskanzler Faymann dazu auf, zu einer europäischen Politik zurückzukehren und die Wagenburg-Politik zu beenden."
Eva Glawischnig

[368] Vgl. https://www.gruene.at/themen/menschen-grundrechte/europaeische-loesung-statt-schlingerkurs, [zuletzt eingesehen am 31.8.2017].